

Syracuse University

SURFACE

Books

Document Types

2000

**Soziale Arbeit und Ökonomie : Politische Ökonomie -
Arbeitsmärkte - Sozialpolitik Grenzen der Ökonomisierung -
Soziale Ökonomie Gemeinwesenentwicklung - Bürgergesellschaft**

Susanne Elsen

Dietrich Lange

Isidor Wallimann
Syracuse University

Follow this and additional works at: <https://surface.syr.edu/books>



Part of the [Economic Policy Commons](#), [Economics Commons](#), [Social Policy Commons](#), and the [Social Welfare Commons](#)

Recommended Citation

Elsen, Susanne; Lange, Dietrich; and Wallimann, Isidor, "Soziale Arbeit und Ökonomie : Politische Ökonomie - Arbeitsmärkte - Sozialpolitik Grenzen der Ökonomisierung - Soziale Ökonomie Gemeinwesenentwicklung - Bürgergesellschaft" (2000). *Books*. 29.

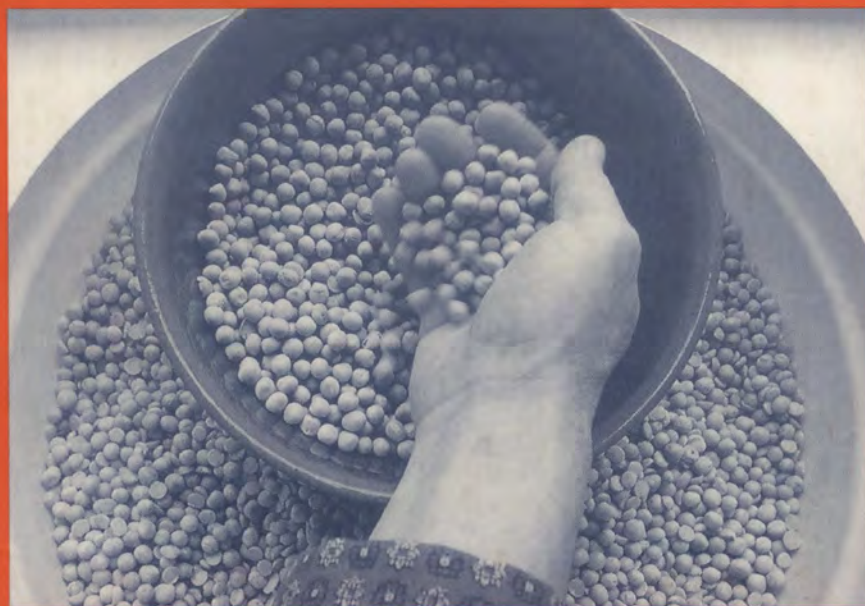
<https://surface.syr.edu/books/29>

This Book is brought to you for free and open access by the Document Types at SURFACE. It has been accepted for inclusion in Books by an authorized administrator of SURFACE. For more information, please contact surface@syr.edu.

Elsen/Lange/Wallimann (Hrsg.)

Soziale Arbeit und Ökonomie

Politische Ökonomie ■ Arbeitsmärkte ■ Sozialpolitik
Grenzen der Ökonomisierung ■ Soziale Ökonomie
Gemeinwesenentwicklung ■ Bürgergesellschaft



Luchterhand

Elsen/Lange/Wallimann (Hrsg.)
Soziale Arbeit und Ökonomie

Elsen/Lange/Wallimann (Hrsg.)

Soziale Arbeit und Ökonomie

Politische Ökonomie ■ Arbeitsmärkte ■ Sozialpolitik
Grenzen der Ökonomisierung ■ Soziale Ökonomie
Gemeinwesenentwicklung ■ Bürgergesellschaft

Luchterhand

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Elsen, Susanne:

Soziale Arbeit und Ökonomie: politische Ökonomie; Arbeitsmärkte;
Sozialpolitik; Grenzen der Ökonomisierung; soziale Ökonomie,
Gemeinwesenentwicklung; Bürgergesellschaft / Elsen ... (Hrsg.)
Neuwied; Kriftel: Luchterhand, 2000
ISBN 3-472-04369-5

www.luchterhand.de

Alle Rechte vorbehalten.

© 2000 by Hermann Luchterhand Verlag GmbH Neuwied, Kriftel.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbe-
sondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und
die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Redaktionelle Überarbeitung: Peter Fluri, Zürich

Satz und Layout: Klaus Peter Meier, Braunschweig

Umschlag: arttec grafik simon & wagner, St. Goar

Papier: Permaplan von Arjo Wiggins Spezialpapiere, Ettlingen

Druck: Neuwieder Verlagsgesellschaft mbH, Neuwied

Printed in Germany, Mai 2000

♻ Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfreiem Papier

Vorwort der Herausgebenden

I.

Soziale Arbeit ist sowohl als freiwillig in Anspruch genommene wie auch als intervenierende oder kontrollierende Dienstleistung auf Erträge aus der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung angewiesen. Ihre Angebote und Interventionen werden in den überwiegenden Fällen kostenfrei für die Betroffenen und im weiteren Sinne für ihr Umfeld geleistet.

Damit ist nicht gesagt, wer wem dankbar zu sein hat, sondern nur, woher die Mittel für den Ausbau sozialer Dienstleistungen und Interventionen stammen, und wer im Zweifelsfalle die Mittel verweigert, selbst wenn dies über den „Umweg“ staatlicher Regulierung läuft. Soziale Arbeit ist in diesem Sinne auf die Ökonomie angewiesen.

Um so mehr erstaunt es, daß die Beziehungen zwischen Sozialer Arbeit und Ökonomie in den gegenwärtigen Diskursen der Sozialarbeitswissenschaft relativ wenig reflektiert werden.

Sicher spielt der zunehmende Einfluß der Systemtheorie und ihre Annahme, daß kein ausdifferenziertes funktionales System der Gesellschaft ein anderes in seinen Abläufen beeinflussen kann, dabei eine Rolle.

Häufig sind hingegen aus der Theorie und Praxis entweder Klagen über oder Zustimmungen zu einer entweder destruktiven oder längst fälligen Ökonomisierung der Sozialen Arbeit zu vernehmen. Mit Ökonomisierung scheint nicht eine Verschränkung von Ökonomie und Sozialer Arbeit gemeint zu sein, sondern neuere Anforderungen hinsichtlich einer Marktorientierung Sozialer Arbeit, die durch Einbeziehung betriebswirtschaftlicher Ansätze in sozialen Einrichtungen realisiert werden soll. Diese artikulieren sich in bisher für die Soziale Arbeit fremden Begriffen und Kategorien: Kunde, Produkt, Controlling, Qualitätsmanagement u.v.a.m.

Um es in einem Jargon zu sagen, die Produkte der Sozialen Arbeit sollen kostengünstiger werden.

Sicher schwingen in den Anforderungen der Marktorientierung auch Elemente von Verbindungen und Verbindlichkeiten zwischen Sozialer Arbeit und Ökonomie mit. In der Regel bleibt es aber bei dem verengten mikroökonomischen (betriebswirtschaftlichen) Blick (Ausrichtung auf Effektivität und Effizienz), ohne je den volkswirtschaftlichen, sprich ökonomischen Nutzen von Sozialer Arbeit damit in Verbindung zu bringen. Es geht

um Kostenreduzierung von Einrichtungen der Sozialen Arbeit und sozialer Sicherungen und nicht mehr darum, daß das ökonomische System bestimmte Folgelasten auf soziale Sicherungen in Form von Arbeitslosigkeit und Armut externalisiert, und für diese Externalisierung immer weniger bereit ist zu zahlen bzw. zu leisten.

Haben wir uns schon daran gewöhnt, daß Kapitalismus nicht ohne Risiken für alle Beteiligten zu haben ist, entfällt immer mehr der historische Kompromiß, daß zumindest bestimmte Risiken kompensiert werden, damit ein Anschein von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ bewahrt bleibt.

Diese Externalisierungen nehmen im Zuge der Globalisierung neue und immer bedrohlichere Formen an. „Es gibt überwältigende Beweise für eine enge Verbindung zwischen der universellen Tendenz zu einer radikalen Freiheit des Marktes und dem fortschreitenden Abbau des Wohlfahrtsstaates sowie zwischen dem Zerfall des Wohlfahrtsstaates und der Tendenz, Armut zu kriminalisieren“ (Baumann 1999: 82). Die Forderung nach Kostenreduzierung sozialer Dienste ist die mikroökonomische Spitze des makroökonomischen Eisberges.

II.

Inwieweit dieser Entwicklung mit Erinnerungen an eine „moralische Ökonomie“ widersprochen bis widerstanden werden kann, ist offen. In der „moralischen Ökonomie“ sind, abweichend von der kapitalistischen, Wirtschafts- und Lebensweise eng miteinander verbunden. Sie setzt sich in neueren Ansätzen der „Économie Sociale“ fort. In beiden bestehen enge Verbindung zwischen Kritik an der bestehenden marktwirtschaftlichen Ökonomie und den Versuchen, Leben und Wirtschaften enger und besser zu synchronisieren. „Moralische Ökonomie“ ist eine Alternative zur schrankenlosen Durchsetzung von Einzelinteressen im Kapitalismus wie von Fremdbestimmungen in anderen Wirtschaftsordnungen.

„Es gab schon vor der rationalen kapitalistischen Ökonomie eine Ökonomie der Unterschichten, die nicht auf Profitmaximierung, sondern auf eine gewisse Solidarität der Gemeinschaft in der Produktion und später wenigstens noch in nachbarschaftlichen Beziehungen begründet war“ (Vester 1985: 39f; vgl. Thompson 1980).

Wenn auch nicht so eindeutig wie in einer „moralischen Ökonomie“ die Kritik an der kapitalistischen zum Ausdruck kommt, artikuliert doch der Satz im neuen Programmpapier der französischen Sozialisten „Ja zur Markt-

wirtschaft, nein zur Marktgesellschaft“ (vgl. FR vom 5.11.99: 6) einen für das Nachdenken in der Sozialen Arbeit wichtigen Anstoß.

Die Formel verweist auf den Zusammenhang von Ökonomie und dem Sozialen und verweigert gleichzeitig, daß der eine Bereich über den anderen Hegemonie erreichen darf.

III.

Damit sind einige wenige Motive angesprochen, die zu diesem Sammelband geführt haben:

- Einerseits Erinnerungen zu behalten und Anstöße zu geben, wie Soziale Arbeit und Ökonomie zusammen gehören und was sie trennt. Damit auch zu ermutigen, einerseits vor einer Auseinandersetzung mit der Ökonomie nicht zurückzuschrecken, andererseits auch Ökonomie- und Kapitalismuskritik – trotz oder gerade wegen des Zusammenbruchs des „Real-Existierendenden“ – zu wagen.
- Zum anderen sollen Hinweise auf eine andere Ökonomie, wie sie sich z.Zt. in Versuchen einer Sozialen Ökonomie zeigen, gegeben werden.
- Zum Dritten auch Überlegungen, wie und ob sich Soziale Arbeit mit der Ökonomie im Sinne eines Austausches begegnen kann.

Damit versuchen wir – die Autorinnen und Autoren, die Herausgeberin und Herausgeber – ein Angebot zu machen, um die fällige Diskussion zwischen Sozialer Arbeit und Ökonomie auf's Neue anzuregen.

Literatur

Baumann, Z.: Unbehagen in der Postmoderne, Hamburg 1999

Frankfurter Rundschau (FR) vom 5.11.1999: Die gezähmte Moderne

Thompson, E. P.: Plebejische Kultur und moralische Ökonomie, Frankfurt am Main/Berlin 1980

Vester, M.: Über Ketzler und moralische Ökonomie, in: Ästhetik und Kommunikation 60, 16. Jahrgang 1980

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Herausgebenden	5
Teil I: Politische Ökonomie, Sozialpolitik und Soziale Arbeit	
„Soziale Arbeit“ als Instrument der Politischen Ökonomie und ihrer „Sozialpolitik“ <i>Isidor Wallimann</i>	12
Ohne Nationalökonomie keine Sozialarbeit! Rolle und Bedeutung der ökonomischen Bildung im wissenschaftlichen Werk und Ausbildungskonzept Alice Salomons <i>Christine Labonté-Roset</i>	27
Verwertungsgrenzen Ein Beitrag zur moralischen Ökonomie der Irritation <i>Norbert Preusser</i>	38
Bewirtschaftung des Sozialen in Humandiensten <i>Wolf Rainer Wendt</i>	59
Teil II: Ethik und Grenzen der Ökonomisierung	
Wirtschaftlichkeit und Soziale Arbeit <i>Dietrich Lange</i>	74
Von der Gemeinnützigkeit zum wertefundierten Management – eine Zukunftsstrategie für Sozialbetriebe <i>Burghard Flieger</i>	92
Soziale Arbeit – im Spagat zwischen Ökonomisierung und Menschenrechtsprofession <i>Stefan Gaitanides</i>	125
Seitenwechsel Chancen und Risiken von Grenzüberschreitungen zwischen Wirtschaft und Sozialer Arbeit <i>Silvia Staub-Bernasconi</i>	136

Teil III: Soziale Ökonomie und Gemeinwesenentwicklung

Chancen ökonomischer Selbstorganisation? Économie Sociale in der europäischen Diskussion <i>Rudolph Bauer</i>	158
Über den Zusammenhang globaler und lokaler Entwicklungen und die Konsequenzen für die Gemeinwesenarbeit <i>Susanne Elsen</i>	179
Zeitinvestment Nachbarschaft <i>Ricarda Buch</i>	200
Der utopische Gehalt der sozialen Ökonomie <i>Rolf Schwendter</i>	214

Teil IV: Arbeitswelten, Arbeitsmärkte und Bürgergesellschaft

Umbau des Sozialstaates: Kann ehrenamtliche Arbeit Ersatz für Erwerbsarbeit sein? <i>Gisela Notz</i>	226
Wertigkeit und Wertschätzung der Arbeit <i>Hans Ruh</i>	244
Transversale Ökonomie <i>Timm Kunstreich</i>	255
Die Soziale Arbeit und der zweite Arbeitsmarkt: Nutzen nicht nachgewiesen, Mittel verschwendet, politisch repressiv <i>Isidor Wallimann</i>	267
Biographien der einzelnen Autorinnen und Autoren	272

Teil I

Politische Ökonomie, Sozialpolitik und Soziale Arbeit

„Soziale Arbeit“ als Instrument der Politischen Ökonomie und ihrer „Sozialpolitik“.

Isidor Wallimann

Einleitung

Die Soziale Arbeit soll hier vor allem als organisierte Tätigkeit im Rahmen sozialpolitischer Massnahmen verstanden werden. Gemeint ist also besonders die professionalisierte, bezahlte Soziale Arbeit, deren Markt bestimmt ist durch die Akteure der Sozialpolitik auf unterschiedlichen politischen Ebenen. Freiwillige und karitative Tätigkeiten werden ausgeklammert. Ihr freiwilliger und deshalb „zufälliger“ Wesenszug unterscheidet sie von der durch die Sozialpolitik gewollte, organisierte, „geplante“ und an Professionelle gebundene Tätigkeit.

Der Begriff „Sozialpolitik“ täuscht vor, dass die Soziale Arbeit im Dienste „sozialer“ Überlegungen steht. Wie verändert sich dieses Bild aber, wenn wir davon ausgehen, dass das „Soziale“ in der Sozialpolitik das Resultat ökonomischer Prozesse ist, oder im Dienste ökonomischer Überlegungen und Handlungen steht – wenn das vermeintlich „Soziale“ vor allem Ausdruck ökonomischer Interessen ist? Dann nämlich müssten wir auch von der Sozialen Arbeit als Ausdruck der Ökonomie – die immer auch politisch ist – sprechen.

Hier wird davon ausgegangen, dass das vermeintlich „Soziale“ sich unter der Oberfläche als politökonomische Realität entpuppt. In den modernen Gesellschaften sind die Normen in einem politökonomischen Kontext entstanden. Auch ihre Ausprägung, ihr Geltungsbereich, ob, wann und in welcher Art Normen durchgesetzt werden, ist politökonomisch mitbedingt. Ausgeklammert wird die Frage, inwiefern Normen und daraus abgeleitete Verhaltensweisen weder „gesellschaftlich“ noch „ökonomisch“, sondern *sui generis* aus der Existenzproblematik jedes Individuums heraus „existenzpsychologisch“ begründet sind.

Hier wird von Sozialer Arbeit als politökonomische Massnahme und vom Beruf als politökonomische Tätigkeit gesprochen. Deshalb wird nachfolgend „Sozialpolitik“ und „Soziale Arbeit“ immer in Anführungszeichen gesetzt. Um aber besser zu verstehen, aus welchen politökonomischen Zusammenhängen heraus sowohl „Sozialpolitik“ und – als Ausdruck da-

von – ein Markt für die politökonomische Tätigkeit „Soziale Arbeit“ entsteht, ist es nützlich, den Sachverhalt nach gewissen Kategorien und theoretischen Ansätzen zu ordnen und zu vertiefen.

Theoretische Ansätze

Hier wird nicht davon ausgegangen, dass es nur eine umfängliche Theorie der „Sozialpolitik“ gibt oder geben kann. Es kann sich nur um verschiedene Ansätze handeln. Je nach dem historischen Umfeld und dem zu klärenden Gegenstand wirkt der eine Ansatz befriedigender als ein anderer, wirkt eine Kombination befriedigender als eine andere. Dies will allerdings nicht heissen, dass gewisse Ansätze ihre historische Gültigkeit (z.B. im Verlauf der Geschichte des kapitalistischen Produktionssystems) verlieren müssen. So bleibt der Konflikt und der Klassenantagonismus zwischen Kapital und Arbeit und die daraus entstehende „Sozialpolitik“ durchaus erhalten. Das Ausmass, in dem um diese politökonomische Konfliktachse herum „sozialpolitische“ Massnahmen gestaltet werden, kann ohne weiteres schwanken, und parallel mögen andere politökonomische Entwicklungen oder Konflikte zu andern „sozialpolitischen“ Massnahmen führen. Nachfolgend wird die „Sozialpolitik“ und die „Soziale Arbeit“ mittels einiger politökonomischer Ansätze betrachtet.

„Sozialpolitik“ als Ausdruck des Klassenkampfes

Dass zwischen Kapital und LohnarbeiterInnen jeglicher Art ein Interessenkonflikt besteht, und das Kapital dabei am längeren Hebel ist, muss als Tatsache hingenommen werden. Obwohl von Seiten der LohnarbeiterInnen immer in irgendwelcher Form Widerstand geleistet wird, ist weder die Konfliktintensität noch der Erfolg für die LohnarbeiterInnen in der Konfliktresolution immer gleich ausfallend. Als Zuspitzung „klassischer“ Art kann die Situation unter Bismarck gesehen werden, wobei der Klassenkonflikt eine Art Resolution darin fand, dass einerseits die nationalen Sozialversicherungssysteme „erfunden“, andererseits gleichzeitig auch das Sozialistenverbot erlassen wurde. Über eine dritte Instanz, den Staat, wurden mit dem Versicherungswerk Massnahmen aufbereitet, mit denen für die Arbeiterschaft einige, vom Konflikt mit dem Kapital herrührende Risiken aufgefangen und die Konfliktquelle schrittweise entpolitisiert wurde. Auf diese Strategie hat man später z.B. in der Weimarer Republik zurückgegriffen und unter ähnlichen Vorzeichen sind auch in den USA, England und Frankreich „soziale“ Versicherungs- oder Sicherungssysteme auf na-

tionaler Ebene entstanden. Mit vermehrter Professionalisierung der „Sozialen Arbeit“ wächst aus dieser Dynamik heraus auch ein Markt für die „Soziale Arbeit“. Deren Personalbestände wirken an der monetären und rechtlichen Administration der Arbeitslosen-, Kranken-, Unfall-, Alters- und Behindertenversicherung mit und bereiten Dienstleistungen zur „Rehabilitierung“ und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft auf. Die Versicherungsträger sind dann oft direkt auch die Arbeitgeber, was besonders für die „Soziale Arbeit“ in Frankreich deutlich wird.

„Soziale Arbeit“ als Ausdruck des Korporatismus

Die schleichende Verdrängung und Entpolitisierung der gegensätzlichen Klasseninteressen und des damit einhergehenden manifesten und latenten Klassenkampfes zwischen Kapital und Lohnarbeit führt institutionell in vielen Ländern zum Korporatismus unterschiedlicher Intensität. Dabei wird davon ausgegangen, dass Konflikte zwischen Kapital und Lohnarbeit, wie sie in „entwickelten“ kapitalistischen Gesellschaften mit hohen Lohnarbeitserwerbsquoten auch die ganze Gesellschaft betreffen, gesamtgesellschaftlich koordiniert angegangen werden sollen. Ist mal die ganze Bevölkerung durch die Lohnarbeit vom Kapital abhängig geworden – so die Haltung – sind die Klassenkonflikte auch für die gesamte Gesellschaft – nicht nur für eine Teilmenge – von Bedeutung. Dies trifft für die skandinavischen Länder besonders zu. Dort sind in der Regel Frauen und Männer zu siebzig und mehr Prozent in der Lohnarbeit verpflichtet, verlieren also – im Vergleich zu andern Ländern – ökonomisch an Raum, als KleinunternehmerInnen, Selbständigerwerbende oder in der informellen Ökonomie und Schattenwirtschaft eigenständig zu produzieren. Kommt hinzu, dass sich in der Nachkriegszeit – der Zeit des Korporatismus – die Wirtschaft transnationalisiert hat, was zusätzlich in der Abwesenheit transnationaler Regierungen zur Haltung führt, dass die ganze Gesellschaft im gleichen Boot sitzt – die Gesellschaft sich also mit dem Kapital und das Kapital mit der Gesellschaft zu arrangieren hat. Der Klassenkampf wird verdrängt und es besteht die Tendenz, „Kapitalismus-Probleme“, die allein dem kapitalistischen Produktionssystem anhaften, zu gesamtgesellschaftlichen Problemen zu deklarieren. Natürlich bleiben Kapital und Arbeiterschaft (der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist in Skandinavien ausserordentlich hoch) dabei Hauptakteure. Hinzu kommen aber noch andere Interessenträger, allen voran der Staat als vermeintlich „gepoolter“ Träger verschiedenster Interessen einerseits und als vermittelnde und

Massnahmen aufbereitende Instanz andererseits. Beim Ausbau des Korporatismus als Strategie der politökonomischen Konfliktlösung wird der Staat gleichzeitig vermehrt zum direkten oder indirekten Arbeitgeber. Wiederum entstehen für die „Soziale Arbeit“ Tätigkeitsfelder im Versicherungs- und Dienstleistungsbereich. Aufgrund der hohen Lohnarbeiterwerbsquote bei skandinavischen Frauen entsteht im Umfeld auch ein signifikantes Beschäftigungsfeld für bezahlte Reproduktionsarbeit, die vor allem von Frauen ausgeübt wird.

„Sozialpolitik“ als Ausdruck von Schichtinteressen und Konkurrenz unter Einkommensgruppen

Wird Macht- und ökonomische Ungleichheit nicht nur nach der Dimension Kapital vs. Lohnarbeit, sondern auch nach andern Kriterien (Einkommensverteilung, Bildung, Statusposition, etc.) erfasst, kann festgestellt werden, dass verschiedene Gruppen in Konkurrenz um Zugang zu Bildung und Einkommen – meist Lohneinkommen – stehen. Das Geschehen auf der Haupt-Konfliktachse Kapital vs. Lohnarbeit verschiebt und äussert sich im „entwickelten“ Kapitalismus oft als Verteilungskonflikt unter potentiellen oder aktuellen LohnarbeiterInnen. So kommt es zu verschiedensten Formen von Jugendprotesten, wenn für Jugendliche der Zugang zu Bildung und Lohnarbeit zu verschlossen bleibt und im erwarteten Biographieverlauf von Jugendlichen Engpässe entstehen. Meist sind diese Engpässe einerseits dadurch verursacht, dass das Kapital sich weigert, die der Gesellschaft zur Verfügung stehende Lohnarbeitszeit für die Bevölkerung besser zu verteilen. Andererseits wird die Lohnarbeitszeit bewusst verknappt durch den Export von Kapital, Investitionen und Arbeitsplätzen oder durch mehr oder weniger notwendige Rationalisierungsmassnahmen. Dabei wird in der Regel davon ausgegangen, dass das Kapital keine anderen als die getroffenen Entscheide treffen konnte. Der Sachzwang hinsichtlich der Art der Verfügung über das Kapital und der Art der Verteilung von Lohnarbeit also wird als unveränderlich und als absolut gegeben betrachtet. Was ist, muss so sein, sonst wäre noch Schlimm(er)es zu erwarten!

In Abgrenzung zum Korporatismus wird eher davon ausgegangen, dass das Kapital selbst am besten weiss, wie gehandelt werden muss. Es ziehe schliesslich seine ureigenste Lebenskraft aus dem ständigen Überlebenszwang, sich zu vermehren und – nur so – sich in der Konkurrenz mit anderem Kapital zu erhalten. Korporatistische Arrangements und Abstimmungen könnten daran wenig ändern, ja sie könnten die Sache nur noch ver-

schlimmern. Die Bevölkerung, die im „entwickelten“ Kapitalismus durch die voll verbreitete Lohnarbeit ganz vom Kapital abhängig geworden sei, diese „Gesetzmässigkeit“ aber nicht erkenne, schade sich nur selber und könnte sich selber sogar ihr Grab schaufeln.

Bei Engpässen gilt es deshalb, unter den LohnarbeiterInnen die Einkommensverteilung zu berichtigen und die Zugangschancen zu Bildung, Ausbildung und dadurch auch zu Lohnarbeit, Konsumkraft, Lebensstilen und Statusgruppen für alle genügend zu sichern. Dabei entsteht ein Verteilungskampf sowohl zwischen LohnarbeiterInnen (Arbeitende vs. Arbeitslose; Frauen gegen Männer; Jugendliche gegen ältere LohnarbeiterInnen; besser vs. schlechter Ausgebildete; Behinderte vs. „Normale“; Verhaltensabweichende vs. Angepasste; etc.) und zwischen Lohnarbeitenden und Einkommensversicherten (LohnarbeiterInnen vs. RentnerInnen im Bereich der Alters- Invaliden- Witwen/Witwer-, Waisen- und andern Einkommensversicherten). Vermag der Korporatismus noch die *divide-et-impera*-Strategie einzudämmen, treibt sie hier ihre Blüten.

Bei dieser Dynamik gestaltet sich die Rolle des Staates als Instanz und Akteur der „Sozialpolitik“ auf allen Ebenen viel dynamischer. Der Staat ist in der Position, dass er oft als Instanz wohl auftreten kann, nicht aber muss, wobei sein Auftreten sehr häufig die Form eines Sponsors (Subventionen) annimmt. Dieses Engagement kann je nach Konfliktpegel wiederum aus- oder abgebaut werden. Aus gewissen Bereichen zieht er sich sogar zurück. Allgemein ist das Feld den verschiedenen Interessengruppen überlassen, die gegeneinander um Unterstützung buhlen und an den Staat und andere Sponsoren – selbst an das Probleme verursachende und sich der Problemlösung entziehende Kapital – appellieren. Die Interessengruppen verstehen es mit unterschiedlichem Erfolg, auf verschiedenen Wegen selbständig Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen zu mobilisieren und – in Abwesenheit einer gesamtheitlichen politischen Lösung – werden sie im Sinne ihrer Klientel teilweise auch selber „sozialpolitisch“ tätig. Eine Fülle von Trägerschaften richten Dienstleistungen der „Sozialen Arbeit“ ein, die eine Ausgrenzung bei verschiedenen Gruppen zu verhindern und den Zugang zu Ausbildung und Lohnarbeit für die Klientel verschiedenster Interessengruppen zu verbessern suchen. Von den Berufstätigen in der „Sozialen Arbeit“ wird erwartet, immer neue „Sozialtechniken“ zu entwickeln, um ihrer Klientel zu Avancen im Verteilungskampf zu verhelfen. Gleichzeitig gestaltet sich ihr Arbeitsmarkt sehr volatil, zumal er sich sowohl nach der Problemartikulationskraft einer Interessengruppe und ihrer

Klientel als auch nach dem zu moderierenden Konfliktpegel zwischen den Interessengruppen richtet.

Gesamtheitliche Lösungen, um die Existenz der untersten Einkommens- und Statusgruppen zu sichern, kommen kaum ohne Abfindung an die Mittelschicht zustande, deren Stimme zur Mehrheitsbildung so gekauft werden muss. Der „soziale Wohnungsbau“ ist nicht zu denken ohne gleichzeitige Förderung des Wohneigentums oder ohne Mietsubventionen an die sich etwas darüber befindliche Einkommensgruppe, die unzweifelhafte Existenzsicherung mit einer Grundrente im Alter nicht ohne eine Aufbesserung der Grundrente für die Gruppe gleich darüber, Familienpflege für die Armen nicht ohne gleichzeitige Familienberatung für Bessergestellte, Arbeitslosendienste an Ausländer nicht ohne dasselbe gleichzeitig auch für privilegiere Einheimische anzubieten, etc. Die Regel ist einfach: Der Unterschied zwischen Einkommens-, Statusgruppen und Schichten darf bestenfalls etwas geringer, keinesfalls jedoch aufgehoben werden. Innerhalb gewisser „sozialpolitischer“ Massnahmen ist auch die „Soziale Arbeit“ an diesen Rahmen gebunden, die gesellschaftliche Diskriminierung unter Einkommens- und Statusgruppen sicherzustellen und zu reproduzieren.

„Sozialpolitik“ als Ausdruck von sozialer Kontrolle

Verstopfte Zugänge zu Bildung, Ausbildung, Lohnarbeit und Aussperrung von Lohnarbeit durch Arbeitslosigkeit stehen in unmittelbarer Verbindung mit abweichendem Verhalten, das mehr oder weniger gesetzeswidrig ausfallen kann. Beeinträchtigt es die Öffentlichkeit, werden nicht nur Einwohner in ihrem Vermögen und Einkommen (Eigentumsdelikte) und Lebensqualität (öffentliche Unordnung, Vandalismus, Gewalt gegen die eigene Person, Gefährdung des öffentlichen Friedens) sondern auch die immer feiner abgestimmte Koordination in Transport, Arbeitsteilung und Produktion beeinträchtigt. Ferner läuft das Kapital Gefahr, dass sich ein Teil der ausgegrenzten Bevölkerung seinem Zugriff als disziplinierte LohnarbeiterInnen entzieht. Die „Sozialpolitik“ wird demzufolge so gestaltet, dass bei Bezug von Leistungen gewisse Bedingungen gestellt werden mit der Absicht, die Bereitschaft zur Lohnarbeit grundsätzlich aufrecht zu erhalten und abzufordern. Gleichzeitig wird möglichst die Chance unterbunden, sich Arbeits- und Einkommensalternativen zur kapitalistischen Lohnarbeit im informellen Sektor, auf dem Schwarzmarkt, durch Bettelei, Prostitution und dergleichen aufzubauen. Auch die individuelle

oder kollektive Existenzgründung mittels selbständiger Tätigkeit und Kleinbetriebe wird nicht und wenn, dann nur äusserst eingeschränkt gefördert, wobei die Förderung von Produktivgenossenschaften und Einzelfirmen in der Regel parallel zum Wachstum langfristiger Arbeitslosigkeit zunimmt. Sich mittels Eigentumsdelikten und anderer kriminellen Tätigkeiten eine Arbeits- und Einkommensalternative zur kapitalistischen Lohnarbeit zu verschaffen, wird strafrechtlich unterbunden, bei selbständig tätigen Kleinkriminellen aber ungleich schärfer verfolgt als bei der grösseren, ökonomisch viel mehr Schaden verursachenden, aber die „öffentliche Ordnung“ einhaltende, geordnete, organisierte Kriminalität.

Das Kapital trachtet unersättlich nach immer billigerer Arbeitskraft. Ausgrenzung von Lohnarbeit und die dadurch in der Bevölkerung entstehende Konkurrenz um Lohnarbeit verhilft zu diesem Ziel, wobei die Sicherung der Existenz nicht garantiert wird. Die „Kunst“ besteht nun darin, die Bevölkerung gegebenenfalls in ihrem Lebensstandard absinken zu lassen, ohne dass sie sich dabei als lohnarbeitende Bevölkerung dem Kapital und seinem Herrschaftssystem entzieht und ihm als lohnarbeitende Masse genügend erhalten bleibt. Solange die soziale Kontrolle im Sinne des kapitalistischen Herrschaftssystems gewährt bleibt, ist der geordnete Abbau der Bevölkerung (oder Teile davon) in vertiefte Armut, verkürzte Lebenserwartung und früheren Tod ohne weiteres denkbar, möglich und aus Sicht der kapitalistischen politischen Ökonomie in gewissen Phasen ihres Daseins auch wünschbar, notfalls mit Einsatz von mehr Polizei, Gefängnissen und Militär.

Zeit ist die grösste Ressource der von Lohnarbeit Ausgeschlossenen, der Ausgegrenzten und Existenzbedrohten. Zur sozialen Kontrolle – da das Kapital den direkten Zugriff auf Zeit und Körper einer gewissen Bevölkerung ablehnt – sind alternative Formen des Zugriffs auf diese Individuen und Bevölkerungssegmente gefragt. Hier entsteht für die „Soziale Arbeit“ ein Tätigkeitsfeld zur Einbindung von Personen in fremdbestimmte Beobachtungs- und Zeitstrukturen. Während Kinder, Jugendliche, Ex-Gefangene, Obdachlose *ermutigt* werden, sich in ihrer Freizeit in die Zeitverwaltung und mit ihrer Person in die beobachtende Kontrolle z.B. der Beratungssituation, von Jugendgruppen, Treffpunkten oder in die Obhut von Heimen zu begeben, werden Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen *verpflichtet*, sich der Beratung und dem Zeitmanagement von Arbeitsprojekten zu unterstellen.

Zeit ist nicht nur eine bedeutende Ressource der von Lohnarbeit Ausgeschlossenen. Sie ist es auch für die Renten-, Invaliden- und Krankenversi-

cherten; eine statistische Grösse, deren Teilmenge durch die Versicherung gezielt auch von der Lohnarbeit ausgeschlossen wurde. „Sozialpolitische“ Massnahmen für diese Gruppen bezwecken deshalb nicht nur die soziokulturelle Eingliederung zwecks Rückkehr zur Lohnarbeit. Sie stellen überdies Zeitstrukturen zur Verfügung, wodurch die Betroffenen in gesellschaftlich erwünschter Form und mit erwünschten Verhaltensweisen eingebunden werden.

„Sozialpolitik“ als Ausdruck der Externalisierung von Kosten

Innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen zeigen kapitalistische Unternehmen die Tendenz, Sozial- und Umweltkosten der Allgemeinheit zu überlassen, und den so erhöhten Unternehmensgewinn zu privatisieren. Die dadurch entstehende Belastung für die Bevölkerung kann durch eine Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen verhindert werden. Oft wird allerdings auf diese Strategie verzichtet, die Belastung nicht verhindert sondern nur mit flankierenden Massnahmen etwas abgefedert oder im besten Fall teilweise kompensiert. Anstatt die an das Umfeld abgegebenen Schad- und Belastungsstoffe zu reduzieren, sucht man die Lebenserwartung und -qualität durch Massnahmen im Umwelt- und Gesundheitsbereich zu erhalten. Anstatt Erkrankung und Unfall im Betrieb zu verhindern, werden sie an die Versicherungen und deren Dienstleistungen delegiert. Anstatt die Weiterbildung durch die Betriebe sicherzustellen, wird ein Teil der Bevölkerung arbeitslos gemacht und zur weiteren Qualifikation dem gesellschaftlichen Umfeld überlassen. Anstatt die Existenz der Bevölkerung durch Arbeit und/oder durch eine bessere Verteilung der Arbeitszeit und Gestaltung der Lohnstruktur zu sichern, wird die Bevölkerung arbeitslos gemacht und zur Existenzsicherung und sozialen Kontrolle der Allgemeinheit überlassen. Aus dieser Dynamik heraus entstehen für die „Soziale Arbeit“ Tätigkeitsfelder in Gesundheit, Bildung, ökonomischer und soziokultureller Existenzsicherung, sozialer Kontrolle und Strafvollzug.

„Sozialpolitik“ als Ausdruck des ökonomischen Strukturwandels

Die Tendenz der Betriebe, zur Sicherung und Erhöhung der Profite ständig alle Kosten zu senken, und dazu sich der sich immer weiter öffnenden Marktwirtschaft zu bedienen – ja die weitere Öffnung zu erzwingen, führt zu einem Strukturwandel. Obwohl er ständig stattfindet, kann der Struk-

turwandel doch auch in intensive und weniger intensive Phasen unterteilt werden. Bei dieser „Umschichtung“ können ganze Industrie- und Dienstleistungsbereiche in kurzer Zeit einbrechen oder auch entstehen. Das Kapital siedelt sich um, zieht ab oder zieht ein. Mit diesen Bewegungen hat sich die Bevölkerung sozial und bildungstechnisch, geographisch und mobilitätstechnisch abzufinden, was besonders bei einem intensiven strukturellen „Abbau“ von Beschäftigungsfeldern eintritt. Da das Kapital – die Betriebe – unter sich nicht gezwungen werden, die Bevölkerung in beschäftigtem Zustand durch den Strukturwandel hindurchzuführen, und den Strukturwandel mobilitäts-, bildungs- und beschäftigungstechnisch unter sich zu koordinieren, bleibt die betroffene Bevölkerung weitgehend ohne Hilfe des Kapitals sich selbst überlassen. Dabei stehen Einzelne diesen Marktverschiebungen sehr machtlos gegenüber, besonders dann, wenn das Kapital beim Abbau eines Beschäftigungsfeldes die nationalen oder kontinentalen Grenzen verlässt, die Bevölkerung also aus sozialen, ökonomischen oder gesetzlichen Gründen dem „umgezogenen“ Kapital nicht an die neue „Adresse“ folgen kann oder darf. Kommt hinzu, dass die so entstandenen Beschäftigungslücken nicht schnell genug (oder überhaupt nicht mehr) mit anderem Kapital und dessen Investitionen gefüllt werden, Beschäftigungslöcher entstehen und ein „Warten auf (Kapital-)Godot“ einsetzt. Teilweise wird dieses Warten vom Kapital auf erpresserische Art und Weise auch erzwungen. In diesem Kontext entstehen eine Vielzahl flankierender Massnahmen und für die „Soziale Arbeit“ Tätigkeitsfelder im Versicherungs- und Dienstleistungsbereich, in Bildung, Beratung, soziokultureller Integration, Arbeitsprojekten, sozialer Kontrolle, etc.

„Sozialpolitik“ als Ausdruck demographischer Bewegungen

Gemeint sind hier vor allem die drastischen Veränderungen in der Geburtenrate und der Immigration. Von geringerer Bedeutung erweisen sich hier demographische Veränderungen in der Alterspyramide, die einen recht kontinuierlichen Verlauf aufweisen. Gleich anzumerken ist, dass demographische Veränderungen, ob kontinuierlich oder drastisch, eine Anpassungsleistung erfordern. Wie diese Anpassungsleistung empfunden wird, hängt in der Regel vom ökonomischen Umfeld, besonders dem Arbeitsmarkt ab, wodurch nicht nur die Einkommen der lohnarbeitenden Bevölkerung entstehen, und die Existenzsicherung der Bevölkerung mehr oder weniger zufriedenstellend erfolgt, sondern auch die Versicherungsbudgets der RentnerInnen finanziert werden. Die Anpassungen an die regelmässig anfallenden Mehrleistungen im Renten- und Pflegebereich waren in den letz-

ten Jahren begleitet von kontinuierlich abnehmenden Kosten im Kinder- und Jugendbereich, vor allem, wenn die Geburtenrate als Kostenindikator herbeigezogen wird.

Rein demographisch gesehen hat sich die „Altersunterstützungsquote“ in den letzten Jahren erhöht, die „Jugendunterstützungsquote“ jedoch gesenkt. Beide Unterstützungsquoten zusammen befinden sich historisch gesehen auf einem Tiefpunkt, schon gar, wenn als Vergleich die Zeit um die Jahrhundertwende (mit ihrem dazu noch viel tieferen Bruttoinlandprodukt) herbeigezogen wird. Dass die zunehmende Altersunterstützungsquote politisch zum Problem deklariert wird, hat mehr mit dem schwachen Arbeitsmarkt und dem Versuch zu tun, dem „Kapital“ die Lohnnebenkosten zu senken, und die „Altersunterstützung“ vermehrt – wie bei der „Jugendunterstützung“ – durch allgemeine Steuern und durch das Familienbudget zu finanzieren. Werden Wirtschaftskrise und Engpässe auf dem Arbeitsmarkt ausgeklammert, kann gesagt werden, dass aus rein demographischen Gründen „sozialpolitisch“ Massnahmen in den letzten Jahren im Altersbereich zugenommen und im Jugendbereich abgenommen haben. So betrachtet verschiebt sich parallel auch die Tätigkeit der „Sozialen Arbeit“ im Versicherungs- und Dienstleistungsbereich.

Im Fall von drastischen demographischen Bewegungen wie Babybooms und Immigrationswellen besteht die ökonomische und gesellschaftliche Herausforderung und Anpassungsleistung darin, institutionell für die Ankömmlinge auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungswesen und vielen andern Orten Platz zu machen. Beim Babyboom kann die zu erbringende Anpassungsleistung für alle biographischen Phasen des Kohortes antizipiert werden – obwohl von dieser Möglichkeit planerisch viel zu wenig Gebrauch gemacht wird. Bei Immigrationswellen, die nicht über den Arbeitsmarkt reguliert werden, ist viel eher mit „Überraschungseffekten“ und schnellen Anpassungsleistungen zu rechnen. Je nach Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes und der Bereitschaft, die vorhandene Lohnarbeit existenzsichernd zu verteilen, werden mehr oder weniger flankierende „sozialpolitische“ Massnahmen zur Förderung der Anpassungsleistung getroffen. Unter diesen Umständen entstehen für die „Soziale Arbeit“ vor allem im Flüchtlings- und Jugendbereich zusätzliche Arbeitsmärkte.

„Sozialpolitik“ als Ausdruck der relativen Knappheit von Humankapital

Der Mensch ist mit seiner Arbeitskraft auf dem Markt – dem Arbeitsmarkt – genauso eine Ware wie andere Güter. Im Verlauf der Summe der Investitionsentscheidungen und des Konjunkturverlaufes verändert sich auch die Nachfrage nach Humankapital – der Arbeitskraft und der Energie, dem Wissen, der Erfahrung und den Fähigkeiten, die sie ausmachen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Massnahmen, die getroffen werden, um Humankapital zu bilden und zu erhalten umfänglicher ausfallen, wenn die Nachfrage nach Humankapital gross ist. Dabei ist zu beachten, dass bei grosser Nachfrage nach Humankapital auch das Kapital umfängliche Massnahmen ergreift, Humankapital zu bilden und es in den Betrieben zu erhalten. Bricht die Nachfrage ein, reduzieren sich die Massnahmen zur Humankapitalbildung in den Betrieben, besonders dann, wenn ein Teil der Bevölkerung durch Arbeitslosigkeit vom Arbeitsplatz ausgegrenzt wird. Die Finanzierung der Humankapitalbildung verlagert sich unter diesen Umständen vermehrt auf Individuum, Familie und Gesellschaft. Dafür zu sorgen, dass Humankapital bei Arbeitsverbot durch Arbeitslosigkeit nicht verkümmert, wird ebenfalls Sache von Individuum und Gesellschaft. Bis zu einem gewissen Ausmass übernehmen sie auch diese Funktion. „Sozialpolitische“ Massnahmen werden getroffen mit dem Ziel, das Humankapital der Arbeitsmarktopfer zu erhalten und zu ergänzen, das Wissen und die technischen und sozialen Fähigkeiten zu erhalten oder gar zu ergänzen. Andererseits werden Individuen mit ihrem Humankapital auch dem psychischen, gesundheitlichen, technischen und sozialen Fähigkeitszerfall und der weiteren Ausgrenzung überlassen.

Was die Betriebe mittels ihres Human Resources Management bei guter Nachfrage zur Pflege des Humankapitals leisten, wird bei schlechter Nachfrage vermehrt an die Allgemeinheit ausgelagert. Dabei wird aber von der „Sozialpolitik“ vermehrt erwartet, dass sie als eine Art „Nationale Human Resources Abteilung“ dem Kapital das Humankapital in der „richtig“ aufbereiteten Mischung und, zwecks Auslesemöglichkeit und Lohndruck zahlreich genug erzeugt, zur Verfügung hält und stellt. Bei solchen Entwicklungen entstehen nicht nur erweiterte öffentliche Bildungsgänge, sondern für die „Soziale Arbeit“ auch Tätigkeiten, um sich über bedürfnisorientierte Lernprozesse verschiedenste Kenntnisse und Fähigkeiten aneignen zu können.

„Sozialpolitik“ als Ausdruck der militärischen Kriegsbereitschaft

Jegliche Form militärischer Bereitschaft muss auch im Zusammenhang mit der überwiegend ökonomischen Funktion, die eine solche Bereitschaft hat, gesehen werden. Hier sei nicht so sehr auf die vielfältigen Aspekte dieser Funktion als auf die Feststellung hingewiesen, dass sich in der kriegsbereiten Gesellschaft die stärkste Verflechtung zwischen Kapital und Militär im sogenannten „Militär-Industrie-Komplex“ verfestigt. Ob das „Kapital“ oder das „Militär“ (d.h. die Politik?) diesen Komplex tendenziell dominiert, und wie lange und unter welchen Umständen, ist eine empirische Frage und kann unter kriegsbereiten Ländern etwas unterschiedlich ausfallen. Dementsprechend dürften auch ökonomische Gründe, mehr oder weniger gewichtet, zur Kriegführung beitragen, ungeachtet, ob nun ein solcher Krieg primär als „Aggressions-“ oder Verteidigungskrieg einzustufen wäre. Jede Kriegführung einer Industriegesellschaft ist jedoch an die Verflechtung im Militär-Industrie-Komplex gebunden, ja ohne sie gar nicht denkbar, was nicht heissen soll, dass jede Industriegesellschaft eine Kriegsbereitschaft aufrecht erhalten muss.

Für die im Militär tätigen Menschen und ihre Angehörigen ist Militärdienst in Friedenszeiten mit weniger Risiko verbunden als in Kriegszeiten. Wie hoch das Risiko für sie und die Zivilbevölkerung im Kriegsfall ist, kann nie eingeschätzt werden. In der Regel wird die Zivilbevölkerung nicht gegen Kriegsrisiken versichert und, wenn überhaupt, im Eintretensfall über andere Wege kompensiert. Das für das Militär tätige Personal ist in Friedenszeiten durch eine ganze Reihe „sozialpolitischer“ Massnahmen versichert und gesichert. Man geht davon aus, dass diese auch im Kriegsfall – bei drastisch höheren oder sogar immensen Schadensfällen – zur Geltung kommen würden. Ob die Leistungen für den Fall eines Krieges inhaltlich genügen oder quantitativ aufrecht erhalten blieben, weiss zu Friedenszeiten niemand. Von Interesse ist die Beobachtung, dass mit Beginn der Massenheere, der modernen Schusswaffen und der modernen Kriegführung auch die ersten Erfahrungen mit grossen Sozialversicherungssystemen gemacht wurden, z.B. im amerikanischen Bürgerkrieg von 1860-64.

Bei Berufs- und Milizarmeen übertreffen gewöhnlich die „sozialpolitischen“ Massnahmen zur „Absicherung“ der Militärdienst-Risiken die Leistungen der übrigen „sozialpolitischen“ Massnahmen, die der Zivilbevölkerung zur Verfügung stehen. Dazu unterhält das Militär in Ländern mit Kriegsbereitschaft oft einen eigenen, abgeschotteten „sozialpolitischen“ Versicherungs- und Dienstleistungsbereich, und schon in Friedenszeiten

gehören die im Militär tätigen Personen „sozialpolitisch“ zu den absolut privilegierten Gruppen der Gesellschaft. Mit kräftiger politischer Unterstützung des Kapitals werden beim Militär, ob auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nun grosse Nachfrage herrscht oder nicht, „sozialpolitisch“ Massnahmen mit besseren Leistungen getroffen und aufrecht erhalten, als dasselbe Kapital seinen LohnarbeiterInnen in der Zivilbevölkerung zuzugestehen bereit ist.

In Ergänzung gibt es aber auch die Sichtweise, dass „Sozialpolitik“ für die Zivilbevölkerung an sich schon ein Element der Kriegsbereitschaft sein kann. Dies scheint vor allem für eine relativ arbeitsintensive Kriegsführung zuzutreffen, für die grosse Menschenmassen gebraucht und in Reserve gehalten werden müssen. So kann Mutterschutz- und Familienpolitik des Dritten Reiches als eine den Krieg unterstützende, demographische Reproduktions- und Förderungsmassnahme verstanden werden. Und in Verbindung mit dem Klassenkampf musste der zivilen Arbeiterschaft während des ersten Weltkrieges in Deutschland – nicht aber in England – „sozialpolitisch“ Zugeständnisse gemacht werden, um die Arbeiterschaft genügend zu „befrieden“, bei LohnarbeiterInnen eine gewisse Kriegsbereitschaft sicherzustellen, und um unter den Wehrpflichtigen innerhalb des Heeres die Klassenkampffrage zu „neutralisieren“. Ohne diese militärische Abhängigkeit von der Massenbevölkerung für die Kriegführung wäre die Notwendigkeit zur „Befriedung“ geringer ausgefallen. In der Aufrüstungsphase des Dritten Reiches wiederum wurde auf Vollbeschäftigung unter Beibehaltung der „sozialpolitischen“ Instrumente aus der Weimarer Republik gesetzt, wobei die Versicherungsreserven als Staatsanleihen zur Finanzierung der Rüstungsproduktion herbeigezogen wurden. Die Reserven wiederum erhöhten sich von 1933-38 sowohl aufgrund der Vollbeschäftigung als auch durch gewisse Veränderungen im Verhältnis von Prämie und Leistung.

„Sozialpolitik“ als Ausdruck von relativer Vollbeschäftigung und ausserordentlichem Wirtschaftswachstum

Angesprochen ist hier vor allem die „Sozialpolitik“-Entwicklung der Industrieländer in der Nachkriegsphase von ca. 1950-1970. In der Geschichte des Kapitalismus hatte vorher noch nie ein derart grosser und lang andauernder Wachstumsschub stattgefunden. Dieser wurde von einer äquivalenten Ausdehnung der „sozialpolitischen“ Massnahmen begleitet, zuerst im Versicherungs-, anschliessend auch im Dienstleistungsbereich. Die

sich ausweitende Nachfrage für Tätigkeiten der „Sozialen Arbeit“ wurde von einem Professionalisierungsschub und einem ständig wachsenden Ausstoss an Personal für die „Soziale Arbeit“ begleitet.

Zur Erklärung dieses Phänomens können verschiedene der oben diskutierten Aspekte dienlich sein. Sie brauchen hier nicht mehr rezipiert zu werden. Zu erwähnen bleibt in diesem Zusammenhang aber die Idee der wachsenden Verteilungsspielräume durch Systemwachstum und -ausweitung. Wie Pareto schon darauf hingewiesen hat, vermittelt eine solche Phase für alle beteiligten Interessengruppen die andauernde Möglichkeit, sich besser zu stellen, obwohl diese für „sozialpolitische“ Massnahmen auch etwas „abgeben“ müssen. Das Nullsummenspiel konnte in dieser Nachkriegsphase lange genug unterbrochen werden, was das drastische Wachstum der „sozialpolitischen“ Massnahmen erst ermöglichte. Das heisst nun allerdings nicht, dass sich deshalb an der Einkommens- oder Vermögensverteilung innerhalb der Gesellschaft notwendigerweise viel ändert. Diesbezüglich wird die Umverteilungswirkung der „Sozialpolitik“ regelmässig überschätzt und zu fragen wäre auch, wie mittels „sozialpolitischer“ Massnahmen die Wahrscheinlichkeit zur Existenzsicherung zwar erhöht, die Ungleichheit aber sogar vertieft werden kann.

„Sozialpolitik“ als Ausdruck eines selbstreferenziellen „Sozialpolitik“-Systems

Jede Handlung, jede Massnahme hat auch unerahnte oder unbeabsichtigte Konsequenzen, inklusive Unwirksamkeit. Kommt dazu, dass Massnahmen nach einer engen oder weiteren Kosten-Nutzen-Rechnung getroffen werden. Schon die Reflexion über die Mittel-Zweck/Ziel-Relation kann in der „Sozialpolitik“ zu Veränderungen bei den Massnahmen führen, ohne dass sich aber an den politökonomischen Rahmenbedingungen etwas verändert hat. Um ein Ziel (besser) zu erreichen, werden andere Mittel angewendet oder ausgedacht. Dies wiederum kann zu Umschichtungen in den Berufsfeldern der „Sozialen Arbeit“ führen, z.B. die Arbeit mit Einzelnen wird durch Gruppen- und/oder Gemeinwesenarbeit substituiert, oder Überbrückungsgelder zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt werden teilweise durch soziokulturelle Integrationsmassnahmen substituiert. Massnahmen (z.B. im Bereich Arbeitslosigkeit) können aber nach erweiterter Kosten-Nutzen-Rechnung auch so verändert werden, dass dadurch andere Bereiche der „Sozialpolitik“ (z.B. Gesundheit, Bildung) finanziell weniger Kosten verursachen. Festzuhalten ist aber genauso, dass dieser

Reflexion und Selbstreferenzialität auch politökonomisch Grenzen gesetzt werden. Gewisse Massnahmen der „Sozialen Arbeit“ und „Sozialpolitik“ werden aufgrund politökonomischer Herrschafts- und andern Interessen nicht oder nur beschränkt zugelassen, obwohl sie sich als wirksamer oder effizienter erweisen. Unser politökonomisches System, das sich als ein auf Effizienz bedachtes System ausgibt, entpuppt sich auch in der Sozialpolitik als System, das gegen besseres Wissen oft auf das Ineffiziente und Unwirksame insistiert, was sich auch auf die „Soziale Arbeit“ überträgt.

Schlussbetrachtung

Hier wurde davon ausgegangen, dass in erster Linie die politökonomische Dynamik Anlass zu „sozialpolitischen Massnahmen“ und – in Ableitung – zur Tätigkeit „Soziale Arbeit“ gibt. Somit bleibt wenig Raum für die These, dass „sozialpolitische Massnahmen“ und „Soziale Arbeit“ rein auf die in den Menschen verankerte Fähigkeit zur Empathie und Sympathie oder rein auf Werte und Normen zurückzuführen sind, die z.B. mit dem Begriff „Solidarität“ gefasst werden könnten. Auszugehen ist davon, dass sowohl die Fähigkeit zur Empathie und Sympathie (inkl. der verschiedenen Ausdrucksformen) als auch Wille und Vorgabe zum solidarischen Handeln durch „sozialpolitische Massnahmen“ selbst politökonomisch konfiguriert sind. Das heisst: ob, wann, durch wen, für wen und wie diese Fähigkeiten und Normen durch „sozialpolitische Massnahmen“ zur Geltung kommen und Ausdruck finden, ist politökonomisch bedingt. Die Professionellen der „Sozialen Arbeit“ gehen jedoch selten davon aus und verstehen sich auch in ihrer Tätigkeit und Berufsidentität kaum so.

Ohne Nationalökonomie keine Sozialarbeit!

Rolle und Bedeutung der ökonomischen Bildung im wissenschaftlichen Werk und Ausbildungskonzept Alice Salomons

Christine Labonté-Roset

Aktuelle Debatten um Studienreformen in der Ausbildung zur sozialen Arbeit werden zunehmend auch unter der Fragestellung geführt, ob man inzwischen von einer eigenständigen Disziplin der Sozialarbeit, von einer Sozialarbeitswissenschaft ausgehen kann.¹⁾

Neben der Frage, ob diese als Integrationswissenschaft, als Handlungstheorie oder als heuristisches Konzept sozialer Arbeit zu verstehen sei²⁾, ist nach wie vor eine grundlegende Streitfrage diejenige nach der Stellung der Erziehungswissenschaft in diesem Feld. Einerseits wird Sozialarbeitswissenschaft als unabhängige sozialwissenschaftliche Disziplin beschworen, andererseits für die Erziehungswissenschaft als Leitdisziplin geworben.³⁾

Diese Kontroverse zeigt zweierlei:

- Ihre Protagonisten verorten sich entweder im sozialwissenschaftlichen oder erziehungswissenschaftlichen Bereich, andere Disziplinen spielen keine Rolle mehr, v.a. politische Aspekte und ökonomische Analysen fehlen.
- Dem entspricht die gegenwärtige Ausgestaltung der Curricula. Volkswirtschaftliche Anteile fehlen meist ganz, Sozialpolitik verliert im Fächerkanon zunehmend an Bedeutung und wird meist auf die komparatistische Darstellung verschiedener Systeme beschränkt, eher schon gewinnen betriebswirtschaftliche Versatzstücke in der Sozialmanagementslehre an Boden.

Die Ursachen dieser Entwicklung lassen sich zurückverfolgen:

- Seit Mitte der 70er-Jahre hat die Therapeutisierung der Sozialarbeit stark zugenommen. Neben berufsständischen Gründen spielt hier sicherlich auch die Ausweitung sozialer (Beratungs-)Angebote für die Mittelschicht eine Rolle.
- In den 70er- und 80er-Jahren behauptete sich noch das Fach „Sozialökonomie“, mehr oder minder stark marxistisch orientiert oder sich zumindest als Ort der kritischen Auseinandersetzung mit den vorherr-

schenden politischen und ökonomischen Ideologien der westlichen Welt verstehend. Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten scheint auch dieses Fach desavouiert zu sein, zumindest dort, wo in letzter Zeit Studienreformen durchgeführt wurden, verschwand es meist eher unauffällig.⁴⁾

Mit anderen Worten: Sowohl in der Debatte um Sozialarbeitswissenschaft wie in der Studienreformediskussion droht zunehmend die Spezifität und eigentliche Güte von Sozialarbeit in Lehre und Forschung aus dem Blick zu geraten – damit auch ihre Interdisziplinarität und (notwendig) multiple Perspektive, die auf Analysen sowohl der Mikro- wie der Makroebene entsprechend den jeweiligen Disziplinen basiert. An ihre Stelle tritt häufig eine Lebensweltorientierung, die eher auf die unmittelbaren Lebensbedingungen der Nutzer von Sozialarbeit abstellt, soziale und ökonomische Rahmenbedingungen aber vernachlässigt. Damit aber fehlt den künftigen Sozialarbeitern und Sozialpädagoginnen die Möglichkeit, individuelle Probleme der Klienten von gesellschaftlich bedingten unterscheiden zu können. Es fehlt ihnen das Rüstzeug für wahrhaft soziales Denken, das die Voraussetzung für Handeln im Sinne einer Menschenrechtsprofession ist.⁵⁾

Ganz anders das Ausbildungskonzept von Alice Salomon, der Begründerin der professionellen Sozialarbeitsausbildung in Deutschland.⁶⁾ Die von ihr entwickelten Prämissen haben die Ausbildung in diesem Bereich ganz entscheidend geprägt und sind nach wie vor „nicht nur gegenwartsklärend, sondern auch in hohem Maße zukunftsweisend“.⁷⁾

So soll die Ausbildung zu einer sozialen Arbeit befähigen, die sich grundlegend sowohl von der durch Disziplinierung und Kontrolle geprägten früheren Armenpflege wie von rein karitativer Barmherzigkeit unterscheidet. Statt dessen soll sie durch Förderung der Einzelnen und Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen. Und sie soll dazu befähigen, Einfluß sowohl auf die Gestaltung sozialer Praxis wie auf die sozialpolitische Entwicklung zu nehmen. Dieser Anspruch kann für Alice Salomon nur durch eine umfassende wissenschaftliche Bildung eingelöst werden.⁸⁾

In einem relativ frühen (1903), aber für ihr Werk zentralen Artikel über „Wissenschaftliche Bildung und soziale Frauenarbeit“ definiert sie soziale Arbeit als Mitarbeit bei großen sozialen Reformen, die man nicht leisten könne „allein auf sein warmes Herz gestützt“. Und sie fährt fort, „wer aber soziale Mißstände bekämpfen, gesellschaftliche Einrichtungen schaffen, der Förderung des Volkswohles in geistiger und körperlicher Bezie-

hung dienen will, der bedarf der Kenntnis vom Staat und der Gesellschaft, von deren Einrichtungen, deren Gesetzen und Mängeln... Der bedarf dazu einer tieferen Bildung, die es ihm ermöglicht, die Probleme voll zu erfassen, die er lösen will.“⁹⁾

Für Alice Salomon ist es dabei keine Frage, daß hierzu die national-ökonomische Wissenschaft gehört, die für sie „geradezu als Fachausbildung für die (soziale) Arbeit bezeichnet werden kann.“¹⁰⁾ Die Grundlagen für eine solche Fachausbildung sollen dabei bereits in der „Frauenshule“ gelegt werden, womit die höheren Lehranstalten für Mädchen gemeint sind. „Die *Volkswirtschaftslehre* ist an erste Stelle gerückt, weil sie die wesentlichste Voraussetzung für alles soziale Denken ist; für ein gerechtes Handeln gegen die Menschen, mit denen das Leben uns in Beziehung bringt.“¹¹⁾

Dabei subsumiert Alice Salomon Volkswirtschaftslehre unter die sozialwissenschaftlichen Fächer und dies gibt zwei wichtige Hinweise:

- Zum einen zeigt sich, daß um die Jahrhundertwende Nationalökonomie und Sozialwissenschaft häufig eine Einheit bilden. Dies zeigt u.a. das Werk Gustav Schmollers, der nicht nur Mitbegründer der auf historischen und sozialen Analysen basierenden Schule der neuen Nationalökonomie, sondern auch Initiator des „Vereins für Sozialpolitik“ war, und Max Webers „verstehende Soziologie“ wesentlich beeinflusste. Dessen (z.T. posthum veröffentlichtes) Hauptwerk „Wirtschaft und Gesellschaft“ mit dem Untertitel „Grundriß der verstehenden Soziologie“ wiederum zeigt exemplarisch die Verschränkung von ökonomischem und soziologischem Denken.

Aber nicht nur Gustav Schmoller, Alfred und Max Weber, Georg Simmel als die bekanntesten Wegbereiter einer Sozialwissenschaft, die ökonomische und soziologische Denkweisen auf neue Art zusammenführte, sind zu nennen, wenn man nach den Personen und Quellen forscht, die Alice Salomons Werk und Ausbildungskonzept für die soziale Arbeit wesentlich beeinflussten. Hierzu gehören sicherlich auch der englische Sozialreformer Charles Booth mit seinen bahnbrechenden Sozialenqueten sowie Beatrice und Sidney Webb, die Begründer der London School of Economics, in der das soeben beschriebene Wissenschaftsverständnis lange Zeit gepflegt, in jüngster Zeit aber leider immer mehr durch neoliberale Ansätze abgelöst wurde.

- Zum anderen wird aus diesem Wissenschaftsverständnis Alice Salomons Art des Denkens, der Inhalt und die Form ihrer Analyse deutlich: die ökonomische Analyse dient keinem Selbstzweck, bleibt nicht in sich

selbst gefangen, sondern wird quasi zwangsläufig durch die soziologische Analyse und Deutung fortgeführt und ergänzt. Auch dies wiederum nicht als *l'art pour l'art*, sondern Wissenschaft ist das Instrument, um politisch argumentieren und handeln, um adäquate Konzepte zur Lösung sozialer Probleme finden zu können.

All dies steht für Alice Salomon unter dem zentralen Aspekt der Vermittlung. „Vermittlung kann als Kern ihrer gesamten Bemühungen, der praktischen wie der theoretischen, angesehen werden.“¹²⁾ Vermittlung meint dabei ein Doppeltes: zum einen die Vermittlung zwischen an sich konträren Positionen in Theorie und Politik, zum anderen die Vermittlung zwischen Theorie und Praxis. Theorie dient dabei dazu, praktische Lösungen zu finden¹³⁾, Praxis dazu, Theorie anzuregen.

Um Lösungen zu erhalten, um der Forderung nach solchen Lösungen im politischen Raum Nachdruck verleihen zu können, bedarf es allerdings umfassender und präziser Problemanalysen. Dies gelingt nicht ohne die Analyse der ökonomischen Rahmenbedingungen. Nichts stört Alice Salomon mehr als abstrakte moralische Forderungen statt wissenschaftlicher Argumentation. So kritisiert sie in ihrer Dissertation von 1906 über „Die Ursachen der ungleichen Bezahlung von Männer- und Frauenarbeit“ an der frühen Frauenbewegung „ethisches Pathos“, da sie die Forderung nach Gleichheit bei der Ausbildung und Bezahlung von Frauen und Männern lediglich mit einem abstrakten Gerechtigkeitsprinzip begründete. Wer so argumentiert, verhindert für Alice Salomon eher, daß die Wissenschaft, insbesondere die Volkswirtschaftslehre sich auch mit der Frage der Entlohnung von Frauen auseinandersetzt. „Die Frauen ... übersahen, daß nicht Gerechtigkeitsideen, sondern vornehmlich das Prinzip des wirtschaftlichen Vorteils und das Machtverhältnis der Parteien das Arbeitsverhältnis bestimmen.“¹⁴⁾

An der hier zitierten Dissertation, nebenbei gesagt sicherlich der ersten feministischen Dissertation in Deutschland überhaupt, läßt sich Alice Salomons Methode und Argumentationsweise hervorragend demonstrieren. Hier nur einige ihrer zentralen Punkte: Sie beginnt mit einer genauen ökonomischen Analyse der Gründe für die wachsende Erwerbstätigkeit von Frauen und zeigt, daß der Arbeitsmarkt von Frauen und Männern im wesentlichen getrennt ist, von daher tatsächlich wenig gleichartige Tätigkeiten von Männern und Frauen zu finden sind, auch weil Männer die Berufe und Tätigkeiten verlassen, in die Frauen eindringen.

Aber auch dort wo – nach genau ausgeführter Definition – von gleichwertigen Tätigkeiten gesprochen werden kann, weist sie nach, daß die Frauen häufiger geringere Qualifikationen mitbringen, aufgrund kurzer Berufsdauer und weil sie – da sie ihre Berufstätigkeit als vorübergehend ansehen – weniger in Ausbildung „investieren“, aber v.a. generell auch weniger Bildungschancen haben. Entscheidend ist für Alice Salomon aber nicht nur der provisorische Charakter der Frauenarbeit, sondern der unterschiedliche Maßstab der Entlohnung von Frauen, denen nur ein Individualbedarf im Gegensatz zum Familienbedarf des Mannes als dem „Ernährer“ zugestanden wird. Dies aber heißt, nicht die geringere Vorbildung von Frauen, ihre kürzere Berufsdauer, geringere Mobilität sind die eigentlich entscheidenden Faktoren der ungleichen Bezahlung, sondern der „gesellschaftliche Charakter des Arbeitslohns“. ⁽¹⁵⁾ Dies meint, „... daß die Ursachen der ungleichen Entlohnung wohl *gesetzmäßige Erscheinungen* zeigen, die sich aus den wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Verhältnissen zur Zeit ergeben müssen, *nicht aber ein Naturgesetz* (darstellen - d. Verf.), das keinem Wandel unterliegen kann. Die ungleiche Entlohnung von Mann und Frau kann zu einem großen Teil *beseitigt* werden, wenn geistige Umwandlungen im Leben eines Volkes zu einer anderen *Auffassung des Berufslebens* durch die Frau, zu einer anderen Stellung der Frau im Erwerbsleben und in der Familie führen und wenn die *wirtschaftliche Entwicklung* weiter eine immer wachsende Zahl von Arbeitskräften aufnehmen kann.“ ⁽¹⁶⁾

Diese doppelte sowohl ökonomische wie soziologische Argumentationsweise, die wiederum beide Voraussetzungen für eine fundierte politische Argumentation sind, kann nur durch eine interdisziplinäre, im Idealfall transdisziplinäre Ausbildung zur sozialen Arbeit vermittelt werden. Daß dies sich heute schwieriger als noch zur Zeit Alice Salomons gestaltet, liegt neben den bereits erwähnten Entwicklungen der 70er- und 80er-Jahre sicherlich auch daran, daß sich die Wissenschaftsdisziplinen immer weiter auseinander entwickelt haben – dies gilt gerade auch für Volkswirtschaftslehre und Soziologie – und in immer feiner verästelte Unter- und Spezialdisziplinen zerfallen. Weiter spielt eine Rolle, daß die Volkswirtschaftslehre insgesamt im Kanon der Wissenschaften an Bedeutung verloren hat.

Die von Alice Salomon in ihrer Dissertation benutzte, hier beschriebene Vorgehensweise läßt sich bereits in früheren Artikeln von ihr, wie z.B. in „Frauenbewegung und gesetzlicher Arbeiterinnenschutz“ (1900)⁽¹⁷⁾ nachweisen, bestimmt aber auch durchgehend ihr späteres Werk. Ein Beispiel hierfür ist die Artikelserie zu „die Frau im modernen Wirtschaftsleben“⁽¹⁸⁾, in der sie die soziale und berufliche Stellung der Frauen in den verschiede-

nen Bereichen (Familie, Großindustrie, Handel, Landwirtschaft etc.) differenziert auch unter der Fragestellung der ökonomischen Abhängigkeit oder Unabhängigkeit, ihres Einflusses als Produzentin und v.a. Konsumentin auf den Markt untersucht.

Die Beispiele ließen sich fortsetzen und vertiefen, ich will mich stattdessen jedoch auf die Frage konzentrieren, wie sich Alice Salomons Methode in ihrem Ausbildungskonzept spiegelt und wie sie dies zu realisieren sucht. In ihrer posthum veröffentlichten Autobiographie beschreibt sie die Anfänge der von ihr gegründeten Sozialen Frauenschule mit 2-jähriger Ausbildung, die auf den Erfahrungen des bereits seit 1899 von ihr geleiteten Jahreskurses für Soziale Arbeit aufbauten. „Die Ausbildungsstätte sollte Vorlesungen mit sachkundig angeleiteter praktischer Arbeit kombinieren, der Unterrichtsstoff sollte in logischer Folge angeordnet werden, der Klassenunterricht sollte auf das Praxisfeld bezogen sein und die praktische Erfahrung sollte überprüft und wiederum für die Diskussion im Unterricht genutzt werden. Der Plan umfaßte die wesentlichen Fächer, die später typisch für die europäischen Sozialarbeitsschulen wurden.“⁽¹⁹⁾

Im November 1908 wurde dieser Plan mit der Eröffnung der Schule in die Tat umgesetzt, es konnten viele – wie sie schreibt – „brillante und anregende Persönlichkeiten“⁽²⁰⁾ als Dozenten und Dozentinnen gewonnen werden, sie selbst „war fieberhaft damit beschäftigt, Ökonomie zu lehren, die Geschichte der sozialen Arbeit, ihre Theorie und Methoden.“⁽²¹⁾ Hierzu gehörte auch, die geeignete Literatur zu finden, denn: „Es gab keine ‚verkaufsfertige‘ Wissenschaft der sozialen Arbeit, die wir im Unterricht hätten anwenden können. Der Lehrkörper mußte sie selbst entwickeln. Es gab keine Lehrbücher – wir mußten sie schreiben.“⁽²²⁾

Und wieder zeigt sich, welchen zentralen Stellenwert Alice Salomon der Volkswirtschaftslehre einräumt, denn ihr erstes 1909 veröffentlichtes Lehrbuch ist eine „Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Ein Lehrbuch für Frauenschulen.“⁽²³⁾ Es sollte dazu dienen, den Schülerinnen „einen Einblick in die Kompliziertheit des Wirtschaftslebens ... (zu geben - d. Verf.), in die wunderbaren Zusammenhänge des Gemeinschaftslebens. Der Unterricht soll ihnen soziale Einsicht vermitteln, damit sie *praktisches* Verständnis für die sozialen Probleme unserer Zeit gewinnen. Sie sollen die Stellung und Bedeutung der Frau im modernen Wirtschaftsleben erkennen und die Aufgaben, die ihnen angesichts der sozialen Kämpfe erwachsen.“⁽²⁴⁾ Dabei betont sie: „Jedes Lehrbuch ist nur ein Werkzeug ... Die Lehrer werden das Ziel, das dem volkswirtschaftlichen Unterricht gesteckt ist, nur erreichen, wenn sie selbst sich lebhaft als Glied jenes Räderwerks

fühlen, das unsere Wirtschaft, unsere Kultur, unser Gemeinschaftsleben zusammenhält.²⁵⁾

Und hier schließt sich für mich der Kreis: Das Studium der Sozialarbeit heute läßt gerade diese Zusammenschau, das Herstellen von Verbindungen zwischen getrennt gelehrten Disziplinen weitgehend vermissen. Stattdessen ist es, ebenso wie die meisten anfangs erwähnten Ansätze zu einer Sozialarbeitswissenschaft wesentlich subjektorientiert.²⁶⁾ Der interdisziplinäre Blick geht verloren. Damit aber kann es nicht den bereits von Alice Salomon konstatierten ständig wechselnden Anforderungen und Veränderungen des Berufsfeldes gerecht werden.²⁷⁾

Für immer mehr Menschen bedeutet die von Ulrich Beck beschriebene Risikogesellschaft²⁸⁾ nicht die Chance der Gestaltung mehr oder weniger freier individueller Lebensentwürfe sondern den langfristigen oder dauernden Ausschluß vom regulären Arbeitsmarkt, die Erfahrung massiver fremdbestimmter ökonomischer Zwänge. Sozialpolitik reagiert darauf auf zweierlei Weise: Einerseits werden durch den zunehmenden Abbau sozialstaatlicher Leistungen soziale und ökonomische Nöte privatisiert. Sozialpolitik muß sich dabei zur Absicherung des gesellschaftlichen Friedens immer mehr in Sicherheitspolitik verwandeln. Andererseits wird die Entwicklung von sozialpolitischen Modellen, die unter Einbeziehung oder sogar Regie von Sozialarbeit neue Zugänge zum ersten Arbeitsmarkt und/oder alternative Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen sollen, diskutiert.²⁹⁾ Deutschland ist bei letzterem nicht nur in der Praxis weit abgeschlagen hinter beispielsweise den skandinavischen Ländern oder den Niederlanden³⁰⁾, die Ausbildung zur Sozialarbeit ist hierfür bisher schlecht vorbereitet. Dabei genügt es nicht, wie es inzwischen z.T. geschieht, eine Marktorientierung durch die Einführung betriebswirtschaftlicher Elemente wie Projektmanagement, Controlling etc. vermitteln zu wollen. Dies greift notwendig zu kurz, auch wenn dies die Effizienz sozialer Arbeit in einigen Punkten zu steigern vermag. Ihre gesellschaftliche und politische Relevanz ist hiermit nicht zu stärken.

Wenn wir Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen ausbilden wollen, die einerseits fähig sind, in diesen neuen Berufsfeldern zu arbeiten, wie andererseits gesellschaftlich-ökonomische Zusammenhänge mit den einzelnen „Fällen“ ihrer Klienten zusammenbringen und schließlich ihre Erfahrungen so verarbeiten und aktivieren zu können, daß sie im sozialpolitischen Raum Gehör finden, bedarf es veränderter Curricula.

M.E. hat uns Alice Salomon bereits den Weg dahin gezeigt. Ökonomische und soziale Bedingungen beeinflussen sich wechselseitig mehr denn je. Die Sozialarbeitsausbildung muß dem Rechnung tragen, indem die volkswirtschaftliche Analyse eng verzahnt mit der soziologischen wieder den ihr gebührenden Platz erhält. Ökonomie muß wieder zu einer Bezugsdisziplin sozialer Arbeit werden. Wenn wir nach einer Integrationswissenschaft für die Sozialarbeit suchen, dann sollten unsere Anstrengungen hier ansetzen.

Dabei müßte auch genauer untersucht werden, ob und in welcher Form die in den skandinavischen Ländern oder den Niederlanden schon gemachten Erfahrungen mit den oben erwähnten neuen Arbeitsfeldern sich in veränderten Curricula niedergeschlagen haben, die für unsere Zwecke fruchtbar gemacht werden können.³¹⁾ Weiterhin sind Forschung und Praxis, die sich mit den neuen Ansätzen von Sozialarbeit im Bereich der (Wieder)-Eingliederung von arbeitslosen Sozialhilfeempfängern befassen oder alternative Wege einer „sozialen Ökonomie“ von unten aufzeigen, darauf hin zu untersuchen, wie ihre Erfahrungen erfolgreich in die Lehre eingebracht werden können.³²⁾

Meine eigenen Erfahrungen in der Lehre und Organisation des Moduls „Marginalisation and Social Exclusion in Europe“ des europäischen Masterstudienganges „Comparative European social studies (MACESS)“ in den letzten vier Jahren zeigen, daß gerade anhand der Darstellung erfolgreicher Modelle aus der Praxis ökonomische, politische und soziale Bedingungen anschaulich analysiert werden können. „Richtig verstanden, richtig aufgefaßt, ist Theorie nur das, *was man über eine Sache denkt*; Praxis das, *was man in einer Sache tut*. ... Wie Frage und Antwort sollte eins nicht ohne das andere stattfinden,³³⁾ – genausowenig wie Sozialarbeit ohne Nationalökonomie.

Anmerkungen

- 1) Vgl. u.a.: *Engelke, E. 1992: Soziale Arbeit als Wissenschaft. Eine Orientierung.* Freiburg/Br.: Lambertus
Mühlum, A. 1998: Pro Sozialarbeitswissenschaft. In: *Soziale Arbeit* (5), 163 – 168
Wendt, WR (Hg.) 1994: Sozial und wissenschaftlich arbeiten. Status und Positionen der Sozialarbeitswissenschaft. Freiburg/Br.: Lambertus
- 2) Vgl. *Kleve, H. 1999: Postmoderne Sozialarbeit – ein systemtheoretisch-konstruktivistischer Beitrag zur Sozialarbeitswissenschaft.* Aachen, Kersting, 40
- 3) Hierzu insbesondere *Merten, R. 1997: Wissenschaftspolitik als Wissenschaftstheorie – Sozialarbeitswissenschaft.* In: *Soziale Arbeit* (9), 295–302 und *Mühlum, A., a.a.O.*
- 4) Heute findet man das Wort Kapitalismus eher in Tagungsankündigungen deutscher Banken als in Lehrveranstaltungen oder Veröffentlichungen deutscher Hochschullehrer.
- 5) Vgl. *Centre for Human Rights – United Nations/IFSW/IASSW 1994: Human Rights and Social Work. A Manual for Schools of Social Work and the Social Work Profession. Professional Training Series Nr. 1.* New York, Geneva
Staub-Bernasconi, S. 1999, Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession. In: *Stimmer, F., u.a. (Hg.), Lexikon der Sozialarbeit/Sozialpädagogik* (4. überarbeitete u. ergänzte Aufl.), Opladen: Westdeutscher Verlag
- 6) Vgl. *Feustel, A. (Hg.) 1991: Rückblicke. Konstruktionen über die Geschichte der Alice-Salomon-Schule.* Berlin: Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik
- 7) *Rickenbach, W. 1973, Zum hundertsten Geburtstag von Alice Salomon, Begründerin des Sozialarbeiterberufes in Deutschland.* In *Schweizerische Zs. f. Gemeinnützigkeit.* 12. Jg, H +, S. 52 - Meines Wissens übrigens der einzige Nachruf im deutschsprachigen Raum, der aus diesem Anlaß erschienen ist.
- 8) Vgl. *Labonté-Roset, Ch. 1997: Der Auftritt der modernen Frau. Die sozialen Berufe und die Emanzipation.* In: *Bode, Ch., u.a. (Hg.), Fachhochschulen in Deutschland,* 126 – 131. München, New York: Prestel
- 9) In: *Alice Salomon. Frauenemanzipation und soziale Verantwortung:*

- ausgewählte Schriften. Bd. 1. *Feustel, A. (Hg.) 1997*: 204, Neuwied, Kriftel, Berlin: Luchterhand
- 10) a.a.O., 205
 - 11) Die soziale Ausbildung in der Frauenschule 1908. In: *Alice Salomon, Frauenemanzipation und soziale Verantwortung*. Bd. 1, a.a.O., 382 – Hervorhebung im Text
 - 12) *Adriane Feustel 1997*, Nachwort. In: *Alice Salomon, Frauenemanzipation und soziale Verantwortung*. Bd. 1, a.a.O., 504
 - 13) Vgl. ebenda 506f, wo Adriane Feustel auf die Ähnlichkeit dieses Ansatzes mit dem philosophischen Pragmatismus verweist.
 - 14) In: *Alice Salomon, Frauenemanzipation und soziale Verantwortung*, Bd. 1, a.a.O., 286
 - 15) a.a.O., 290
 - 16) a.a.O., 294 – Hervorhebungen im Text
 Daß die von Alice Salomon erhoffte Veränderung der gesellschaftlichen Einstellung zur Berufstätigkeit von Frauen immer noch rudimentär ist, illustriert die Aussage von Hans Bertram, Mikrosoziologe an der Humboldt-Universität Berlin. In einem Vortrag vor dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft am 6.10.99 führte er aus: „Solange wir die Gesellschaft nicht so verändern, daß diskontinuierliche Erwerbsverläufe auch für Karriereberufe akzeptiert werden, werden wir keine volle Anerkennung der Berufstätigkeit von Frauen erreichen.“
 - 17) In: *Alice Salomon, Frauenemanzipation und soziale Verantwortung*, Bd. 1, a.a.O., 36 - 42 - Vgl. dazu auch *Feustel, A. 1997*: Nachwort, a.a.O., 505f
 - 18) 16 Artikel veröffentlicht zwischen Januar 1908 und März 1909, in: *Neue Bahnen*, 43. und 44. Jg., dem Organ des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins. In: *Alice Salomon, Frauenemanzipation und soziale Verantwortung*, Bd. 2 (im Ersch.), a.a.O., 3 – 53
 - 19) *Alice Salomon 1983*: *Charakter ist Schicksal. Lebenserinnerungen*. *Baron, R., Landwehr, R. (Hg.)*, 99f. Weinheim, Basel: Beltz
 - 20) a.a.O., 102
 - 21) a.a.O., 103
 - 22) a.a.O., 102f

- 23) 115 S. Nebst: *Treuge, M. 1909*: Einführung in die Bürgerkunde. Ein Leitfaden für Frauenschulen. Leipzig, Berlin, Teubner. Bis 1928 erscheinen diese beiden Texte in einem Band in 8 jeweils verbesserten und ergänzten Auflagen.
- 24) a.a.O., Vorwort der 2. verbesserten Auflage, Leipzig, Berlin 1912, S. III
- 25) a.a.O., S. IV
- 26) Vgl. *Beck, U., Beck-Gernsheim, E. 1994*: Individualisierung in modernen Gesellschaften – Perspektiven und Kontroversen einer subjektorientierten Soziologie. In: Dies.: *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*, 10 – 39. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- 27) Vgl. *Alice Salomon 1917*: Die Ausbildung zur sozialen Berufsarbeit. In: *Die Frau*, 24. Jg., Nr. 5, S. 263 - 276. In: Dies., *Frauenemanzipation und soziale Verantwortung*, Bd. 2 (im Ersch.), a.a.O., 461 – 476
- 28) Vgl. 1986, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- 29) Vgl. *Labonté-Roset, Ch. 1999*: ‚Neue‘ Solidarität. Vortrag vor dem Sozialpolitischen Forum der SPD, 7.6., Berlin. Unveröffentlichtes Manuskript
- 30) Vgl. *van der Laan, G.*: The professional role of social work in a market environment. In: *European Journal of Social Work*, Vol. 1, Iss. 1, 31 – 40
Gustafsson, B. 1998: From the employment office to the social welfare office: social assistance reciprocity among first-time unemployed in Sweden. In: *European Journal of Social Work*. Vol. 1, Iss. 2, 203 – 220
- 31) Vgl. *Kornbeck, J. 1999*: Combining welfare research and social work education - a Danish and European perspective. In: *European Journal of Social Work*, Vol. 2, Iss. 2, 203 – 208
- 32) Vgl. *Elsen, S., Wallimann, I. 1998* Social economy: community action towards social integration and the prevention of unemployment and poverty. In: *European Journal of Social Work*, Vol. 1, Iss. 2, 151 – 164
- 33) *Alice Salomon 1905*: Ausbildung zur sozialen Hilfsarbeit. In: dies. *Frauenemanzipation und soziale Verantwortung*, Bd. 1, a.a.O., 244

Verwertungsgrenzen – ein Beitrag zur moralischen Ökonomie der Irritation

Norbert Preusser

I. Landschaftsbilder

Die Geografie des Überflusses bestimmt die politische Landschaftsmalerei der Bundesrepublik. In den 70er-Jahren dominierten Bilder der Stille: Weinseen und Butterberge eröffneten sich den Augen der Wandernden. Obwohl der Erlebniswelt des Schlaraffenlandes entnommen, beförderten sie weniger die Freude am Genießen als die Angst vor Übergewicht, Herzinfarkt und lebensverkürzenden Süchten.

Die Identität von Bedrohung und Überfluß sollte sich 20 Jahre später als anschlussfähige Tradition erweisen, die Bilder ruhender Massen wurden indes verdrängt durch Sequenzen unheilvoller Bewegung. Die Berge schmolzen nicht ab und die Seen versickerten nicht, sondern vereinten sich zum gemeinsamen Angriff auf fruchtbare Täler, beackert vom fleißigen Landmann. Der sah sich in den 90er-Jahren plötzlich bedroht von den überhängenden Wänden sturzbereiter Alterslasten und den anschwellenden Fluten der Asylantenschwemme.

Soviel Natur war nie – in den Metaphern der politischen Stammtischlyrik.

Die Versuche, derlei Naturgewalten zu zügeln, artikulierten sich folglich im Vokabular der Flurbereinigung und der Vaterlandsverteidigung. Die lastenden Berge des Alters wurden langsam und sozialverträglich – also durch Terrassierung – in sanft geneigte Hänge verwandelt, und gegen die Fluten des Fremden halfen sperrende Dämme und vorgelagerte Wellenbrecher. Übersetzen wir die Metaphern der Natur in Begriffe der historischen Entwicklung: Endlich zu globaler Herrschaft gelangt, dementiert die bürgerliche Gesellschaft das universale Glücksversprechen ihrer revolutionären Anfänge und verschanzt sich im Gehäuse einer anderen Universalität: der der Apartheid.

Den eisernen Vorhängen einer unzivilisierten Vergangenheit wurde kaum Zeit zum Verrosten gewährt, da spannten sich schon die fein geklöppelten Netze Schengener Handwerkskunst, um den Limes der Neuzeit zu schützen. Diesseits desselben wird den Individuen noch – selektiv dosierte – Sicherheit zugemessen, indes seine ausgeschlossene Gegenwelt beherrscht

wird von scheinbar ungezügelter Natur, deren Chaos allenfalls taugt zur Erregung bildvermittelter Angstlust. „Die Emotion ist verschwunden, die ‚ferne‘ barbarische Welt versinkt heute in tiefer Gleichgültigkeit. ‚Der Mensch ist ein kostbares Gut‘, heißt es in einer Werbung. Ja, denn er ist nur im Norden anzutreffen. Jene Statisten aber, die wir anderswo in den Trümmern untergehender Länder umherirren sehen, sind keine Menschen, sondern Bilder. Der Anblick ihrer Not bleibt, denn der Norden hat einen enormen Bilderkonsum, und dabei werden Wirbelstürme, Hungersnöte, Bürgerkriege stets einen Platz als visuelle Dramen behaupten“ (Rufin 1996, S. 218). Die imaginären Landschaften des Überflusses sind in den 90er-Jahren merklich in Bewegung geraten: die Bilder der Natur zeigen nicht mehr die Berge und Seen des Ungegessenen und Unverdauten, sondern wandernde Fluten und Endmoränen von überzähligen Exemplaren der menschlichen Gattung. Diese freilich wohnen nicht nur jenseits des Limes, sondern machen sich auch hinter seinen nur scheinbar schützenden Grenzen breit, was folgerichtig dazu drängt, Dämme und Grenzen nach Innen zu verlängern. Und in diesem Innern rumoren nicht nur die Berge des Alters, sondern auch die Hügel rutschenden „Wohlstandsmülls“ und die Wanderdünen der nächsten Generationen. „Gibt es zu viele junge Leute?“, titelte der „Freitag“ am 29. August 1997.

Wie leicht zu erkennen, haben wir die bierseligen Gefilde politischer Naturlyrik soeben verlassen und nähern uns den prosaischen Gegenden der Sozialpolitik.

II. Luhmann-Kringel, ungezuckert

In der Sozialpolitik – also diesseits des Limes, in der Zone der Sicherheit, zumindest der inneren – geht es derzeit nicht metaphorisch zu, sondern hart zur Sache (eine Floskel, die – nicht bloß im Fußball – Verletzungsgefahr ankündigt). Warum dies so sein muß, wird – unter Verwendung systemtheoretischer Begriffe – im folgenden zu erläutern versucht.

Systeme sind lernunfähig, entwickeln sich nach dem Prinzip der Autopoiesis, also nach eigenen Gesetzen, gegenwärtig in Form funktionaler Differenzierung. Damit diese sich durch evolutionäre Verstärkung stabilisieren und fortsetzen kann, bedarf es einer einzigen, allerdings folgenreichen systemexternen Voraussetzung: der Anpassung der Funktionssysteme der „Gesellschaft“ an ihre jeweilige Umwelt. Diese Bedingung eröffnet keine Möglichkeit zielgerichteter Lernprozesse: die pure Existenz der Gesellschaft liefert den hinreichenden Beweis für deren gelungene An-

passung an die Umwelt. Der Umkehrschluß ist zulässig: mißlungene Anpassung kann nur zum Vorschein kommen als Zerstörung der Gesellschaft. Da Lernprozesse aber Gesellschaft voraussetzen, beseitigt mißlungene Anpassung an die Umwelt jede Gelegenheit für weitere Lernprozesse. „(Evolution) heißt denn auch nichts anderes als: daß Strukturveränderungen, gerade weil sie nur systemintern (auto-poietisch) durchgeführt werden können, nicht im Belieben des Systems stehen, sondern sich in einer Umwelt durchsetzen müssen, die das System selbst nicht ausloten, jedenfalls nicht planerisch einbeziehen kann. Die evolutionäre Diversifikation und Vermehrung der Systeme ist zugleich eine Diversifikation und Vermehrung von Umwelten. Nur die Differenz von System und Umwelt ermöglicht Evolution. (...) Wenn die Umwelt nicht stets anders variierte als das System, würde die Evolution in einem ‚optimal fit‘ ein rasches Ende finden. Daraus folgt auch, daß Evolution zwar nicht Anpassung des Systems an seine Umwelt bewirken muß, wohl aber Angepaßtheit des Systems an die Umwelt als eine Art Mindestbedingung voraussetzt. Aber damit ist nichts anderes gesagt als: daß nicht mehr bestehende Systeme auch nicht mehr evolvieren können“ (Luhmann 1998, S.433).

Diesseits der Grenze der Zerstörung sind Beziehungen zwischen Umwelt und den Funktionssystemen der Gesellschaft nur möglich in Form der Irritation. Diese treibt zwar Systemevolutionen beständig an, aber keine mit hoher Zielgenauigkeit, statt dessen mit notorischer Kontingenz (also solche, die auch anders möglich wären). Das menschliche Subjekt gehört – da in zahlreichen Systemen der funktional differenzierten Gesellschaft anwesend – nicht zum System, sondern zu seiner Umwelt. „Man kann nicht Menschen den Funktionssystemen der Gesellschaft derart zuordnen, daß jeder nur einem System angehört, also nur am Recht, aber nicht an der Wirtschaft, nur an der Politik, aber nicht am Erziehungssystem teilnimmt. Das führt letztlich zu der Konsequenz, daß man nicht mehr behaupten kann, die Gesellschaft bestehe aus Menschen; denn die Menschen lassen sich offensichtlich in keinem Teilsystem der Gesellschaft, also nirgendwo in der Gesellschaft mehr unterbringen. (...) Die Konsequenz ist, daß die Menschen dann als Umwelt des Gesellschaftssystems begriffen werden müssen“ (Luhmann 1998, S. 744).

Der Mensch also wirkt auf Gesellschaft, wenn nicht zerstörend, dann – unausweichlich – irritierend (man kennt den alten Sozialarbeiter-Spruch: „wie ginge die Arbeit so flott von der Hand, wenn die Leut‘ nicht wären“).

Durch seine pure Existenz löst also das menschliche Subjekt kontingente Evolutionen der Gesellschaft aus; die konkrete Richtung dieser Evolutions-

prozesse ist folglich nicht vorgegeben durch historische Gesetzmäßigkeiten, sondern Resultat des Zufalls.

Zwischen den funktional differenzierten gesellschaftlichen Teilsystemen hat sich seit Beginn der 80er-Jahre eine beständig fortschreitende Dominanz des Systems „Wirtschaft“ herausgebildet. Im Code des Geldes, mittels dessen das System „Wirtschaft“ seine Operationen durchführt, sorgt das menschliche Subjekt für beständige Irritationen, die als Differenz zwischen menschlicher Lebenszeit und betrieblicher (= wirtschaftlicher) Nutzungsdauer artikuliert wird.

Menschliche Wesen bedürfen während ihrer gesamten Lebenszeit materieller und personeller Aufwändungen, werfen aber nur während eines Teils derselben wirtschaftliche Erträge ab. Menschliche Subjekte sind für das System „Wirtschaft“ nur eingeschränkt nutzbar: weder wartungsfrei noch pannensicher, produzieren sie kaum präzise kalkulierbare Wartungskosten und bedürfen eines kontinuierlichen Erhaltungsaufwands, und dies noch mit durchaus beträchtlichem Rendite-Risiko.

Bestrebungen, dies zu ändern, beherrschen folglich seit etwa zwei Jahrzehnten die gesellschaftlichen Kommunikationsprozesse. Der diskursiv inszenierte Sachzwang der „Globalisierung“ legitimiert nicht bloß die universale Geltung des gesellschaftlichen Teilsystems „Wirtschaft“, sondern verwandelt zugleich sämtliche Exemplare der menschlichen Gattung in individuelle Akteure globaler Konkurrenzbeziehungen. Ob der Globalisierungs-Diskurs auf reale Entwicklungsprozesse verweist oder nicht, kann solange dahingestellt bleiben, wie der damit in Kraft gesetzte „Sachzwang“ die Entfaltungsmöglichkeiten des Systems „Wirtschaft“ befördert, was in der derzeitigen Systemlogik heißt: zur Senkung der Wartungskosten des menschlichen Subjekts beiträgt.

Die irritierende Differenz zwischen menschlicher Lebensdauer und betrieblicher Nutzungszeit wird im System „Wirtschaft“ transformiert in ein chronisches Ungleichgewicht zwischen fixen (Reproduktions-)Kosten und unsicheren Renditen und als Krisendruck an das politisch-administrative System weitergereicht. Dieser widmet sich folglich seit einigen Jahren hingebungsvoll der ihm zugedachten Pflicht der Irritationsverringernng. Daß ihm dies weitgehend mißlingt, wird deutlich an den öffentlichen Diskursen über „Risikogesellschaft“, „innere Sicherheit“ und „der Mensch als Risiko“.

III. Fraktionen irritierender Subjekte

I. Rentnerinnen (zu alt)

Das Renteneintrittsalter definiert das Ende der betrieblichen Nutzungsdauer menschlicher Arbeitskraft. Deren in den Industriegesellschaften des Nordens stetig ansteigende Lebenserwartung mutiert in der Codierung des Geldes zum demographischen Problem. Während der Traumzeit einer anscheinend immerwährenden Prosperität – historisch identisch mit der Epoche des Kalten Krieges und Systemkonkurrenz – wurde steigende Lebenserwartung präsentiert als überzeugender Beleg für die fortschrittliche Kraft bürgerlicher Gesellschaften, die universalen Glücksverheißungen ihrer heroischen Anfänge auf Dauer zu stellen und als reale lebensgeschichtliche Erfahrung in der sozialen Wirklichkeit zu verankern: Das in vorkapitalistischen Zeiten nahezu allgemeine Leiden an einem Alter in Mühlsal und Elend galt als Merkmal überwundener Zustände. Derlei stolze Gewißheit prägt heutzutage nicht mehr den historischen Blick: Die individuellen Lasten des Alters werden herausgeholt aus der Kühltruhe des Vergangenen und aufgetaut zur gesellschaftlichen Alterslast der Gegenwart.

Lasten zu mindern, macht den allgemeinen Inhalt von Reformen aus. Die mit dem Reformbegriff üblicherweise verbundenen positiven Assoziationen zu dementieren, bedurfte es einer beträchtlichen Verschiebung diskursiver Verknüpfungen: der Herauslösung des Reformbegriffs aus dem Kontext universalen Glücksversprechens und der zeitgleichen Implantation in den Krisendiskurs eines in Zukunft bevorstehenden Zusammenbruchs der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Ankündigung, daß eine solche Krise nur zu vermeiden sei durch selektive Unheilszufügung, traf auf angstgeöffnete Ohren, die die inhaltliche Verkehrung des Reformbegriffs angestrengt überhörten.

Die ins Krisenhafte gestiegene Alterslast zu verringern, bedurfte es im System der Gesetzlichen Rentenversicherung einer vergleichsweise simplen autopoietischen Operation: der Verkürzung der durchschnittlichen Lebenserwartung (= Senkung unrentabler Wartungskosten) durch Ausdehnung der betrieblichen Nutzungsdauer. Daß die Erhöhung des Renteneintrittsalters beides elegant miteinander verknüpft, dürfte einleuchten. Die letzten Jahre des derart verlängerten Arbeitslebens dürften jenen Arbeitskräften, die anders ihre materielle Reproduktion nicht sicherstellen können, einen merklich erhöhten Gesundheitsverschleiß abverlangen und die Hoffnung, daß dieser auch in einer Verringerung individueller Lebenszeit

durchschlägt, nicht allgemein enttäuschen. Hohes Alter, befreit von der Mühsal der Arbeit und den Plagen der Armut, wandelt sich langsam wieder zum Privileg derer, die es sich leisten können, von Vermögenserträgen zu leben (und seien dies auch die Einkünfte aus einer privaten Rentenversicherung).

Beiläufig – sozusagen ein autopoietischer Mitnehmer-Effekt – wird ein weiteres Element bürgerlichen Glücksversprechens mit neuen Inhalten möbliert. Gleichheit, in der Geburtsurkunde bürgerlicher Ideologie orientiert auf die Verallgemeinerung des guten Lebens, verspricht im derzeit herrschenden diskursiven Kontext nur noch Übles: die Verallgemeinerung des schlechten Lebens, an dem abermals jene in besonderem Maße teilhaben werden, denen das Glück ohnehin in etwas bescheideneren Portionen zugemessen war. Die Angleichung des bisher geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Renteneintrittsalters wird auch die geschlechtsspezifisch differenzierte Lebenserwartung zu Lasten der Frauen vermindern.

Die befürchteten Irritationen wurden vorbeugend gedämpft: durch Schonung der aktuellen Rentenbezieher und Kodifizierung kasuistischer Übergangsregelungen. Die Anspruchsberechtigung auf verkürzte Lebenserwartung wird erst von zukünftigen Generationen eingelöst werden müssen, diese aber vermutlich nicht bloß zu erwünschten Gedankengängen veranlassen.

Schon jetzt ist vorauszusehen, daß späte Verrentung sich schwerlich mit einzelbetrieblichen Rentabilitätskriterien verträgt: Die Alten, zwar erfahren, aber leistungsgemindert und oft von chronischen Verschleißerkrankungen geplagt, werden in der Codierung des Geldes im Soll platziert, das präventiv dem Vermeiden den Kalkülen ökonomischer Rationalität entspricht. Die Rentenreform braucht also flankierende Unterstützung durch Modifizierung des Kündigungsschutzes; Krankheit und Leistungsminderung dürften in Zukunft als gediegene Kündigungsgründe firmieren.

Die jungen Alten der Zukunft, noch nicht am Ende, aber aus den Betrieben entlassen und der Verführung der Sozialhilfe erlegen, werden vor den verschlossenen Türen der Rentenversicherung sich nicht auf fügsames Warten beschränken, sondern womöglich auf irritierende Überlebenstechniken verfallen. Über einschlägiges Probehandeln ist zu berichten: Im Winter 1996 erbeutete eine etwa 60-jährige Frau mit einer Wasserpistole 15000 DM bei einem Banküberfall; nach ihren Motiven befragt, verwies sie darauf, daß ihr nach Abzug der Miete noch 300 DM zum Leben bleiben.

Ist also in etwa 15 Jahren damit zu rechnen, daß das Thema „Jugendkriminalität“ erweitert werden muß um das der Rentnerkriminalität? Mit womöglich identischen Einfällen, diese Entwicklung zu steuern: geschlossene Heime für Rentner?

2. Nachwachsende (zu viele)

Dem Nachwuchs wird derzeit der Geschmack an der Zukunft gründlich versauert; daß er es, wenn nicht in reichen Familien aufwachsend, lernen muß, auf den Felgen zu kauen, verschafft noch vergleichsweise geringe Beschwerden. Daß flüssige und breiförmige Nahrung die Verdauung fördert, wußten schon unsere zahnlosen Großmütter.

Die nachwachsenden Generationen veranlassen derzeit die Teilsysteme „Recht“ und „Erziehung“ zu besonders hektischer Autopoiesis, verfügen sie doch – als Objekte von Erziehung – über maximale Irritationskraft.

Das Erziehungssystem orientiert auf Beeinflussung der Subjekte, agiert also beständig an der umstrittenen Grenze zwischen System und Umwelt. Anstrengungen, diese Grenze zu schließen, verringern Irritationen nur scheinbar oder für kurze Zeit, enden mit hoher Regelmäßigkeit in unerwarteten Resultaten. „Erziehung“ erweist sich derart als eine systemische Veranstaltung, deren Aufwand (= Wartungskosten) sich zwar halbwegs exakt kalkulieren läßt, deren Ertrag aber notorisch unsicher bleiben muß. Und solche Kalkulationsrisiken verwickeln das Erziehungssystem in unendliche Irritationen.

Menschen lernen nur langsam, allein die Entwicklung simpler Alltagskompetenzen (Wahrnehmen, Greifen, Gehen, Sprechen) erfordern Jahre geduldiger Zuwendung; ein Viertel menschlicher Lebenszeit ist in der Regel vergangen, bevor sich – zumindest hierzulande – die Möglichkeit renditeträchtiger Verwertung eröffnet. In der Codierung des Geldes werden die entsprechenden Wartungskosten als Risikospekulation verbucht.

Eine ähnlich simple Eleganz autopoietischer Operationen, wie die am Beispiel der Rentenversicherung zu bewundern, ist dem System „Erziehung“ nicht zu attestieren, da eine Angleichung von individueller Lebenszeit und wirtschaftlicher Nutzungsdauer sich gegenüber den nachwachsenden Generationen nur mit kümmerlichen Resultaten vorantreiben läßt:

- die Senkung der Lebenserwartung wird nicht so weit vorankommen, daß sie das Jugendalter erreicht;
- und die wirtschaftliche Nutzungsdauer zu erhöhen, ist zwar nicht völ-

lig ausgeschlossen, stößt aber allzu rasch an die Grenzen kindlicher Leistungsfähigkeit.

Bleibt also nur, die Verminderung der gesellschaftlichen Wartungskosten auf direktem Weg herbeizuführen. Darüber wird derzeit intensiv gegrübelt, was das System „Erziehung“ zu wilder Differenzierung antreibt, mit notorisch ungewissem Erfolg: der Nachwuchs verfügt über maximale Irritationsenergie.

Kinder

Daß Kleinkinder wirtschaftlicher Verwertung nicht zugeführt werden können, wird zwar allgemein unterstellt, ist aber falsch. Der Falsifikationsbeweis ist allerdings nicht den Differenzierungen des Erziehungssystems zu verdanken, sondern der wuchernden Autopoiesis des Systems „Wirtschaft“, die inzwischen das Kleinkindalter erreicht hat. Abermals bedurfte es nur einer bescheidenen diskursiven Operation: der Verwandlung von Unfähigkeit in Wehrlosigkeit, die sogar jene, die kaum gehen und sprechen können, zu geeigneten Objekten wirtschaftlicher Verwertung werden läßt. Kinderprostitution und die Produktion von Kinderpornos erweisen sich derzeit als zwar illegale, aber durchaus prosperierende Wirtschaftszweige mit ausgeprägter Dienstleistungsorientierung. Sie hätten also dazu nicht werden können, befriedigten sie nicht jene zahlungskräftige Nachfrage, die Marktgesellschaften im Innersten zusammenhält; noch die durchaus ambivalente Erregung über derart verwertete Kindheit wird zum quoten- und profitsteigernden Medienereignis.

Kinderarbeit ist zwar in den Industriegesellschaften des Nordens verboten, dies bedeutet aber nicht, daß ihnen die Verwertung kindlicher Arbeitskraft versperrt wäre. Auftragsvergabe ins fernere Ausland eröffnet die Möglichkeit, das Verbot der Kinderarbeit zu umgehen. In Freien Exportzonen (FEZ) und Sonderwirtschaftszonen – etwa in China – gehört Kinderarbeit zum betrieblichen Alltag. „Die Arbeitsbedingungen in acht Zulieferbetrieben von Otto, adidas, Karstadt, Quelle, Tchibo u.a. sind durch niedrige Löhne, z.T. extrem lange Arbeitszeiten und eine starke Vernachlässigung von Sicherheits- und Gesundheitsstandards gekennzeichnet. In keinem Betrieb wurden die gesetzlichen Regelungen von mindestens einem freien Tag pro Woche, von einer Höchstarbeitszeit pro Woche von 44 Stunden und höchstens 36 Überstunden pro Monat eingehalten. (...) Die interviewten Arbeiterinnen sagten aus, daß Aufseher Kinder bei der Arbeit

kritisierten, wenn sie zu müde waren, um Überstunden abzuleisten“ (Wick 1998, S. 241 f.).

Daß die Ausbeutung kindlicher Arbeitskraft sich nicht gehört, weiß auch das Leitungspersonal der genannten Betriebe – und diese präsentieren sich daher im Gewand der Barmherzigkeit: ohne das kümmerliche Zusatzeinkommen der Kinder versänken die Familien noch tiefer im Elend. Das könnte verstanden werden als Hinweis auf eine heimatliche Zukunft: Familien, die zur Aufbesserung der Haushaltskasse Kinderpornos produzieren, wird materielle Not zumindest als mildernder Umstand zugerechnet. Soviel Verständnis wird armen Leuten hierzulande nur selten zuteil.

Muß auch nicht sein; da gibt es einträglichere Möglichkeiten, Kinder renditeträchtigen Wirtschaftszweigen zuzuführen; mitunter wird partnerschaftliches Erziehungsverhalten deutlich höher prämiert als die Ausnutzung von Wehrlosigkeit. Im März 1998 hat ein Bankräuber „bei einem Überfall auf die Sparkasse in Emmerich einem Angestellten eine Pistole an den Kopf gehalten und so rund 250000 DM erpreßt. (...) Das Mädchen gehöre wahrscheinlich zu dem Täter (...) Dafür spreche sein ruhiges Verhalten während der Tat und die Tatsache, daß es sich bei der Flucht auf den Rücksitz gesetzt habe“ (Wiesbadener Kurier, 13.3.1998, S. 14).

Jugendliche

Vorbei sind die zukunftsfrohen Zeiten der Bildungsreform, als es noch darum ging, die schlummernden Bildungsreserven der unteren Schichten zu erschließen: durch Erhöhung der Abiturientenzahlen, Öffnung der Hochschulen für Arbeiterkinder, Durchlässigkeiten zwischen den unterschiedlichen Schulformen, zwischen Berufsausbildung und Hochschulbesuch. All dies wurde auf den Weg gebracht in der Erwartung, daß der Arbeitsmarkt industrialisierter Gesellschaften nach einer stetig wachsenden Zahl qualifizierter Arbeitskräfte verlange.

Abermals sollte Erziehung und Bildung sich als eine Veranstaltung mit unsicherem Ausgang erweisen: zwar investierten auch Arbeiterfamilien verstärkt in die Ausbildung ihrer Kinder, die Abiturientenzahlen stiegen steil an und auch der Anteil der Arbeiterkinder an den Hochschulen erhöhte sich in bescheidenem Umfang.

Die in Aussicht gestellten Erträge blieben freilich aus, da die Erwartung, unter der sie hätten erzielt werden können, sich als illusionär erwies: der

Arbeitsmarkt expandierte nicht, sondern schrumpfte seit Mitte der 70er-Jahre. Derzeit konstatieren BildungsökonomInnen sinkende Erträge für Investitionen in die Ausbildung der nächsten Generation. Im System „Wirtschaft“ wird dieses Erkenntnis umgemünzt und den Subjekten in Rechnung gestellt; diese seien, um wirtschaftlicher Verwertung zugeführt werden zu können, unzureichend ausgebildet.

Der in Aussicht gestellte soziale Aufstieg blieb zwar nicht völlig aus, im allgemeinen aber herrschten die Gesetze der Inflation: mit der Zunahme höherer Bildungsabschlüsse wurden diese zugleich entwertet. Solche allgemeine Entwertung wird inzwischen durch besondere Selektionsverfahren verstärkt:

- in Augsburg erhalten Schüler, deren Familien Sozialhilfe beziehen, ab der 11. Klasse keine Sozialhilfe-Leistungen mehr (UZ, 13.3.1998, S. 1);
- und im Hamburger Gymnasium *Christianeum*, „wo der Nachwuchs des Geldadels aus Blankenese und Flottbek fürs Leben paukt, finanzieren Eltern zwei Junglehrern - für Griechisch und Mathematik - das Gehalt demnächst durch Spenden, steuerlich absetzbar... (UZ-Magazin 3/98, S. 15).

Die derart marktförmig gesteuerte Zumessung unterschiedlicher Bildungsabschlüsse, die zugleich den Zugang zu differenzierten beruflichen Positionen eröffnen oder verschließen, kehrt zu den harten und frühzeitigen Selektionsverfahren einer durch die Bildungsreform überwunden geglaubten Vergangenheit zurück, markiert aber (noch) keinen generalisierbaren Trend in der kontingenten Evolution des Schulsystems. Dieses wird derzeit noch allgemein reguliert durch Verfahren der sanften und verzögerten Eliminierung, die allerdings das angestrebte Ziel der Senkung der Wartungskosten gründlich verfehlt, „...die Institution Schule (erscheint) den Familien wie den Schülern selbst tendenziell mehr und mehr als ein Köder, Quelle einer immensen kollektiven Enttäuschung: Je mehr man sich auf sie zu bewegt, um so mehr weicht diese Art von gelobtem Land, dem Horizont gleich, zurück. (...) Die sanfte Eliminierung (...) verteilt den Prozeß über die Zeit und eröffnet so denen, die sie erleben, die Möglichkeit, sich die Wahrheit darüber zu verschleiern... (...) Doch in anderer Hinsicht tauchen die Konsequenzen (...) immer später auf, so als ob sich alles dahingehend verschworen hätte, die vorläufig geduldeten Schüler und Studenten bei der Arbeit zu ermutigen und zu unterstützen, die sie tun müssen, um die Endabrechnung, die Minute der Wahrheit hinauszuzögern, wo ihnen die in der Institution Schule verbrachte Zeit als tote Zeit, als verlorene Zeit erscheinen wird“ (Bourdieu/Champagne 1997, Sophie. 530).

Ausbildungsabschlüsse erhalten so die Qualität von Lotterielosen, die zu kaufen den Gewinn erst ermöglicht, zugleich aber - wegen des ungewissen Ausgangs des Glücksspiels - das Verlustrisiko erhöhen (weshalb manche sich den Einsatz sparen und auf Teilnahme verzichten).

Gymnasiallehrer und Hochschuldozenten begegnen inzwischen dem irritierenden Phänomen, daß durchschnittliche Schüler und Studenten ihre Ausbildung vorzeitig abbrechen oder in Prüfungssituationen absichtlich versagen. Solche rätselhaften Fluchtbewegungen sind motiviert durch das Bestreben, die Minute der Wahrheit hinauszuschieben: der kunstvoll verlängerte Aufenthalt im Bildungssystem fungiert als Schutz vor der erwarteten Erwerbslosigkeit.

Vergleichbares Ausweichen vor der ungewissen Endabrechnung steuert mitunter sogar die Handlungen derer, die Ausbildungsperioden erfolgreich abzuschließen wußten: endlose Sequenzen von Zusatzausbildungen und Praktika genügen scheinbar der öffentlich formulierten Forderung nach lebenslangem Lernen, laufen jedoch auf einen tendenziell lebenslänglichen Aufenthalt im Ausbildungssystem hinaus, „...diese Kunst des Ausharrens (besitzt) den großen Vorteil, den Zustand des Durch-die-Schule-noch-nicht-Festgeschriebenseins zu verlängern und auf diese Weise das Weiterleben der imaginierten Sehnsüchte zu gestatten, welche die Schule unaufhörlich vernichtet“ (Bourdieu/Champagne 1997, S. 538).

Bourdieu und Champagne bezeichnen diejenigen, die die perspektivische Unsicherheit ihrer Lebensgeschichte dadurch zu vermindern suchen, daß sie sich im schützenden Raum des Ausbildungssystems einigeln, als die „intern Ausgegrenzten“; sie verharren in einem funktional differenzierten Teilsystem der Gesellschaft und besiegeln so ihre anscheinend endgültige Abschirmung gegen das Teilsystem „Wirtschaft“. Derart befindet sich womöglich das Ausbildungssystem in einem Evolutionsprozeß, in dessen Folge es sich als funktionales Äquivalent der Sicherungsverwahrung etabliert.

Die Verwahrung wird sich allerdings so wenig als fugendicht erweisen wie die Sicherung als perfekt. Weitere Irritationen sind zu erwarten.

Die nachwachsende Generation - zugleich handlungsfähig und in ihren Handlungsmöglichkeiten beschnitten - bevölkert derzeit kulturpessimistische Zukunftsvisionen mit extrem irritierenden Gestalten: die Figur des Amokläufers erhitzt die Phantasie sorgenvoller Propheten: „Der Amoklauf ist eine psychotische Paralyse, ein tobendes Blackout, eine optionenvernichtende Optimierungspsychose. Wer sich massiv bedroht fühlt,

ist nur noch mit der Abwehr dieser Drohungen befaßt. (...) (Der Amoklauf) ist Widerstand gegen diese Gesellschaft und tödlich überhöhte Realisierung ihrer Grundvollzüge in einem“ (Gross 1994, S. 226).

Evolutionsprozesse sind kontingent, können also immer auch anders ablaufen. Daß ihre derzeitige Entwicklungsrichtung allerdings dahin geht, die Zukunft der nachfolgenden Generationen zu verspielen, dürfte deren Motivation, an diesem Spiel sich zu beteiligen, kaum erhöhen. Und daß Spielverderber auch einmal die Gestalt des Amokläufers annehmen, ist folglich schlecht auszuschließen.

3. Erwerbslose (zu faule)

Erwerbslose erweisen sich derzeit als besonders pflegeleichte Zielgruppe autopoietischer Operationen. Da sie in der Regel das Kindheits- und Jugendalter hinter sich gelassen haben, besteht keine Gefahr, daß sie das Erziehungssystem irritieren könnten, indes die lebensverkürzenden Innovationen der Gesetzlichen Rentenversicherung sie mit einiger Sicherheit erreichen dürften. Dennoch – obwohl scheinbar alle Voraussetzungen wirtschaftlicher Verwertung gegeben sind – findet diese nicht kontinuierlich statt, wird mehr oder minder häufig unterbrochen, so daß erwünschte Angleichung von Lebenszeit und betrieblicher Nutzungsdauer nicht hinreichend gelingt. Bleibt also abermals nur die Verringerung der Wartungskosten.

Dies wird vorrangig zu erreichen versucht durch die Erweiterung der Differenz zwischen Löhnen und Lohnersatzleistungen. Daß dieses Verfahren durchaus zufriedenstellende Erfolge aufzuweisen hat, belegt der wachsende Anteil Sozialhilfe-Empfänger unter den Erwerbslosen.

Was diese zugleich dem Verdacht aussetzt, den jene in der veröffentlichten Meinung regelmäßig nähren: daß zu leben auf niedrigem materiellem Niveau zwar keinen komfortablen Lebensstandard verschafft, aber Gewohnheiten begünstigt, die die Mühen der Erwerbstätigkeit ihrer komparativen Verführung berauben. Dies zu verhindern, verlegten sich die autopoietischen Operationen der Arbeitslosenversicherung auf die Differenzierung von Zumutbarkeitsregeln. Deren durchgängiges Ziel erschöpft sich darin, die Zeitstrukturierung der Erwerbslosen der des Normalarbeitstags anzugleichen. Nicht das Finden entlohnter Arbeit wird erleichtert, sondern der Suchprozeß differenziert:

- Erwerbslose haben dem Arbeitsmarkt kontinuierlich zur Verfügung zu stehen und dies durch häufiges Erscheinen beim Arbeitsamt unter Beweis zu stellen; die Zeitintervalle lassen sich beliebig verkürzen.
- Da Arbeitsämter ihrer Vermittlungsmöglichkeiten offenbar resignativ beurteilen, haben Erwerbslose nachzuweisen, daß sie sich selber um Arbeit bemühen, sich also durchaus nicht auf die Unterstützung des Arbeitsamtes verlassen.
- Die neueste einschlägige Erfindung verrät ein gehöriges Maß an Selbstironie. Erwerbslosen wird Finderlohn in Aussicht gestellt: 2000 DM für den selber gefundenen Arbeitsplatz. Aber einfaches Finden reicht nicht aus, wenn dies dem suchenden Subjekt nicht als besondere Anstrengung anzurechnen ist: „Gefördert werden nur Langzeitarbeitslose, Schwerbehinderte und Rehabilitanden, die Arbeitslosengeld oder -hilfe bekommen“. Und das reicht immer noch nicht, den Finderlohn einzustreichen: „Das Amt zahlt nur, wenn der selbstgefundene Arbeitsplatz dem Arbeitsamt unbekannt war, beitragspflichtig ist und für mindestens ein Jahr abgeschlossen wird“ (Wiesbadener Kurier, 22./23.8.1998). – Obwohl es immer auch anders kommen kann, sind in diesem Fall irrtumssichere Prognosen zulässig: der finanzielle Aufwand für den republikweit ausgezahlten Finderlohn dürfte die Bundesanstalt für Arbeit kaum ins Defizit treiben. Auch das System der Arbeitsvermittlung folgt also den Regeln kontingenter Evolution, differenziert sich aus in ein Segment des Findens, sorgsam abgedichtet gegen das des Suchens.

4. Erwerbstätige (zu teuer)

Die Senkung unrentabler Wartungskosten – für lange Zeit beschränkt auf jene Fraktionen des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, deren Arbeitskraft für wirtschaftliche Verwertung nicht zur Verfügung stand - hat inzwischen auch die aktiven Arbeitskräfte erreicht, firmiert unter dem Titel: Senkung der Lohnnebenkosten. Die beabsichtigte Umwandlung von Lebenszeit in Arbeitszeit trifft in diesem Segment freilich auf Gruppen irritierender Subjekte, die derlei Zumutungen nicht völlig wehrlos ertragen müssen. Dennoch sind erste Erfolge zu verzeichnen:

- Die Novellierung des Ladenschlußgesetzes hat in Großbetrieben des Einzelhandels zu wöchentlichen Ladenöffnungszeiten von 74 Stunden geführt: montags bis freitags von 7 bis 20 Uhr, samstags von 7 bis 16 Uhr. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz wird es den mei-

sten Verkäuferinnen nur unwesentlich erleichtern, betriebliche und familiäre Zeitstrukturen zu koordinieren.

- Die durch Gesetz beschlossene Absenkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall von 100 auf 80%, um es derart den Arbeitskräften zu erschweren, Krankheit als befristete Arbeitsunfähigkeit zu definieren, hat sich zwar wegen bestehender Tarifverträge nicht flächendeckend durchführen lassen; diese Verteidigungslinie zu halten, forderte allerdings seinen Preis, wurde durch Vereinbarung kümmerlicher Lohnerhöhungen erkaufte. – In Bereichen, deren Tarifverträge keine Vereinbarung über eine volle Lohnfortzahlung enthielten, gelang es ebensowenig, deren Kürzung zu verhindern wie in tarifungebundenen Betrieben (womit sich die neue gesetzliche Regelung durchaus als Anreiz erwies, aus der Tarifbindung auszuscheren).

Der Versuch, Lebenszeit in Arbeitszeit zu verwandeln, ist also nicht allgemein gescheitert, sondern wird vorrangig an jenen Arbeitskräften exekutiert, die über vergleichsweise geringere Möglichkeiten der Gegenwehr verfügen: an den in Niedriglohnbereichen beschäftigten Frauen.

Um die Kernfraktionen der männlichen Arbeitskräfte zu erreichen, waren nachdrücklichere Verfahren der Arbeitsmarktdifferenzierung vonnöten; als deren wirkungsvollste dürfte sich die faktische Beseitigung des Asylrechts erweisen.

Die diskursive Verwandlung von Asylbewerbern in „Wirtschaftsflüchtlinge“ verweist auf den realen Kern des Begriffs: in manchen Gegenden bedarf es nicht der besonderen Tortur politischer Verfolgung, um die Leute in Bewegung zu bringen; Hunger, Krieg und ökologische Katastrophen vermitteln hinreichende Wanderungsmotive. Solche Motive werden wenig geschwächt durch das Risiko, sich – am Ziel angekommen – als ungebeter Gast erkennen zu müssen. „Wer den Zaun zu unseren Ländern überklettert, hat, selbst wenn er wieder zurückgesandt wird, für ein paar Tage zu essen. Das ist meist schon mehr, als was ihn ‚zu Hause‘ in Bangladesch, in Kenya, im Sudan oder in Albanien wieder erwartet“ (Gross 1994, S. 146). Wem es gelingt, die Hürden zu überwinden, hat das andere Ufer erreicht, wenn auch kein mit Sicherheit rettendes. Um jede Möglichkeit gebracht, Arbeitskraft legal zu verwerten, bleibt nur das Ausweichen in die illegalen (oder zumindest verpönten) Segmente des Arbeitsmarkts:

- Beim derzeitigen Ausbau der ICE-Trassen sind zu einem Drittel Arbeitskräfte beschäftigt, die nicht aus EG-Ländern stammen, sich folglich mit Dumping-Löhnen bescheiden müssen (Wiesbadener Kurier,

11.9.1998), die den in der Bauindustrie vereinbarten Mindestlohn deutlich unterschreiten (und damit jene Arbeitskräfte verdrängen, denen dieser nicht verweigert werden kann); das notorische Ausweisungsrisiko erstickt jeden Widerstand.

Wem es gelingt – wenn auch unter illegalen Bedingungen –, in legalen Wirtschaftssektoren unterzukommen, trägt dort zwar zur Senkung der Wartungskosten bei, hat es aber noch vergleichsweise gut getroffen. Andere sind genötigt, in illegalen Geschäftszweigen unterzutauchen. „Bleibt die Frage, wo und wovon die Menschen ihren Lebensunterhalt bestreiten können? Die deutsche Nachkriegsgeschichte kennt ein einziges Beispiel, wo einer größeren Gruppe plötzlich Rechte und Perspektiven genommen wurden: die der ehemaligen Vertragsarbeiter der DDR. Ihnen blieb keine andere Wahl, als sich untereinander zu vernetzen und sich gemeinsam eine Erwerbsquelle zu erschließen: die des illegalen Zigarettenhandels. Die Folgen beschäftigen die Ämter und Gerichte bis heute“ (Mai, in: Freitag Nr. 12 vom 13.3.1998, S.4). Das Asylrecht löst kontingente Evolutionen aus, entwickelt sich unter der Hand zum Instrument der Beschäftigungsförderung.

Auch in illegalen Wirtschaftssektoren erweisen sich berufstätige Frauen als jene Fraktion verwerteter Arbeitskraft, an der maximale Senkung der Wartungskosten geradezu beispielhaft vorgeführt wird: sogar die Investitionskosten werden noch auf die Arbeitskräfte abgewälzt. „Die derzeitige Vermarktung von ausländischen Frauen im Prostitutionsbereich ist für bestimmte Gruppen und Einzelpersonen in der Bundesrepublik ungeheuer profitabel. Im Vergleich zum Drogenhandel verspricht der Frauenhandel das schnelle Geld, ohne allzu großes Risiko für die Täterinnen. Die Nachfrage nach käuflichem Sex ist groß, und die Händler- und Schieberringe wissen, wie sie jederzeit neue Frauen anwerben können. Vorwiegend mit falschen Versprechen auf einen Job im Haushalt oder in einer Bar, kommen Frauen nach Deutschland. In der Regel sind sie sehr jung. In Bezug auf die Bundeshauptstadt wurde ermittelt, daß 1995 von den Festgenommenen 60 Prozent zwischen 14 und 21 Jahren alt waren. Tatsache ist auch, daß diese Frauen in Deutschland in Abhängigkeitsverhältnisse gebracht werden. Selbst die Kosten für Reise und Unterbringung werden ihnen in Rechnung gestellt. Das bedeutet im Klartext: die Ware selbst übernimmt die ‚Investitionskosten‘ der Händlerinnen“ (Schwab, in: Freitag Nr. 48 vom 21.11.1997, S. 18).

Bleibt anzumerken, daß die dargestellten Evolutionen der Marktökonomie die funktionale Differenzierung nicht nur des Arbeitsmarktes, sondern der

Gesellschaft insgesamt antreiben. Erkennbar wird dies unter anderem an einer erfolgreich betriebenen Diskursverschiebung, in deren Kontext die öffentliche Kommunikation über „soziale Sicherheit“ nahezu völlig ersetzt wurde durch das diskursive Äquivalent der „inneren Sicherheit“. Die dadurch ausgelösten Entwicklungen verraten eine zwar kontingente, aber durchaus konsequente Gesetzmäßigkeit. Jede Deregulierung des gesellschaftlichen Reproduktionsniveaus läuft Gefahr, die Subjekte auf Strategien illegaler Reproduktionssicherung zu verweisen, und nötigt damit zu korrigierenden Regulierungen im Segment staatlicher Repression, systemtheoretisch formuliert: zu hektischer Autopoiesis mit dem Ziel der Irritationsverminderung.

Mag aber auch sein, daß die Evolution gar so kontingent nicht abgelaufen ist, sondern planvoller Steuerung unterlag: womöglich hat die „geistig-moralische Wende“ – zu Beginn der 80er-Jahre angekündigt – am Ende der 90er-Jahre tatsächlich stattgefunden.

IV. Konturen der „geistig-moralischen Wende“

Die tendenzielle Angleichung von Lebenszeit und Arbeitszeit löst widersprüchliche Entwicklungen aus. Sie steigert zwar einerseits die Rentabilität der aktuell verwerteten Arbeitskräfte, erhöht aber andererseits die Zahl derer, die von der Verwertung ihrer Arbeitskraft ausgeschlossen werden, obwohl ihre physischen und intellektuellen Fähigkeiten dies durchaus zuließen.

Einer jener vergangenen Kollegen, deren Texte derzeit unters Zitierverbot fallen – Begründer einer irritationsfreien Variante der Systemtheorie –, bezeichnete die technologische Entwertung des konstanten Kapitals (= der Investitionsgüter) als „moralischen Verschleiß“ und brachte damit die Zeitdifferenz zum physischen Verschleiß zum Ausdruck: funktionstüchtige Maschinen werden – weil durch die technologische Entwicklung überholt – vorzeitig verschrottet.

Dem variablen Kapital (= der Arbeitskraft) wird derzeit ein vergleichbares Schicksal bereitet, weshalb die Bezeichnung ihrer aktuell unverwerteten Fraktionen als „Wohlstandsmüll“ zwar gegen die geltenden Etikettierungsregeln verstößt, aber nicht als realitätsfern anzusehen ist.

Der Müll des variablen Kapitals unterscheidet sich von dem des fixen durch irritierende Eigenheiten: er verrottet nicht ergeben vor sich hin, sondern präsentiert sich mitunter als Zusammenrottung lebhafter Elemente – in

Berlin gibts eine Arbeitsloseninitiative mit dem schönen Namen „Müßiggangster“ (Barck, in: Freitag Nr. 37 vom 4.9.1998, S. 19) –, die mit der ihnen zgedachten, raschen Entsorgung durchaus nicht einverstanden sind. Da sie diese dennoch nicht völlig abwenden können, manifestiert sich gegenwärtig das fehlende Einverständnis bisweilen in Überlebensstrategien, die durchaus einen gewissen „moralischen Verschleiß“ verraten; dieser ist weder symbolisch noch analog zu verstehen, sondern beim Wort zu nehmen.

Max Weber schrieb vor fast 100 Jahren einen berühmt gewordenen Aufsatz: „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ (Weber 1904/1905). Zur Veranschaulichung dessen, was unter diesem Geist zu verstehen sei, verweist Weber auf Benjamin Franklin, der den kompletten Tugendkatalog bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften entfaltet: planvolle Zeitbewirtschaftung (= Verwandlung von Lebenszeit in Arbeitszeit, „Zeit ist Geld“), Fleiß, Pünktlichkeit, Gerechtigkeit, Ehrlichkeit. Derlei Eigenschaften sich zuzulegen, wird den Subjekten aber nicht angeraten, weil es das ewige Leben verschafft oder dem Wesen des Menschen entspricht, sondern weil es sich auszahlt. Die Einhaltung moralischer Normen verringert das Geschäftsrisiko: Fleiß, Gerechtigkeit und Ehrlichkeit steigern weniger den Wert des Menschen als die finanziellen Erträge seiner Arbeit, verlören also jede rationale Begründung, wenn dieser ausbliebe. Ehrlichkeit „vermehrt deinen Kredit“ (Weber 1904, S. 13), ist also gleichermaßen geeignet, moralische Reputation und wechselseitige Erwartungssicherheit zu verschaffen.

Die bürgerliche Moral der Arbeit und des Marktes basiert auf dem materiellen Kalkül wechselseitiger Tauscherwartungen, was umgekehrt heißt: werden solche Erwartungen kontinuierlich enttäuscht, sind auch moralische Normen vom Verschleiß bedroht.

Unverwertete Arbeitskraft wird der ständigen Erwartung ausgesetzt, fleißig zu bleiben und ehrlich, Gerechtigkeit und Mäßigkeit zu üben, aber auf die Erträge solcher Anstrengungen zu verzichten. Moralische Ansprüche zu erfüllen, ohne dafür belohnt zu werden, verlangt nach heroischen Subjekten, die auf rationale Erwartungskalküle verzichten, also vom „Geist des Kapitalismus“ noch nicht erreicht worden sind. Da dieser aber seit der Reformation die Köpfe infiziert, dürften derlei heroische Subjekte inzwischen zu einer aussterbenden Gattung gehören. Allein das Risiko, erwerbslos zu werden, veranlaßt die „Geister des Kapitalismus“ zu beträchtlichen Irritationen.

Als welche die tendenzielle Umkehrung aufgeherrschter Zumutungen durch die Subjekte zum Vorschein kommt: Statt fleißig und ehrlich zu bleiben, aber auf die Erträge dieser Eigenschaften zu verzichten, ziehen sie es bisweilen vor, die Erträge einzufahren, aber auf die Ausbildung derart verschlissener Eigenschaften nicht einzugehen. Soll heißen: dauerhafte Erwerbslosigkeit, die chronische Unverwertbarkeit der eigenen Arbeitskraft, reißt – im Kontext kapitalistischer Rationalitätskalküle – schließlich auch moralische Normen aus ihrer materiellen Verankerung. Die Figur des Spielers und Hasardeurs ersetzt die des Arbeiters: im öffentlichen Diskurs muß Leistung sich wieder lohnen, nicht Arbeit. Spieler und Hasardeure bedürfen – um Erträge einzustreichen – anderer Eigenschaften als Fleiß und Ehrlichkeit, müssen – um zu den Gewinnern zu gehören – Erwartungssicherheit beständig enttäuschen, dürfen ihrerseits nicht mit allzu sicheren Erwartungen kalkulieren: Gerissenheit, Wachsamkeit und Risikofreudigkeit markieren jene Eigenschaften, die den gewendeten „Geist des Kapitalismus“ ausmachen.

Und das nicht nur auf den unteren Rängen der Verlierer, sondern auch dort, wo die Gewinner sich platzieren, sind Einsatz und Gewinn nicht mehr sicher zu kalkulieren. „Das Besondere an der heutigen Ungewißheit ist die Tatsache, daß sie nicht in Verbindung mit einer drohenden historischen Katastrophe steht, sondern vielmehr mit den alltäglichen Praktiken eines vitalen Kapitalismus verwoben ist. Instabilität ist normal (...). Vielleicht ist die Zerstörung des Charakters eine unvermeidliche Folge. ‚Nichts Langfristiges‘ desorientiert auf lange Sicht jedes Handeln, löst die Bindungen von Vertrauen und Verpflichtung und untergräbt die wichtigsten Elemente der Selbstachtung“ (Sennett 1998, S. 38).

Das globale Roulette der Unsicherheit und Geschwindigkeit, der unverdienten Gewinne und der verlustreichen Anstrengungen ist dabei, sich als „Kultur des neuen Kapitalismus“ zu formieren.

V. Landschaften in Bewegung: Bilder der Hoffnung und des Horrors (eine Zitat-Collage)

Vor mehr als 20 Jahren löste Ralf Dahrendorf einige Irritationen aus mit dem imaginären Gegenbild einer Gesellschaft, die das Alltagsverhalten ihrer Mitglieder dem Regiment der Zufallswahrscheinlichkeit ausliefert. „Würden wir jemandem die Hand zum Gruß geben, wäre die ‚Chance gleich groß, daß er uns ins Gesicht spuckt oder uns übersieht oder auf die

Stirn küßt oder mit einer Pistole bedroht oder uns auch die Hand reicht'. Dieses irritierende Bild ist aus den soziologischen Lehrbüchern heraus in die Wirklichkeit gedrungen, Wirklichkeit geworden" (Dahrendorf, in: Gross 1994, S. 215).

Peter Gross blättert in einer beliebigen Ausgabe der „Züricher Zeitung“ oder der „ZEIT“ – beides nicht gerade Revolverblätter – und verfällt in panische Angstphantasien, „... wir sind Konsumenten ununterbrochenen Aufruhrs, Gewalt, selbstmörderischer Riskanz. Beim Zug-Surfen mit der Eisenbahn, wo Jugendliche sich aus den Zugtüren rückwärts in den Fahrtwind fallen lassen, ist – einer Pressemeldung zufolge – heute (17. April 1994) einem Jugendlichen der Kopf zertrümmert worden. Der Kult der Performanz hat auch die Schattenseiten des Lebens ergriffen. Nicht mehr nur Sportler, Unternehmer und Abenteurer überbieten sich und einander, sondern auch Schläger und Killer“ (Gross 1994, S. 221).

Die Prognosen sind schlecht, die Aussichten düster, laden zum Vertrauen auf eine bessere Zukunft nicht ein. Da mag es trösten, daß derlei Prophetengesänge die Traditionen, die Geschichte der Soziologie als schwarze Engel begleiten. „Indem die Askese aus den Mönchszellen heraus in das Berufsleben übertragen wurde und die innerweltliche Sittlichkeit zu beherrschen begann, half sie jenen mächtigen Kosmos der modernen, an die technischen und ökonomischen Voraussetzungen mechanisch-maschinellem Produktion gebundenen Wirtschaftsordnung erbauen, der heute den Lebensstil aller einzelnen, die in dies Triebwerk hineingeboren werden, (...) mit überwältigendem Zwange bestimmt und vielleicht bestimmen wird, bis der letzte Zentner fossilen Brennstoffs verglüht ist“ (Weber 1905, S. 108). Solche ökologischen Endzeitvisionen bei Max Weber zu finden, überrascht nicht nur den heutigen Leser, sondern wird auch in der Logik des Textes unvermittelt artikuliert. Als um so helllichtiger erscheint die daran anknüpfende Prognose: „Auf dem Gebiet seiner höchsten Entfesselung, in den Vereinigten Staaten, neigt das seines metaphysischen Sinnes entkleidete Erwerbstreben heute dazu, sich mit rein agonalen Leidenschaften zu assoziieren, die ihm nicht selten geradezu den Charakter des Sports aufprägen. (...) Dann könnte für die ‚letzten Menschen‘ dieser Kulturentwicklung das Wort zur Wahrheit werden: Fachmenschen ohne Geist, Genußmenschen ohne Herz, dies Nichts bildet sich ein, eine nie vorher erreichte Stufe des Menschentums erstiegen zu haben“ (Weber 1905, S. 108 f.).

Ist diese neue Stufe des Kapitalismus in der Entwicklung des Kapitalismus inzwischen erreicht? Ist moralische Innensteuerung, fossilen Brennstoffen gleich, inzwischen verglüht? Gehört sie – wie diese – zu den nicht

regenerierbaren Ressourcen? Oder bleibt Raum für die systemtheoretisch begründete Hoffnung, daß alles auch anders kommen könnte, daß mit der Gefahr auch das Rettende wächst?

Kann sein, daß die durch die Subjekte ausgelösten Irritationen das Gesellschaftssystem zu kontingenten Evolutionen veranlassen, die in neue Stabilität münden. „Die Systemstabilität ist von den Subjekten geliehen (...) und damit ihrer Verantwortung anheimgestellt“ (Vobruba 1994, S. 88). Die derzeitigen Strategien sozialer Kontrolle setzen allerdings eher auf Verschärfung der Außensteuerung, um derart die Subjekte zur Raison zu bringen und die von ihnen ausgehenden Irritationen der „Endlösung“ zuzuführen: Geschlossene Heime für Jugendliche, Sterbehilfe für Alte und rigide Zeitbewirtschaftung für alle dazwischen. Die Erwartung, daß diese Rechnung am Ende nicht aufgeht, sollte indes nicht allzu rasch aufgegeben werden. „Solche Strategien der Systemstabilisierung werden kontraproduktiv, wenn die Betroffenen aus der ‚Not der Marginalisierung‘ die ‚Tugend der Autonomie‘ machen“ (Vobruba 1994, S. 91).

Gegenwärtig schon scheint das Gesellschaftssystem dem lebenslangen Lernen, das es den Subjekten bis zum Identitätsverlust verordnet, kein ungeübtes Vergnügen abzugewinnen. „Die ‚Restrisikogesellschaft‘ ist eine versicherungslose Gesellschaft, deren Versicherungsschutz paradoxerweise mit der Größe der Gefahr abnimmt“ (Beck 1988, S. 132). Aber: die hoffnungsfrohe Erwartung, daß der Aufstand der Verlierer dem Spektakel ein Ende machen wird, ist verbraucht. „Es dürfte wenig erfolgversprechend sein, noch einmal in einer Klein- oder Großanzeige in Massen- oder Subkultur-Blättern eine Vermißanzeige nach dem revolutionären Subjekt aufzugeben“ (Beck 1988, S. 275). Auf dem verlassenen Sitz des irritierenden Kollektiv-Subjekts vergangener Zeiten haben globale Bedrohungen Platz genommen: „Bis auf weiteres bleibe ich bei der Einschätzung, daß dauerhafte, globale Verletzungen des Grundrechts auf Leben und Gesundheit im Sicherheitsmilieu der Bundesrepublik nicht legitimierbar und damit politisch nicht zu verkraften sind. Man könnte dies das Prinzip der Unteilbarkeit von Sicherheit und Leben nennen. Während Gleichheit sozial teilbar ist, stabil verletzt werden kann – gegenwärtig auffälligstes Beispiel: Massenarbeitslosigkeit, aber auch neue und alte Armut –, gilt dies für globale Lebensbedrohungen gerade nicht“ (Beck 1988, S. 264 f.).

Da mag man sich behelfen mit den Tröstungen der Systemtheorie: daß nichts sicher ist, Evolutionsprozesse kontingent verlaufen, alles auch anders kommen kann, daß der Baum, der in den Himmel wächst, in keinem Treibhaus unterkommt. Es geht also weiter. Im Text: „Die Evolutionstheo-

rie beschreibt Systeme, die sich in vielen einzelnen Operationen von Moment und Moment reproduzieren und dabei Strukturen benutzen oder nicht benutzen, ändern oder nicht ändern. Das alles geschieht in einer Gegenwart und in einer gleichzeitig (und insofern unbeeinflussbar) vorhandenen Welt. Ein solches System braucht für seine operative Reproduktion zunächst keine Geschichte. Ich, der ich beim Schreiben an dieser Stelle angelangt bin, brauche nur den nächsten Satz zu finden. Hier ist er“ (Luhmann 1998, S.569).

Literatur

Barck, S. 1998: Die „Glücklichen“; in: Freitag, Nr. 37 (4. September)

Beck, U. 1988: Gegengifte, Frankfurt a.M., suhrkamp

Bourdieu, P./P. Champagne 1997: Die intern Ausgegrenzten; in: Bourdieu, Pierre et al: Das Elend der Welt, Konstanz, Universitätsverlag

Gross, P. 1994: Die Multioptionsgesellschaft, Frankfurt a.M., suhrkamp

Luhmann, N. 1998: Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt a.M., suhrkamp

Mai, M. 1998: Stehlen oder Ausreisen; in: Freitag Nr. 12 (13. März)

Rufin, J.-Ch. 1996: Die neuen Barbaren. Der Nord-Süd-Konflikt nach dem Ende des Kalten Krieges, München, dtv

Schwab, W. 1997: Warenkreislauf Frauenkörper; in: Freitag Nr. 48 (21. November)

Sennett, R. 1998: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin, Berlin Verlag

Vobruba, G. 1994: Gemeinschaft ohne Moral. Theorie und Empirie moralfreier Gemeinschaftskonstruktionen, Wien, Passagen Verlag

Weber, M. 1904/05: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus; in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Neue Folge, Bd. 20, S. 1-54 (Teil 1) und: Bd. 21, S. 1-110 (Teil 2)

Wick, I. 1998: Frauenarbeit in Freien Exportzonen. Ein Überblick; in: Prokla 111, 8.235-248

Bewirtschaftung des Sozialen in Humandiensten *

Wolf Rainer Wendt

Die Bewältigung und Lösung von Problemen, die Menschen in ihrer Lebensführung und in ihrem sozialen Miteinander haben, ist eine genuin ökonomische Angelegenheit – jedenfalls im ursprünglichen Verständnis von Ökonomik: Ihr Gegenstand war das rechte Haushalten und die pflegliche Verwaltung des Zusammenlebens (im *oikos*, dem „ganzen Haus“). Allerdings hat sich das moderne Wirtschaften aus der häuslichen Sphäre entfernt und damit auch aus seiner unmittelbaren Lebensdienlichkeit. Die Geschäfte in der Marktwirtschaft abstrahieren von den Belangen einer humanen Daseinsgestaltung. Ihrer nimmt sich Soziale Arbeit in spezifischer Weise an. Es sind nur begrenzt marktfähige Belange. Wer sie vertritt, sollte aber nicht in Abwehr angesichts der notorischen „Ökonomisierung“ von sozialen Diensten verharren. Sie sind Teil der Volkswirtschaft; auch der Non-Profit-Bereich schafft und erhält Werte.

Von Humandiensten wird verlangt, daß sie wirtschaftlich arbeiten. Alle mit Dienstleistungen verbundenen Transaktionen unterliegen ökonomischen Kriterien. Aber gegenüber dem außen („im Markt“) stattfindenden kommerziellen Verkehr von Gütern und Geld sind bei Sozial- und Gesundheitsdiensten die Binnenverhältnisse menschlichen Lebens beachtlich – mit seinen Werten und in seiner Ökonomik. Sie mißt sich am Menschen. Für die Soziale Arbeit bzw. die sozialen Dienste und Einrichtungen ist der Aufbau einer „humanwirtschaftlichen“ Position wichtig, welche vertritt, wie auf der Innenseite des Austausches von Gütern und Geld von Menschen gewirtschaftet wird, und was sie dabei individuell und gesellschaftlich erstreben und erreichen (können). Die humandienstliche Praxis, um die es hier geht, sollte im übrigen nicht verwechselt werden mit den finanziellen Sozialleistungen, die der Wohlfahrtsstaat durch Umverteilung den Bürgern bietet. Diese Versorgung mit all ihren Mißständen muß nicht notwendig verteidigen, wer den Sinn und Wert Sozialer Arbeit vertritt.

* Überarbeitete Fassung des Beitrags „Wirtschaften müssen wir allemal“, erschienen in: Blätter der Wohlfahrtspflege, 145, 11+12, 1998, S. 221–225

Humanes Wirtschaften

Soziale Arbeit läßt sich als eine Entäußerung ursprünglich häuslicher Handlungskompetenzen betrachten und hat insofern in deren Ökonomik eine Basis (vgl. Wendt 1982). Die Verwaltung des sozialen Miteinanders und die sachverständige Führung von Menschen durch Menschen ist der anfängliche Gegenstand von Wirtschaften (griech. *oikonomia*, vgl. Wieland 1989, 196 ff.). Das Verhältnis der beruflichen Sozialarbeit zu ihm ist seit den frühen Zeiten der Profession ein Thema. Man lese etwa nach, was Mary Richmond in „Social Diagnosis“ über „the economic and the more comprehensive approach“ schreibt (Richmond 1917, 28 f.): Die Untersuchung der Situation Notleidender habe sich zuerst auf die ökonomischen Aspekte bezogen, aber bereits Thomas Chalmers sei in „The Christian and Civic Economy of Large Towns“ einer breiteren und gründlicheren Erfassung von Lebensverhältnissen nachgegangen. Er plädierte um 1820 für ein lokales, gemeinschaftsbezogenes Versorgungsarrangement, das vier Quellen der Wohlfahrt öffne: Selbsterhaltungstrieb, Verwandtschaftsbeziehungen, Sympathie und Anteilnahme der Wohlhabenden für die Armen – Solidarität (Chalmers 1995, 55 ff.).

Bei Chalmers war noch ein weites Verständnis von Ökonomie vorherrschend, das moralische Ökonomie, die Reproduktion nachhaltig günstiger Lebensbedingungen, Haushalten, persönliches Wirtschaften einschloß: Ökonomie also nicht reduziert auf Kommerz. Zwar dominiert seit Chalmers Zeiten in Theorie und Praxis die Marktwirtschaft; daneben gibt es eine politische Ökonomie (nationalstaatlichen Wirtschaftens), die hauswirtschaftliche Reproduktion diesseits der Märkte, eine Schattenwirtschaft in ihnen und neben ihnen, eine Ressourcenökonomie, in der es um ein ökologisch nachhaltiges Wirtschaften geht, und die Sozialwirtschaft in der Wohlfahrtspflege (Arnold/Maelicke 1998) und, weitergefaßt, im „Dritten Sektor“ (vgl. Wendt 1999). Neuerdings wird eine solidarische und „menschengerechte“ Gemeinwesenökonomie diskutiert, die an die Traditionen alternativen, genossenschaftlichen Wirtschaftens anschließt (Elsen 1998, Klöck 1998).

Eine soziale Ökonomie (vgl. Etzioni/Lawrence 1991, Bürgermeier 1994) ist auf ein unreduziert breites Verständnis von Wirtschaften in allen Lebensbereichen angewiesen. Danach schließt auch die Sozialarbeitswissenschaft von vornherein die Erörterung ökonomischer Fragen ein, denn ihr Thema ist das individuelle und gemeinsame Zurechtkommen im Leben heutzutage. Bei ganzheitlicher Betrachtung der Lebensführung und

der sozialen Probleme nehmen wir die breite Varianz des rationalen, güterwägenden Verhaltens von Personen und der sozialen Gestaltung ihres Miteinanders in den Blick. In Familien gibt es weniger Kinder und mehr Scheidungen: dahinter stecken vielfältige ökonomische Entscheidungen der Partner in einer Lebensgemeinschaft. Soziale Arbeit beispielsweise in der Familienberatung wird solche einzelwirtschaftlichen Erwägungen nicht an den Rand, sondern in den Mittelpunkt der Diskussion rücken. Damit ist – nutzerbezogen – ein Kontrapunkt zu einer dem Sozialen – im Angebot der Dienste und Einrichtungen – aufgezwungenen „Ökonomisierung“ gesetzt.

Die Beschäftigung mit dem so benannten Sachverhalt verlangt – wie das Thema des Verhältnisses von Sozialer Arbeit und Ökonomie insgesamt – eine sorgfältige Differenzierung. Da ist zunächst das Problem der Ebene der Betrachtung:

- Globalisierung, Umbau des Sozialstaates, Finanzierungskrisen finden auf einer Makroebene statt, auf der politisches Handeln gefragt ist. Sozialleistungen werden gekürzt, Angebote beschränkt; Leistungsträger sparen. Die Probleme sind hier struktureller und systembedingter Art. Vom Leistungsvermögen der Volkswirtschaft her sei sozial nicht mehr zu verteilen, sagen die einen. Die Verteilung sei falsch und ungerecht, sagen die anderen.
- Auf der Mesoebene der sozialen Organisationen und Betriebe verlangt man Effektivität und Effizienz. Ökonomisierung heißt hier oft nur: Mittel gezielter einsetzen, Kosten sparen. Eine bloß betriebsbezogene und betriebswirtschaftliche Rationalisierung darf im Falle der Humandienste aber den sozialpolitischen Versorgungsauftrag nicht außer Acht lassen. An seiner Erfüllung ist der Erfolg des sozialen Dienstes oder der Einrichtung zu messen.
- Wie einzelne Menschen persönlich in ihren Verhältnissen zurechtkommen, in Schwierigkeiten geraten und wie ihnen zu helfen ist, entscheidet sich in Mikrobereichen des sozialen Lebens. Auch hier wird gewirtschaftet (mit knappen Gütern umgegangen, mit Zeit, Mitteln und Kräften Haus gehalten), aber es gelten andere Maßstäbe als in der „Wirtschaft“. Um diese Maßstäbe gegenüber denen der Gewinnmaximierung im Markt behaupten zu können, ist von sozialer Seite vielleicht gerade eine besondere Art von Ökonomisierung notwendig, die gewissermaßen „social stakeholder values“ – Werte sozialer Teilhabe – gegen „shareholder values“ zu setzen vermag. Indes: Es bleiben verschiedene Ebenen der Betrachtung.

Markt extern und Management intern

Deshalb reicht die einfache und falsche Opposition – hier makrologisch „die Wirtschaft“, dort mikrologisch die „Sorge um den Menschen“, hier das Geld und dort die Liebe – kaum einmal zur emotionalen Genugtuung derer aus, die nicht weiter nachdenken wollen. Wirtschaften heißt Entscheidungen treffen und sie verantworten können. Sozial wird Verantwortung getragen und entsprechend („gerecht“) entschieden. Das Verhältnis des Sozialen zum Ökonomischen ist komplex, insbesondere wenn es um Arbeit und ihren Ertrag geht.

Betrieblich haben wir unter dem Aspekt der Leistungserbringung die äußere und die innere Seite des Wirtschaftens auseinanderzuhalten: Einerseits müssen sich soziale Dienste und Einrichtungen, weitgehend fremdfinanziert, unter sich ändernden ökonomischen Rahmenbedingungen behaupten. Kundenorientierung, Marktverhalten, Wettbewerb auch unter den Erbringern sozialer Leistungen, eine bessere Rechenschaftsfähigkeit werden hier als Rezepte feilgeboten. Andererseits wird in sozialen Diensten und Einrichtungen immer schon gewirtschaftet. Die neue öffentliche Verwaltungsführung (New Public Management) sieht für sie bekanntlich eine ergebnisorientierte Steuerung, eine dezentrale Ressourcenverantwortung und interne Leistungsvereinbarungen (Kontraktmanagement) vor. In diesem Sinne hat Hubert Oppl für „mehr Menschlichkeit durch mehr Ökonomie“ plädiert: Je mehr und besser Sozial- (und Gesundheits-)Dienste sich auf eine rationelle, nachfrageorientierte und qualitätskontrollierte Leistungserbringung verstehen, desto mehr und besser werden sie ihrer humanen Aufgabe gerecht.

Die Rationalisierung und Qualifizierung sozialer Unternehmungen ist der generelle Gegenstand von Betriebsführung in der Sozialwirtschaft (*économie sociale*) und von Sozialmanagement. Mit ihm halten wir uns auf der Systemebene der Organisation auf. Die unmittelbare Leistungserbringung durch Soziale Arbeit in sozialen Diensten und Einrichtungen impliziert jedoch ein anderes Verständnis von Produktion (Hervorbringung), als es in betriebswirtschaftlichen Konzepten enthalten ist. Für sich oder gemeinsam produzieren Menschen in ihrem Handeln und in Formen von Eigenarbeit ihre Wohlfahrt. Sie sind (auch) in dieser Hinsicht Wirtschaftssubjekte. In der ökonomischen Darlegung ihrer Wohlfahrtsproduktion könnte eine Gegenstrategie zu einer fremdbestimmten Ökonomisierung Sozialer Arbeit bestehen.

Bereits in der Alternativbewegung der vergangenen Jahrzehnte und in der Frauenbewegung ist die *Produktivität von Hausarbeit* hervorgehoben worden. Zu ihr gehören die Bewirtschaftung des täglichen Lebens einer Familie, Erziehungs- und andere Reproduktionsleistungen. In den USA gibt es die Disziplin „Home Economics“ für diesen Leistungsbereich (vgl. Wendt 1986). In Deutschland hat das die Familien benachteiligende Steuersystem einige Leute auf die Idee gebracht, die Kindererziehung als Gewerbe anzumelden und die Aufwendungen für die Kinder steuerlich als Betriebsausgaben geltend zu machen. Zwar wehren die Steuerbehörden dieses Vorgehen mit dem Argument ab, die Kindererziehung erfolge nicht in der Absicht, Gewinn zu erzielen (wobei Gewinn in Geld gemeint ist), dennoch besteht ökonomisch zwischen der Erziehung von Kindern in einer fremden Familie (in Familienpflege) und in der eigenen Familie eine Analogie; ebenso zu anderen sozialen Einrichtungen, in denen junge Menschen auf Zeit oder auf Dauer untergebracht sind. Daß von der öffentlichen Hand aus Steuermitteln ein Erziehungsgehalt gezahlt wird, wäre auch ein Ausgleich, der denjenigen abzuverlangen ist, die keine Erziehungsleistung erbringen.

Für eine soziale Wohlfahrtsökonomik

Es zeigt sich, daß bei der humandienstlichen Aufgabenerfüllung wiederum zwischen äußeren (betrieblichen) und inneren Anforderungen (der Lebensgestaltung) zu unterscheiden ist. Wohlfahrtsproduktion heißt, ein gutes Ergehen von Menschen (Lebensqualität) durch sie selbst sowie durch soziale Unterstützung und durch Dienste und Einrichtungen zustandezubringen. Sie bringen eine Wertschöpfung zuwege; Humanvermögen wird gebildet. Als Ressource menschlichen Handelns ist es immer schon vorhanden: Individuen sind primär die Produzenten ihrer Wohlfahrt, ihres sozialen Daseins, ihrer Gesundheit, ihrer Kultur. Man muß also zu unterscheiden wissen zwischen der Ökonomie individuellen Ergehens und der Ökonomie im formell eingerichteten Sozialwesen, genauso wie zu unterscheiden ist zwischen der Ökonomie von Gesundheit und der Ökonomie des Gesundheitswesens (Breyer/Zweifel 1997, 12 ff.). Die Öffentlichkeit mischt sich kaum (außer bei Seuchengefahr oder bei offensichtlicher Hilflosigkeit) in die Art und Weise ein, wie jemand seine Gesundheit unterhält, herstellt oder schädigt. Privat bleibt auch die Art und Weise, wie man persönlich seine sozialen Beziehungen gestaltet. Wenn allerdings Sozialdienste oder Gesundheitsdienste beansprucht werden, tritt deren Ökonomie in eine Beziehung zu der Ökonomie des persönlichen Verhaltens. Über

den Einsatz der Dienste ist rational, somit unter Abwägung von Nutzen und Kosten, zu entscheiden. (Was im Falle der gesundheitlichen Versorgung zum Verhältnis von individueller „Gesundheitsökonomie“ und Präventionsverhalten zur Bewirtschaftung gesundheitlicher Leistungen wissenschaftlich und politisch erörtert wird, regt entsprechende Betrachtungen zum Einsatz von Sozialdiensten an und bleibt nicht ohne Konsequenzen für ihn.)

Soziales Leben ist kontingent („es passiert“) und steuert sich im jeweiligen Umfeld weitgehend selbst. Die Intervention von Fachdiensten kann ein soziales Geschehen, etwa das Leben einer Familie, nur begrenzt beeinflussen. Deshalb ist es angebracht, auf die Ökonomie des individuellen und familiären Haushaltens zu sehen. In Hinblick auf Gesundheit formulieren Friedrich Breyer und Peter Zweifel: „Die Tatsache, daß der Gesundheitszustand des Menschen mit vom Zufall bestimmt ist, sowie die mangelnde Lagerfähigkeit und Handelbarkeit der Gesundheit schließen nicht aus, den Gesundheitszustand als Ergebnis eines Produktionsprozesses aufzufassen. Darüber hinaus ist das Konzept einer Produktionsfunktion der Schlüssel zur Bewertung der Optimalität des Verhaltens eines Individuums sowie des effizienten Einsatzes von knappen Ressourcen“ (Breyer/Zweifel 1997, 65). Gesundheitliche wie soziale Humandienste stellen Lebensqualität in Koproduktion her, wobei die Professionellen und die Betroffenen in unterschiedlichen Funktionen, Anteilen und Graden des Engagements wirken, welche Momente in einer rationalen Prozeßführung ökonomisch betrachtet und optimiert werden können.

Es gibt unterschiedliche Konzepte von Wohlfahrtproduktion (vgl. Zapf 1984, Glatzer/Zapf 1984), gemeinwesenbezogene und personenbezogene Ansätze. Die Gesellschaft leistet sich um ihrer Wohlfahrt willen ein soziales Sicherungssystem, das intermediär wirksam und personenbezogen mehr oder minder erfolgreich ist (vgl. Knapp 1984, 1995). Individuell wird Lebensqualität hergestellt – relativ zu vorher vorhandener, zu den Umständen nach erreichbarer und zu in der Gesellschaft gegebenen Lebensstandards. Andererseits korrespondiert mit der individuellen Wohlfahrtsproduktion eine öffentliche Wohlfahrtsproduktion, zu der die Wirtschaftsunternehmen und der Staat mit seiner Administration beitragen.

Um darstellen zu können, was hier geleistet wird, ist eine ökonomische Evaluation und dazu eine Wertanalyse angebracht. Für die Industrie ist das Instrument der Wertanalyse geschaffen worden, um unnötige Kosten aufzuspüren, nämlich der Aufwand, der zu den gewünschten Eigenschaften eines Produkts nichts beiträgt (Hoffmann 1994, 19 ff.). Dazu muß man

aber ein Wertziel haben und genau über die Qualitäten Bescheid wissen, die man haben will. Im Bereich der sozialen Dienstleistungen stellt die Wertanalyse zugleich eine Methode zur Rationalisierung dar und eine Möglichkeit, Qualität in differenzierender Weise auszumachen. Was trägt ein Dienst oder eine Einrichtung zum Ergehen von Menschen bei? Wie kommt dieser Beitrag im Einzelnen zustande? Wie kann er anders und besser gestaltet werden? Sicher nicht ohne hinreichende Mitwirkung der Nutzer als den primären Produzenten ihres eigenen Ergehens. Das Angebot eines Dienstleistlers kann in den Funktionen dessen, was geboten wird, von den Lebensweisen und Lebensentwürfen der Nutzer nicht absehen.

Nach anderen hat Franz-Xaver Kaufmann auf die Wohlfahrtsproduktion als sozialpolitische Aufgabe abgehoben. Sie setze die ständige Reproduktion und Regeneration der Humanpotenziale bereits voraus. „Die damit angesprochenen Vorgänge privater Wohlfahrtsproduktion vollziehen sich in erster Linie im Rahmen von Familien und Haushalten, also im Bereich der sogenannten privaten Lebensformen. Hierzu gehört nicht nur die Übernahme von Elternverantwortung, d.h. Pflege und Erziehung des Nachwuchses, sondern auch die Hilfestellung und emotionale Unterstützung unter Erwachsenen, die Führung eines geregelten Haushaltes und insbesondere der selbstverständliche Zusammenhang dieser Wohlfahrt stiftenden Leistungen im Rahmen funktionsfähiger Familien“ (Kaufmann 1997, 44 f.). Wenn selbstorganisierte, auf Gegenseitigkeit beruhende und fachliche Dienstleistungen hinzutreten, erfolgt eine „gemischte Wohlfahrtsproduktion“ (Kaufmann 1997, 106 ff.).

Eine solche Sicht ist anschlussfähig für vielfältige Formen von Eigenarbeit und nicht-monetäre Austauschsysteme (Offe/Heinze 1990, Heinze/Offe 1991), für Schattenwirtschaft, Sorgearbeit und Pflegearbeit (care work) und Projekten einer „Wirtschaft von unten“ (Heckmann/Spoo 1997). Der einzelne Mensch wird zum „Lebensunternehmer“ (Christian Lutz), der an seiner Berufs- und Erwerbsbiographie bastelt und in deren Patchwork verschiedene Formen von Betätigung einbezieht. Die Übergänge von Freiwilligenarbeit zu bezahlten Nebentätigkeiten und zeitweiligen „Existenzgründungen“, von Nachbarschaftshilfe zu Schwarzarbeit sind hier so fließend wie die von Do-it-yourself zur Selbstbedienung. In unserer Profession ist besonders die durchaus rationale Ökonomie des Lebens vieler Menschen von und in der Sozialhilfe zu bedenken. Man richtet sich eben ein.

Überindividuell haben sich in einer Zeit, in der die Arbeitsgesellschaft, die durch Vollbeschäftigung in fixen Erwerbsarbeitsverhältnissen gekennzeich-

net ist, sichtlich an ihr Ende kommt, von der Schattenwirtschaft über kommunale Beschäftigungsgesellschaften bis zu neuen Kooperationsringen und Tauschgenossenschaften die Anfänge zukunftsfruchtiger gesellschaftlicher und individueller Produktionsformen – sinnvoller Betätigung mit Ertrag – verbreitet. Eigenarbeit und öffentliche Beschäftigung verbinden sich. Ulrich Beck hat zu dieser Entwicklung kürzlich geschrieben: „An die Stelle der Sozialfigur des Lohnarbeiters und Arbeitnehmers als Gegenspieler des Kapitalisten und Arbeitgebers tritt auf der einen Seite das Leitbild des Selbst-Arbeiters, auf der anderen Seite das des öffentlichen Unternehmers. Der Selbst-Arbeiter weiß, daß er nicht länger nur ausführen muß oder kann, und zwar Arbeit, die ihm andere in der Erfüllung ihrer verdammten Pflicht und Schuldigkeit vorgesetzt haben – und wenn sie es nicht tun, dann ist das ihr Versagen, nicht seines. Er weiß und handelt so, daß er ‚seine‘ Arbeit immer auch (er)finden und begründen muß im Sinne eines sozial erweiterten Gebrauchswertes (wobei alle drei Komponenten – sozial, Nutzen und Wert – mitgedacht sind). Das setzt sowohl eine starke Identifikation mit den Bedürfnissen anderer als auch mit der Arbeit voraus. Selbst-Arbeit meint in diesem Sinne immer auch Arbeit an sich selbst und für andere“ (Beck 1997 a, 251).

Die Ökonomie des Sozialen entfernt sich hier weit von der beklagten Ökonomisierung des Sozialen. „Selbst-Arbeit“ kann in die Produktivität von Formen freiwilligen Einsatzes, bürgerschaftlichen Engagements, mit Ulrich Beck auch in „Bürgerarbeit“ übergehen, wie er sie in seinem Beitrag zu den Beratungen der Zukunftskommission der Länder Bayern und Sachsen 1997 empfohlen hat. Wer solche Arbeit und die Selbstentwicklung des Sozialen organisiert, der wird als „Gemeinwohlunternehmer“, als „social entrepreneur“ (Leadbeater 1997) tätig. Denken wir bei der „Bürgerarbeit“ nicht an eine billige Abhilfe bei Erwerbslosigkeit, sondern vielmehr an das praktische Engagement in eigenen und gemeinsamen Belangen, ist dessen Förderung und Gestaltung ein Grundanliegen professioneller Sozialarbeit.

Entsprechend reden die Kommunitarier in den USA seit einigen Jahren einem neuen Verständnis von „public work“ das Wort (Boyte/Kary 1996). Nebenbei wird in diesen bürgerschaftlichen Betätigungen das Sozialkapital aufgestockt, das letztlich wieder der freien Wirtschaft zugute kommt und ihnen Wettbewerbsvorteile sichert. Soziale Arbeit, die Humanressourcen und das Sozialkapital pflegt, stärkt somit den Wirtschaftsstandort. Ihr und der Sozialpolitik wird dabei eine komplementäre Funktion zugeschrieben.

Die produktive Rolle sozialer Betätigung, die ihr eigene Wertschöpfung, beschreibt diese Funktion aber nicht hinreichend.

Werte im Leben und ihre soziale Schätzung

Die Ökonomisierung des Sozialen fordert moralisch heraus. Die Soziale Arbeit kann sich in dieser Situation auf sozioökonomische Bestrebungen beziehen, die Wirtschaftstheorie in Dimensionen des Ergehens der Gesellschaft und der einzelnen Menschen zu öffnen (Ulrich 1987, Bürgermeier 1994). Soziales, lebensdienliches Wirtschaften enthält eine Ethik (vgl. Ulrich 1997). Sie war bis zu Adam Smiths Zeiten noch selbstverständlich integriert in die (politische) Ökonomie.

Die Wirtschaft ist mit dem Kommerz und der Industrialisierung „außer Haus“ gegangen. Wirtschaften heißt seitdem, sich im weitesten Sinne mit dem Verkehr von Gütern als Waren zu befassen. Der „Wert“ dieses Wirtschaftens ist der *Tauschwert*; er wird monetär, in Preisen, ausgemacht. Dagegen kommt es, wenn eigenes Leben „bewirtschaftet“ wird, auf Werte an, die in ihm qualitativ realisiert werden. Humanwirtschaftlich haben wir die Erwartungen zu betrachten, die einzeln und gemeinsam an ein menschliches, zeitgenössisches Dasein gestellt werden, und den Aufwand, der dafür in den Lebenskreisen getrieben wird, denen ein Individuum angehört, und den Gemeinschaften bilden. Wirtschaften wäre danach vornehmlich in seiner reproduktiven Funktion zu betrachten. In diesem Sinne wird der Wirtschaft abverlangt, *Lebensqualität* zu schaffen: „Soll das Wirtschaften wieder diesen der Bevölkerung und der Natur dienenden Stellenwert bekommen, werden wir neu lernen müssen, die Ökonomie von den Bedürfnissen der Haushalte her zu denken: d.h., die gewünschte Lebensqualität, die gerechte Verteilung des Erarbeiteten, die selbstbestimmten Lebensentscheidungen und den Umgang mit den Naturressourcen als Maßstab für wirtschaftliche Entscheidungen zu nehmen“ (Möller 1998, 45).

Das Verständnis von Arbeit ändert sich. In ihrem Bericht an den Club of Rome „Wie wir arbeiten werden“ haben Giarini und Liedtke ein „Mehrschichtenmodell von Arbeit“ mit dem Ziel entwickelt, jedem Menschen ein Minimum an bezahlter produktiver Arbeit zu bieten. Das Modell sieht als Platzhalter für eine solche Ökonomie einerseits die erste Schicht produktiver Tätigkeit insbesondere im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich, andererseits eine dritte Schicht jenseits herkömmlicher Erwerbsarbeit vor – für „Tätigkeiten, die entweder keinen Marktwert haben oder deren Marktwert sich nicht wirklich schätzen läßt“ (Giarini/Liedtke, 1998, 244 f.).

Aus der Perspektive Sozialer Arbeit ist insbesondere an ein gemeinwesenorientiertes Wirtschaften zu denken, verstanden als gemeinsame Selbstversorgung: „Wenn die Bewohner eines Stadtviertels, eines Dorfes einen Teil ihrer alltäglichen Versorgung selbst organisieren und die dafür notwendige Eigenarbeit gleichgewichtig untereinander verteilen, so bedeutet das auch eine andere Form des Wirtschaftens, die ich gemeinwesenorientiertes Wirtschaften nenne.“ (Möller 1998, 47). Es müßte allerdings ausgeführt werden, wie Menschen dazu kommen, derart zu handeln und zusammenzuwirken (vgl. Ansätze bei Ries u.a. 1997). Was gewinnen sie dabei?

Die Ökonomie der Selbstsorge und gemeinsamer Sorge und Unterstützung folgt nicht dem Denkmodell des *homo oeconomicus* als eines rationalen Nutzenmaximierers. In der eigenen Sphäre der Daseinsgestaltung sind Sinnbezüge wichtig, Leidenschaften am Werk, Emotionen im Spiel. Es geht um Anerkennung und Selbstbestätigung, Pflege von Beziehungen, um Ehre, Würde, wahrgenommene Bedeutsamkeit. Überall auf der Welt und von jeher haben menschliche Gemeinschaften – und in ihnen einzelne Personen – ihr Leben kultiviert – und dafür einen immensen Aufwand getrieben. Ein nur am Warenwert und daran, was er selbst verbrauchen kann, interessierter Nutzenmaximierer verzichtet besser auf diesen Aufwand, zumal die Kultur größtenteils immobil, unverkäuflich ist, im Unterhalt kostspielig und oft nur für ihre Angehörigen existent ist. Obligatorische Transaktionen, wie sie bei vielen Naturvölkern üblich waren, haben ihren Sinn und Wert darin, daß sie vonstatten gehen – als Gabe, Gegengabe und Rückgabe (Mauss 1968). Rituale halten Bedeutsamkeit aufrecht. Nicht mehr an Traditionen gebunden, müssen wir uns jeweils entscheiden, wie wir uns sinnvoll verhalten. Die Entscheidungen sind sozial ausgerichtet. Die Gestaltung menschlichen Miteinanders bietet den an ihm Beteiligten eine außer ihm nicht zu findende Erfüllung. Vorausgesetzt, man macht mit, kooperiert, übernimmt seinen Part. Das soziale Leitbild ist deshalb nicht das des Verbrauchers als Kostgänger des Sozialstaats, sondern das eines Ko-Produzenten sozialen Lebens in eigener Aktivität in seinem Umfeld und im Unterhalt von Beziehungen und von Kommunikation darin.

Verantwortung – sozial und ökonomisch

Der Bezug auf Werte im Handeln impliziert Verantwortung. Man verhält sich anspruchsvoll und legt (vor sich selbst und gegenüber der Umwelt) dar, daß man den Ansprüchen gerecht wird. Die Erkenntnis vielseitigen

Angewiesen- und Beteiligtseins hat im ökonomischen Denken zu einem neuen Verständnis von Rechenschaftslegung als Ausdruck von unternehmerischer und dienstlicher Verantwortung geführt. „*Accountability*“ ist das Schlagwort. Es steht für die Darlegung, wie unternehmerisches Wirtschaften gesellschaftliche Verantwortung wahrnimmt, und auch für die Auslegung des Sozialen als eines Geflechts von Vorgängen wahrgenommener Verantwortung für Menschen und das Gemeinwesen.

Die Fähigkeit, Rechenschaft darüber abzulegen, was geleistet und erreicht wird, ist in der Sozialen Arbeit unzureichend entwickelt. Gewöhnt an das Prinzip der Selbstkostendeckung, betrachtet man oft noch den Aufwand, den man getrieben hat, und dessen Kosten zugleich als Ausweis von Leistungen. Dann steht die Zahl der Gespräche, die man geführt hat, für die Güte des Einsatzes. Die auf dem Selbstkostenblatt einer Einrichtung aufgelisteten Personal- und Sachkosten geben einen angebotsinduzierten Bedarf an, dem keine Spezifikation der Leistungen gegenübersteht. Eine Erfolgsrechnung ist aber nur möglich, wenn die Kosten mit einer hinreichenden Darstellung der Leistungen abgeglichen werden können. In einer Leistungsrechnung werden erzeugte Leistungen wertmäßig erfaßt. Gehen wir davon aus, daß sie zielgerichtet und wirksam erbracht werden, sind wir auf das Konzept der Wohlfahrtsproduktion verwiesen und haben zu klären, was im Einzelnen im Dienst oder in der Einrichtung für die individuellen Nutzer und für die Gesellschaft hervor- und zustandegebracht wird. *Accountability* setzt Darstellbarkeit voraus und die Fähigkeit, die Darstellung in eine Form zu bringen, in der sie einsichtig ist und nachvollzogen werden kann.

Wenn wir wollen, daß – zumindest im Sektor der Humandienste – sozial gewirtschaftet wird, dann unter der Prämisse, daß der soziale Charakter der Tätigkeit ihrer Wirtschaftlichkeit nicht widerspricht, sondern daß er (auch) ökonomisch – gesamtwirtschaftlich, in Bezug auf soziökologische Nachhaltigkeit, im Erhalt von Lebensqualität – verantwortet werden kann. Wird diese Verantwortung öffentlich, gesellschaftlich wahrgenommen, ist darauf zu sehen, daß nicht Einzelinteressen dominieren, mögen sie sich auch als soziale ausgeben: private Absichten, Gruppeninteressen, Vorteile von Diensten und Unternehmen, Betriebsegoismus.

Der öffentlichen Verantwortung kommt ein Überprüfungsprozeß (*auditing*) nach, der objektiviert und ausweist, wie hier wirksam und nachhaltig und berechenbar Daseinsgestaltung betrieben wird. Die Prüfberichte (*audits*) buchstabieren auch soziale Sicherheit neu. Für die Bürger reicht sie von der Berechenbarkeit ihrer zu erwartenden Rente bis zur Verlässlichkeit der

Verwahrung gefährlicher Straftäter. Ein Sozialdienst beweist nicht nur, wie Menschen in Notlagen geholfen wird, sondern zeigt damit auch den nicht betroffenen Bürgern, daß und wie sie angesichts von Risiken konkret abgesichert sind. Mit dem Dienst „ist zu rechnen“: Er verdient Vertrauen und ist sein Geld wert.

Die Komplexität von Wirkungen und Nebenwirkungen in allen Bereichen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens macht überall Prüfungen notwendig: Die Gesellschaft wird zu einer „audit society“ (Power 1997). Die aufkommende Vielfalt der Rechenschaftslegungen macht ökonomisch Sinn: Unternehmen werben so mit der Umweltverträglichkeit ihrer Produktion, mit Sozialverträglichkeit und ihren Beiträgen zu regionalem Wohlstand; Dienste legitimieren sich; die Gesellschaft versichert sich des Ertrags, den sie für ihre Aufwendungen zur Daseinsvorsorge erhält. Bescheinigt wird die Abdeckung von Risiken. Audits, Evaluationen und neue Formen der Rechnungslegung führen mit ihrer Feststellung „alles ist geprüft“ aber auch zu einer Scheinsicherheit, so daß gegen die Ökonomie der gefälligen Abrechnung wieder das Regulativ sozialer Sensibilität nötig wird, die unmittelbar auf Ungerechtigkeit, Benachteiligung und Elend anspricht.

Literatur

Arnold, U. / B. Maelicke (Hrsg.) 1998 : Lehrbuch der Sozialwirtschaft. Nomos, Baden-Baden

Beck, U. 1997: Was ist Globalisierung? Suhrkamp, Frankfurt am Main

Behning, U. (Hrsg.) 1997: Das Private ist ökonomisch. Widersprüche der Ökonomisierung privater Familien- und Haushalts- Dienstleistungen. Edition Sigma, Berlin

Boyer, H. Chatten / N. N. Kary, 1996: Building America: The Democratic Promise of Public Work. Temple University Press

Breyer, F. / P. Zweifel 1997: Gesundheitsökonomie. 2. Auflage, Springer, Berlin

Bürge-meier, B. 1994: Sozioökonomie. Für eine ethische Erweiterung der wirtschaftspolitischen Diskussion. Metropolis, Marburg

Bürgin, A. 1993: Zur Soziogenese der Politischen Ökonomie. Wirtschaftsgeschichtliche und dogmenhistorische Betrachtungen. Metropolis, Marburg

Chalmers, Th. 1995: Works on Economics and Social Welfare. 8 Volumes. Routledge/Thoemmes Press, London. Volume II: The Christian and Civic Economy of Large Towns

Elsen, S. 1998: Gemeinwesenökonomie – eine Antwort auf Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung? Luchterhand, Neuwied

Etzioni, A. / P. R. Lawrence (eds.) 1991: Socio-Economics: Toward a New Synthesis. M.E.Sharp, Armonk, NY

Giarini, O. / P. M. Liedtke 1998: Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome. Hoffmann und Campe, Hamburg

Glatzer, W. / W. Zapf (Hrsg.) 1984 : Lebensqualität in der Bundesrepublik – Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Campus, Frankfurt am Main

Heckmann, Fr. / E. Spoo (Hrsg.) 1997: Wirtschaft von unten. Selbsthilfe und Kooperation. Distel Verlag, Heilbronn

Heinze, Rolf G. / C. Offe (Hrsg.) 1991: Formen der Eigenarbeit. Theorie, Empirie, Vorschläge. Westdeutscher Verlag, Opladen

Hoffmann, H. J. 1994: Wertanalyse. Die westliche Antwort auf Kaizen. Ullstein, Frankfurt am Main, Berlin

Kaufmann, F.-X. 1997: Herausforderungen des Sozialstaats. Suhrkamp, Frankfurt am Main

Klöck, T. (Hrsg.) 1998: Solidarische Ökonomie und Empowerment. Gemeinwesenarbeit Jahrbuch 6. AG SPAK Publikationen, Neu-Ulm

Knapp, M. 1984: The Economics of Social Care. Macmillan, London

Knapp, M. (ed.)1995: The Economic Evaluation of Mental Health Care. Arena (PSSRU), Aldershot

Leadbeater, Ch.1997: The Rise of the Social Entrepreneur. Demos, London

Mauss, M. 1968: Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften. Suhrkamp, Frankfurt am Main

Möller, C. 1997: Gemeinwesenorientiertes Wirtschaften – für eine andere Lebensqualität. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, 49, (2), 44 – 48

Mutz, G., u.a. 1997: Eigenarbeit hat einen Ort. Anstiftung, München

Offe, Cl. / Rolf G.Heinze 1990: Organisierte Eigenarbeit. Das Modell Kooperationsring. Campus, Frankfurt am Main

- Petersen, H.-G. 1989* : Sozialökonomik. Kohlhammer, Stuttgart
- Power, M. 1997*: The Audit Society. Oxford University Press, Oxford
- Richmond, M. 1917*: Social Diagnosis. Russel Sage Foundation, New York
- Ries, H. A., u.a. (Hrsg.) 1997*: Hoffnung Gemeinwesen. Luchterhand, Neuwied
- Robertson, Jack C. 1993*: Auditing. 7th Edition. Irwin, Boston
- Ulrich, P. 1987*: Transformation der ökonomischen Vernunft. 2. Aufl., Paul Haupt, Bern
- Ulrich, P. 1997* : Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie. Paul Haupt, Bern
- Wendt, W. R. 1982*: Ökologie und soziale Arbeit. Ferdinand Enke, Stuttgart
- Wendt, W. R. 1985*: Als Sozialarbeiter ökonomisch denken und handeln? Beiträge der Wirtschaftswissenschaft. In: Wendt, Wolf Rainer (Hrsg.): Studium und Praxis der Sozialarbeit. Ferdinand Enke, Stuttgart, 42 – 61
- Wendt, W. R. 1986*: Haushaltswissenschaft und soziales Management: Beiträge zur ökonomischen und exekutiven Kompetenz von Sozialarbeitern. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins, 66, (6), 235 – 241
- Wendt, W. R. 1999*: Sozialwirtschaft und Sozialmanagement in der Ausbildung. Nomos, Baden-Baden
- Wieland, J. 1989*: Die Entdeckung der Ökonomie. Paul Haupt, Bern
- Zapf, W. 1984*: Welfare Production: Public versus Private. In: Social Indicators Research, 14, 263 – 274

Teil II

Ethik und Grenzen der Ökonomisierung

Wirtschaftlichkeit und Sozialarbeit

Dietrich Lange

I.

Wirtschaftlichkeit, d.h. die Beachtung ökonomischer Kriterien, Kosten-Nutzen-Abgleich u.ä. hat sich in den letzten Jahren zu einem zentralen Thema Sozialer Arbeit entwickelt. Einige Aspekte der Thematisierung sollen dargestellt werden, damit deutlicher wird, ob Soziale Arbeit und Wirtschaftlichkeit koexistieren können oder ob zwischen ihnen ein Widerspruch besteht, der letztlich nicht zu vermitteln ist. Ergäbe sich letzteres, dann müßte Soziale Arbeit mit differenzierten Begründungen die geforderte und angeordnete Ökonomisierung zurückweisen.

Peter Erath fasst diese Entwicklungen in einem Aufsatz über „Ökonomisierung der Sozialarbeit als Folge von Globalisierungsprozessen?“ folgendermaßen zusammen: „Mit ausgelöst durch das Scheitern der sozialistischen Gesellschaften und den damit verbundenen Transformations- und Globalisierungsprozessen kommt es zu einer Entwicklung, die man durchaus als ‚Ökonomisierung der Sozialarbeit‘ bezeichnen kann. Das System der Sozialarbeit, das lange Zeit über eine unbegrenzte Menge an Geld-, Personal- und Zeitressourcen verfügte, wird jetzt nicht nur aufgefordert, lean mangement zu betreiben und mit den eigenen Ressourcen sparsamer umzugehen, sondern sieht sich auch einem Mehr an Problemlagen, Hilfebedürftigen und Leistungsempfängern gegenüber. Damit steigt der Grad an Aufmerksamkeit, den die Umwelt dem System der Sozialarbeit schenkt. ...Die regelmäßige Evaluation von Hilfemaßnahmen wird nun als unverzichtbar eingefordert. Zertifizierungen nach ISO 9001 ff. werden durchgeführt und die Orientierung an Markt- und Konkurrenzmechanismen wird lautstark eingefordert“ (ders. 1998: 26). Die Begründung, daß Ökonomisierung der Sozialen Arbeit eine Folge der Globalisierung ist, leuchtet zunächst ein. Doch bei Erath gibt es eine weitere: Scheitern der sozialistischen Gesellschaften und in der Folge Globalisierung.

Globalisierung bedeute für die Soziale Arbeit, daß sie sich der marktwirtschaftlichen Logik unterordnen muß. d.h. ihre Position „jenseits vom Markt“ nicht mehr halten kann, da die Regulierungen des Staates zunehmend ökonomisch bestimmt werden. In sozialistischen Gesellschaften schien

neben der Marktlogik, der auch sie sich nicht entziehen konnten, noch ein anderer Einfluß eine Rolle zu spielen: sozialetische Imperative, wie das Recht auf Arbeit und Versuche, gesellschaftliche Ungleichheiten zu reduzieren, um Ansprüche sozialer Gerechtigkeit zu realisieren. Daß diese Ansprüche – auch durch die Konkurrenz zu kapitalistischen Staaten – nur eingeschränkt und unter Verletzungen von Menschenrechten realisiert wurden, ist festzuhalten.

Für den Kapitalismus bedeutete aber die Existenz des „real existierenden Sozialismus“ eine Systemkonkurrenz, die ihn zwar nicht ernsthaft gefährdete, jedoch permanent die Frage offen hielt, wie und ob Ökonomie und Ethik vereinbar wären. „Der Zusammenbruch des sozialetischen Riesenexperimentes dieses Jahrhunderts, des Sozialismus und die eher dürftige Erklärung, dies liege an der Überlegenheit der Marktwirtschaft. Aber wenn dies Themen sind: wo ist die Ethik, die darauf antworten könnte?“ (Luhmann 1993: 139).

Für Luhmann ist die Antwort eindeutig: Ethik und Wirtschaft sind miteinander unverträglich – daher ist es nur konsequent, daß der „Sozialismus“ scheitert.

„Was nun speziell die Wirtschaft betrifft, so darf nur zunächst daran erinnert werden, daß bereits Adam Smith mit dem Versuch gescheitert war, die Wirtschaft als Anwendungsfall seiner Theorie der moralischen Sympathie zu behandeln. Nachträglich sah er denn auch ein, daß es wohl besser sei, dem Schuster einen angemessenen Preis zu bieten, als sich auf dessen moralische Gefühle zu verlassen“ (a. a. O.).

Luhmann propagiert hier keine Überlegenheit der Marktwirtschaft, sondern votiert gegen die Verbindung von Wirtschaft und Ethik - damit auch gegen zeitgeistige Versuche einer Wirtschaftsethik.

Die Monopolkommission, die die Bundesregierung in Abständen gutachterlich berät, findet dazu andere Positionen. In ihrem 12. Gutachten von 1996/97, in dem sie sich auch mit der „Wettbewerblichen Neuorientierung der freien Wohlfahrtspflege“ beschäftigt, kommt sie u.a. zu folgenden Schlüssen: „Um Anreize für eine kostengünstige und zugleich kundenorientierte Leistungserstellung zu setzen, empfiehlt sich eine Gewinnorientierung. Die Verfolgung karitativer Ziele und anderer Wertorientierungen wird durch diese Zielsetzung nicht gefährdet. ... Eine marktwirtschaftliche Steuerung strebt die Ziele der Gewinnerzielung und Nutzenmaximierung an. Sie ist mit dem Gemeinnutzenziel in Einklang zu bringen, da zu den Kriterien einer kundenbezogenen und damit quasi-gemein-

nützigen Leistungserstellung Wirtschaftlichkeit und Bedarfsgerechtigkeit zählen. Gemeinnutz und Eigennutz sind entgegen oberflächlicher Betrachtung keine diametral entgegengesetzten Zielsetzungen; vielmehr ermöglicht die Inanspruchnahme des Eigennutzes erst das Gemeinwohl. Denn auch die zu vergebenden Leistungen müssen zuvor erwirtschaftet werden. Übertragen auf die Leistungen von Sozialunternehmen impliziert dieser grundlegende ökonomische Zusammenhang, daß Gewinne Handlungsspielräume erst eröffnen, die eine spezielle soziale, karitative oder diakonische Ausrichtung der Organisation erst ermöglichen“ (Monopolkommission 1998: 347).

Im Gegensatz zu der Einschätzung von Luhmann ist es für die Monopolkommission kein Problem, geschweige denn ein Widerspruch, sozial-ethische Optionen mit ökonomischen zu verbinden. Im Gegenteil: Gewinnorientierung eröffne Handlungsspielräume für soziale und ethische Intentionen.

In der Sozialen Arbeit gibt es zwar viele Gegenstimmen gegen die „Ökonomisierung“, aber „dieser sich anbahnende Paradigmenwechsel in der Sozialarbeit vollzieht sich ohne große Debatten und wird von vielen ... eher unbewußt vollzogen. Denn – die Übernahme betriebswirtschaftlicher und organisationssoziologischer Begriffe und Denkweisen macht natürlich die Arbeit auch attraktiver ... Damit stellt sich die Frage, ob nach Phasen einer Pädagogisierung, Soziologisierung und Psychologisierung der Sozialarbeit nun eine ökonomische Wende ins Haus steht. Wird sich also die Ökonomie als neue Leitwissenschaft etablieren oder wird die Sozialarbeit stark genug sein, sich dieser Vereinnahmung zu entziehen bzw. sie zumindest einer eigenen Funktionslogik unterordnen zu können?“ (P. Erath 1998: 26 f.).

Der Konflikt zwischen ökonomischen und ethischen Orientierungen wird in der Sozialen Arbeit ambivalent wahrgenommen, die Attraktivität von Effektivität und Effizienz, verbunden mit neuen Aufgaben und Aufwertungen, täuschen die MitarbeiterInnen darüber hinweg, daß sie eine zentrale Begründung respektive Spannung ihrer Profession gefährden: die zwischen sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Rationalität.

Soziale Arbeit benötigt für ihr Selbstverständnis als Profession Positionen, wie und wo sie sich in diesem Konflikt verorten will und kann.

Es geht dabei, wie bisher dargestellt, um zwei mögliche Positionen:

- Sozialethik und Ökonomie sind vereinbar (siehe Monopolkommission)

- Ethik und Ökonomie sind so unterschiedlich codiert, daß sie nicht vereinbar sind (Luhmann)

Eine Position „dazwischen“ schlagen Flösser und Hanesch in einem Papier für den Bundeskongreß Sozialer Arbeit vor: „Die gegenwärtige Ökonomisierung des Sozialen ist auch dahingehend zu hinterfragen, welche Maßstäbe ökonomischen Handelns in der Sozialen Arbeit angemessen sind. Das schließt aber nicht aus, daß über eine Ökonomie der Sozialen Arbeit nachgedacht wird. Allerdings bedarf die Soziale Arbeit eines eigenständigen gemeinwirtschaftlichen Handlungsrahmens, statt sich dem neo-liberalen Marktmodell einfach unterzuordnen“ (Flösser/Hanesch 1998: 8).

Die ökonomische Orientierung sei zu hinterfragen, doch der Konflikt wird eher auf der Ebene divergierender ökonomischer Modelle verortet: gemeinwirtschaftlich kontra neoliberal. Daher muß *nur* darüber nachgedacht werden, welche ökonomischen Kriterien in die Soziale Arbeit integriert werden können, ohne ihr zu schaden. Die bisher referierten Positionen lassen zwar Unterschiede erkennen, doch es bleibt noch undeutlich, welche Option zu welchen Konsequenzen führen könnte. Die Annahme, daß zwischen Wirtschaftlichkeit und Sozialer Arbeit (bestimmte) Unverträglichkeiten bestehen, ist eine möglich Position, wenn auch andere artikulieren, daß Soziale Arbeit und Ökonomie nicht nur verträglich sein könnten, sondern daß ökonomische Orientierungen für ihre Entwicklung durchaus förderlich wären.

II.

Das Wirtschaftssystem in funktional ausdifferenzierten Gesellschaften arbeitet, so postuliert es die Systemtheorie, mit den beiden zentralen Unterscheidungen „Haben/Nichthaben“, „Zahlen/Nichtzahlen“ (siehe Baraldi u.a.:1997: 210). Es ist erfolgsorientiert, seine Operationen laufen ununterbrochen, „solange immer wieder ein positiver Anschluß gefunden wird, ... solange Geld und Zahlungsbereitschaft auszumachen sind“ (Halfar 1998: 9).

Albert O.Hirschman attestiert der Ökonomie zwar eine kärgliche Grundlage: das eigennützige Individuum wähle frei und rational zwischen alternativen Handlungsmöglichkeiten, nachdem es deren voraussichtliche Kosten und Nutzen berechnet habe (s. ders. 1993: 226). Die Ökonomie habe sich aus guten Gründen auf den instrumentellen Modus des Handelns konzentriert, auf das „Zweck-/Mittel- bzw. Kosten-Nutzen-Modell“, das weit

davon entfernt ist, sämtliche Aspekte menschlicher Erfahrung und menschlichen Handelns abzudecken“ (a.a.O.:236).

Soziale Arbeit „verwendet“ andere Unterscheidungen, zentral Helfen/Nicht-helfen (Baecker 1994), aber auch integriert/ausgeschlossen, hilfsbedürftig/nicht hilfsbedürftig. Im Gegensatz zur eindimensionalen Erfolgsorientierung des Wirtschaftssystems enthalten die Unterscheidungen der Sozialen Arbeit „auch immer einen Anteil Moral“ (vgl. Halfar 1998: 9). Wenn nun Soziale Arbeit ökonomische Sichtweisen wie Teildisziplinen – Neue Steuerung, Marketing, Output- und Produktorientierung – in ihr Selbstverständnis und ihre Arbeitsformen einbezieht, bedeutet dies auch, dass moralische Argumente bei Entscheidungsfindungen immer auf dem Prüfstand stehen werden, ob sie sich „in Geldeinheiten übersetzen und bilanzieren lassen“ (vgl.: a.a.O.).

Durch Einbeziehung ökonomischer Sichtweisen in die Soziale Arbeit wird das Zweck/Mittel-Kosten-Nutzen-Modell *eine* verbindliche Entscheidungskategorie für ihr Selbstverständnis wie ihre Ziele, Organisations- und Arbeitsformen.

Entsprechend werden neue Begriffe bzw. Übersetzungen eingeführt:

- KlientInnen, hilfe- und ratsuchende BürgerInnen: KundInnen
- Freie Träger: Nonprofit-Organisationen
- Verwaltungen: Unternehmungen (vgl. Wolf 1998: 4).

Die „Übersetzungen“ machen deutlich, dass sich Soziale Arbeit damit – zumindest teilweise – in das Wirtschaftssystem integriert, indem sie Codierungen (Unterscheidungen) aus dem Wirtschaftssystem integriert. Sie übersetzt die „Sprache der Moral“ (gerecht/ungerecht) in die von Kosten/Nutzen, Wettbewerb, Geld/Bilanzen; hinzu kommt, dass die beiden Codierungen gegenseitig übersetzbar gemacht werden müssen, um in der Praxis nicht unverträglich zu erscheinen (die vielen Fortbildungen mit diesen Inhalten belegen die Anstrengungen der Übersetzungen). Die ethischen Fundierungen Sozialer Arbeit werden zwar nicht aufgelöst, aber in gewisser Weise in ökonomischen Codierungen aufgehoben. Dies sei letztlich kein Problem, argumentiert Halfar: Soziale Arbeit habe schon immer „Konzepte und Denkweisen, Begrifflichkeiten und Metaphern“ aus vielen anderen Wissenssystemen – Soziologie, Politik, Recht, Psychologie, Pädagogik, Kriminologie – integriert. Dies läge zum einen an der eklektizistischen Zusammensetzung des Fachgebietes, zum anderen „in einer systematischen Selbstunterschätzung eigener Kompetenz“ (vgl. ders. 1998: 7 f.). Fortzusetzen wäre dieses Argument mit dem Hinweis, wenn Theorie

und Praxis Sozialer Arbeit schon derart zusammengesetzt konstruiert sind, könnten ihr wohl die Integration ökonomischer Unterscheidungen kaum schaden.

Einen zentralen Unterschied gäbe es aber zwischen den Wissens- bzw. Funktionssystemen – z.B. Recht, Medizin, Bildung aus denen Soziale Arbeit bisher Unterscheidungen integriert hätte, und dem Wirtschaftssystem. Diese seien eher an Defiziten, Kritik und Kompensation orientiert, oder, wie es Halfar nennt „*negativ codiert*“. Die Ökonomie hingegen sei durch „*positive Codierung(en)*“ gekennzeichnet: „am Starken – und nicht am Schwachen – , am Erfolgreichen und nicht am Marktversager, am Zahlungskräftigen und nicht am Armen.“ Die Rezepturen der Ökonomie zeichne sich durch ein zentrales Muster der Erfolgsorientierung aus. Dennoch sei es nicht zu befürchten, dass die Einbeziehung wirtschaftlicher Denkweisen und Organisationsformen zur Ökonomisierung der Sozialen Arbeit führe, eher werde mehr innerorganisatorische Effizienz und verbesserte Effektivität für die KundInnen/NutzerInnen im Sozialbereich gefördert (vgl. 1998: 9). Die Positionen und die Aussichten, die Halfar entwickelt, decken sich, bzw. zielen in die ähnliche Richtung, wie die der vorher zitierten der Monopolkommission.

III.

Der Markt ist gleichgültig gegenüber Moral. „So kümmert es in wirtschaftsstrategischen Überlegungen wenig, wie bei Betriebsstillegungen die Entlassenen ihr Schicksal mental und sozial bewältigen; das untersucht eher die Sozialwissenschaft und die Arbeitsmarktpolitik spart nicht mit guten Ratschlägen, die Strukturkrise der Arbeit durch individuelle Flexibilität abzufedern“ (Sander 1998: 250 f.). Und Soziale Arbeit hat die Aufgabe, die Betroffenen bei der mentalen und sozialen Bewältigung zu begleiten und zu unterstützen und deren individuelle Flexibilität ggf. zu fördern.

Durch Integration ökonomischer Kriterien in ihre eigene Theorie und Praxis vermag sie wirtschaftsstrategische Überlegungen und deren „Umsetzung“ eher nachzuvollziehen; das kann den Professionellen manche kognitive Dissonanzen ersparen, die sich vormals in dem unglücklichen Bewußtsein vom „Reperaturbetrieb des Kapitalismus“ artikulierten. Andererseits, wenn die Erfolgsorientierung des Marktes akzeptiert ist, reduziert sich das Kritikvermögen an den ökonomischen Entwicklungen: „... ökonomische Gesetze bestimmen ihre jeweiligen Gegenstände nur unter idealen Bedingungen. ... Personen würden den ökonomischen Gesetzen fol-

gen, wenn ihre Tauschchancen gleich wären. Da sie es nicht sind, bleiben die Gesetze ein Ideal, zu dessen Verwirklichung gleiche Tauschchancen erst herzustellen wären. Die soziale Wirklichkeit kennt daher nicht das ‚Ineinandergehen‘ der Klassen. ... Sie kennt ebensowenig die gleiche wechselseitige Abhängigkeit der Individuen. ... Sie zeigt vielmehr das Ausgeliefertsein der Schlechtestgestellten an die Willkür der Bestgestellten und deren zunehmende Fähigkeit, die Arbeit der Abhängigen durch Maschinerie zu ersetzen. Der Markt der Theorie ist ein Modell des gerechten Tausches; der wirkliche Markt kann zum Mittel der Mächtigen werden, die Abhängigen noch abhängiger zu machen und von allen Vorteilen der Gesellschaft auszuschließen“ (Steinvorth 1998: 62). Die binäre Codierung des Wirtschaftssystems Haben/Nichthaben, Gewinn/Verlust, Zahlen/Nichtzahlen suggeriert einen gerechten Tausch, ohne die Ressourcen der MarktteilnehmerInnen zu berücksichtigen.

Soziale Arbeit mit ihrer Funktion der „sozialen Integration“ (Merten 1997) hat aber gerade die „Aufgabe“, die zu unterstützen und zu beraten, deren Tauschchancen reduziert, benachteiligt sind und werden. Will Soziale Arbeit den ethischen Code von gerecht/ungerecht nicht aufgeben, kann sie auf die Kritik an der Illusion des gerechten Tausches nicht verzichten. Die eigene Ökonomisierung reduzierte die Irritation durch eine Sozialethik, bzw. brächte diese zunehmend zum Verschwinden: „Die Bestimmung der Funktion der Moral in der modernen Wirtschaft und Gesellschaft setzt man am besten bei dem an, was in der soziologischen Theorie ‚Irritation‘ ... heißt. In anderer Sprache gesagt: Moral enthält ein dauerhaft kritisches Potenzial gegenüber der modernen Gesellschaft, und diese moderne Gesellschaft ist auf systematische Infragestellung zwecks weiterer evolutionärer Entwicklung angewiesen. Moral, moralische Normen, aber auch das moralische Bewußtsein im engeren Sinne stellen so eine Herausforderung für die ‚Wirtschaft‘ dar, die sie zu ihrer eigenen weiteren Ausdifferenzierung, also zur Entwicklung braucht“ (Homann 1993: 47). Der Autor dieses Zitats, Karl Homann (Inhaber des ersten Lehrstuhls für Wirtschafts- und Unternehmensethik), ist ein wichtiger Vertreter der Disziplin der Wirtschaftsethik, die Luhmann wie folgt einschätzt: „Die Sache hat einen Namen: Wirtschaftsethik. ... Meine Vermutung ist, daß sie zu der Sorte von Erscheinungen gehört, (die) geheimhalten müssen, daß sie gar nicht existieren“ (ders. 1993: 134).

Ist die Ökonomie indifferent gegenüber der Moral? Der Hinweis von Homann, daß Moral die Codierungen des Wirtschaftssystems irritiert, daß darin ihre Funktion für die „Gesellschaft“ bestünde, erscheint zunächst

plausibel. In dem gut gemeinten Sinn, das menschliche Leben ließe sich nicht auf Gewinn/Verlust reduzieren. Im nächsten Schritt der Argumentation beginnen Fragen, was eigentlich mit dem „dauerhaft kritischen Potenzial der Moral gegenüber der Gesellschaft“ intendiert ist. Die Intention wird deutlich: die Kritik der Wirtschaft durch die Moral „nutzt ihrer Entwicklung. Moral wird zu einer Funktion der Wirtschaft, die deren Effizienz und Effektivität verbessern soll.“ So kommt der „Wirtschaftsethiker der ersten Stunde“ zu einem zunächst überraschenden, doch konsequenten Schluß: „Moral muß auf den Code der Wirtschaft umformuliert bzw. in ihn übersetzt werden. Der ökonomische Imperialismus trägt dem Rechnung, indem er systematisch an der Integration anderer Theoriekomplexe arbeitet“(ders.1993: 47).

Moral wird zur irritierenden Funktion der Wirtschaft mit der Zielvorgabe, ihr Funktionieren zu verbessern; zumal Ökonomie bestrebt ist, alle anderen Lebensbereiche zu vereinnahmen. „Ökonomische Kriterien, Kosten und Erträge sollen nicht nur die Wirtschaft, sondern ebenso alle anderen gesellschaftlichen Teilsysteme bestimmen – die soziale Sicherung und die materielle Infrastruktur so gut wie Bildung und Kultur. Die Gesellschaft wird zum Anhang der Ökonomie“ (Bergmann 1998: 334). Der ökonomische Imperialismus, den Homann als Möglichkeit begreift, Moral und Wirtschaft zu vereinen, läßt erkennen, daß es um die Durchsetzung ökonomischer Codierungen ohne sozialetische Infragestellungen geht. Die Ökonomie mit ihren Regeln gibt vor, die Moral könne korrigieren, insoweit es dem dauernden Erfolg nicht schade.

Moral ist innerhalb der Ökonomie zugelassen, wird sogar integriert, solange sie nicht stört. Sie störte dann, wenn sie grundsätzliche Federungen in Bezug auf Zugänge, Ressourcen, Gleichheit und Gerechtigkeit artikuliert. Der ökonomische Imperialismus erlaubt zwar die eine oder andere Irritation, aber keine Behinderung der Gewinne, geschweige denn eine Infragestellung von Konkurrenz, Wettbewerb.

„Aber die Märkte sind amoralisch. Da zählen moralische Überlegungen nicht. ... Wir müssen doch alle auseinanderhalten, ob wir als Wettbewerber oder als Bürger und menschliches Wesen handeln. Als Wettbewerber darfst du nur deine eigenen Interessen im Auge haben und kannst nicht an die Folgen denken. Als Bürger machst du dir Sorgen über das System und solltest dich vom Allgemeinwohl leiten lassen, nicht von deinen persönlichen Interessen“ (Soros 1998: 10).

Als Bürger widerspricht Soros der Logik der Ökonomie. Als Finanzhändler bekennt er sich dazu, daß am Finanz-Kapitalmarkt nur mit den „Wölfen

zu heulen sei“, d.h. konsequent eigene Interessen ohne Rücksicht zu verfolgen. Insofern kommt es zu der Einschätzung, daß der Markt amoralisch, bzw. gegen Moral indifferent, sprich gleichgültig sei.

IV.

Die Überlegungen über mögliche Koppelungen von Sozialer Arbeit und Ökonomie, von Wirtschaft und Ethik sind Suchbewegungen, ob in die „ursprünglichen“ Codierungen funktionaler Systeme neue integriert werden können. Die Hinweise auf Wirtschaftsethik lassen im Zusammenhang von Ökonomie und Sozialer Arbeit folgenden Schluß zu:

Würde Ökonomie ethische Unterscheidungen (z.B. gerecht/ungerecht) integrieren können, ohne ihren „Erfolgsimperativ“ aufgeben zu müssen; dann könnte die Soziale Arbeit ökonomische Unterscheidungen wie wirtschaftlich/nicht wirtschaftlich neben ihrer ursprünglichen sozialetischen Codierung gerecht/ungerecht, integriert/nicht integriert einbeziehen, ohne ihre funktionale Unverwechselbarkeit aufgeben zu müssen.

Zudem ergäben sich über die „neuen“ Anschlußstellen Verbindungsmöglichkeiten zwischen den bisher eindeutig unterschiedlich formatierten Systemen. So wären Kompromisse zu finden, um Leistungs- und Bewältigungsteigerungen beider Systeme zu ermöglichen. Das mag in der Theorie ein befriedigendes Puzzle-oder Glasperlenspiel sein, aber in der Praxis und den Erfahrungen stimmt viel eher die Einschätzung von Bergmann, daß ökonomische Kriterien immer mehr alle anderen Teilsysteme der Gesellschaft bestimmen (vgl. ders. 1998).

Insofern erscheint die zunächst beruhigende Botschaft der Systemtheorie durch Erfahrung widerlegt, daß es kein „zentral“ bestimmendes System in einer funktional ausdifferenzierten Gesellschaft gäbe. Hierarchie und Zentralisierung würden bei funktionaler Ausdifferenzierung abgelöst durch Gleichwertigkeit, Autonomie und Dezentralisierung. Das Wirtschaftssystem beansprucht und exekutiert tatsächlich seine Dominanz über andere funktionale Systeme, indem es seine Codierung den anderen aufzwingt. Wobei damit - zugegebenermaßen auf einer anderen Entwicklungsstufe - Einsichten und Analysemöglichkeiten einer „Politischen Ökonomie“, resp. ihrer „Kritik“ (Marx) wieder eingeholt wären.

Dabei könnte man sich durchaus, im Sinne eines „wishfull thinking“ folgender Definition anschließen, die zwar das Paradox zwischen Ökonomie und Ethik nicht löst, aber zumindest eine Ursache von Kritik verdeutlicht: „Während (klassische Wirtschaftspolitik) in einem bestimmten Wirtschafts-

interesse Politik betreibt, soll eine politische Ökonomie das wirtschaftliche Handeln an den Interessen einer politisch definierten Gemeinschaft ausrichten“ (Thureau-Dangin 1998: 164).

Diese Definition erscheint gut gemeint, mit Öffnungen hin zu einer Ökonomie, die ethische Unterscheidungen integriert. Das Wirtschaftssystem und seine Wissenschaft, „die Ökonomie“, gründe auf einem bemerkenswert kärglichen Postulat, dem des eigennütigen Individuums, so fasst(e) es Hirschman zusammen (s. ders. 1993: 226). Wir lebten in einer Gesellschaft mit der Spannung zwischen dem Selbst und den anderen, „zwischen dem Eigeninteresse auf der einen und allgemein moralischen Geboten, dem Dienst an der Gemeinschaft ... auf der anderen Seite. ... Auch hier haben sich Ökonomen überwiegend auf die erste Seite der Dichotomie konzentriert. ... Der Widerspruch kann gelöst werden, indem man der besonderen Natur von moralischen Regeln als ‚Input‘ mehr Aufmerksamkeit schenkt“ (a.a.O.: 243).

Hirschman wie Thureau-Dangin erwarten von der Ökonomie (System und Wissenschaft) die Öffnung für „moralische Regeln“, die von der Wirtschaftsethik geteilt, von Luhmann und Bergmann aber bestritten werden. Die Anschluß- oder auch Koppelungsmöglichkeiten zwischen Wirtschaft und Sozialer Arbeit bestünden viel eher, wenn durch eine jeweils „neue“, bzw. zusätzliche Codierung die Übersetzungen zwischen beiden Systemen leichter fielen. Die möglichen Übergänge werden aber erschwert, weil sich die theoretische Annahme der Gleichwertigkeit zwischen funktionalen Systemen, in unserem Fall zwischen Ökonomie und Sozialer Arbeit, tatsächlich nicht realisieren läßt. Soziale Arbeit ist vielmehr mit den Problemen der *Externalisierung* von Risiken konfrontiert. Externalisierung bedeutet in der Konsequenz, daß ein System die Lasten und Risiken eines anderen, die es nicht bearbeiten kann oder will, kompensieren muß. Insofern ist eine hierarchische Abfolge funktionaler Systeme gegeben.

V.

Die Logik der Externalisierung zwischen Ökonomie und Sozialer Sicherung (Sozialpolitik und Soziale Arbeit) analysierte bereits vor 15 Jahren der Soziologe Hondrich: „Im Prinzip kann eine hochkomplexe und -produktive Gesellschaft nicht nur funktionieren, wenn wenige arbeiten und viele mitversorgen. Sie kann sogar besser funktionieren, wenn wenige hochmotivierte Leistende aufeinander abzustimmen als wenn die Gesamtheit der sehr unterschiedlich Leistungsfähigen und -willigen in den Produkti-

onsprozeß einzugliedern sind. Der Ausschluß größerer Teile der Bevölkerung aus vergesellschafteten Leistungsprozessen stellt soziale Systeme nicht vor Macht- und Funktionsprobleme, sondern vor Integrations- und Solidaritätsprobleme. Dies kommt besonders auf der Ebene der Kommunen zum Ausdruck. Wirtschaftliche Leistungsorganisationen entledigen sich eines Teils ihrer Funktionsprobleme und ihrer internen Ungleichheit, indem sie Junge, Alte und wenig Qualifizierte nicht aufnehmen oder abstoßen. Diese werden von kommunalen Einrichtungen, Schulen, Altenheimen, Sozialhilfe etc. aufgefangen und stellen die kommunalen Systeme im weitesten Sinn vor die Aufgabe, die Ungleichheit und Heterogenität zu verarbeiten, die von den unternehmerischen Organisationen auf sie abgeschoben wird. Die Bedeutungszunahme der Ungleichheit auf der Ebene der Gemeinde, wie sie sich am augenfälligsten in innerstädtischer Verslumung zeigt, ist nichts anderes als die Kehrseite der abnehmenden Bedeutung von Ungleichheit im Innern der Leistungsorganisationen“ (ders. 1984: 283).

Das Schlüsselwort im vorstehenden Zitat ist „abgeschoben werden“. Wirtschaftliche Leistungsorganisationen haben das Recht, „menschliche Kostenfaktoren“, die ihre Erfolgsorientierung in der Konkurrenz beeinträchtigen könnten, auf das System der sozialen Sicherungen, der Kommunen, der Sozialen Arbeit, abzuschieben. Ob und wie sie sich an den „Abschiebungs- und Auffangkosten“ beteiligen, ist eine andere Frage. Auf alle Fälle ist es nicht nur billiger, sondern ökonomisch geboten, zu sortieren und abzuschieben. Die Externalisierungsabfolge zwischen Wirtschaft und Sozialer Sicherung folgt der Logik der Kompensation. Kompensation gilt nach wie vor als Zentrum der Sozialstaatlichkeit, weil sie die Gleichgültigkeit der Wirtschaft (resp. des Kapitals) gegenüber den Ressourcen der Produktion, der Natur und der Arbeitskraft zuläßt, und gleichzeitig im Sinne von „Auffängen“ und Reperatur Natur und Arbeit vor den Folgen dieser Gleichgültigkeit in gewissen (immer eingeschränkteren) Maßen schützt. Externalisierung und Kompensation sind so gesehen die zwei Seiten der einen Medaille Systemintegration (in kapitalistischen Systemen).

Externalisierung artikuliert die Logik, d.h. die Gleichgültigkeit der wirtschaftlichen Codierungen gegenüber den Ressourcen, solange sie sich nicht diesen fügen, d.h. für Gewinn und Erfolg nutzbar zu machen sind. Kompensation sichert Systemintegration in einem Sinne, daß Abschiebung nicht dauerhaft sein muß, daß bestimmte Überlebenssicherungen vorhanden sind (von der Sozialversicherung bis hin zur Sozialhilfe). Kompensation in der „Nachfolge“ von Externalisierung behindert, wenn auch im begrenzten

Maße die Selbstdestruktion, die der „reinen und ungehinderten“ Entfaltung der karglichen Grundlagen der Ökonomie folgen würde. Zu beobachten ist, daß die Impulse der Ökonomie immer stärker werden, die Kompensationskosten abzusenken. Die Kompensation selbst wird nicht in Frage gestellt, aber bedeutend geringer soll sie werden und vor allem Anreize schaffen, so schnell wie möglich die Arbeitskraft zu jedwelcher „Ausbeutung“ zur Verfügung zu stellen – koste es, was es wolle und vor allem so wenig wie möglich.

VI.

Soziale Arbeit ist als eine Einrichtung der Kompensation entstanden, hat sich in ihrer hundertjährigen Geschichte als ein Teil sozialer Sicherung entwickelt und ist mittlerweile ein eigenes funktionales System geworden. Externalisierung und Kompensation sind keine neuen Momente, sondern im Gegenteil bestandssichernde Elemente Sozialer Arbeit. Soziale Arbeit ist ein Resultat der Abfolge von Externalisierung und Kompensation, insofern erhält Soziale Arbeit zwar nicht ihre Aufträge, aber ihre Anforderungen aus der Erfahrung, wie Abschiebungen zu verarbeiten sind: als Übergang, als Möglichkeit oder auch als Ende. Die Frage, wie teuer Soziale Arbeit sei und gleichzeitig: wie teuer darf sie uns sein, begleitet Soziale Arbeit permanent durch ihre Geschichte.

Wenn auch bisher die anfangs gestellte Frage, ob Soziale Arbeit ökonomische Codierungen und Erfolgsorientierungen integrieren kann bzw. soll, immer noch nicht beantwortet ist, überwiegt in den vorstehenden Überlegungen doch die Skepsis gegenüber der geforderten Vermittlung. In der Praxis der Sozialen Arbeit ist trotz aller Skepsis zu beobachten, daß die Integration wirtschaftlicher Kriterien unaufhaltsam zunimmt - von „Social-sponsoring“ über Marketing, Output-Orientierung usw. Ist daher nicht der Titel einer kleinen Schrift von Immanuel Kant auch hier zutreffend: „(Über den Gemeinspruch:) Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis“ (1793)? Stellt nicht folgende Position von Erath eine realistische Vermittlung dar – ganz im Sinne eines „Sowohl–als–auch–Kompromißes“?

Unter der Überschrift: „Die ökonomische Vereinnahmung der Sozialarbeit: Sozialarbeit als Ware“ heißt es dort u.a.: „Die neuere Sozialgesetzgebung fördert die Sozialarbeit auf, wirtschaftlich zu handeln. Soziale Arbeit kostet viel Geld und muß insofern gegenüber dem Steuerzahler verantwortet werden. Deshalb müssen auch Fragen nach der Qualität des Hilfe-

prozesses und nach den Ergebnissen sozialarbeiterischen Handelns gestellt werden und dafür sind Managementprozesse notwendig, bei denen auf die Erfahrung der Wirtschaft zurückgegriffen werden muss. Grundsätzlich allerdings stellt sich das Problem, wieweit die Sozialarbeit den mit dieser Denkweise verbundenen „Code“ der Wirtschaft (Gewinn-Verlust) übernehmen kann und soll, ohne ihren eigenen Code (Hilfe-Nichthilfe) zu gefährden. ... Akzeptiert man das Postulat, daß die Mittel endlich sind, dann erscheint es geradezu als Pflicht, wirtschaftlich zu handeln. ... Allerdings darf diese Mittelorientierung nicht so weit gehen, daß sie zur Schere im Kopf führt. Aus sozialarbeiterischem Handeln wird dann sehr schnell wirtschaftliches Handeln. Und das ist etwas anderes“ (ders. 1998: 32).

Die Hauptargumente sind folgende:

- Die Endlichkeit der finanziellen Ressourcen verpflichtet zu wirtschaftlichem Handeln.
- Da Soziale Arbeit viel Geld kostet, müssen ihre Ergebnisse (Qualität, Kosten-Nutzen) überprüfbar sein.
- Diese Ergebnisorientierung wird durch Managementprozesse (Anleihen aus der Wirtschaft) gewährleistet.
- Die Gefahr, daß Soziale Arbeit immer weniger unterscheidbar vom wirtschaftlichen Handeln wird, entsteht durch die ökonomischen Importe.

Man bleibt nach diesen Ausführungen etwas ratlos: Einerseits „muß“ sich Soziale Arbeit ökonomischen Verfahrensweisen öffnen, andererseits gefährdet diese Öffnung ihr Selbstverständnis und ihre „Eigenheit“. Ob und wie ökonomische Codierungen das Selbstverständnis und die Eigenheit, d.h. die Autonomie (Selbstbestimmung) der Sozialen Arbeit gefährden, stellt sich als zentrale Frage des Verhältnisses von Wirtschaftlichkeit und Sozialer Arbeit. Wenn schon ökonomische Intentionen in die Soziale Arbeit aufgenommen werden müssen, wie es Erath postuliert und die Praxis beweist, dann wird die Frage von Flösser und Hanesch (1998) zur zentralen: welches ökonomische Handeln in der Sozialen Arbeit angemessen ist.

Zum Begriff der *Wirtschaftlichkeit* heißt es in einem Wirtschaftslexikon: „Meßzahl dafür, mit welchen wirtschaftlichen Mitteln ein wirtschaftliches Ziel erreicht wurde. Durch Gegenüberstellung von Aufwand und Ertrag zeigt sich, ob ökonomisch gearbeitet wurde d.h., ob die vorhandenen Produktionsfaktoren richtig und ausreichend koordiniert eingesetzt wurden“ (Gabler 1991: 312). Für Soziale Arbeit kann diese Definition eigentlich nur heißen, einen permanenten „Mittel-Ziel-Abgleich“ durch Evaluation und Selbstevaluation zu betreiben, mit der Absicht, ob die vorhandenen

Ressourcen richtig und ausreichend koordiniert eingesetzt wurden – aber ist das etwas „Neues“? Worum es in der Praxis zusätzlich geht, ist die Frage, ob durch Koordination und andere Arbeitsformen (Management) mit weniger Mitteln „mehr“ zu erreichen ist – Knappheit der Mittel.

Soziale Arbeit als öffentlich finanzierte Tätigkeit (Steuermittel) kann sich der Kontrolle über einen „wirtschaftlichen“ Umgang mit den ihr zur Verfügung gestellten Mitteln nicht entziehen. Wirtschaftlichkeit hieße in diesem Zusammenhang, eine Rechenschaft über Ziele und Mittel zu geben, wie, wofür und mit welchen Ergebnissen die Mittel eingesetzt wurden und werden; auch den Diskurs zu ermöglichen, ob es andere Organisations-, Koordinations- und Kooperationsformen gibt, mit Hilfe derer „bessere“ Ergebnisse zu erzielen sind, bzw. ob Mittel reduziert oder für neue Anforderungen gewonnen werden können. Wird die Frage nach der Wirtschaftlichkeit der Sozialen Arbeit in dieser Weise bestimmt, dann gilt die vorher schon erwähnte von Flösser und Hanesch: *welches* ökonomische Handeln, welche Wirtschaftlichkeit der Sozialen Arbeit angemessen ist. Dann geht es nicht mehr um eine krude Adaption ökonomischer Kriterien, sondern um Übersetzungen auf dem Hintergrund der eigenen autonomen Codierungen.

VII.

Soziale Arbeit und Wirtschaftlichkeit ließen sich in dieser – aus der Sicht der Ökonomie eingeschränkten – Weise vermitteln. In dem Sinn, daß sich ökonomische Codierungen durch Integration in ein anderes Funktionssystem (Soziale Arbeit) verändern müssen. Die zentrale Gefährdung der Autonomie Sozialer Arbeit – auf die Erath zurecht hinweist – besteht in der „Zersetzung“ ihrer sozialetischen Grundlagen durch ökonomische Erfolgsorientierung. Soziale Arbeit wird auf Überlegungen der Sozialphilosophie, die Sozialethik einschließt, verwiesen. Sozialphilosophie thematisiert „das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft und die sich daraus ergebenden Probleme“ (Horster 1998: 368).

Daß die gesellschaftliche Ordnung durch das Mißverhältnis von Arm und Reich, durch Unterdrückung und Ausbeutung gestört ist (s.a.a.O: 371), weil damit sowohl soziale Gerechtigkeit wie Gleichheitspostulate verletzt worden sind, ist ein weiterer Kritikansatz, den Soziale Arbeit für ihr funktionales Selbstverständnis „sozialer Integration“ benötigt – in dem im übrigen sozialetische Intentionen sichtbar werden. In einem kurzen Abgleich zu ökonomischen Menschen- und Gesellschaftsbildern werden die Diffe-

renzen deutlich: die verkürzten Gerechtigkeitsvorstellungen der Ökonomie beziehen sich ausschließlich darauf, daß jedes Individuum an Kauf und Verkauf „gleichberechtigt“ teilnehmen kann – ganz gleich, über welche Ressourcen es verfügt. Ob seine Angebote verwendet werden oder nicht, ist keine Frage mehr, die sich stellt; denn sie wird durch die Konkurrenz gelöst.

Wenn Hommeth (1994) eine Sozialphilosophie der Anerkennung entwickelt, sind damit wichtige Hinweise für die sozialetische Basis Sozialer Arbeit gegeben: In dem Erwerb sozialer Anerkennung sei die normative Voraussetzung allen sozialen Handelns gegeben. Menschen begegneten sich im Horizont wechselseitiger Erwartung, um als moralische Personen für ihr soziales Handeln Anerkennung zu finden (s. ders. 1994). Die Erfahrung sozialer Anerkennung sei eine Bedingung der Identitätsentwicklung und das Ausbleiben der Anerkennung und die Mißachtung wird als Persönlichkeitsverlust erfahren. Arbeitslose beispielsweise erfahren ihr Leiden als Mißachtung oder zumindest als Mangel an Achtung und Anerkennung (s. Horster 1998: 372). Die sozialetische Orientierung Sozialer Arbeit könnte sich auf die Vorstellung einer Gesellschaft konzentrieren, „die unter allen Menschen eine gleiche und wechselseitige Anerkennung garantiert“ (a.a.O. 373).

Verzichtete Soziale Arbeit auf (solche) sozialetische Begründungen, wird sie offen für jedwelche Instrumentalisierung unter Aufgabe ihrer eigenen Autonomie – die Unterordnung Sozialer Arbeit beispielsweise unter die Unterscheidung „wertes“ und „unwertes“ Leben ist an ihrer Entwicklung im Nationalsozialismus nachzuverfolgen (s. Otto/Sünker 1989). Eine sozialetische Begründung Sozialer Arbeit erhält den Widerspruch zur ökonomischen Rationalität, ohne die ökonomische Realität zu verkennen. Die Kritik der politischen Ökonomie ist für sie näher liegend als das Abdriften in irgendwelche ökonomischen Erfolgsorientierungen. Der Auseinandersetzung mit Fragen ihrer Wirtschaftlichkeit in dem Sinne, wie Ziele, Mittel und Vorgehensweisen besser zu koordinieren sind, werden für ihre Autonomie und für ihr Selbstverständnis notwendig und bestandssichernd.

VIII.

„Gesellschaftliche Systeme sind ... gegenüber anderen Systemen abgeschlossen, generieren und erhalten sich nach eigenen Gesetzen auf der Basis ihrer unverwechselbaren Geschichte. Sie können aus ihrer Umwelt (d.h. aus anderen Systemen. D.L) nur das aufnehmen, was sich in ihr Sy-

stem integrieren läßt, was in ihre Struktur passt und an ihre Operationsweise anschließen läßt“ (Horster 1998: 386 f.).

Ob und wie Wirtschaftlichkeit und Soziale Arbeit zu vermitteln sind, ist nicht mit den Codierungen der Ökonomie zu beantworten, sondern ausschließlich mit den Unterscheidungen der Sozialen Arbeit selbst; denn Soziale Arbeit als Funktionssystem kann nur das aufnehmen, was in ihre eigene Struktur passt und sich an ihre eigenen Vorgehensweisen anschließen läßt. Ökonomische Kolonisierung führte in der Sozialen Arbeit zwar nicht zum Chaos, aber zur Auflösung der Anerkennung und Achtung aller, die an Erfolgsorientierungen, welchen auch immer, scheitern. Soziale Arbeit ist (und bleibt es hoffentlich auch) eine gesellschaftliche Einrichtung, welche der „Dynamik der Mißachtung“ die Möglichkeiten der Anerkennung entgegensetzt.

Ethik als Begründung moralischen Handelns, Sozialethik, welche die Spannung im moralischen Handeln zwischen Gesellschaft und Individuum behandelt, ist im Verständnis der Systemtheorie kein eigenes Funktionssystem. Habermas versucht diese Spannung in der Entgegensetzung von System und Lebenswelt darzustellen, bzw. der Moral mit der Lebenswelt einen eigenen gesellschaftlichen Bereich zu „sichern“ (s. ders. 1981). (Sozial-) Ethik kann als Irritation unterschiedlicher Funktionssysteme in Erscheinung treten, immer mit dem Zusatz, ob sie in die jeweilige Struktur passt. Ob Ethik die Ökonomie irritieren kann, muß hier nicht entschieden werden.

Für die Soziale Arbeit ist Sozialethik (gespeist aus unterschiedlichen weltanschaulichen Grundlagen) eine begründende Codierung. Soziale Arbeit mag durch ökonomische Unterscheidungen und die Frage, ob und wie sie zu integrieren sind, zurecht irritiert werden. Wenn sie diese Codierungen nicht unstandslos und ungeprüft übernimmt, sondern die Anstrengung unternimmt, sie in ihre eigenen Strukturen und Vorgehensweisen sorgfältig zu übersetzen, dann wären Soziale Arbeit und Wirtschaftlichkeit zu vermitteln, ohne die notwendigen sozialetischen Grundlagen Sozialer Arbeit zu gefährden. Soziale Arbeit sollte – um die anfangs gestellte Frage zu beantworten – die geforderte und angediente Ökonomisierung zurückweisen, doch unter vorstehenden Prämissen sorgfältige Übersetzungen von Wirtschaftlichkeit in die eigene(n) Codierung(en) zu integrieren versuchen.

Literatur

Baecker, D. 1994: Soziale Hilfe als Funktionssystem der Gesellschaft, in: Zeitschrift für Soziologie 23

Baraldi, C. u. a. 1997: GLU, Glossar zu Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme, Frankfurt am Main

Bergmann, J. 1998: Die negative Utopie des Neoliberalismus oder die Rendite muß stimmen, in: Leviathan 3/98

Erath, P. 1998: Ökonomisierung der Sozialarbeit. Folge von Globalisierungsprozessen?, in Göppner, H.J./Oxenkecht-Witzsch, R. (Hrsg.), in: Soziale Arbeit und Sozialarbeitswissenschaft in einem sich wandelnden Europa

Flösser, G. / W. Hanesch 1998: Die Ökonomisierung des Sozialen - neue Steuerungs- und Regulierungsformen, Dresden

Gabler Lexikon Redaktion (Hg.) 1991: Kleines Lexikon der Wirtschaft, Wiesbaden

Habermas, J. 1981: Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt am Main

Halfar, B. 1998: Wettbewerbsstrategien im Sozialbereich: Marketing ohne Marken, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 1/98

Hirschman, A.O. 1993: Entwicklung, Markt und Moral, Frankfurt am Main

Homann, K. 1993: Die Funktion der Moral in der modernen Wirtschaft, in: Wieland, J., Wirtschaftsethik und Theorie der Gesellschaft, Frankfurt am Main

Honneth, A. 1994: Die soziale Dynamik von Mißachtung, in: Leviathan

Horster, D. 1998: Sozialphilosophie, in Pieper, A. (Hg.), Philosophische Disziplinen, Leipzig

Kant, I. 1982: Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis (1793), Frankfurt am Main

Lange, D. 1988: Solidarität und Selbsthilfe, Marburg

Luhmann, N. 1981: Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat. München

Luhmann, N. 1993: Wirtschaftsethik - als Ethik?, in: Wieland, J. (Hrsg.), Wirtschaftsethik und Theorie der Gesellschaft, Frankfurt am Main

Merten, R. 1997: Autonomie der Sozialen Arbeit, Weinheim und München

Monopolkommission 1998: Zwölftes Hauptgutachten der Monopolkommission 1996/97, Bonn

Otto, H.U. / H. Sünker (Hg.) 1989: Soziale Arbeit und Faschismus, Frankfurt am Main

Sander, U. 1998: Die Bindung der Unverbindlichkeit, Frankfurt am Main

Soros, G. 1998: „Die Märkte sind amoralisch“ (Spiegelgespräch), in: Der Spiegel 51/98

Steinvorth, U. 1998: Kann Solidarität erzwingbar sein?, in Bayertz (Hg.), Solidarität, Frankfurt am Main

Thureau-Dangin, Ph. 1998: Die Ellenbogeengesellschaft, Frankfurt am Main

Von der Gemeinnützigkeit zum wertefundierten Management – eine Zukunftsstrategie für Sozialbetriebe

Burghard Flieger

I. Der Einstieg: Gemeinnützigkeit – Privileg oder legitime Sonderregelung?

Kritik an den Privilegien der Gemeinnützigkeit

Die Defizite der öffentlichen Haushalte haben eine Diskussion darüber ausgelöst, ob unser System der Wohlfahrtspflege Hilfeleistungen zu angemessenen Preisen bietet. Für Dirk Meyer und sechs weitere Professoren der Universität der Bundeswehr in Hamburg liegt die ökonomische Ineffizienz der Wohlfahrtsorganisationen und ihrer Einzelbetriebe auf der Hand.¹ Bereits 1995 verglichen sie als sogenannter „Wandsbeker Kreis“ Anspruch und Wirklichkeit gemeinnütziger und gewerblicher Anbieter von Sozialleistungen. Ihr Fazit: Die Wohlfahrtspflege ist ein Kartell, das aus volkswirtschaftlichen Gründen schnellstens abgeschafft werden sollte.

Zentraler Kritikpunkt für den „Wandsbeker Kreis“ ist die Diskriminierung privater Anbieter durch den Staat und die Wohlfahrtsverbände. Die Diskriminierung benennen deren Mitglieder konkret an folgenden Punkten:

- Aus der Gemeinnützigkeit (§ 51 bis 68 der Abgabenordnung) leiten sich zahlreiche Steuerbegünstigungen der freien Wohlfahrt ab. Die Verbände und ihre Einrichtungen sind zum Beispiel von der Körperschafts-, Vermögens- und der Gewerbesteuer befreit.
- Grundsätzlich ist der Zugang zu Subventionen und öffentlichen Kostenerstattungen verknüpft mit einem Versorgungsauftrag bzw. mit der Aufnahme im Bedarfsplan gebunden. Private Organisationen werden zumeist nachrangig berücksichtigt. Zwar verlangt das Pflegegesetz eine Gleichstellung aller Anbieter, doch faktisch bleiben nach wie vor Nachteile bei der Kalkulation der Pflegesätze privater Träger bestehen.
- Der Zugang zur ehrenamtlichen Arbeit und zu Zivildienstleistenden stand bisher vor allem den Wohlfahrtsverbänden offen. Ob diese aus der Sicht der Organisation preisgünstige Arbeitskräfte auch bei betriebs-

und volkswirtschaftlicher Kalkulation kostengünstig sind, wird allerdings gleichzeitig bezweifelt.

- Ein weiteres Privileg der freien Wohlfahrtsverbände ergibt sich aus dem Sammlungsrecht. Der Zugang zu Geld- und Sachspenden erschließt Spielräume, die gewerbliche Anbieter nicht haben.

Diese fundamentale Kritik wurde in folgenden Satz konzentriert: „Die Bereitstellung sozialer Dienste durch die Wohlfahrtsverbände ist gekennzeichnet durch eine bürokratisch-ineffiziente Produktion, eine faktische Überversorgung trotz subjektiv empfundener Unterversorgung, ein mangelhaftes Kontrollsystem sowie diskriminierende Wettbewerbsbeschränkungen gegenüber gewerblichen Anbietern.“²

Gemeinnützigkeit als sinnvolle Sonderregelung

Vertreter der Wohlfahrtsverbände konterten auf diese Kritik mit der besonderen Stellung der Wohlfahrtsverbände im sozialen Sicherungssystem.³ Sie argumentieren:

- Viele Wohlfahrtseinrichtungen sind mit geringerem Eigenkapital ausgestattet. Sie können somit größere Verluste nicht auffangen und erforderlich werdende Kredite nicht über ihre Preise refinanzieren.
- Eingestanden wird, daß viele soziale Angebote einen Markt haben werden, weil sie dauerhaft defizitär sind. Andererseits gilt für einen Großteil von Leistungen, daß sie sich in keinem Markt einordnen lassen: Wer wollte beispielsweise mit einer Suppenküche konkurrieren? Wo es ein ausreichendes Platzangebot gibt, wie in der Jugend- und Altenhilfe, wirken Marktmechanismen längst auch auf die Preise.
- Volkswirtschaftlich ist von hohem Nutzen, wenn soziale Leistungen ohne Gewinnaufschlag abgerechnet werden, ohne Verzinsung auf das eingesetzte Kapital, ohne Wagniszuschlag und manchmal sogar ohne Abschreibungen.
- Mittlerweile besteht bei fast allen größeren sozialen Einrichtungen von Caritas bis Arbeiterwohlfahrt ein hohes Maß an professionellem Management, das sich mit dem privaten Anbieter messen kann.
- Die Gleichstellung freier Träger mit den gemeinnützigen läßt sich nicht durch die Behauptung (auch nicht durch den Nachweis) rechtfertigen, daß freie Träger ebenso kostengünstig arbeiten wie öffentliche. Die historisch-normative Substanz des Subsidiaritätsgedankens würde dann verkürzt auf ein ökonomisches Argument.

- Die Wohlfahrtsverbände sehen ihre Legitimation darin, daß es bei sozialer Arbeit immer auch um wertgebundene und wertevermittelnde Arbeit geht. Bei ihren Leistungen geht es um die Notwendigkeit einer gewünschten und notwendigen Vermittlungsfunktion, einer „Versöhnungsfunktion“ zwischen Staat und Individuum. Allein dies berechtigt zu der ungewöhnlichen Zwitterstellung zwischen Staat und Markt, zwischen Idealverein und Unternehmen.

Die Auseinandersetzung ist nicht neu, sondern wurde und wird immer wieder geführt, wenn es um steuerliche Differenzierungen zwischen verschiedenen Unternehmen geht. In vielen Fällen sind solche Zuspitzungen aber wenig erhellend. Die Gemeinnützigkeit stellt ein komplexes Regelungssystem dar, das sich zudem noch im Umbruch befindet. Die Erfordernisse, die aus diesem Regelungssystem resultieren, begrenzen die Handlungsspielräume gemeinnütziger Sozialbetriebe in erheblichem Maße. Insofern ist es in vielen Fällen überlegenswert, ob die Gemeinnützigkeit nicht ein so enges Korsett darstellt, das es Sozialbetriebe letztlich sogar behindern kann, ihren Aufgaben nachzukommen. Insofern könnte ein Ergebnis der Überlegungen sein, auf dieses Privileg in Anführungsstrichen freiwillig zu verzichten. Der zuvor skizzierte Streit würde sich dann als Pseudokonflikt erweisen.

Management von Sozialbetrieben – eine Begriffsklärung

Bevor nachfolgend auf die Gemeinnützigkeit eingegangen wird, um diese erste vorläufige Einschätzung zu untermauern, sollen vorweg noch einzelne zentrale Begriffe kurz erläutert werden, um den Sachgegenstand der weiteren Ausführungen etwas genauer zu umreißen.

„Management“ ist der anglo-amerikanische betriebswirtschaftliche Sprachgebrauch für den bei uns verwendeten Begriff der Leitung eines Unternehmens. Im folgenden wird deshalb von Management gesprochen im funktionalen Sinne, wenn es um die Leitung eines Unternehmens durch Planung, Treffen von Grundsatzentscheidungen, Durchführungs- und Erfolgskontrolle geht.⁴ Er wird genutzt in Anlehnung an Franz Decker, der darunter die zielbezogene Aufgabenbewältigung versteht, durch den Einsatz personeller, informationsbezogener und sachlicher Ressourcen. Dies geschieht innerhalb eines Zielsystems und im Rahmen eines Prozesses der Koordination. Auf diese Weise wird Management abgegrenzt gegenüber direkt personenbezogenen Führungstätigkeiten.⁵

Den Begriff Sozialbetrieb als örtliche Einheit bzw. Sozialunternehmen als organisatorische Einheit wird ebenfalls in Anlehnung an Decker verwendet, ohne allerdings solche Organisationen generell als gemeinnützig zu bezeichnen. Decker versteht als Sozialbetriebe Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege, von Hilfsorganisationen und Sozialeinrichtungen. Sie umfassen ein breites Spektrum wie Rettungsdienste, Krankenhäuser, Altenpflegeeinrichtungen, Heime, Sozialstationen und andere Sozialeinrichtungen bzw. soziale Dienste. Damit liegt den folgenden Ausführungen ein sehr breiter, umfassender Begriff zugrunde.

Dies wird deshalb besonders betont, weil die Bezeichnung Sozialbetrieb seit 1991 auch für eine bestimmte Form von Arbeitsförderbetriebe in fünf Bundesländern Verwendung findet. Sie wurden beispielsweise in Niedersachsen als arbeitsmarktpolitisches Instrument entwickelt mit der Vorgabe, wirtschaftlich und marktorientiert zu arbeiten. Die Beschäftigungsangebote richten sich an Langzeitarbeitslose und an Behinderte. In diesem engeren Sinne erfüllen Sozialbetriebe die Aufgabe, Jugendliche zur Berufsausbildung zu befähigen, auch selbst auszubilden oder durch Qualifikation den Wiedereinstieg in den Beruf zu ermöglichen. Auch bieten sie erfahrenen älteren Arbeitslosen neue Aufgaben oder schwächeren, nicht voll leistungsfähigen einen geschützten oder teilgeschützten Dauerarbeitsplatz.⁶ Dieser engere Begriff des Sozialbetriebs, der mit einem beschäftigungspolitischen Ansatz verbunden ist, ist im weiteren Verlauf der Ausführungen nicht gemeint.

Wachsende Bedeutung des Nonprofit-Sektors

Sozialbetriebe wurden ursprünglich eindeutig und ohne Zurechnungsproblematik zum Nonprofit-Sektor gerechnet. Zwischen Staat und Privatwirtschaft angesiedelt, finden sich in diesem Bereich so unterschiedliche Organisationen wie die Caritas, Sportvereine oder Umweltgruppen. Seitdem allerdings in wachsendem Maße in diesem Marktsegment auch Anbieter auftreten, die nicht der Gemeinnützigkeit unterliegen, werden hier auch die Abgrenzungs- und Zuordnungsprobleme zunehmen. Interessant ist es dennoch in diesem Zusammenhang auf eine aktuelle Studie der amerikanischen Johns-Hopkins-Universität zum Nonprofit-Sektor zu verweisen, an der sich weltweit rund 150 Wissenschaftler beteiligen. Annette Zimmer vom Institut für Politikwissenschaft der WWU hat gemeinsam mit Eckhard Priller vom Wissenschaftszentrum Berlin die zweite Phase der deutschen Teilstudie von 1995 bis 1999 geleitet.⁷

Das Projekt untersuchte drei verschiedene Ebenen: auf der Makro-Ebene die Bedeutung des gemeinnützigen Bereiches für die Volkswirtschaft, auf der Meso-Ebene die Mitarbeiter- und Finanzstrukturen der Organisationen und auf der Mikro-Ebene Spendenverhalten und ehrenamtliches Engagement der Bevölkerung.

Die Ergebnisse bestätigen die zunehmende Bedeutung des Sektors, der rund fünf Prozent der Gesamtbeschäftigung in Deutschland ausmacht. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben seiner Organisationen 1995 auf rund 135 Milliarden Mark – ein nicht unbedeutender Wirtschaftsfaktor. „Im Nonprofit-Sektor wurden in den 90er-Jahren mehr Arbeitsplätze geschaffen als im öffentlichen Sektor abgebaut wurden“, so Zimmer. Doch sie warnt davor, den Nonprofit-Sektor als Jobmaschine zu betrachten. Gerade in beschäftigungsintensiven Bereichen, wie etwa im Gesundheitswesen oder bei Bildung und Forschung, rechnen die Organisationen in den kommenden Jahren mit Beschäftigungseinbußen. Bei den sogenannten „Fun-Industries“, etwa im Sport, sind die Voraussagen für die Zukunft allerdings positiv. Dort wird, wie die Befragung der Organisationen ergab, mit Zunahmen bei der Beschäftigung gerechnet.

Im internationalen Vergleich ist Deutschland durch einige Besonderheiten gekennzeichnet: So spielt hier das Bildungswesen im Nonprofit-Sektor kaum eine Rolle, weil es staatlich dominiert ist. Auch in der Finanzierung weicht Deutschland vom Trend ab: Schon im internationalen Schnitt liegt der Anteil von Spenden mit elf Prozent niedrig, in Deutschland ist er mit drei Prozent deutlich darunter. Während im Durchschnitt der 22 Länder Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit – sprich Gebühren – den größten Anteil an der Finanzierung des Sektors haben, sind es in Deutschland Leistungsentgelte der Sozialversicherungen sowie direkte und indirekte Zuwendungen der öffentlichen Hand. Dies ist vor allem auf die starke Stellung der Wohlfahrtsverbände im Gesundheitswesen und den sozialen Diensten zurückzuführen.

2. Das Problem: Handlungsgrenzen durch Gemeinnützigkeit

Grundverständnis der Gemeinnützigkeit

Als Teilbereich des Nonprofit-Sektors liegt es nahe, daß die meisten Sozialbetriebe als gemeinnützig anerkannt sind. Trotzdem erscheint es wenig hilfreich, den Begriff des Sozialbetriebes unmittelbar mit der Gemeinnützigkeit zu verknüpfen, wie dies beispielsweise bei Decker geschieht. Mit Gemeinnützigkeit wird die Zweckbestimmung von Körperschaften,

Anstalten, Stiftungen oder Vereinen nach dem „allgemeinen Nutzen“ typisiert, d.h. sie agieren ausschließlich nach den der Allgemeinheit gewidmeten Zwecken (gemeinnützige Zwecke).⁸

Gemeinnützigkeit ist eine Bezeichnung des Steuerrechts für Unternehmen in der Rechtsform von Kapitalgesellschaften, Genossenschaften und eingetragenen Vereinen, mit deren Tätigwerden unmittelbar und ausschließlich gemeinnützige Zwecke verfolgt werden. Ein privatwirtschaftliches Gewinnstreben steht demnach als Zielsetzung nicht im Vordergrund. Gemeinnützige Unternehmen genießen deshalb steuerliche Vergünstigungen nach §§ 51-68 der Abgabenordnung und nach § 5 I Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes von 1991. Letzteres betrifft insbesondere die Befreiung von der Körperschaftsteuer insoweit kein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb unterhalten wird.

Für das Management von Betrieben ist die Gemeinnützigkeit mit erheblichen Konsequenzen verbunden, unter anderem für die Gestaltung des Rechnungswesen. Umfaßt dieses doch alle Verfahren zur systematischen Erfassung und Auswertung der quantifizierbaren Beziehungen und Vorgänge der Unternehmung für die Zwecke der Planung, Steuerung und Kontrolle des betrieblichen Geschehens. So sollten beispielsweise gemeinnützige Körperschaften unter steuerlichem Gesichtspunkt auf der Einnahmenseite in drei Hauptbereiche gegliedert werden:⁹

- der ideelle Bereich, der vereinnahmt Beiträge, Spenden und Zuschüsse ausweisen muß
- der Vermögensverwaltung, bei der die erzielten Einnahmen in Form von Zinsen, Miet- und Pachteinnahmen sowie Lizenzen aufzuführen sind
- dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb, den das Erbringen von Leistungen gegen Entgelt (Umsatz) kennzeichnet.

Voraussetzungen für die steuerrechtliche Anerkennung

Aufgabe der Buchhaltung ist die verursachungsgerechte Zuordnung der Ausgaben zu den entsprechenden Einnahmen in den einzelnen Tätigkeitsbereichen eines gemeinnützigen Unternehmens. Das erweist sich vor allem dann von Bedeutung, wenn dieses Unternehmen aufgrund des Überschreitens der im Umsatzsteuergesetz (UStG) und in der Abgabenordnung (AO) festgesetzten Grenzen der Umsatz- und/oder Ertragssteuer unterliegt.

- Der ideelle Bereich: Einnahmen und Ausgaben des ideellen Bereichs können in Form einfacher Gegenüberstellung nach dem Zu- und Abflußprinzip dargestellt werden, soweit die Körperschaft nicht aufgrund ihrer Rechtsform (GmbH, AG, Stiftung) zur Bilanzierung verpflichtet ist. Die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung findet außerhalb der Vorschriften des Einkommenssteuergesetzes statt, da es sich beim ideellen Bereich nicht um eine Gewinnermittlung, sondern allein um die zahlenmäßige Abbildung des Tätigwerdens der Körperschaft im Rahmen ihrer Satzung handelt.
- Die Vermögensverwaltung: Neben dem Wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gehört die Vermögensverwaltung zum unternehmerischen Bereich des gemeinnützigen Unternehmens: Die Geldanlage erbringt Zinsen, die Gebäudevermietung führt zu Mieteinnahmen, die Verpachtung des Vereinscafés erbringt Pachteinnahmen und die Verwertung des Rechts am eigenen Namen führt zu Lizenzentnahmen. Die Vermögensverwaltung ist bei gemeinnützigen Unternehmen steuerbegünstigt: Ertragsteuern (Körperschaft- und Gewerbesteuer) fallen nicht an, der Umsatzsteuersatz ist auf 7% limitiert. Allerdings ist zu beachten, daß die Mittel „nur für die satzungsmäßigen Zwecke“ verwendet werden dürfen. Die Bildung von Rücklagen ist begrenzt. Nur bis zu einem Viertel der Überschüsse aus der Vermögensverwaltung kann die Körperschaft in eine „freie Rücklage“ einstellen. „Frei“ ist die Rücklage nicht hinsichtlich ihrer Verwendung. Auch hier gilt die Bindung der Ausgaben an satzungsgemäße Zwecke. Allerdings steht die freie Rücklage nicht unter dem ansonsten für die Körperschaft herrschenden Druck der zeitnahen Verwendung zur Erfüllung der Satzungszwecke.
- Der Wirtschaftliche Geschäftsbetrieb: Steuerlich am bedeutsamsten ist im Falle gemeinnütziger Unternehmen der Wirtschaftliche Geschäftsbetrieb, weil bei der Körperschaftssteuer die Steuerbefreiung ausgeschlossen ist, wenn „ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb unterhalten“ wird. Allerdings gilt der Verlust der Steuerbefreiung nur, „soweit der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb kein Zweckbetrieb (...) ist“. Ist der Zweckbetrieb steuerlich anerkannt, dann besteht die Steuerbegünstigung darin, daß Gewinne nicht besteuert werden und der Umsatzsteuersatz – falls nicht aus anderen Gründen eine Befreiung von der Umsatzsteuer vorliegt (insbesondere bei Leistungen im Bildungszusammenhang und im Zusammenhang mit Leistungen der Jugendhilfe) – auf 7% begrenzt bleibt.

Zweckbetriebe – Sicherung und Gefährdung der Handlungsfähigkeit

Was aber ist ein Zweckbetrieb? Diese Frage ist neben Satzungsfragen in den häufigsten Fällen der zentrale Streitpunkt zwischen gemeinnützigen Unternehmen und den Sachbearbeitungen in den Finanzämtern. Streit ergibt sich vor allem daraus, daß die Abgabenordnung selbst eine Definition des Zweckbetriebs vorgibt, die bei engster Auslegung einen Zweckbetrieb gar nicht erst ermöglicht:

„Ein Zweckbetrieb ist gegeben, wenn

1. der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb in seiner Gesamtheit dazu dient, die steuerbegünstigten satzungsmäßigen Zwecke der Körperschaft zu verwirklichen,
2. die Zwecke nur durch einen solchen Zweckbetrieb erreicht werden können und
3. der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb zu nicht begünstigten Betrieben derselben oder ähnlicher Art nicht in größerem Umfang in Wettbewerb tritt, als dies bei der Erfüllung der steuerbegünstigten Zwecke unvermeidbar ist.“¹⁰

Alle drei Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit ein Zweckbetrieb gegeben ist. Die unter 1. genannte Voraussetzung wird in der Regel zu erfüllen sein. Wenn nicht, dann deshalb, weil zwischen wirtschaftlicher Betätigung gegen Entgelt und Satzung keine Verbindung besteht (Cafe der Altenwohnanlage): die Betätigung selbst (Verkauf von Speisen und Getränken) dient nicht direkt der Umsetzung des Satzungszwecks (Pflege älterer Menschen).

Die unter Nummer 2. genannte Voraussetzung ist dagegen bei strikter Auslegung in der Regel nicht zu erfüllen: Nichts kann nur durch etwas Einziges, Bestimmtes erreicht werden. Fast immer gibt es Alternativen. Vor allem ist es für keinen der als gemeinnützig anerkannten Zwecke erforderlich, Leistungen gegen Entgelt zu erbringen, also Umsatz zu machen, bzw. einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zu unterhalten.¹¹

Auch die unter 3. genannte Voraussetzung für das Vorliegen eines Zweckbetriebs ist kritisch: die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs geht davon aus, daß es zur Verletzung des Konkurrenzverbots nicht auf eine wirkliche Konkurrenzsituation ankommt. Die abstrakte Möglichkeit der Existenz eines zusätzlichen, nicht steuerbegünstigten Anbieters sei ausrei-

chend, um die Anerkennung eines Wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs als Zweckbetrieb versagen zu müssen.

Die aus der Gesetzesformulierung heraus gegebene Widersprüchlichkeit – das Gesetz definiert den Zweckbetrieb auf eine Weise, die ihn praktisch nicht ermöglicht – wird innerhalb der Abgabenordnung dadurch aufgelöst, daß unter der Überschrift „Einzelne Zweckbetriebe“ und unter der Einleitung „Zweckbetriebe sind auch:“ eine Reihe von „Zweckbetrieben“ wie Altenwohnheime, Kindergärten, Behindertenwerkstätten, Kulturveranstaltungen, Volkshochschulen faktisch definiert werden.

Praktische Bedeutung erfährt die dargestellte Problematik in dem Maße wie die veränderten Bedingungen im sozialen Sektor zu neuen Formen der Wirtschaftlichkeit und der Kostendeckung zwingen. Innovative und unkonventionelle Lösungen stoßen unter Umständen auf eine äußerst enge Auslegung der AO-Kriterien durch die jeweilige Finanzbehörde. Zu empfehlen ist im Zweifel, die umstrittene Betätigung selbst in die Satzungszwecke aufzunehmen. Hält das Finanzamt jedoch eine aus diesem Grunde vollzogene Satzungsänderung für nicht im Einklang mit den Kriterien der Gemeinnützigkeit, dann droht zumindest zeitweise der Verlust der Gemeinnützigkeit für die gesamte Körperschaft mit den entsprechenden steuerlichen und bei fehlenden Rücklagen auch existentiellen Folgen.

3. Der Hintergrund: Strukturwandel im sozialen Sektor

Sozialbetriebe im Dilemma von Leistungs- und Kosteneffizienz

Der als Einstieg skizzierte Konflikt weist einen systematischen Hintergrund auf: ein sich immer schneller vollziehender Strukturwandel im sozialen Sektor. Die meisten Sozialbetriebe können zwar noch immer dem Nonprofit-Sektor zugerechnet werden, weil Leistungen im Sozialen bisher nur sehr begrenzt nach „Marktregeln“ nachgefragt und angeboten werden. Ursachen hat diese Sonderstellung im Ursprung und den daraus abgeleiteten Aufgaben des Systems sozialer Sicherung: Lücken und Schwächen der Marktwirtschaft auszugleichen.¹²

Veränderung erfährt dies, weil für einen kleinen, aber wachsende Teil des sozialen Sektors nicht mehr von Nonprofit gesprochen werden kann: Sie bieten ihre Leistungen unabhängig von irgendwelchen rechtlichen Verpflichtungen wie die Gemeinnützigkeit als freie Träger am Markt an. Dies und veränderte ökonomische, politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen erfordern deshalb, einige der eingespielten, aber auch ein-

gefahrenen Strukturen dieses Sektors mit anderen Formen der Organisation und des Managements anzugehen und dafür auch die Voraussetzungen zu schaffen.¹³

Allein die demographischen Veränderungen nötigen zu einem qualitativen und quantitativen Umbau des sozialen Dienstleistungssektors. Die demographischen Entwicklungen steigern die Nachfrage nach Dienstleistungen beispielsweise im Bereich der Pflege und der ambulanten Dienste. Zugleich schmälern sie die personellen Voraussetzungen dafür. Trafen 1990 auf einen sechzigjährigen 2,83 zwanzig- bis sechzigjährige, so werden es im Jahre 2010 noch 2,14 sein, um im Jahr 2030 auf 1,38 abzusinken.

Auf Grundlage der Freiheitsquadriga der Europäischen Union (Freizügigkeit von Personen, freier Verkehr von Kapital, freier Verkehr von Gütern, freier Austausch von Dienstleistungen) drängen schon heute ausländische Unternehmen in der sozialen Dienstleistung in die Bundesrepublik. Die privilegierte Existenz der sechs großen Wohlfahrtsverbände (Diakonie, Caritas, Rotes Kreuz, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Arbeiterwohlfahrt, Zentralwohlfahrtsverband der Juden in Deutschland) geht rechtsformal ihrem Ende zu. Strittig ist dabei unter anderem, inwieweit das deutsche Subsidiaritätsprinzip in einem Europa ohne Grenzen Bestand haben wird.

Die finanziellen Ressourcen wurden in den letzten Jahren immer knapper. Waren die Spielräume öffentlicher Haushalte schon in der Vergangenheit begrenzt, so könnte sich derzeit die Situation zuspitzen: Weiter steigende Ausgaben (bedingt durch die Vereinigung beider deutscher Staaten) stehen unzureichende Einnahmen gegenüber. Einschränkungen in den Angeboten, Kämpfen um den Etat, Schwierigkeiten bei der Finanzierung neuer Projekte sind die Folge. Strategien der jeweiligen Bundesregierung, sich zu Lasten der Kommunen und hier insbesondere der Sozialhilfe zu entlasten, haben eine finanzielle Dimensionen angenommen, die alle Bereiche des kommunalen Handelns in Frage stellt.

Es entsteht hier ein sozialpolitisches Paradoxum: Die sozialstaatlichen Korrekturen zur Bewältigung von marktwirtschaftlich nicht bewältigter Armut wird markt- und konjunkturabhängig. Analoge Veränderungen bei der Sozialhilfe, in sozialen Einrichtungen oder der Sozialarbeit sind absehbar.

Die Argumente in der Diskussion um den Umbau des Sozialstaates lassen sich im Kern auf zwei Aussagen reduzieren. Das derzeitige sozialstaatliche

System ist zu teuer, und es ist zu uneffizient. Die soziale Arbeit, so die bittere Erkenntnis, hat die Gesellschaft nicht solidarischer gemacht. Vielmehr hat sie auch kräftig mitgeholfen zu entsolidarisieren und zu individualisieren. Notwendig ist deshalb eine Steigerung der sozialen Produktivität: Aus dem Wohlfahrtsstaat muß eine Wohlfahrtsgesellschaft werden.

Verstärkung erfährt dies, indem Anreize geschaffen werden, damit die Bürger für ihre soziale Lage selbst Verantwortung übernehmen. Seine Ergänzung findet dies in dem säkularen Trend, daß traditionelle Grundlagen sozialer Leistungen, nämlich religiöse oder weltanschauliche Einstellungen, abnehmen und statt dessen sich eine materiell bestimmte Käufer-Mentalität ausbreitet.¹⁴ Entsprechend nehmen Preis-Leistungserwägungen zu (beispielsweise in der Wahl der Krankenversicherung), und die Einstufung von sozialer Sicherheit als wertvolles Gut versetzen immer mehr Menschen auch in die Bereitschaft, soziale Leistungen zu kaufen.

Hierbei soll eine bessere Sozialarbeit mit weniger Geld zu mehr Erfolg führen. Der Weg dorthin lautet: Weniger Staat, richtige finanzielle Anreize, Geld in die Hände der Kunden und nicht in die der Anbieter und vor allen Dingen: Wettbewerb unter den Anbietern sozialer Dienste. Das angestrebte Ergebnis ist Kostensenkung und gleichzeitig mehr Gemeinsinn - kurz: „mehr Markt“.

Marktoptimismus – oder warten auf Godot

Kann es einen konsequent marktwirtschaftlich organisierten Rettungsdienst geben, bei dem die Anbieter unter bestmöglichen Preis-Absatz-Bedingungen arbeiten? Das hätte je nachdem zur Konsequenz, daß das eine oder andere Unfallopfer warten müßte, bis Hilfe kommt. Gewerbliche Rettungsdienste in einem verstärkten Preiskonkurrenzkampf könnten kaum zu weitgehenden Vorhaltekosten überredet werden.

Die Kritiker eines freien Marktes sehen außerdem eine Vielzahl pragmatischer Fragen ungeklärt:¹⁵

- Grundsätzlich ist zu bedenklich, ob für weite Teile der Sozialarbeit überhaupt ein „Markt“ besteht. Bei Suppenküchen oder Obdachlosenheimen dürfte sich kaum ein privater, kommerziell interessierter Träger finden. Selbst für Marktkenner wird es Situationen geben, in de-

nen sie ein typisches Käuferverhalten, nämlich Preisvergleich, Abwägen von Kosten und Nutzen, nicht praktizieren können.

- In Notsituationen, wo der Nachfrager schnell handeln muß, kann sich dieser nicht auf ein garantiertes, qualifiziertes Angebot verlassen, sondern ist dem Risiko des Marktes ausgeliefert.
- Zeitliche, räumliche oder finanzielle Barrieren führen zur Chancenungleichheit zwischen Stadt und Land, jung und alt, reich und arm, usw.
- Bedingt durch den ökonomischen Druck sind in Situationen, wo der Konsument nicht gleich der Nachfrager ist, z. B. bei Pflgeschäften oder Fürsorgeorganisationen durch öffentliche Stellen, Preisabsprachen, Abschlägen bei Qualität und Leistung oder gar Bestechungen vorprogrammiert.

Ungeklärt ist, wer für die finanziellen – geschweige denn die sozialen – Kosten aufkommt, wenn ein Krankenhaus oder ein Altenheim Konkurs anmeldet. Eine Ökonomisierung aller sozialen Dienstleistungen hätte zur Konsequenz, daß die dann profitorientierten Anbieter für menschliche Beziehungen von Unterstützung und Hilfe hier wie dort kein Platz mehr haben werden. Der wettbewerbsorientierte Pflegemarkt bietet bereits heute keinen Anreiz für bessere soziale Qualität, sondern animiert zum Kostensenken und Sparen. Die Auswüchse dieser Praktiken sind bekannt: 24-Stundenpflege durch fremdsprachige Aushilfskräfte unter Minimalausstattung.

Die Tendenzen zur Reduzierung sozialstaatlich organisierter Sicherungssysteme werden im Ergebnis zu einer weiteren Verschärfung sozialer Ungleichheit in der Gesellschaft führen. Sie werden vor allem jene besonders hart treffen, die ihr Leben im unteren Drittel dieser Gesellschaft bewältigen müssen. Für ihre Lebensrealität werden in der Diskrepanz von öffentlicher Armut zu privatem Reichtum und der zeitgleich zunehmenden Polarisierung in der Verteilung des privaten Reichtums wohl kaum die angestrebten Ziele „qualitative Sozialarbeit“, „geringerer Finanzaufwand“, „höhere Effektivität“ eintreten.

4. Die Konsequenz: Wertefundiertes Management

Neue Managementaufgaben in Sozialbetrieben

Gleichgültig, ob politisch mehr Markt als sinnvoll angesehen wird, oder ob eine marktkritische Position im Vordergrund steht, hat und wird sich

auch in Zukunft auf der einzelwirtschaftlichen Ebene vieles verändern. Dafür muß das erforderliche Managementinstrumentarium zur Verfügung gestellt werden. Hier stellen sich eine Reihe von Fragen: Darf es sein, daß die Betriebswirtschaft nicht einmal vor dem Kernbereich menschlicher Existenzsicherung halt macht? Ist es moralisch-ethisch überhaupt vertretbar, daß betriebswirtschaftliche Steuerungsinstrumente in diesem sensiblen Bereich Anwendung finden? Geht hierbei nicht die menschliche Zuwendung zum Hilfeempfänger zwangsläufig verloren? Kann in einem Bereich, in dem Leistungen aufgrund einer zwingenden rechtlichen Vorschrift erbracht werden, betriebswirtschaftlich gesteuert werden?

Diese Fragen werden jedoch durch die drängenden Finanzprobleme geregelt „weggeschwemmt“. Wir erleben eine Ökonomisierung der Sozialarbeit (wachsende Überlegungen zur Effektivität und Effizienz der Sozialarbeit). Innerhalb des sozialen Sektors bestimmen an allen Orten die Konsequenzen von Kostendämpfung das Geschehen. Dies hängt mit der extremen Verschuldung der öffentlichen Haushalte zusammen. Auch aufgrund verschiedener Skandale der Mißwirtschaft ist der soziale Sektor gezwungen, die bestehenden Organisationsstrukturen zu überprüfen und entsprechend zu modernisieren.

Unstrittig ist, daß sich die Veränderungen der Rahmenbedingungen entscheidend auf die Art und Weise der Erbringung sozialer Dienstleistungen auswirken werden und zwar auf

- die Art und Weise der Ressourcennutzung und -gewinnung
- die Produktions- und Finanzierungsroutinen
- die Struktur der Anbieter und des Personals
- die Gewohnheiten der Nachfrager
- die „Marktstrukturen“ im sozialen Dienstleistungssektor.

Über die angestrebten Ziele (qualitative Sozialarbeit – geringerer Finanzaufwand – höhere Effektivität) wird kaum gestritten, wohl aber über die vorgeschlagenen Wege. Verschiedene Alternativen stehen zur Diskussion. Gesellschaftspolitisch sind unter anderem als Gegenpole die reine Markt-Idee (vergleichbar dem klassischen Wirtschaftsliberalismus) und Ansätze eines Dritten Weges im Sinne einer sozial-solidarischen Gesellschaft mit dem Stichwort Kommunitarismus hervorzuheben.¹⁶

Auf die einzelwirtschaftliche Ebene heruntergebrochen ergeben sich dafür mehrere zentrale Ansatzpunkte im Rahmen eines betriebswirtschaftlichen Steuerungssystems:¹⁷

- Marktwirtschaftlicher Preiswettbewerb
- Neudefinition von sozialer Sicherung (soziale Angebote oder Dienstleistungen / Klient oder Kunde?)
- Entwicklung gewerblicher Leistungsangebote (direkte Zahlung durch die Nutzer)
- Verzicht auf die (vermeintlichen) Privilegien der Gemeinnützigkeit
- Erschließung neuer Finanzquellen (Sponsoring)
- Kritische Überprüfung der Aufgabenumsetzung (Qualitätssicherung)
- Umgestaltung des Verwaltungsapparats durch Steuerungsmodelle und -instrumente wie Budgetierung, Controlling, Produktbeschreibungen.

Im Bereich der Alten- und Behindertenhilfe werden durch die Einführung der Pflegeversicherung und durch Veränderungen im § 93 BSHG durch den Gesetzgeber die Weichen für eine marktorientiertere Struktur gestellt. Zentrale Intention bei diesen Regelungen war die Effizienzverbesserung bei der Leistungserbringung durch Förderung von Konkurrenz und Stärkung der Preisorientierung gegenüber der Kostenorientierung. Beim Staat entwickelt sich, wenn auch nur langsam, ein neues Verständnis von sozialstaatlicher Gestaltungsverantwortung: Weg von unmittelbar leistungspolitischen Elementen hin zu Ordnungs- und Marktregelungsaufgaben.

In dem Maße, wie die Defizite der öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungen steigen, erhöht sich der Druck auf Sozialbetriebe, ihre Wirtschaftlichkeit und ihre Leistungsfähigkeit zu beweisen und zu verbessern. Um dies zu erreichen, wird zunehmend auf Managementtechniken und -erfahrungen herkömmlicher Betriebe zurückgegriffen. Dann wird Markt und Konkurrenz sie wie erwerbswirtschaftliche Unternehmen zwingen, ihre Produkte bzw. Dienstleistungen fortlaufend weiterzuentwickeln, die Leistungsfähigkeit zu steigern und die Kosten zu senken. Dem Leitziel, möglichst dauerhaft hohe Gewinne zu sichern, werden zunehmend alle anderen (sekundären) Ziele wie hohe Umsätze und Marktanteile, Qualitätssicherung und -verbesserung, Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit, positives Image usw. untergeordnet.

Gründe für ein werteorientiertes Management

Sozialbetriebe sind insbesondere, wenn sie Teil der öffentlichen oder freien Wohlfahrtspflege sind, primär sozialen Zielen verpflichtet.¹⁸ Das hier-

aus für erwerbswirtschaftliche Unternehmen geltende Leitziel, nämlich Optimierung von Gewinnmöglichkeiten und der Möglichkeit der privaten Aneignung von Überschüssen kann für soziale Träger in dieser Form nicht übernommen werden.

Soziale Arbeit vorrangig nach Marktprinzipien zu organisieren, ist in den meisten Feldern weder möglich noch sinnvoll, da die Angebote sowohl in qualitativer wie auch in quantitativer Hinsicht durch Gesetze, Verordnungen, öffentliche Haushalte festgelegt werden. In diesen Fällen wird der Bedarf nicht über den Markt (also durch Nachfrage), sondern durch die politische Festlegung des Leistungsumfanges gesteuert, beispielsweise Kindergartenplatzgarantie. Vielfach verbieten auch gesetzliche Normen – wie z. B. das „Kindeswohl“ oder die Orientierung am „Bedarf“ in der Jugendhilfe – eine primäre Orientierung an betriebswirtschaftlichen Kriterien. Die Bereitschaft, sich hier verantwortungsvoll zu verhalten, muß auch gegenüber den jeweiligen Steuerungsinstitutionen signalisiert werden.

Personenbezogene Dienstleistungen unterscheiden sich von Produkten dadurch ganz wesentlich, daß man sie nicht auf Vorrat herstellen kann und im Unterschied z.B. zum Fensterputzen personenbezogen sind. Der Grad des Gelingens ist somit nicht ausschließlich monetär steuerbar. Auch wenn der Erfolg pädagogischer und sozialer Bemühungen nicht unabhängig von den zur Verfügung gestellten Ressourcen ist, garantieren weder hohe Gehälter noch gute Ausstattung oder niedrige Fallzahlen gute Arbeit. Dies hängt vielmehr von der Kompetenz und vor allem der Motivation der jeweiligen Fachkräfte ab und von deren Bereitschaft, sich auf ihre jeweiligen Gegenüber einzulassen.

In Sozialbetrieben hat sich fast immer eine eigenständige Unternehmenskultur entwickelt, die sich von rein erwerbswirtschaftlichen Unternehmen unterscheidet.¹⁹ Dort gehört Leistungsorientierung und Kontrolle, Eigennutz und Gewinnstreben zur weitgehend akzeptierten betrieblichen Normalität. Demgegenüber werden in Sozialbetrieben vielfach andere Normen und Werte favorisiert. Für viele Beschäftigte in diesem Bereich haben Motive des Helfens, das Interesse mit Menschen zu arbeiten oder ähnliches einen hohen Stellenwert. Selbstverwirklichung in und Interesse an der Arbeit sind vielen ebenso wichtig wie die Einkommenshöhe. Vertrauen und Kommunikation werden oft für wichtiger gehalten als Kontrolle und strikte Einhaltung von Regeln.

Sozialbetriebe agieren vor dem Hintergrund sozialer Bedürfnisse oder sozialer Problemlagen. Ob ein sozialer Bedarf oder ein soziales Problem

vorhanden ist und als solches gesehen wird und ob es von „sozialem Nutzen“ ist, etwas (und wieviel) für dessen Deckung zu tun ist, bleibt letztlich eine gesellschaftliche und eine politische Frage. „Effizient“ handeln bedeutet deshalb im Rahmen einer förderwirtschaftlichen Betriebswirtschaftslehre, das Verhältnis zwischen dem Wirkungsgrad der Leistung und dem Einsatz der Ressourcen günstig zu gestalten.

Genauso legitim aber wie die Frage nach den sozialpädagogischen Ansprüchen ist die Frage nach Wirksamkeit und den Kosten sozialer Dienste. Letztlich geht es auch darum, mit Mitteln, die der einzelne der Allgemeinheit anvertraut, nämlich Steuer- und Beitragsgelder, sorgfältig umzugehen. Die Entwicklung und Einführung von Controlling in sozialen Organisationen ist daher nicht nur unternehmensintern sinnvoll, sondern auch im Interesse eines gesellschaftlichen Kostenbewußtseins zwingend notwendig. Bei der Konzeptionierung und Anwendung von Controlling kann durchaus an die Erfahrungen im erwerbswirtschaftlichen Bereich angeknüpft werden, sind aber die wertbezogenen Unterschiede zu beachten.²⁰

Als wesentliche Strukturunterschiede des Profit- und des Non-Profit-Bereichs können folgende Gegensätze konstatiert werden:

- Gemeinnützigkeit versus Profitorientierung
- Leitbilder (Kirche, Wohlfahrtsverband, usw.) versus Organisationsziele (inhaltliche und wirtschaftliche)
- Sozialkultur und Personenbezogene Dienstleistung (Beziehungsqualität) versus Organisationskultur.

Auch wenn sie nicht wirklich aufhebbar sind, läßt sich ihre scheinbare polare Gegensätzlichkeit dennoch durch eine förderwirtschaftliche Handhabung bestehender Managementinstrumente relativieren.

Veranschaulichung am Sozialsponsoring als Finanzierungstrategie

Unabhängig davon, ob die Rückführung staatlicher Fördermittel für Ausgaben des gemeinnützigen Sektors auf einen Paradigmenwechsel in der Umsetzung des Sozialstaatsgebots oder schlicht auf leere Kassen im staatlichen Budget zurückzuführen ist: Der gemeinnützige Bereich muß sich umorientieren. Dies muß keineswegs zum Schaden derer sein, denen die Tätigkeit der Gemeinnützigen zugute kommen soll. Allerdings wird es erforderlich, stärker marktvermittelte Wege zu beschreiten, Unternehmen zu gründen, die Dienstleistungen in sozialer Orientierung erbringen, auch

wenn sie nicht das Gemeinnützigkeitssiegel der Finanzbehörden erhalten.²¹

Oft ist dies ohnehin nicht viel wert: Sozialbetriebe, die aufgrund ihres positiven Images Erfolge im Akquirieren von Sponsorgeldern aufweisen können, fahren als nicht gemeinnützige Körperschaften mitunter besser, weil das Einnahmenmix (Veranstaltungsbeiträge, Sponsoring, Gastronomie, Lizenzgebühren) den Ausgaben komplett gegenübergestellt werden kann und nicht gesplittet zwischen Zweckbetrieb (Ausgaben mit Defizit) und steuerpflichtigem Wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (Einnahmen mit zu versteuerndem Überschuß).

Im Sozialbereich ist schon heute aber in Zukunft noch verstärkt Phantasie erforderlich in der (rechtsförmlichen) Gestaltung von Aktivitäten, wenn es gelingen soll, Qualität und Umfang der Aktivitäten mit den sinkenden Fördermitteln nicht ebenfalls herunterfahren zu müssen. Der Pflegebereich ist hierfür ein ebenso gutes Beispiel wie die berufliche Weiterbildung. Vorausgesetzt ist allerdings, daß sich Vorstände und Geschäftsführungen gemeinnütziger Körperschaften in stärkerem Umfang der rechtlichen Grundlagen ihres Handelns annehmen und Spielräume für neue Gestaltungsstrukturen entwickeln.

Beim Sponsoring handelt es sich um einen steuerpflichtigen Wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Im Unterschied zur Spende beruht das Sponsoring auf (Werbe-)Leistung gegen Entgelt. Ein Zweckbetrieb ist nicht gegeben, weil es nicht Zweck einer gemeinnützigen Körperschaft sein kann, Werbung für andere gegen Entgelt zu betreiben. Die Geldgeber sind häufig daran interessiert, eine finanzielle Unterstützung als Sponsoring zu gestalten, weil die Ausgabe dann auf Seiten des Sponsors als Betriebsausgabe in voller Höhe den steuerlichen Gewinn senkt. Eine Spende senkt das steuerpflichtige Einkommen hingegen nur in den Grenzen des § 10b Einkommensteuergesetz (je nach Spendenzweck 5% oder 10% des zu versteuernden Einkommens oder 2% der Summe aus Umsatz und Lohnsumme).

Für den Empfänger des Sponsoring bedeutet dies, daß der Überschuß (falls nicht durch andere Defizite im steuerpflichtigen Bereich ausgeglichen) körperschafts- und gewerbesteuerpflichtig ist. Ein pauschaler Kostenansatz von 25% der Sponsoringsumme ist zugelassen. Berücksichtigt man zusätzlich die anfallende Umsatzsteuer, so landen bis zu 50% der Bruttosumme bei den Finanzbehörden.

In Einzelfällen des Sponsoring kann die Besteuerung legal vermieden

werden. Werbung auf Fahrzeugen, in der Vereinszeitschrift oder an den Gebäuden der gemeinnützigen Körperschaft kann auf direkten Verträgen mit den einzelnen Unternehmen, für die geworben wird, beruhen. Dann ist ein steuerpflichtiger Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb gegeben. Sie kann aber auch auf einem Vertrag mit einem Werbemittler beruhen. Dieser kann die Flächen bzw. Heftseiten mieten und seinerseits Verträge mit den Unternehmen machen. Dann ist die Einnahme der gemeinnützigen Körperschaft als Vermögensverwaltung anzusehen.²² Diese unterliegt nicht der Körperschaft- und Gewerbesteuer, der Umsatzsteuersatz beträgt 7%.

Eine andere Variante besteht darin, dem Sponsor zu gestatten, mit der Unterstützung für die gemeinnützige Körperschaft Werbung zu machen. Das Logo der Körperschaft kann auf dem Briefpapier des Unternehmens erscheinen oder ähnliches (Hertie verzierte zeitweise Einkaufsstüten mit dem Logo des BUND Naturschutz). Die so aus Vereinssicht vollzogene Lizenzierung des Rechts am eigenen Namen oder Schriftzug führt ebenfalls zu steuerbegünstigten Einnahmen aus Vermögensverwaltung und nicht zu einem steuerpflichtigen Wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Wegen der nicht ganz einfachen Vertragsgestaltung ist es allerdings nicht zu empfehlen, diese auf eigene Faust vorzunehmen.

5. Die Strategie: Corporate Identit als Managementinstrument

Leitbild als Grundlage werteorientierten Handelns

Eine Managementstrategie für Sozialbetriebe und zwar sowohl für gemeinnützige und für gewinnorientierte, mit der die genannten strukturellen Veränderungen im sozialen Sektor strategisch angegangen werden können, ist Corporate Identity.²³ Was versteckt sich hinter diesem „Modebegriff“, der auch abgekürzt als C.I. zunehmend Verbreitung findet? Als Corporate Identity bezeichnet wird die strategisch geplante und operativ eingesetzte Selbstdarstellung und Verhaltensweise einer Organisation nach innen und nach außen. Grundlagen sind dabei die schriftlich festgelegte Organisationsphilosophie, die langfristigen Zielsetzungen sowie das angestrebte Soll-Image.

Corporate Identity steht für Organisationspersönlichkeit. Ein C.I.-Prozess ist nichts anderes als der Versuch, langfristig auf Grundlage eines schriftlich formulierten Selbstverständnisses über Sinn und Ziel der eigenen Arbeit, Anspruch und Wirklichkeit bzw. Fremd- und Selbstbild in Einklang zu bringen. Dies geschieht bei einem C.I.-Prozess systematisch über drei Ansatzpunkte: das Erscheinungsbild, die Kommunikationspolitik und

das konkrete Verhalten. Letzteres bezieht das Leistungsangebot oder Leistungsziel einer Organisation oder eines Verbandes mit ein.

Alle drei Elemente bauen auf der entschiedenen Grundlage einer Corporate Identity Strategie auf: dem schriftlich formulierten, gemeinsam erarbeiteten Leitbild, Selbstverständnis, Organisationsphilosophie oder welche Bezeichnung auch immer dafür verwendet wird.²⁴ Diese Grundlage – das eigene Selbstverständnis – verdeutlicht den entscheidenden Unterschied zu jeder Marketingkonzeption. Sie macht diesen Ansatz für Sozialbetriebe so attraktiv. Dies gilt vermutlich für jede Gruppe und für jeden betrieblichen Zusammenhang, für den identitätsvolles Arbeiten nach eigenen Werten und Inhalten wichtig ist. Marketing geht im Idealfall von den Bedürfnissen der Kunden aus und veranlaßt ein Unternehmen oder beim Sozialmarketing einen Verband oder eine Non-Profit-Organisation, alle Maßnahmen nach diesen Bedürfnissen auszurichten.

C.I. dagegen versucht die eigenen Werte, Inhalte und Ziele deutlich zu machen. Darüber sollen als Wirkungen Glaubwürdigkeit, Akzeptanz, Vertrauen und selbstverständlich auch wirtschaftlicher oder politischer Erfolg erreicht werden – aber durch Verdeutlichung und nicht über das Leugnen eigener Vorstellungen. Je besser eine C.I.-Strategie ist, je stärker sind Fremd- und Selbstbild deckungsgleich. Das bedeutet, ein Sozialbetrieb wird durch die entsprechenden Aktivitäten tatsächlich so wahrgenommen, wie sie sein will und tatsächlich ist.

Eine C.I.-Strategie kann nicht besser werden als ihre Grundlage: das Organisations selbstverständnis. Werden die Mitglieder nicht einbezogen, kann Identifikation und Wir-Gefühl nicht entstehen. Wird es zu hoch gehängt, bleibt es unglaubwürdig und wird von möglichen Zielgruppen als Schöne-Neue-Welt-Postulat abgetan. Fehlt Prägnanz und Eigenständigkeit, kommt das Unverwechselbare nicht zustande und wird ein Abheben vom Durchschnittlichen nicht erreicht. Sie dürfen nicht so konkret sein, daß sie in kurzer Zeit durch veränderte Umfeldbedingungen veraltet und ungültig sind. Sie dürfen aber auch nicht so allgemein sein, daß sie zur nichtssagenden Leerformel verkommen. Dieses Spannungsfeld zwischen zu Allgemeinem und zu Konkretem bleibt als Dilemma bestehen.

Ein Leitbild sollte nicht mit Zielen verwechselt werden. Letztere zeichnen sich durch Eindeutigkeit aus und der Benennung eines Zeitpunkts, bis zu dem sie erreicht sind. Dagegen stellen Leitbilder eine allgemeine Handlungsorientierung dar, mit der Organisationsmitglieder und aber auch Außenstehende eine Bewertungshilfe für Maßnahmen und Verhalten die-

ser Organisation bekommen. Wichtig sind Leitbilder deshalb aus fünf Gründen:

1. Nur eine Organisation, die in der Lage ist, über sich selbst, ihre Werte und Handlungsorientierung Aussagen zu machen und dies auch schriftlich vollzieht, kann eine in sich selbst ruhende Identität ausstrahlen.
2. Ein eindeutiges, unverwechselbares Erscheinungsbild sowie damit konform gehende Kommunikation und Verhalten lassen sich nur erarbeiten, wenn vorher deutlich formuliert wurde, was dadurch ausgedrückt werden soll.
3. Der Prozeß der Erarbeitung eines Leitbildes ist ein Prozeß der Organisationsselfstfindung einschließlich der Grundlegung der zukünftigen Verbandspolitik. Gleichzeitig findet eine Verständigung und Vermittlung dieser Inhalte statt. Sie stellt somit eines der wichtigsten Möglichkeiten der Entwicklung eines internen Zusammenhalts (Kohäsion) dar.
4. Mitglieder einer Organisation können deren Politik nur bewerten, verstehen oder nach außen vertreten, wenn die grundlegende Ausrichtung dieser Politik wahrnehmbar ist. Voraussetzung hierfür sind nicht Einzelmaßnahmen, sondern ein verständlich dargelegtes Leitbild.
5. Zielgruppen außerhalb einer Organisation wie die TeilnehmerInnen von Kulturveranstaltungen, Politiker, Presse oder die allgemeine Öffentlichkeit nehmen deren Aktivitäten klarer wahr und greifen sie eher auf, wenn diese ein Profil haben. Dies steht im Wechselspiel mit dem Leitbild, das Wahrnehmung und Bewertung erst richtig ermöglicht, ebenso wie die Erarbeitung der nach außen gerichteten Maßnahmen.

Die C.I.-Bausteine: Erscheinungsbild und Kommunikation

Der zweite Baustein – die Entwicklung eines Erscheinungsbildes – kann erst angegangen werden, wenn die Grundlagen durch das verabschiedete Selbstverständnis geschaffen sind. Oftmals werden C.I.-Strategien, nicht zuletzt von Werbefachleuten auf dieses „offen-sichtlichste“ Element verkürzt. Ihm wird fast immer die größte Aufmerksamkeit gewidmet, weil darüber eindeutig dokumentiert werden kann, daß sich etwas tut. Bei diesem Teil geht es um die Werbekonstanten. Modernisierung des Signets, Festlegung von Organisationsfarbe, Komplementärfarbe, Schriftbild etc. gehören hierzu.

Ziel ist es, das Erscheinungsbild einer Organisation zu einer optimalen Geschlossenheit im Sinne der C.I. zu bringen. Erreicht wird dies u.a. durch einheitliches Auftreten nach innen und außen bei allen graphischen Elementen. Dabei braucht das Erscheinungsbild hohe Kontinuität. Nur ein langfristig behutsam gesteuerter Wandel im Zusammenspiel mit dem Zeitgeist und der sich wandelnden Identität ist hiermit vereinbar.

Häufiger finden dabei Symbole Verwendung. Mit diesem Wort werden üblicherweise Darstellungen oder Gegenstände bezeichnet, die einen leicht erkennbaren aber dennoch komplexen Bedeutungsgehalt vermitteln wie das Kreuz, ein Ohr, Pfeile, die sich zusammenfügen, oder der Regenbogen. Dies wird in einem Ausdrucksverhalten eingebunden, für den auch der Begriff Stil verwendet werden kann: „Stil ist ein über einen langen Zeitraum hinaus gleichbleibendes Verhalten, das sich eindeutig, unverwechselbar, prägnant und geschlossen von anderen Stilen bzw. Verhaltensweisen abhebt und distanziert.“²⁵ Die wichtigste Aufgabe beim Erscheinungsbild ist, eine dem Sinn der jeweiligen Organisation entsprechende Form zu finden oder zu erfinden und diese mit dem Sinn des jeweiligen Sozialbetriebs zu verknüpfen. Der Sinn, die Werte oder wie immer dies im einzelnen benannt wird, sollen also aus der Form besonders dem Organisationssignet ablesbar sein.

Der Übergang zwischen Erscheinungsbild und dem dritten C.I.-Baustein, der Kommunikation ist fließend. Hier werden die Elemente des Erscheinungsbildes immer wieder zur Anwendung gebracht. Entscheidender Unterschied: Sie werden in konkreten Kommunikationsmittel umgesetzt auf Grundlage von langfristigen Entscheidungen bei Öffentlichkeitsarbeit und Werbung. Innerhalb des Identitätsmix ist die Kommunikation das Instrument mit der höchsten Flexibilität. Sie kommt planungsgesteuert, langfristig-strategisch ebenso zum Einsatz wie anlaßbedingt, kurzfristig-taktisch. Ersteres ist für Zielsetzungen wie Imageentwicklung oder kontinuierliche Kunden- und Spendengewinnung relevant. Dagegen ist die schnelle Umsetzung u.a. als Krisen-PR von Bedeutung zur Bewältigung von Einbrüchen bei der Finanzierung oder des Besuchs konkreter Veranstaltungen.

Inhaltlich wird der Stil der Kommunikation durch die Organisationsgrundsätze, formal und visuell durch das Erscheinungsbild geprägt. Mögliche Teilschritte für diesen Baustein können sein:

- Erstellen aller kontinuierlichen, alltäglichen Kommunikationsmittel wie Briefpapiere, Formulare, Visitenkarten (für alle ehrenamtlichen Funktionsträger und längerfristig Mitarbeitenden!) in einheitlichem Stil;

- Zusammenstellen der wichtigsten Zielgruppen der Kommunikation wie potenzielle Spender, Kulturpolitiker, oder gewünschte Bevölkerungsgruppen für den Besuch der Veranstaltungen;
- Erarbeiten bzw. Nennen der wichtigsten (wirkungsvollsten) Kommunikationsmittel für die jeweiligen Zielgruppen wie beispielsweise ein monatliches Veranstaltungsprogramm, Anzeigen, Direktmailing, Presse, Broschüren, Vorträge, diese Tagung etc.;
- Entwickeln einer umfassenden Selbstdarstellung (C.I.-Broschüre?) - Vermitteln einzelner zentraler Leistungsangebote der Organisation durch entsprechend zugespitzte Kommunikationsmittel.

Den verschiedenen kommunikativen Aspekten kommt eine zentrale Rolle zu. Nur in und durch Kommunikation kann so etwas wie eine gemeinsam getragene Organisationskultur entstehen. Dazu muß ein Klima geschaffen werden, das die Auseinandersetzung mit den weiterentwickelten Ideen bei dem jeweiligen Sozialunternehmen fördert. Sie müssen beständig (z.B. durch Reden und Vorträge) in Erinnerung gerufen, durch Beispiel gelernt, durch soziale und kulturelle Anlässe lebendig gehalten werden.²⁶

Stellenwert des tatsächlichen Verhaltens

Das wichtigste und auf Dauer tragende Instrument jeder C.I.-Strategie ist das konkrete, wahrnehmbare Verhalten einer Organisation und einschließlich das seiner Mitglieder in allen Bereichen. Das Leistungsspektrum des jeweiligen Sozialbetriebes, seine Finanzpolitik gehört hier genauso dazu wie die Informationspolitik oder das Auftreten gegenüber Mitarbeitern und in der Öffentlichkeit mit allen seinen Auswirkungen und Folgen. Nur wenn hier Übereinstimmung mit dem formulierten Selbstverständnis besteht, kann eine Corporate Identity im Sinne eines gewünschten Profils wirken.

In diesem Bereich sind die schwerwiegendsten Widerstände zu erwarten. Weist doch jede von Menschen getragene Organisation gewachsene Strukturen auf. Teilweise unbewußt, mit Erfahrungen und Konflikten verknüpft, gibt es hier die normative Kraft des Faktischen. Der damit eng verbundene Begriff Organisations-Kultur macht deutlich, daß es hier um etwas schwer Faßbares geht, dem wissenschaftliche Denkkategorien nie voll gerecht werden können.

Ansatzpunkte für wirksame Maßnahmen eines C.I.-gerechten Organisationsverhaltens sind in verschiedensten Formen der Organisations- und Personalentwicklung enthalten. Auch das Stichwort „Symbolisches Management“ verweist auf eine Möglichkeit, wie längerfristig gewachsene Strukturen positiv in eine gewünschte Richtung weiterentwickelt werden können.²⁷

Symbolisches Management steht für ein demonstratives Verhalten einer Organisation und seiner wichtigen Personen in Leitfunktionen. Im Sinne der zentralen Werte und Ziele, die im Selbstverständnis festgelegt sind, werden Handlungen „zelebriert“. Über diese wird Mitarbeitern und Außenstehenden deutlich, daß das Formulierte ernst gemeint ist. Hierzu kann beispielsweise auch gehören, daß Personen in verantwortlichen Funktionen eines Sozialbetriebes selbst aus dem Bereich der sozialen Arbeit und nicht der Betriebswirtschaftslehre kommen. Damit kennen sie die konkreten Probleme und Schwierigkeiten der Mitarbeiter des Sektors genau und können entsprechend besser in deren Sinne handeln.

Wichtige Managementmaßnahmen für die Weiterentwicklung der Organisationskultur und damit auch des Verhaltens im Sinne der C.I. können sein:

- Abstimmen der Personalpolitik mit dem C.I.-Konzept (Einstellungspolitik, Qualifizierungsmaßnahmen, Schulung);
- Formulieren von Aufträgen an externe Berater anhand des C.I.-Selbstverständnisses;
- Jährliche Veröffentlichung des Leitbildes mit einer Auflistung, welche Maßnahmen zur Umsetzung in diesem Jahr angestrebt werden und welche im letzten Jahr erreicht wurden;
- Periodische Schwerpunktsetzungen (mit Mottoformulierung), so daß die jeweiligen C.I.-Maßnahmen erkennbar bleiben und nicht im Rahmen der allgemeinen (Alltags-)Organisationspolitik untergehen.

6. Die Veranschaulichung: Die Sozialgenossenschaft Gemeinschaftsdienste Stolberg e.G. als Beispiel

Dauerarbeitsplätze für Langzeitarbeitslose

Stolberg, eine Stadt mit 60.000 Einwohnern in der Nähe von Aachen, ist eine Stadt mit ausgeprägter Industrie. Um der wachsenden Arbeitslosigkeit etwas entgegenzusetzen, ergriffen 25 Privatpersonen die Initiative.

Im Herbst 1985 initiierten Christen beider Konfessionen das Dienstleistungsunternehmen, um die Beschäftigung von Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen zu ermöglichen. Bei einem Gründungskapital von nur 8.200 DM und 45 Mitgliedern erfolgte eine Eintragung als Genossenschaft durch den rheinischen Genossenschaftsverband – trotz des geringen Eigenkapitals.²⁸ Allerdings „winkte“ auch als Anschubfinanzierung ein Zuschuß des Bistums Aachen im Hintergrund.

Ausschlaggebend für die Wahl der genossenschaftlichen Unternehmensform war:

- Eine Zeichnung von Anteilen in kleinen Stückelungen ist möglich.
- Aufsichtsrat und Genossenschaftsverband dienen als Kontrollorgane.
- Pro Mitglied besteht gleiches Stimmrecht, unabhängig von den gezeichneten Anteilen.
- Möglichkeiten der Mitwirkung, Mitgestaltung und Mitverantwortung sind vorhanden.
- Ein Mindestkapital wird nicht vorgeschrieben.
- Die Haftsumme je Mitglied fällt bei niedriger Höhe des Pflichtanteils gering aus.

Mit ihren Zielsetzungen wurde die Genossenschaft Vorreiter für – allerdings gescheiterte – ähnliche Projekte in Jülich und Würselen. Deutlich wird dadurch der hohe Bedarf nach analogen Unternehmen, die spezielle Arbeitsplätze für schwer vermittelbare Arbeitslose schaffen. Wichtige in der Satzung festgeschriebene Ziele lauten:

- Schaffen von Arbeitsplätzen, unbefristet, tariflich gebunden, ohne Billiglohntarif;
- Hinführen von Mitarbeitern zum regulären Arbeitsmarkt über Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich;
- Volle Kostendeckung aus eigener wirtschaftlicher Kraft über den Markt;
- Erwünschte Fluktuation der Mitarbeiter durch Vermitteln in feste, gesicherte Arbeitsverhältnisse bei anderen Unternehmen.
- Verzicht auf die Gemeinnützigkeit, um sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen.

Der anfangs ehrenamtliche Vorstand erfuhr intensive Unterstützung durch den Aufsichtsrat, der sich aus den Gründungsmitgliedern zusammensetzte. Schnell kamen weitere Privatpersonen, Unternehmen und auch die Stadt Stolberg als Mitglieder hinzu. Erste Festaufträge konnten durch Mund-

zu-Mund-Propaganda, aber auch durch gezielte Akquisition gewonnen werden. Bis heute blieben die angebotenen Dienstleistungen auf einem geringen Anforderungsniveau. Gründe liegen in den oft nur geringen Möglichkeiten der Mitarbeiter, Insofern wird so gut wie jeder angebotene Auftrag übernommen. Sie umfassen Tätigkeiten in Haus, Hof und Garten, bei der Landschaftsreinigung und -pflege, im Bautenschutz und bei der Raumgestaltung. Außerdem ist das ortsansässige Parkhaus angepachtet. Neben der Funktion als Parkhauswächter werden von der Genossenschaft alle damit verbundenen administrativen Aufgaben wie Mietverträge etc. bearbeitet.

Eine positive arbeitsmarktpolitische Bilanz

Aus heutiger Sicht sieht es schwierig aus, einzelne Gewerke und Arbeitsbereiche aufzubauen und kontinuierlich zu betreiben. Diejenigen, die über die dafür erforderlichen Fähigkeiten verfügen, werden auch am ehesten wieder in den Arbeitsmarkt vermittelt. Diese zu halten, wäre aber erforderlich, um Tätigkeitsfelder der Genossenschaft zu stabilisieren und darüber eine kontinuierliche Auftragsauslastung zu erreichen. Im Rückblick wurde es aus Sicht der Geschäftsführung versäumt, die Qualifizierung und Angebotserweiterung des Unternehmens konsequent zu verfolgen. Allerdings fehlten auch die finanziellen Mittel, um neue attraktivere Marktsegmente zu erschließen.

Als Folge der Gesamtarbeitsmarktsituation ist es zunehmend schwieriger, die angestrebte Fluktuation zu verwirklichen: Es gelingt kaum noch, neue Mitarbeiter eine Zeitlang zu stabilisieren und anschließend in feste andere Arbeitsverhältnisse zu vermitteln. Im Gegenteil, durch die unbefristeten Arbeitsverträge steigen sogar die Kosten des Unternehmens. Denn die Arbeitsamtszuschüsse fallen mit der Dauer der Beschäftigung kontinuierlich. Bisher konnten die ansteigenden Personalkosten aber kompensiert werden.

Trotz dieser Schwierigkeiten ist die arbeitsmarktpolitische Bilanz des Unternehmens mit seinen bescheidenen Mitteln ein kleiner Erfolg: Gegenwärtig sind 17 Mitarbeiter im Alter zwischen 22 und 59 Jahren beschäftigt, davon zwei Schwerbehinderte. Insgesamt konnten bisher 66 Arbeitsverträge abgeschlossen werden und 28 Arbeitslose in andere Unternehmen weitervermittelt werden. Ein großer Teil der bei der GDS Arbeitenden sind Familienväter mit drei bis sieben Kinder ohne beruflichen

Abschluß. Sie müßten, wenn es die GDS nicht gäbe, überwiegend von der Sozialhilfe leben.

7. Die Neuerung: Sozial-Audit als aktive Veranschaulichung wertorientierten Managements

Pionierarbeit für eine Reise zum geprüften Sozialmanagement

Einige Sozialbetriebe haben sie schon begonnen, die Geschäftsreise zum wertorientierten Management. Ein rechtlicher Rahmen muß dafür aber erst noch geschaffen werden. Dies könnte durch die Europäische Union analog dem Öko-Audit erfolgen.²⁹ In gleicher Weise wäre die Umsetzung der „freiwilligen Beteiligung von Sozialbetrieben an einem gemeinschaftsweiten Sozialmanagement-Betriebsprüfungssystem“, unter dem Namen Sozial-Audit, zu initiieren. Bevor eine entsprechende Verordnung entwickelt und kodifiziert wird, ist es sinnvoll, die vorausschauenden Aktivitäten einzelner Unternehmen, Wissenschaftler und politischer Promotoren aufzugreifen: Reisevorbereitungen zum Sozial-Audit zu treffen, indem einzelne Unternehmen sich über verschiedene Ideen, theoretische Vorläufer sowie praktische Initiativen und Erfahrungen informieren und für die experimentelle Umsetzung eines solchen Verfahrens nutzen.

Analog dem Zweck einer Bilanz kann mit Hilfe des Sozial-Audit-Verfahrens der EU eine betriebsinterne Rechenschaft (Bilanzprüfung) über die „Sozialen Leistungen“ eines Unternehmens aufgebaut werden. Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen, Vermeidung gesundheitlicher Belastungen, stützender Umgang mit Randgruppen etc. lassen sich dadurch, so die Erwartung, in Gang setzen. Das Ziel, die schrittweise Verbesserung der sozialen und gesellschaftsbezogenen Unternehmensleistungen, kann durch drei Grundelemente gewährleistet werden:

- Einführen eines kontinuierlich überprüften Instrumentariums zum Aufbau eines Sozialmanagementsystems;
- die objektive und regelmäßige Bewertung der sozialen und gesellschaftsbezogenen Auswirkungen dieses Instrumentariums;
- das Unterrichten der Öffentlichkeit durch eine zusammenfassende Sozialerklärung mit vorgeschriebenen Grundinformationen.

Das Audit kann von fachlich kompetenten Mitarbeitern oder von externen Beratern durchgeführt werden. Dagegen ist die eigentliche Sozialerklärung von einem unabhängigen Sozialprüfer bzw. einer Institution mit

hoher Glaubwürdigkeit in diesem Sektor zu validieren, wenn eine Zertifizierung angestrebt wird. Er prüft die Richtigkeit der Aussagen einschließlich der Beachtung der gesetzlichen Vorschriften und der formal korrekten Einhaltung des Verfahrens (z.B. Informationen zu den standardisiert vorgegebenen Bereichen).

Schwierigkeiten dürften sich bisher noch u.a. aus der Vorgehensweise ergeben, eine glaubwürdige Institution für die Validierung zu finden. Langfristig müßte eine Akkreditierungs- und Zulassungsgesellschaft für Sozialgutachter geschaffen werden. Namen und Adressen zugelassener Sozialprüfer können bei den regionalen Wohlfahrtsverbänden erfragt werden. Die rechtlichen Grundlagen wären in einem „Sozialgutachter- und Standortregistrierungsgesetz“ zu verankern. Mit verschiedenen Lösungsvarianten wäre mit Modellversuche auf regionaler Ebene von einzelnen Sozialbetrieben zu experimentieren.

Warum aber sollten sich Sozialunternehmen auf diese Reise begeben, obwohl sie freiwillig ist? „Geschäftsreisen“, die Kosten mit sich bringen und außerdem Zeit erfordern, müssen schon sehr erfolgversprechend sein. Insbesondere auf kleine und mittlere Sozialbetriebe wird der voraussichtlich notwendige Aufwand abschreckend wirken. Dies gilt erst recht, weil Unternehmen das zu entwickelnde Gütesiegel nur für die Öffentlichkeitsarbeit, nicht aber bei der Werbung für einzelne Dienstleistungen eingesetzt werden dürfte, wenn die Anlehnung an das Öko-Audit erfolgt.

Abhängig sind die Kosten nicht nur von der Größe des Betriebs. Entscheidend ist, ob ein Unternehmen sein Sozialmanagement neu aufbaut oder schon vielfältige Vorarbeiten durch seine Personalarbeit, systematisches Sozialsponsoring und/oder das Erstellen von Sozialbilanzen geleistet hat. Vermutlich wird die Entwicklung ähnlich wie beim Qualitätsmanagement nach der ISO-Norm 9000 verlaufen.³⁰ Am Anfang gibt es nur einzelne Vorreiter. Mit der Zeit aber wird der Druck auf viele Unternehmen wachsen, sich ebenfalls darauf einzulassen. Nicht zertifizierte Unternehmen erfahren in der Zukunft handfeste Wettbewerbsnachteile, beispielsweise bei der Einbeziehung in den Bedarfsplan oder durch die fehlende Akzeptanz bei einer wachsenden Anzahl kritischer Kunden (Ethik-Kauf).

Um Imagerisiken zu minimieren, engagieren sich einige große Unternehmen außerhalb des Wohlfahrtssektors schon seit Jahren als Sponsoren, praktizieren eine systematische Personal- und Organisationsentwicklung und achten darauf, daß ihre Produkte oder Vorprodukte nicht unter be-

sonders sozialdiskriminierenden Bedingungen erzeugt werden (Kinderarbeit, ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse oder Einkommen unter den Mindestlöhnen). Um wirtschaftliche Einbrüche durch Boykott oder auch nur fehlende Akzeptanz und Glaubwürdigkeit zu minimieren, werden sie mittelfristig auf ihre Zulieferer Druck ausüben, an einer Sozial-Betriebsprüfung teilzunehmen. Banken werden bei der Kreditwürdigkeit ethische Gesichtspunkte einbeziehen und Versicherungen Unternehmen mit zertifiziertem Sozial-Auditverfahren bessere Konditionen gewähren können. Analog der Durchsetzung bei den Qualitätsnormen ist die Zunahme solcher Zwänge nach der Einführung eines Sozial-Audits, sobald sie verstärkt von Promotorenbetrieben im sozialen Sektor genutzt werden, in Zeiträumen von drei bis fünf Jahren zu erwarten.

• **Positive Folgen vorausschauenden Handelns**

Unabhängig von den zahlreichen, noch zu klärenden Fragen kann eine erste betriebsinterne Diskussion über die freiwillige Einführung eines Sozialmanagements als Anstoß für die sorgfältige Vorbereitung einer Reise betrachtet werden, deren Antritt – das Auditverfahren – offen bleibt. Für viele Sozialbetriebe stellen die Vorbereitungen eine Chance dar: Die für ein Sozialmanagement erforderliche intensive Kommunikation im Betrieb ergibt nicht nur einen Motivationsschub. Erfahrungsgemäß werden Kostenersparnisse durch weniger Fehlzeiten und viele Innovationsmöglichkeiten entdeckt. Dies erleichtert, zukünftige Anforderungen vom Markt, von einer wachsenden kritischen Öffentlichkeit, von den Kunden oder von staatlicher Seite besser zu bewältigen.

Die Vorgehensweise und positiven Folgen der Initiierung einer Diskussion zum Thema Sozial-Audit könnten sein:

- die Auseinandersetzung von Sozialbetrieben mit der Einführung eines Sozialmanagementsystems in kleinen Schritten. Sie müssen eventuell vorhandene Mängel im Bereich sozialer oder gesellschaftlicher Verantwortung beheben, damit sie bei der Auseinandersetzung über die Ausgestaltung glaubwürdig mitdiskutieren können.
- das Entwickeln eines EDV-gestützten Planungs- und Durchführungssystems. Softwareprogramme in Anlehnung an die Erstellung von Sozialbilanzen oder für das Controlling sozialer und gesellschaftlicher Aktivitäten mit Hilfe entsprechender Kennzahlen würden helfen, den Eigenaufwand für jedes einzelne Unternehmen erheblich zu verringern.

- die Einbindung möglichst vieler Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in die Vorbereitungen und betriebsinternen Diskussionen. Kreativität und Wissen der Beschäftigten können auf diese Weise aktiviert werden. Neben dem Motivationsschub werden so auch die üblichen Umsetzungsprobleme bei der Einführung neuer Systeme im Unternehmen reduziert.
- die zwischenbetriebliche Zusammenarbeit mit Branchenkollegen. Gruppenreisen machen nicht nur mehr Spaß. In einem Verbund mehrerer Unternehmen gemeinsam Überlegungen zur Positionierung als sozialverantwortliches Unternehmen durchzuführen, spart auch Kosten, hilft Informationsprobleme zu verringern und ergibt zahlreiche Synergien.
- das Beantragen finanzieller Förderungen bei staatlichen Stellen. Die EU legt immer wieder Förderprogramme für die Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere von Randgruppen auf. Diese könnten so formuliert werden, daß sie stärker zum Gewinnen von Informationen und Konzepten in Richtung Sozial-Audit beitragen, indem entsprechende Modellprojekte gefördert werden.

Gegenwärtig gibt es allerdings noch sehr viele Unklarheiten, wie und mit welchen Schwerpunkten eine Zertifizierung durch ein Sozial-Audit aufgebaut sein könnte. Insofern muß noch nach akzeptablen Verfahren gesucht werden. Das bedeutet, mit den Reisevorbereitungen sollte begonnen werden, indem in einem ersten Schritt bisher diskutierte und formulierte Instrumentarien, die in ein Sozial-Audit einfließen könnten, systematisch zusammengetragen werden. Sie sind im Hinblick auf ihre potenzielle Brauchbarkeit zu bewerten. Diese Bewertungen können empirisch durch praktische Erfahrungen unterlegt werden. Zu diesem Zweck sind einzelne Unternehmen, die mit einem der Instrumente experimentiert haben, zu befragen. Die Ergebnisse fließen dann in eine solche Bewertung ein.

Als ein Beispiel, was damit gemeint ist, sei auf die Konzeption des genossenschaftlichen Förderungsplans und der Förderbilanz verwiesen: In der Genossenschaftswissenschaft wurde in den achtziger Jahren im Hinblick auf den Förderauftrag der Genossenschaft diskutiert, wie diese abstrakte Gesetzesvorgabe handhabbar gemacht werden kann. Entsprechend existieren unter dem Stichwort Förderplan und -bilanz verschiedene Vorschläge, wie neben der Wirtschaftsbilanz auch die nichtökonomischen

Aufgaben der Genossenschaft nachvollziehbar dargestellt und überprüft werden können.³¹

Ebenfalls könnte mit Sozialen Indikatoren gearbeitet werden.³² Das Indikatorenkonzept bietet die Möglichkeit, das Unternehmensgeschehen mit Informationen anzureichern, die über die üblichen Einnahmen-Ausgaben- bzw. Kostenrechnungen hinausgehen. Werden sie standardisiert, erlauben sie zwischenbetriebliche Vergleiche, bezogen auf die Stärken und Schwächen eines Unternehmens bei der Berücksichtigung oder Verwirklichung sozialer Aufgaben.

Als eine letzte von vielen Möglichkeiten sei auf die Fülle von Qualitäts-signets im sozialen Bereich hingewiesen: Unternehmen schließen sich in den letzten Jahren in wachsendem Maße zu verschiedenen in der Öffentlichkeit problematisierten Themen zusammen. Sie postulieren zu dem jeweiligen Thema soziale Mindeststandards und verpflichten sich freiwillig, diese zu berücksichtigen. Ein Beispiel sind u.a. die Teppichhändler, die zusichern, daß ihre Produkte nicht aus Kinderarbeit stammen.

Die Idee des Sozial-Audits soll verdeutlichen, daß beim Wandel des sozialen Sektors vermieden werden sollte, die komplexe Realität auf ein einseitiges Steuer- und Strukturelement zu reduzieren: Markt statt Staat ist keine Alternative. Besser ist es, auf die Veränderungen aktiv zu reagieren, indem eigenständig nach neue Modellen und Strukturösungen gesucht wird, gemäß dem Motto: „Mehr Markt für neue Ideen!“

Anmerkungen

- 1) *Meyer, D. 1995*: Das teure Wohlfahrtskartell; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.12., S. 13.
- 2) *Ebenda*; vgl. hierzu und zum folgenden besonders auch Ulrich Iberer: „Mehr Markt“. Was bewirken betriebswirtschaftliche Steuerungsmodelle in der Sozialarbeit? Studienarbeit für das Proseminar „Organisationen sozialer Dienste“ von Prof. Dr. Rainer Greca an der Kath. Universität Eichstätt im Wintersemester 1997/98, veröffentlicht im Internet: <http://www.ku-eichstaett.de/PPF/FGPaed/arbeiten/iberer1.htm>
- 3) *Schneider, U. 1996*: Gegen eine vereinfachende Kritik an der freien

- Wohlfahrtspflege - soziale Arbeit führt den freien Markt an seine Grenzen; in: Nachrichtendienst des deutschen Vereins für öffentliche und private Vorsorge, (5), 156f.; *Andreas, S.*: Weder Kartell noch teuer; in: *Socialmanagement* 1996, (4), 32f.
- 4) Ausführlich *Staehe, W. 1987*: Management. Eine verhaltenswissenschaftliche Einführung, München, 3, 40ff.
 - 5) *Decker, F. 1992*: Effizientes Management für soziale Institutionen, Landsberg / Lech, 19.
 - 6) *Christe, G. 1998*: Soziale Betriebe in Niedersachsen. Entwicklung und Effektivität des Programms im Vergleich zu anderen Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik., hrsg. vom Niedersächsischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales, Hannover, 45ff.; O.V.: Selbsthilfefirmen: Integration durch Beschäftigung, in: Informationsdienst IWD - Online vom 4. September 1997, Ausgabe Nr. 36, Jg. 23; vgl. ebenfalls „Wir brauchen Sozialbetriebe. Die Aktion Arbeit muß weiter helfen können“ Interview mit *G. Bajor* in: PAULINUS Trierer Bistumsblatt, o.O., o.J., im Internet <http://www.paulinus.de/blatt/archiv/9715/bistumal.htm>.
 - 7) Flexibilität und Gemeinnützigkeit. Untersuchungen zum Nonprofit-Sektor, in: Informationskennung: MUZ9035B vom 19. Mai 1999 erstellt von *H.-J. Peter*, E-Mail: VDV12@uni-muenster.de; Vgl. auch die noch nicht veröffentlichten Ergebnisse der Tagung: „Der Dritte Sektor im gesellschaftlichen Wandel. Ergebnisse, Probleme und Perspektiven aus dem international vergleichenden Johns Hopkins Non-profit Sektor Projekt“ vom 29.-30. April 1999, durch geführt vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB).
 - 8) *Gabler Wirtschaftslexikon*, CD-ROM, 14. Aufl., Wiesbaden 1997.
 - 9) Vgl. hierzu und zum folgenden *Ernst-Pörksen, M. 1998*: Gemeinnützigkeit im Steuerrecht. Wirtschaftliche Betätigung gemeinnütziger Körperschaften Teil 1: Zweckbetriebe, in „Brandaktuell“ (12) sowie seine Ausführungen zum Thema im Internet: <http://www.eurocom.org/COX/index.htm>.
 - 10) § 65 der Abgabenordnung.
 - 11) Vgl. hierzu und zum folgenden *Ernst-Pörksen, M.*: a.a.O.
 - 12) Vgl. hierzu und zum folgenden *Iberer, U.*: a.a.O.
 - 13) *Thiersch, H. 1995*: Wohlfahrtsstaat im Umbruch - Perspektiven der Sozialen Arbeit, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, (3), 311 –

- 321; *Öhlschläger, R. 1995*: Freie Wohlfahrtspflege im Aufbruch. Ein Managementsystem für soziale Dienstleistungsorganisationen. Baden-Baden.
- 14) *BadeltCh. 1997*: Ausblick: Entwicklungsperspektiven des Nonprofit Sektors, in: derselbe (Hg.): Handbuch der Nonprofit Organisation. Strukturen und Management, Stuttgart, 417ff.
- 15) *Manderscheid, H. 1995*: Zauberformel Markt; in: *Socialmanagement (5)*, 33; *Allemeyer, J. 1995*: Freie Wohlfahrtspflege und Markt – Bedrohung oder Chance?, in: *Theorie und Praxis der sozialen Arbeit*, 2 – 13.
- 16) *Honneth, A. 1995 (Hg.)*: Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, 3. Aufl. Frankfurt a. M.; *Brumlik, M.*: Der importierte Kommunitarismus. Plädoyer für die verbandliche Wohlfahrtspflege. In: *Th. Rauschenbach / Ch. Sachße / Th. Olk (Hg.) 1995*: Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen: Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch, Frankfurt a. M., 34 ff.
- 17) *Wolf, M. 1995*: Betriebswirtschaftliche Steuerungsmodelle in der sozialen Arbeit; in: *Nachrichtendienst des deutschen Vereins für öffentliche und private Vorsorge*, (3), 106 f; *Struck, N. 1995*: Neue Steuerungsmodelle in der Jugendhilfe aus der Sicht freier Träger; in: *Output ohne Input? Zur kommunalen Finanzierung freier Jugendhilfe*, Frankfurt a. M.
- 18) Vgl. hierzu und zum folgenden *U. Iberer, U.*: a.a.O.; ebenfalls *Rainer Öhlschläger*: a.a.O.
- 19) Siehe auch *Jäger, A.*: Hard- und Soft-Management im sozialen Unternehmen, in: *Boskamp, P. / R. Knapp, R. (Hg.) 1999*: Führung und Leitung in sozialen Organisationen, 2. Aufl., Neuwied, 53ff.
- 20) *Eschenbach, R. / Horak, Ch.*: Rechnungswesen und Controlling in NPOs, in: *Ch. Badelt*: (Hg.): Handbuch der Nonprofit Organisation, a.a.O., S. 285ff.
- 21) Vgl. hierzu und zum folgenden *Ernst-Pörksen, M. 1997*: a.a.O.; zum Thema Sponsoring allgemein: *M. Bruhn*: Sponsoring. Unternehmen als Mäzene und Sponsoren, 3. Aufl., Frankfurt; *Kirchberg, V. / Reibenstein, B. 1999*: Social Sponsoring in Deutschland, München.
- Viele gute Hinweise von *Ernst-Pörksen, M.*: a.a.O.

- 23) Vgl.: *Flieger, B. 1996: Corporate Identity - eine sinnvolle Methode auch für soziokulturelle Zentren?!*; in: Rundbrief der LAG Soziokultur Niedersachsen (27); ausführlich auch in derselbe: *Derselbe: Produktivgenossenschaft als fortschrittsfähige Organisation. Theorie. Fallstudie. Stabilisierungshilfen, 2. Aufl., Marburg 1997; allgemein zum Thema Corporate Identity besonders Birkigt, K. / Stadler, M. / Funck, H. J. 1998: Corporate Identity - Grundlagen. Funktionen. Fallbeispiele, 9. überarbeitete Aufl., Landsberg am Lech.*
- 24) *Gabele, E. 1981: Unternehmensgrundsätze. Ein Spiegelbild innerbetrieblicher und gesellschaftlicher Entwicklungen, in: ZO, (5), 245 ff.*
- 25) *Bergler, R. 1963: Psychologie des Marken- und Firmenbildes, Göttingen, 95; Bromann, P. / Piwinger, M. 1992: Gestaltung der Unternehmenskultur - Strategie und Kommunikation, Stuttgart, 180; vgl. ebenfalls Scharfenberg, J. / Kämpfer, H. 1980: Mit Symbolen leben. Soziologische, psychologische und religiöse Konfliktbearbeitung, Olten.*
- 26) *Bromann, P. / Piwinger, M.: a.a.O., 153.*
- 27) *Pümpin, C. / Kobi, J.-M. / Wüthrich, H. A. 1985: Unternehmenskultur. Basis strategischer Profilierung erfolgreicher Unternehmen, in: Die Orientierung (85), Bern, 47f.*
- 28) Vgl. *Flieger, B. 1999: Stetige Arbeit stärkt das Sein, in: CONTRASTE 16, (182), 13, Heidelberg; ausführlich zum Thema Sozialgenossenschaften derselbe: Sozialgenossenschaften: Neue Kooperativen zur Lösung gemeindenaher Aufgaben, in: Klöck, T. (Hg.) 1998: Solidarische Ökonomie und Empowerment, Neu-Ulm.*
- 29) Aufgrund dieser Analogie vgl. auch *Flieger, B. / Klemisch, B.: Reise in eine schöne neue (Um-)Welt - Ein Reisebegleiter zum EG-Öko-Audit für Kleinbetriebe und Handwerk; in: Klemisch, H. (Hg.) 1997: Öko-Audit und Partizipation, Köln, 137 ff*
- 30) Siehe auch *B. Maelicke, B. (Hg.) 1996: Qualitätsmanagement in sozialen Betrieben und Unternehmen, Baden-Baden.*
- 31) Beispielhaft hierfür *Bänsch, A. 1983: Mitgliederförderung als Unternehmensstrategie, Göttingen; Dülfer, E. 1982: Der Förderungsauftrag als Gegenstand von Geschäftsberichten und Pflichtprüfungen, Marburg.*
- 32) *Teichert, V. 1995: Perspektiven sozial-ökologischer Bilanzierung, hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, 75ff.*

Soziale Arbeit – im Spagat zwischen Ökonomisierung und Menschenrechtsprofession

Stefan Gaitanides

1. Empirische Hinweise für die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit

Die Tendenzen und der Zwang zur Ökonomisierung der Sozialen Arbeit sind nicht mehr zu übersehen. Ich möchte hier nur einige der wichtigsten Indikatoren dafür nennen:

- Die öffentliche Wohlfahrtspflege wird durch das Verfahren der „Neuen Steuerung“ nach Effektivitäts- und Effizienzkriterien durchforstet (Stichwort „New Public Management“). Einige bisher in öffentlicher Trägerschaft durchgeführten Aktivitäten werden privatisiert.
- Durch die Einführung von mehr „freiem Wettbewerb“ bei der Vergabe öffentlicher Zuschußmittel für Soziale Dienste kündigt sich das Ende des traditionellen korporatistischen Aushandlungssystems zwischen den frei-gemeinnützigen Wohlfahrtsverbänden und der Sozialadministration an. Die kartellähnlichen Privilegien der großen Wohlfahrtsverbände wurden schon in weiter zurückliegenden Zeiten durch die Hinzuziehung kleiner innovativer Träger eingeschränkt. Das Pflegegesetz hat dann dem Marktprinzip zu einem entscheidenden Durchbruch verholfen. In seinem Gefolge wurden die entsprechenden Paragraphen des BSHG (§ 93) und des KJHG (§78) dahingehend geändert, daß nunmehr auch privat-gewerbliche Träger zum Wettbewerb zugelassen werden.
- Im Rahmen der „Neuen Steuerung“ werden öffentliche Etatmittel immer seltener pauschal für vage umrissene und wenig kontrollierte Aufgaben vergeben und routinemäßig verlängert. Statt dessen werden zunehmend zeitlich befristete Projektmittel vergeben, deren Aufgaben präzise durch Leistungsverträge festgelegt sind und deren Effekte möglichst durch Evaluation nachgewiesen werden sollen.
- Über all dem steht ein chronischer Sparzwang, der die Geldgeber dazu verleitet, weit mehr auf die Wirtschaftlichkeit als die Qualität der Leistungen zu achten – auch wenn dadurch Standards abgesenkt werden.

Was sind die tiefer liegenden Gründe dieses Ökonomisierungstrends ?

2. Folge veränderter sozialpolitischer Rahmenbedingung

Der Zwang zur Ökonomisierung muß auf dem Hintergrund mehrerer, sich verschränkender Prozesse gedeutet werden, deren Trendrichtung zwar grundsätzlich nicht unumkehrbar ist und wie ein Schicksal über uns verhängt ist, er ist aber nur äußerst schwierig zu beeinflussen – wahrscheinlich nur in einem äußerst geringen Maße im Rahmen nationaler Sozialpolitik.

Folgende globale Veränderungen haben die Rahmenbedingen der sozialen Arbeit grundlegend verändert:

- Die mikro-elektronische Revolution und die Globalisierung der Wirtschaft haben bekanntlich zu einer Verschärfung der Standortkonkurrenz geführt.
- Dieser Prozeß ist begleitet von einem Siegeszug des Neo-Liberalismus. Er verknüpft eine restriktive staatliche Ausgabenpolitik mit einer Umverteilungspolitik von unten nach oben. Folge dieser Politik ist eine Zunahme von Armut und die Einschränkung sozialer Leistungen.
- Auch die Freizügigkeitsregelungen der Europäischen Union verstärken die Tendenz zur Ökonomisierung. In Zukunft werden europäische Anbieter als Mitbewerber auf den nationalen Sozialmärkten auftreten.

Die Finanzierung des Sozialstaates wird aber nicht nur durch die Verknappung der öffentlichen Mittel gefährdet. Auch andere gesellschaftliche Entwicklungstrends stellen die Finanzierung des Sozialen vor immer größere Probleme:

- Durch den gesellschaftlichen Individualisierungsprozeß erodieren die traditionellen sozialen Selbsthilfenetze. Sie müssen durch professionelle Dienste ersetzt werden.
- Die Veränderung des Altersaufbaus der Bevölkerung bringt eine Reihe von Folgeproblemen mit sich. Die Dienste der Altenhilfe müssen ausgebaut werden und der Generationenvertrag wird einer Zerreißprobe ausgesetzt.
- Durch den schleichenden Prozeß der Entsolidarisierung und Desintegration – begünstigt durch die Verschärfung der Verteilungskämpfe - wird der sozialstaatliche Konsens immer mehr ausgehöhlt (vgl. Heitmeyer 1997).

Wie kann sich die Soziale Arbeit diesen Herausforderungen stellen ?

Reformorientierte Sozialarbeit – also eine, die versucht, sich den veränderten Verhältnissen nicht nur anzupassen, sondern den Wandel im Sinne

ihrer Berufung zu gestalten, die offen ist für Modernisierung dabei, aber dem Ethos des Sozialen verpflichtet bleiben will – steht den beschriebenen Tendenzen ambivalent gegenüber.

Im Folgenden möchte ich mich mit den Chancen und Risiken der neueren Entwicklungen für die Soziale Arbeit auseinandersetzen, um dann am Schluß daraus einige Reformempfehlungen zur Chancennutzung und Risikoabwehr abzuleiten.

3. Chancen des Modernisierungszwanges

- Meinhold berichtet: Überall, wo die Einführung von Qualitätsmanagement und Qualitätssicherungsverfahren nicht unter dem Damoklesschwert von drohenden Einsparungen und in einem dialogischen Verfahren eingeführt wurde berichten, die MitarbeiterInnen von einem fruchtbaren „Professionalisierungsschub“ (Meinhold 1998). Sie haben gelernt, ihre Konzepte besser zu durchdenken, Methoden auf ihre Angemessenheit genauer zu überprüfen, planvoller zu handeln und sich über die Grenzen und die Wirkung ihrer Arbeit besser im Klaren zu werden. Durch die Institutionalisierung von Feed-Back-Verfahren – wie z.B. die systematische Beachtung des Regelkreises von Konzeptentwicklung – Planung – Umsetzung – Auswertung und gegebenenfalls Revision des Konzeptes – können starre Handlungsroutinen aufgebrochen und innovative Lernprozesse eingeleitet werden.
- Durch die zielgenauere Ausrichtung auf den wirklichen Bedarf der Nutzer und die Kundenfreundlichkeit der Arbeitsweise erfolgt ein Paradigmenwechsel hin zur Dienstleistungsorientierung. Dadurch werden nicht nur Zugangsschwellen abgebaut und steigt die Akzeptanz bei der Klientel, auch die Effektivität nimmt zu, da Soziale Arbeit auch meistens eine intersubjektive Ko-Produktion ist. Ein Klient, der spürt, daß auf sein Feed-back systematisch geachtet wird, ist viel kooperativer.
- U.a. wegen der Professionalisierungsdefizite hat Soziale Arbeit mit dem Problem des „Leistungsverdacht“ und des „Motivverdacht“ (Kleve 1997; S.420) zu kämpfen. Wegen der diffusen Aufgabenstellung und mangelnden Wirkungsanalysen wird die Wirksamkeit Sozialer Arbeit in Frage gestellt und der Verdacht gehegt, die sozialarbeiterischen Angebote dienen mehr den Zwecken der Selbstreproduktion des Berufsstandes, als daß sie den Betroffenen wirklich nutzen. Diese

Legitimationsdefizite können durch stärkere Kundenorientierung und Qualitätsprüfungsverfahren abgebaut werden.

- Mehr Wettbewerb „belebt das Geschäft“. Durch marktformigere Ausschreibungen und Erweiterung der Wahlmöglichkeiten der Nutzer steigt der Leistungsdruck und wächst die Vielfalt des Angebotes.
- Unabhängig von den gegenwärtigen Sparzwängen zwingt das Wirtschaftlichkeitsgebot der neuen Auftragsvergabepolitik zu einem durchaus erstrebenswerten sparsameren Umgang mit Steuergeldern.

Soweit die positiven Seiten, die unter reformpolitischen Gesichtspunkten dem gegenwärtigen Ökonomisierungstrend abgewonnen werden können. Nun aber zu den eher qualitätsmindernden Nebenfolgen, die sich vor allem aus der einseitigen Ausrichtung der öffentlichen Zuschußgeber an Kontrollierbarkeit und Wirtschaftlichkeit ergeben.

4. Kontraproduktive Nebenfolgen des Ökonomisierungstrends

Methodische Einwände

- Die „Neue Steuerung“ der Sozialverwaltung versucht betriebswirtschaftliche Modelle der standardisierten Produktbeschreibung auf die sozialen Dienstleistungen zu übertragen. Anbieter, die etwa nach der Norm DIN ISO 9000ff zertifiziert sind, haben bessere Bewerbungschancen. Dieses System erfordert einen enormen bürokratischen Regelungsaufwand, der den Ertrag nicht rechtfertigt, denn diese Qualitätssicherungssysteme sagen nichts über die tatsächliche Qualität der Produkte aus. Mit diesem System könnte ein Betrieb auch „Rettungsringe aus Beton“ herstellen – wie Mükenrath meint (zit.n. Manderscheid 1998, S.243). Beschrieben werden Arbeitsorganisation, Technik, Qualifikation und Abläufe, während z.B. „Gestaltungsmerkmale wie Führungsstil, Kooperations- und Kommunikationsstrukturen, Motivation und Klima damit kaum zu erfassen sind“ (Kulbach 1998, S.446).
- Standardisierung mag sinnvoll sein bei materiellen Service-Leistungen wie „Essen auf Rädern“ oder „Behindertentransporte“. Weniger geeignet – ja kontraproduktiv – ist die Zerlegung der sozialen Dienstleistungen in eindeutig identifizierbare Norm-Produkte. Die Suche nach standardisierten Indikatoren z.B. rückt die soziale Beziehungsarbeit in die Nähe fachlich längst verworfener medizinischer Indikationsmodelle. „Der Klient verliert seinen Status als Ko-Produzent und wird zu einem ‚Patienten‘, dem eine Hilfe verordnet wird“ (Manderscheid 1998,

S.244). (Beispiel: Wenn einige Jugendämter versuchen, die „Indikationsstellung“ für die Zuweisung in bestimmte Angebotsbereiche zu standardisieren.)

- Die auf standardisierte Produktbeschreibung abhebende Steuerung widerspricht der Art der Probleme, die in der Sozialarbeit bearbeitet werden. Es handelt sich – wie Andreas Strunk feststellt, um „wilde“, schwer „zähmbare“ Probleme, die sich einer statischen Produktbeschreibung entziehen.

Nach Strunk zeichnen sich „wilde“ Probleme durch folgende Eigenschaften aus:

- Sie lassen keine vollständige Problembeschreibung zu Beginn der Problembearbeitung zu.
- Man weiß nie, wann ein Problem entgültig gelöst ist, alle Lösungen sind Zwischenlösungen.
- Jedes wilde Problem kann als Symptom eines höheren wilden Problems bezeichnet werden – Problem im Problem im Problem.
- Die Beschreibung eines Problems ist abhängig von den Werthaltungen des Problembeschreibers und ebenso die Lösung.
- In ihrer Problemkonstellation sind wilde Probleme einzigartig und ihre Lösung läßt sich nur begrenzt übertragen.
- Die Konsequenzen der Zähmungsversuche müssen die Betroffenen aushalten. Insofern ist die Betroffenenbeteiligung an der Zähmung wilder Probleme unerlässlich (vgl. Strunk 1997, S.184).

Strunk zieht daraus die Schlußfolgerung: Der Gegenstandsbereich der Sozialen Arbeit kann angemessen nur durch stärkere Anerkennung der Selbstorganisation der Klientenkultur wie der Agentenkultur bearbeitet werden und nur in wenigen Bereichen – eher in materieller Hilfeleistung – mit der Interventionsmethode der Steuerung (Modell „lernende Organisation“). Steuerung bei komplexen „wildem“ Problemen ist wenig effektiv und führt zur Einschränkung der Kreativität.

Einseitige Instrumentalisierung der Neuen Steuerung durch die Sparpolitik führt zur Standardabsenkung.

- Eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Basara 1996) über die Durchführung der Neuen Steuerung bei Jugendämtern kommt zu dem Ergebnis, daß Qualitätsverbesserungen nur selten durchgesetzt und Standardabsenkungen durch Einsparungen häufig in Kauf genommen werden.

- Die Privatisierung von Diensten ist in der Regel gekoppelt mit Einsparungen. Dabei kann man sich auf die Annahme nicht verlassen, daß die Privaten alles besser machen und den Standard durch die Ausschöpfung von Rationalisierungspotenzialen halten. Sie können häufig deswegen kostengünstiger anbieten, weil sie weniger qualifiziertes bzw. geringer bezahltes Personal einstellen. Darunter muß natürlich die Qualität der Leistung leiden.
- Das verschärfte Kostenbewußtsein des Managements aber auch der traditionellen Leistungserbringer kann zu einer Qualifikationsabsenkung oder zu einer motivationsmindernden Einstufung unter Qualifikation führen. Auf die Gefahr des Lohndumpings im ambulanten Pflegebereich hingewiesen antwortete ein Staatssekretär der alten Bundesregierung „Wer BAT zahlt, hat eben Pech gehabt“ (Karl Jung zit.n. Wittenius 1998).
- War früher die Sicherheit des Arbeitsplatzes eher ein Produktivitätshemmnis, so ist inzwischen zu befürchten, daß die zunehmende Unsicherheit der Arbeitsverhältnisse zu einem Qualitätsabfall führen wird. Diese Erfahrung konnte schon in früheren Zeiten mit ABM-Kräften gemacht werden. Spätestens nach dem dritten Job innerhalb von fünf Jahren stürzt die Motivation ab. Unter den Rahmenbedingungen der sich immer mehr durchsetzenden kurzfristigen Projektfinanzierung werden die MitarbeiterInnen unter einen überfordernden kurzfristigen Erfolgsdruck gestellt. Nicht nur Wandlungsfähigkeit sondern auch „Kontinuität“ ist ein wichtiges fachliches Qualitätsmerkmal. Es braucht mindestens fünf Jahre im Bereich der Sozialarbeit, bis man sich gut in eine Materie eingearbeitet hat und es erfordert einen „langen Atem“, um Motivationsarbeit bei der Klientel bzw. Einstellungsveränderungen zu induzieren.
- Das Arbeiten nach eng bemessenen Fachleistungsstunden oder Fallzahlen kann die Leistungsanforderungen so hoch treiben, daß die Mitarbeiter „ausbrennen“, gesundheitlich beeinträchtigt werden und letztlich mehr Kosten verursachen.
- Durch die Projektfinanzierung kommt es zu einer Spaltung in einen primären betrieblichen Arbeitsmarkt und einen sekundären außerbetrieblichen „Jedermann/frau-Arbeitsmarkt“. Die Manager und das fachliche Leitungspersonal behalten ihre unbefristeten Arbeitsverträge, während immer mehr Fachpersonal nur über befristete Arbeitsverträge verfügt. Die Festangestellten werden Wirtschaftlichkeitsfragen immer auf diejenigen abwälzen, deren Vertrag sie einfach nicht zu verlängern brauchen. Hierdurch wächst die Machtspannung im Team. Wenn die

chen. Hierdurch wächst die Machtspannung im Team. Wenn die Leitungskräfte nicht über hohe Führungsqualitäten verfügen, wird eine offene, „fehlerfreundliche“ Teamatmosphäre bei einem solchen Machtgefälle kaum herzustellen sein.

- Der Ökonomisierung fallen auch viele Ansätze präventiver Arbeit zum Opfer, die ja sozialwirtschaftlich betrachtet eine lohnende Zukunftsinvestition sind. So ist auf lokaler Ebene zu beobachten, daß z.B. die ambulanten, auch präventiv arbeitenden Jugendhilfedienste mit Schwerstfällen überlastet werden, um eine teure – gleichwohl fachlich geratene – stationäre Unterbringung zu vermeiden.
- Flankiert wird die Standardabsenkung auch durch rechtliche Veränderungen. War in der 1996er-Fassung des BSHG § 93 noch von „bedarfsgerechte Hilfe“ die Rede, so wird in der Fassung von 1999 (§ 93 Abs. a) nurmehr vorgeschrieben, daß die Hilfe „ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich“ sein muß (Wilken 1998).

Setzen sich die Tendenzen zur Privatisierung und Standardabsenkung der öffentlichen Wohlfahrt fort, prognostiziert Boessenecker eine soziale Ungleichverteilung der Qualität der Sozialdienste (Boessenecker 1999):

- Für die „sozial Ausgegrenzten“ prognostiziert er eine Rückkehr zur reinen Notversorgung durch die Wohlfahrtsverbände, ergänzt durch die Reaktivierung der traditionellen ehrenamtlichen Armenfürsorge.
- Für „Menschen in präkeren Beschäftigungsverhältnissen“ werden weiterhin und zunehmend Beschäftigungsintegrationshilfen in der Regie der staatlichen und frei-gemeinnützigen Wohlfahrtspflege angeboten – wobei nach Erfolgsaussichten gesiebt wird.
- Die Versorgung der „systemintegrierten Grundversorgten“, die über genügend Einkommen verfügen, um zuzuzahlen, bekommen eine qualitativ höherwertige Beratung und Hilfe. Auf diesem Markt breiten sich immer mehr gewerbliche Dienste aus.
- Und schließlich eine „Sozialarbeit de luxe“ für die „privaten Monopolspieler“. Auf diesem Markt werden die traditionellen Wohlfahrtsverbände gegen die Marktprofis kaum bestehen können. In Amerika kann man solche Entwicklungen schon mitverfolgen.

D.h. mit anderen Worten: Über die Qualität entscheidet die Zahlungsfähigkeit. Der eigentliche sozialpolitische Auftrag der Sozialen Arbeit – nämlich denen, die sich nicht selbst helfen können, primär zu helfen – wird in sein Gegenteil verkehrt.

Nachdem ich die Chancen und Risiken des Ökonomisierungstrends abgewogen habe, komme ich nun zu Vorschlägen, wie man die Modernisierungschance der Sozialen Arbeit nutzen und gleichzeitig den Fehlentwicklungen entgegenzutreten könnte.

5. Überlegungen zur Nutzung der Reformchancen und Abwendung der Fehlentwicklungen

- Anstatt über die Ökonomisierung und BWL-isierung der Sozialen Arbeit bloß zu klagen, sollte die Fachwelt in die Offensive gehen und eigene Standards entwickeln und propagieren. Hier sind auch die Fachhochschulen gefordert. Voraussetzung für die Entwicklung fach-professioneller Standards ist auch eine bessere theoretische Fundierung und Vereinheitlichung des Faches. Ob dies nun durch die Formulierung eines neuen Leitbildes und einer besseren interdisziplinären Integration der akademischen Teildisziplinen erreicht wird (Rauschbach, Thiersch, Otto usw.) oder aber durch die Begründung einer autonomen Sozialarbeitswissenschaft (Wendt, Mühlum, Staub-Bernasconi, Gehrman/Müller usw.), mag dahin gestellt sein. Ebenso notwendig ist der Ausbau der praxisbegleitenden Forschung im Berufsfeld.
- Anstatt in vorauseilendem Gehorsam und aus mangelhaftem Selbstbewußtsein sich der betriebswirtschaftlichen Semantik anzupassen, sollte ein eigenes Profil erarbeitet werden. Unter dem Eindruck des „Qualitätsmanagements“ als Modeerscheinung, leidet das Fach – wie manche Kritiker meinen (Thiersch, Staub-Bernasconi) – geradezu an Amnesie. In den letzten zwanzig Jahren hat die Sozialarbeit reichlich innovatives Know-how angesammelt – wenn ich nur an die sich ergänzenden elaborierten Konzepte des lebensweltlichen und systemischen Ansatzes denke oder an das sozialpädagogische Paradigma des „Empowerment“, an die Ablösung des defizitorientierten durch den ressourcenorientierten Ansatz. Dieses bewährte Analyse- und Methodenrepertoire gilt es in die formale Logik von geeigneten Managementkonzepten einzupassen.
- Statt der Entwicklung von standardisierten Standards sollte man – auf Grund des spezifischen Gegenstandsbereiches der Sozialen Arbeit – eher Regeln für die Institutionalisierung der Suchbewegung entwickeln (Manderscheid, Strunk). Anlehnen könnte man sich an – in der Wirtschaft entwickelte – Modelle „lernender Organisation“ (vgl. Tagung der DGS 1997, Blätter der Wohlfahrtspflege 9/97).

- Die Fachpolitik darf sich nicht in die Sackgasse des rein monetären kurzfristigen Wirtschaftlichkeitsnachweises treiben lassen. Ähnlich wie Umweltexperten inzwischen die „externen“ Kosten des Verbrauchs an natürlichen Ressourcen und die langfristigen – auch monetären – Folgekosten für die Gemeinschaft aufführen, müßte sich innerhalb der Disziplin ein Fach Sozialwirtschaft entwickeln, das die tatsächliche „Wohlfahrtsproduktion“ zu berechnen in der Lage ist. So müßte man stringent nachweisen können, welchen sozial- und volkswirtschaftlichen Schaden - z.B. in Form von Verfall von „Humanvermögen“ - kurz-sichtige Sparmaßnahmen anrichten. Voraussetzung dafür ist allerdings auch die Verbreitung entsprechender Evaluationsverfahren im Berufsfeld.
- Dabei sollte auch die normative Ebene gegenüber der technisch-operativen wieder mehr ins Spiel gebracht werden. Die Fachöffentlichkeit sollte wieder stärker nach dem „Was“ der sozialen Arbeit fragen und nicht nur nach dem „Wie“ (Thiersch 1997, S. 151). Hierbei kann an gute alte Traditionen angeknüpft werden – wie Silvia Staub-Bernasconi u.a. gezeigt hat – sei es, daß man an dem Berufsethos der amerikanischen Settlementbewegung anknüpft (Jane Addams, John Dewey usw.) oder an die soziale Reformbewegung der 20er-Jahre in Deutschland (Alice Salomon, Ilse Arlt, Berta Pappenheim usw.). Die Gründungsmütter und -väter der Sozialen Arbeit haben allesamt in erster Linie die Perspektive der sozial Benachteiligten und Ausgegrenzten eingenommen und ihre Subjekthaftigkeit als Ko-Produzenten der Sozialen Arbeit betont. Gleichzeitig kann prospektiv an der weltweiten Entwicklung der Sozialen Arbeit als einer „Menschenrechtsprofession“ angeknüpft werden (International Federation of Social Workers – IFSW/ International Association of Schools of Social Work – IASSW; vgl. Bernasconi 1995, S.81). Im Zeitalter des angeblichen Endes der Ideologien gewinnen die von den UNO gesetzten Menschenrechte eine immer größere Bedeutung als Legitimationsgrundlage.
- Die aus den Sozialen Bewegungen hervorgegangene professionelle Soziale Arbeit sollte sich wieder stärker auf diesen Ursprung, von dem sie sich in weiten Teilen entfernt hat, zurückbesinnen. Gemeint ist hier nicht nur die Mobilisierung des bürgerschaftlichen Engagements, für das auch professionelle Infrastrukturen bereitgestellt werden müssen. Gemeint ist v.a. die Rückbindung der Arbeit an diejenigen, mit denen gearbeitet werden soll. Die Dienstleistungsorientierung kann als ein Schritt in diese Richtung genutzt werden, aber sie reicht noch nicht aus, um mehr

Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen. Bei den weniger „souveränen“ Kunden führt die Entwicklung ohnehin eher vom Bedarfsprinzip weg – wie ich zu zeigen versucht habe. Hier ist nicht nur an regelmäßige Befragungen zu denken – was die Prozeß- und Ergebnisqualität betrifft – sondern auch an Beteiligungsformen, die kollektivere Formen haben und schon am Organisationsplanungsprozeß ansetzen – wie Nutzer-Beiräte, in denen auch Vertreter von Selbstorganisationen mitwirken können (vgl. Kulbach 1998, S.447). Mehr „Partizipation“ wirkt sich nicht nur auf eine Verbesserung der Effektivität aus, sondern führt auch zum Aufbau einer Interessenlobby von Klientengruppen, die sich gemeinsam mit den Fachkräften in die sozialpolitische Arena begeben können. Ohne die Mobilisierung der Betroffenen wiegt die Stimme der Professionellen wenig.

Zum Schluß möchte ich noch einmal auf das Ausgangsszenario zu sprechen kommen. Dort war von der Einschränkung des sozialpolitischen Handlungsspielraumes durch die Globalisierung und Europäisierung die Rede. Zwar sehen die Optimisten im europäischen Wählervotum für die sozialdemokratische Regierungsbeteiligung Ende der 90er-Jahre eine Trendwende, aber bisher ist es auch den sozialdemokratischen Regierungen nicht gelungen, sich den Sachzwängen des international operierenden Kapitals zu widersetzen. Erst eine Zähmung des „Casinokapitalismus“ durch eine europäische Finanzordnung und die Institutionalisierung sozialer Standards in Europa auf einem möglichst hohen Niveau vermöchte hier konsequente Abhilfe schaffen. Die Expertenkulturen des Sozialen sowie die Berufsverbände sollten sich noch stärker als bisher europaweit vernetzen und sich dafür einsetzen, daß sich nach der wirtschaftlichen Einigung auch die Konturen eines sozial verträglichen Europas abzuzeichnen beginnen.

Literatur

Basara, H. 1996: Die moderne Sozialverwaltung. Probleme, Konflikte und Erfahrungen. Modernisierung kommunaler Sozialverwaltungen. Vervielf. Manuskript (Deutsches Institut für Urbanistik, DIFU)

Boessenecker, K.-H. 1999: Marktorientierung in der sozialen Arbeit ohne Alternative ? In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit (2), 43 ff

Heitmeyer, W. 1997: Auf dem Weg in deine desintegrierte Gesellschaft. In: Ders. (Hg.) Was treibt die Gesellschaft auseinander. Frankfurt/ M, 9 ff

Kleve, H. 1997: Soziale Arbeit zwischen Inklusion und Exklusion. In: neue praxis (5), 412 ff

Kulbach, R. 1998: Strategien für eine adressatenbezogene Qualitätspolitik – zum Stand der fachtheoretischen Diskussion. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit (12), 443 ff

Mainhold, M. 1998 (3. Aufl.): Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement in der Sozialen Arbeit. Freiburg im Breisgau

Manderscheid, H. 1998: Solidarität stiften statt Fürsorge organisieren. In: Blätter der Wohlfahrtspflege (11/12), 238 ff

Staub-Bernasconi, S. 1995: Das fachliche Selbstverständnis der sozialen Arbeit – Wege aus der Bescheidenheit. Soziale Arbeit als „Human Rights Profession“. In: *Wendt, W. R.* (Hg.): Soziale Arbeit im Wandel ihres Selbstverständnisses. Beruf und Identität. Freiburg im Breisgau, 57 ff

Strunk, A. 1997: Von der fehlerlosen zur fehlerbewußten Organisation. In: Blätter der Wohlfahrtspflege (9); 184 ff

Thiersch, H. 1997: Gerechtigkeit und Effektivität. In: Blätter der Wohlfahrtspflege (7/8), 151 ff

Wilken, U. 1998: Faszination und Elend der Ökonomisierung des Sozialen. In: Blätter der Wohlfahrtspflege (11/12), 226 ff

Wittenius, U. 1998: Systemwechsel in der sozialen Arbeit. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit (9), 395 ff

Seitenwechsel – Chancen und Risiken von Grenzüberschreibungen zwischen Wirtschaft und Sozialer Arbeit ¹

Silvia Staub-Bernasconi

Vor nicht allzu langer Zeit waren Psychologie, Psychotherapie und Psychoanalyse eines der zentralen konzeptuellen Bezugssysteme der Sozialen Arbeit. Umso erstaunter war ich, bei der Aufarbeitung der professionellen Anfänge Sozialer Arbeit vor rund 100 Jahren fast ausschliesslich auf sozialwissenschaftlich orientierte Ökonominnen und Ökonomen zu stossen. Die einen fragten nach der Wirtschaftlichkeit der Klientel und sprachen vom Versagen in der Erwerbs-, Konsum- und Investitionsrolle. Die anderen fragten nach den Bedingungen und Folgen von unerfüllten und – infolge Mangels an Ressourcen – unerfüllbaren Bedürfnissen und menschengerechten Gesellschaftsstrukturen. Zu diesen TheoretikerInnen gehört die Österreicherin Ilse Arlt, Gründerin der ersten Schule für Soziale Arbeit in Wien (Vereinigte Kurse für Volkspflege), die u. a. bei den Sozialpolitikern Philippovich in Wien und Mischler in Graz Vorlesungen besuchte und die Grundlagen für eine bedürfnistheoretisch begründete „Fürsorgewissenschaft“ legte (1958); dazu gehören Christian-Jasper Klunker (1918) vom Lehrstuhl bzw. Fürsorgeseminar an der Universität Frankfurt und sein Schüler Hans Scherpner sowie Alice Salomon, Schulgründerin in Berlin, die bei Gustav Schmoller studierte, eine Dissertation über „Die Ursachen der ungleichen Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit“ (1906) und eine „Einführung in die Volkswirtschaftslehre“ (1909, mit 8 Auflagen) für angehende Sozialarbeiterinnen schrieb. Dazu gehören aber auch Florence Kelley und Jane Addams, die sich eingehend mit den Theorien von Karl Marx auseinandersetzten (Kelley übersetzte Lenin teilweise ins Amerikanische), um sich für demokratische und professionelle, d.h. fachpolitisch durchgesetzte Sozialreformen zu entscheiden. Dazu kommen die Arbeiten von Edith Abbott, Mitarbeiterin von Hull House, und Elizabeth Wickenden, die beide vom Engländer Thomas Marshall in seinem wichtigen Beitrag „Bürgerrechte und soziale Klassen“ (1992/1981) im Zusammenhang mit der Diskussion um Wohlfahrtsrechte Beachtung gefunden haben.

Wie es zur Auseinanderentwicklung von Ökonomie und Sozialer Arbeit kam, wäre eine eigene Geschichte. Man müsste dabei u. a. von einem Weltverlust der Sozialarbeitenden durch die Übernahme der Hilfs- und Binnen-

rolle gegenüber den etablierten Professionen wie Medizin, Psychiatrie und Psychologie sprechen. Tatsache ist, dass diese Trennung ihren Höhepunkt in den Jahren der Hochkonjunktur und des parallelen Ausbaus des Wohlfahrtsstaates erreichte, wo Soziale Arbeit fast ausschliesslich identisch mit therapeutisch orientierter Beratungsarbeit war und sich vor allem kaum Fragen über die Herkunft ihrer ökonomischen Ressourcen zu stellen hatte. Diese Situation hat sich in den letzten Jahren wahrhaftig drastisch verändert. Die neuen Forderungen nach wirtschaftlicher Effizienz und Wirksamkeit treffen die Soziale Arbeit relativ unvorbereitet. Dies führt u. a. dazu, dass sich die professionellen Klagen und Forderungen nach Unterstützung im engen und weiten Sinn nach wie vor fast ausschliesslich an die Politik und den Sozialstaat wenden. Aber von dorthier kommt seit den 80er-Jahren immer die gleiche Antwort: die Staatskassen sind leer. Allerdings muss man hinzufügen, dass es sich um eine künstliche, politisch gewollte Knappheit handelt, und so die Globalisierungsdebatte innenpolitisch den Um- und Abbau des Sozialstaates legitimieren muss (Mahnkopf 1998). So wird die Soziale Arbeit wieder etwas lernen müssen, was in ihren professionellen Anfängen die Regel war, nämlich dass die Wirtschaft Problemverursacherin ist und deshalb Sozialökonomie zu ihrem Bezugswissen gehört, aber auch dass die Wirtschaftsführer als Problemlöser angesprochen und soweit als möglich in die Pflicht genommen werden sollen.

Eine praktische Konkretisierung dieser Forderung soll am Projektbeispiel „Seitenwechsel“ aufgezeigt werden. Es ist an der Nahtstelle zwischen Profit- und Non-Profit-Organisationen, zwischen Wirtschaft und Sozialwesen angesiedelt und hat sich zum Ziel gesetzt, Begegnungen zwischen Menschen aus Profit- und Nonprofit-Organisationen zu gestalten und wissenschaftlich zu begleiten. Nach der Darstellung des Projektes sollen die beidseitigen Lernchancen charakterisiert werden. In einem letzten Teil geht es darum, der allgegenwärtigen Forderung nach Wirtschaftlichkeit der Sozialen Arbeit die Forderung nach Sozialverträglichkeit der Wirtschaft gegenüberzustellen.

I. „Seitenwechsel“ als wissenschaftlich evaluiertes Projekt²

Seitenwechsel vermittelt Führungskräften von wirtschaftlichen Profit-Unternehmen Einsatzprogramme in sozialen Einrichtungen und bietet ihnen damit praktische Erfahrungs- und Lernfelder. Ziel ist die Ermöglichung und Förderung der Auseinandersetzung mit sozialen Problemen aus der Sicht der direkt Betroffenen sowie der Professionellen im Bereich des

Sozialwesens. „Eine Woche lang sollen die beruflichen ‚Aufsteiger‘ aus der Wirtschaft mit den sozialen ‚Absteigern‘ am Rande der Gesellschaft in Berührung kommen.“ (Pressespiegel: Basellandschaftliche Zeitung 12.8.96).

(1) Ziele aus der Perspektive der Kaderleute aus Organisationen der Wirtschaft:

Bis heute haben mehrere hundert Kaderleute das Projekt durchlaufen. Der erste Partner war eine der grössten Schweizer Banken: „SeitenWechsel“ ist dort in ein 16monatiges „Management Development Program“ mit fünf 4-tägigen Seminarblöcken und einer Woche „Seitenwechsel“ – eingebettet in je ein eintägiges Vorbereitungs- und Auswertungsseminar –, das die jungen Vizedirektoren und Direktoren durchlaufen. Den Einstieg in das Projekt begründete die Bank wie folgt: „Wir bekennen uns in unseren personalpolitischen Grundsätzen dazu, Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrzunehmen. Damit dieser Grundsatz auch lebt, sollen die zukünftigen Entscheidungsträger rechtzeitig auf die Problematik sozial Schwächerer sensibilisiert werden.“ In neuerer Zeit kamen die Migros, die Winterthur-Versicherungen u.a. hinzu.

Das Projekt SeitenWechsel aus der Sicht des Schweizerischen Bankvereins (nach der Fusion: UBS): „Wir alle kennen die Klischees unserem eigenen Berufsstand gegenüber. Der typische Bänkler ist ‚emotionslos, karrierebewusst, geht notfalls über Leichen, hat nur Zahlen und Profit im Kopf.‘ Auch wir können so unsere Vorstellungen von anderen Berufsgruppen haben: Die typische Sozialarbeiterin ist ‚gefühlvoll, geht auf ihre Mitmenschen ein, schuftet für einen schlechten Lohn.‘ Vorurteile zu widerlegen, eigene Werte und Verhaltensmuster neu zu positionieren ist das Ziel des von der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft getragenen Projektes ‚SeitenWechsel‘. Der Bankverein ist das erste Unternehmen, das seinen Managern den einwöchigen SeitenWechsel bei einer sozialen Institution ermöglicht.“ (In: Die drei Schlüssel, Heft 6, 1996:2).

Aus der Sicht der Winterthur-Versicherungen ist es ein Personalentwicklungsinstrument: „... weil die Wirtschaft Führungskräfte mit Fachkompetenz und Sozialkompetenz braucht, ist SeitenWechsel ein Angebot der Zukunft.“

Und der neue Präsident der Verwaltungsdelegation des Migros-Genossenschafts-Bundes qualifiziert den „Seitenwechsel“ als eine der besten Führungsausbildungen (Handelszeitung, 20.2.1997).

(2) Ziele aus der Perspektive der AdressatInnen der Sozialen Arbeit, SozialarbeiterInnen und Führungskräfte aus Organisationen des Sozialwesens.

Mittlerweile sind über hundert soziale Einrichtungen am Projekt beteiligt. Die Arbeitsfelder beziehen sich auf Erwerbslose, geistig Behinderte, psychisch Kranke, Strafgefangene, Drogenabhängige und Aidskranke, Asylbewerber, Betagte in Heimen, Jugendliche im Strafvollzug usw. Die Sozialtätigen treten nicht als Bittsteller auf, sondern als Lehrende mit Berufskompetenzen.

„Viele Verantwortliche aus Nonprofit-Organisationen haben die Zeichen der Zeit erkannt und hoffen, durch die Begegnung mit Verantwortlichen aus Profitunternehmen, die ebenfalls zur Rationalisierung gezwungen sind, neue Gesprächspartner und neue Impulse zu erhalten. ... (wir brauchen) eine breitere Abstützung der sozialen Verantwortung, denn die gesellschaftliche Situation geht uns alle etwas an.“ (Lucie Hauser, Projektleiterin, Informationsblatt „Seitenwechsel“ 2/1996)

„Manager lernen die Grenzen wirtschaftlichen Denkens kennen, und sozial Tätige erkennen die Chancen des wirtschaftlichen Denkens.“ (Cash 4.4.96)

Erste Evaluationsergebnisse – ausgewählte Aussagen

Die Ergebnisse stammen u.a. aus den Tagebüchern, die von den TeilnehmerInnen geführt werden müssen, und in denen auf bestimmte Fragestellungen eingegangen werden soll. Die an die Kaderleute gerichteten Evaluationsfragen beziehen sich

- auf die persönliche Erfahrung und die Deutung dieser Erfahrung,
- auf die Frage, ob sie Transfermöglichkeiten in die Arbeitswelt erkennen und
- auf die Frage, ob sie aufgrund dieser Erfahrung Veränderungen in ihrem beruflichen und/oder privaten Umfeld planen?

(1) Aussagen von TeilnehmerInnen aus der Wirtschaft:

„Es war neben Heirat und Geburt meines Kindes das dritt wichtigste Ereignis in meinem Leben.“

„Ich weiss nicht, ob ich ein Leben lang auf einer Bank arbeiten will.“

„Richtig zuhören; die Schwächsten bringen manchmal die stärksten Ideen, weil sie empfindlicher sind.“

„Das Entwickeln von Strategien in Situationen drängender existenzieller Betroffenheit bei grosser Mittelknappheit ist eine grosse Herausforderung“.

„Man sieht, was alles aus der Schicki-Micki-Hülle herausfällt oder darin keinen Platz hat. ... hier muss jeder durch, das ist ein Durchgang, ein Fenster ...“

„Sozialarbeiter sind gar nicht so weichherzige, nachgiebige Pulloverfritzen, sondern kompetente Chaos-Manager, die auch in schwierigen Situationen die Nerven nicht verlieren.“

Nach einem Einsatz in einem Gefängnis:

„Die Verwaltung des Gefängnisses ist extrem gut strukturiert. Ich habe einen ganzen Nachmittag mit ... dem Leiter des Gefängnisses über seinen Führungsstil diskutiert. Es ist augenfällig, dass das Team ... gerne zusammenarbeitet. In einer Institution, die von ihrer Funktion her streng hierarchisch strukturiert ist, ist es eine Leistung, solch einen Team-Gedanken zustande zu bringen. Es hat mich interessiert, wie er das macht. Wir korrespondieren heute noch miteinander.“ Die Atmosphäre in einem Gefängnis ist sehr erdrückend. „Man ist in der Öffentlichkeit sehr schnell der Meinung, ein Urteil sei zu mild. Heute weiss ich, was es heisst, wenn man jemanden für zwei Jahre einsperrt.“ (Bericht in der Hauszeitung „Die drei Schlüssel“, 6, 1996:6-7)

Nach einem Einsatz in einem Asylbewerberheim:

„Man hatte mich zwar vorbereitet, was dieser Seitenwechsel – eine Woche als Fremder im eigenen Land – heisst: Kollektivunterkunft, null Privatsphäre, Wände wie Karton, Sprachengewirr, unmöglich, mit den Mitbewohnern verbal zu kommunizieren. ... Diese Fremden standen nun also vor mir im Zimmer, musterten mich, redeten wild durcheinander, luden mich zum Essen ein. Weisses Reis, frittierte Sardinen, braune Sauce – in einem Teller, der nicht mir gehörte. Ich hoffte, dass er sauber war, unterdrückte ein Würgen und ass tapfer. Erstaunlich: Es schmeckte ausgezeichnet. ...“

„ ‚Asylant‘ war für mich ein abstrakter Begriff gewesen. Dahinter sah ich nicht primär Menschen, sondern ein Migrationsproblem, das niemand in den Griff kriegt ... Anderntags gingen wir trotz kaltem Wind ins Freie spielen. Mein Aufruf, warme Kleider anzuziehen, entpuppte sich als zynisch. Sie hatten keine. ... Ich wollte ... Vorurteile abbauen, wollte die Woche

möglichst emotionslos erleben. Ich schaffte nur das erste. Bin ich doch noch immer eng verbunden mit den Menschen, die ich dort kennenlernte. Ich weiss jetzt, was Zukunftsangst, Ohnmacht und Hilflosigkeit heisst, sehe die Asylproblematik mit anderen Augen. Ich bin froh, dass ich nicht über das Schicksal von Menschen entscheiden muss. Etwas ist mir ganz klar geworden: Es gibt unzählige Menschen, die es verdienen, irgendwo auf dieser Welt ein neues Leben anfangen zu können. Auch in der Schweiz.“ (Kronenberg 1996). Ferner: „Ich war vorher ein Befürworter einer rigorosen Ausländerpolitik. Jetzt sehe ich die Probleme differenzierter. Ich habe auch viel mehr Verständnis für die Behörden, die über die Schicksale dieser Ausländer entscheiden müssen“ (Tagblatt der Stadt Zürich, 3.4.96).

Nach einem Einsatz in einem Heim für Behinderte:

„Man stellt sich als effizienzorientierter Mensch nicht vor, was es nur schon heisst, mit einem behinderten Pensionär in der Migros einkaufen zu gehen, ... Behinderten beim Ankleiden, beim Rasieren zu helfen. ...“ (St. Galler Tagblatt 4.4.96).

Nach einem Einsatz in einer Gassenküche:

„Wir haben die Tendenz, im Glashaus zu leben und ausschliesslich mit Gleichgesinnten Kontakt zu pflegen. ... Ein Schicksalsschlag genügt manchmal, um die Seite unfreiwillig zu wechseln. Die Haltung von Mitarbeitern und Gästen in der Gassenküche ist eine andere: Ich wurde kaum nach der Herkunft gefragt. Diplome spielen keine Rolle. Das einzige, was zählt, ist Dein Engagement. Ich bewundere die Sozialarbeiter: für einen Hungerlohn leisten sie einen manchmal risikoreichen Dienst an der Gesellschaft. Nach dem Einsatz habe ich mich entschieden: Ich werde im Raum Luzern ebenfalls sozial aktiv – einen Zugang zum Glashaus öffnen“ (St. Galler Tagblatt 4.4.1996).

Neun Zehntel der TeilnehmerInnen möchten ihren Einsatz wiederholen, da eine Woche zu kurz sei. Zwei Drittel setzen den Kontakt zu „ihrer“ Organisation fort. Etliche sind erstaunt über die Komplexität der Probleme, welche die Sozialtätigen in ihrem Alltag zu lösen haben. Diese sei im Vergleich zu ihrer Arbeit auf der Bank usw. viel höher. Ein Drittel der beteiligten Kaderleute betrachten „das Engagement der Wirtschaft an der Lösung sozialer Probleme“ als wichtigstes Ziel; an zweiter Stelle steht „die persönliche Erfahrung“. Ein eidgenössisch diplomierter Finanzanalytiker und Vermögensverwalter begann nach eingehender Laufbahnberatung und einer Anstellung in einer Arbeitserziehungsanstalt ein Studium in Sozialer Arbeit (Müller 1997).

(2) Aussagen von SozialarbeiterInnen:

„Die Bankfachleute sind hervorragend ausgewählt und ausgebildet. Wir würden sie am liebsten behalten.“

Betriebsleiterin im Behindertenheim:

„Erst haben die Herren etwas Schwellenangst gezeigt, dann passten sie sich jedoch sehr flexibel an das Leben im Heim an und arbeiteten fünf Tage voll mit. ... im Gegenzug (bekam) ich von den Bankern interessante Anregungen, wie man den Betrieb effizienter gestalten könnte. Vieles kann ich nicht umsetzen, weil das Geld fehlt.“ Die 23jährige Sozialarbeiterin erfuhr aber auch, dass sie ihre Arbeit selbst aus der Sicht von Spitzenkräften gut macht. „Ich habe viel Selbstvertrauen gewonnen“ (Cash 4.4.96).

Mitarbeiterin der Asylorganisation:

„250 jugendliche Asylsuchende haben vom Fachwissen verschiedener Banker profitiert: Die Manager halfen uns unter anderem, Liegenschaften zu suchen, Schulungsunterlagen zusammenzustellen und den internationalen Kapitalfluss zu verstehen. Jugendliche, die ins Erwerbsleben einzutreten versuchen, wurden in praktischen Rollenspielen auf Vorstellungsgespräche vorbereitet. Die Banker lehrten sie, bei Bewerbungen ‚nicht auf die Tränendrüsen zu drücken, sondern sich zu verkaufen. ... Die Tatsache, dass Kaderleute da waren für sie, stärkte ihr Selbstwertgefühl“ (St. Galler Tagblatt 4.4.96).

An erster Stelle steht für alle die „Verbesserung des Image“ der Sozialen Arbeit. Und diese Verbesserung erfolgt vor allem über die Feststellung der Führungskräfte, wie ausserordentlich komplex sozialarbeiterische Tätigkeiten seien: „Ich habe Achtung gelernt vor diesen Leuten, die diese Sachen organisieren, bewerkstelligen und betreuen. Man unterschätzt dies und ihre Arbeit.“ Zudem wird betont, man sehe nun, welch wichtige, unverzichtbare Funktion die sozialen Einrichtungen hätten.

Wichtig ist den Sozialtätigen auch das Lernen von Effizienz und der Transfer von Know-how.

Nach den ersten Einsätzen entstand die Forderung seitens der Sozialtätigen, nun ihrerseits einen vergleichbaren Einsatz in den verschiedenen Wirtschaftsunternehmen absolvieren zu können. Dies wurde mittlerweile verwirklicht.

Wozu soll dies alles nun aber gut sein? Kritische Rückfragen eines Journalisten

Das Projekt wurde im April 96 an einer Pressekonferenz vorgestellt. Neben zahlreichen positiven Berichterstattungen gab es auch Journalisten, die es genauer wissen wollten. Einer begleitete einen Einsatz in einer Drogenstation. Neben reisserischen Titeln wie „Kein Spaziergang durch den Sozial-Zoo“ oder „Wenn Bankdirektoren Heroin abgeben“ stellte er dem Projektverantwortlichen des Unternehmens folgende Fragen (Basellandschaftliche Zeitung 17.8.96):

- Ist das der neueste Gag, um das soziale Image der Banken (der Wirtschaft) aufzupolieren?
- Was für ein Interesse hat eine Bank daran, dass ihre Mitarbeiter ein soziales Herz haben? Sollen sie nicht für möglichst viel Profit sorgen?
- Warum soll ein Bankier sein „Muster“ der Wahrnehmung verändern?
- Und Sie glauben also, dass eine Woche – etwa in einer Drogenabgabestelle – genüge, um die soziale Kompetenz eines Bänklers zu erhöhen, der die übrigen rund 2400 Arbeitswochen seiner Karriere in der klimatisierten Sicherheit einer Bank verbringt?

Der Projektleiter der engagierten Schweizerischen Bank war um eine Antwort nicht verlegen: „Aufpolieren wollen wir nichts. Wir wollen unser Kader dazu bringen, gesellschaftspolitische Fragen deutlicher wahrzunehmen. Ein Bankier hat sehr viel mit seinesgleichen oder mit Grosskunden zu tun; der übrigen Gesellschaft begegnet er allenfalls am Schalter. ... (Es) gilt, jene Mischung zu finden, die zum einen sozialen Kriterien genügt, andererseits aber auch das Überleben des Unternehmens als Ganzes nicht in Frage stellt“ (Basellandschaftliche Zeitung 17.8.96).

In einer *Nachuntersuchung über Langzeitwirkungen* konnte man folgendes feststellen: Man kann grob zwischen kritischen Optimisten und kritischen Skeptikern unterscheiden, wobei die Skepsis bei der zweiten Gruppe nicht zu einer negativen Bewertung des Seitenwechsels führt. Es werden vielmehr Verbesserungsvorschläge für das Projekt gemacht und Forderungen an die Unternehmung gerichtet. Die skeptische Haltung tritt überdies vor allem bei denjenigen Unternehmensmitgliedern auf, die eine Fusion hinter sich haben.

Eine interessante Verschiebung ergibt sich im zeitbezogenen Vergleich von Journaleinträgen: In der Phase 1995 bis 1996 standen vor allem der Erlebnisaspekt, der Gewinn an persönlicher Erfahrung, die Image-

verbesserung und der Know-how-Transfer an soziale Einrichtungen an oberster Stelle. In der Phase 1997 bis 1998 werden die Aspekte „soziale Mitverantwortung, Abkehr von reiner Rentabilität“ sowie „sozialer Nutzen für den Betrieb“ stärker gewichtet (Meier 1998).

Zusammenfassend lässt sich festhalten:

SeitenWechsel hat es mit zwei sehr verschiedenen Betriebssphären und -kulturen zu tun. Die Banken gehören – wenn auch mittlerweile teilweise angefochten – zum Prestigesektor der Gesellschaft. Die sozialen Organisationen sind mit immer grösseren Problemen bei gleichzeitigem Rückgang der dazu erforderlichen Ressourcen konfrontiert: „SeitenWechsel ‚wirkt‘ in dieser Schere und ermöglicht ein wichtiges persönliches Erlebnis, aber auch ein Stück Mitarbeit an einer Utopie. Längerfristig soll SeitenWechsel die Mitarbeit der Wirtschaft an der Lösung der sozialen Probleme fördern“ (Meier, Infobulletin 2/1996:4).

SeitenWechsel ist überdies ein Projekt, das – vor allem im Hinblick auf die Umsetzung der Lernerfahrung im Unternehmen – auf Langzeitwirkungen hin angelegt ist. In dieser Hinsicht ist die sich abzeichnende Verschiebung des Interesses von der „persönlichen Bereicherung“ zum „sozialen Nutzen für den Betrieb“ interessant. Dies heisst noch keineswegs, dass die von der Bank selber formulierten Ziele der „Verantwortung gegenüber der Gesellschaft“ (vgl. oben) erfüllt sind. Es heisst höchstens, dass sich möglicherweise langsam auch innerhalb der Unternehmen ein sozialkritisches Potenzial bildet, das in bestimmten Situationen bedeutsam werden könnte. So wird seitens der Projektleitung beispielsweise die Konzeption eines „Soziallabels“ erwogen (vgl. später). Aus diesem Grund ist es sinnvoll, sich über weitere potenzielle Lernchancen und -risiken Gedanken zu machen.

II. Lernchancen und Risiken eines „Seitenwechsels“

Wenn Seitenwechsel – langfristig betrachtet – zwischen Sozialer Arbeit und Wirtschaft wirklich mehr sein soll als eine neue originelle Form von Sozialtourismus oder Ersatz für Manager-Abenteuerwochen in Wald, Eis, Schnee oder Wüste, dann wäre folgendes zu bedenken:

Mit Recht wird beidseits immer wieder darauf hingewiesen, dass es viele Hindernisse gibt, die anderen als Mitmenschen und MitbürgerInnen anzuerkennen. Man bewegt sich in getrennten kulturellen, sozialen und geographischen Räumen, ist sich kaum bewusst, dass damit grosse Macht-

gefälle verknüpft sind und kennt noch weniger die Regeln und Gesetzmässigkeiten, die den je eigenen Alltag, das Denken, Reden und Handeln bestimmen. So werden die anderen zu Fremden, Projektionen der Furcht, Entwertung oder Verachtung. Wenn wir aber bereit sind, die Grenzen des eigenen Raumes zu überschreiten, zuzuhören und nachzudenken, „dann erzählt uns die computerbetriebene Anlage von Asiatinnen, die an einem weit entfernten Fliessband ihre Augen übermässig beanspruchen; das Feinschmecker-Essen ... spricht von eingewanderten Arbeitern, die in einer brütend heissen Küche Gemüse schneiden; das Apartment-Hochhaus erzählt uns von Todesgefahr in schwindelnder Höhe; und alles spricht von der angespannten Einsamkeit des Fernfahrers, der lange Strecken fährt“, um uns die Gegegenstände des Alltags zuzuführen. All diese Gebrauchsgegenstände oder Konsumgüter können so auf zweifache Art gelesen werden, zum einen als Symbole für Statusunterschiede, unterschiedlichen Reichtum und je nachdem auch Arroganz ihrer Besitzer, zum andern als eingefrorene Mühsal unsichtbarer anderer (Ehrenreich 1992:167, 266).

So lassen Sie mich ein paar Chancen und Risiken aufzeigen, die mit einer Grenzüberschreitung zwischen Wirtschaft und Sozialer Arbeit verknüpft sein können.

Lernchancen eines Seitenwechsels aus der Sicht Sozialer Arbeit

Zu denken ist an Folgendes:

- Für die Soziale Arbeit ist es zunächst eine Chance, ihr Bild des nur profitorientierten Managers zu korrigieren und Vorstellungen von professioneller Qualität, Wirksamkeit und Effizienz zu präzisieren.
- Im weitern ist es die Chance, die diesem mehrheitlich von Frauen ausgeübten Beruf zugeordnete Binnenrolle in der direkten Arbeit mit KlientInnen zunächst einmal mental zu verlassen und sich die Frage zu stellen, unter welchen Bedingungen man bereit wäre, eine positiv besetzte, machtbezogene Aussenrolle – auch im Sinne einer Aufstiegschance – zu übernehmen. Sie hat nicht mehr nur sorglos oder sorgenvoll auf das zu warten, was der Ernährer Staat an Subventionen bereithält, sondern hat die Verantwortung für Belange der Produktivität und der damit verknüpften unternehmenspolitischen Aktivitäten.
- Dazu kommt die Chance der Überwindung des ökonomischen Analphabetismus, das heisst die Aneignung von Wissen darüber, woher das Geld kommt, welchen sozioökonomischen Gesetzmässigkeiten es unterworfen ist, wie es von wem nach welchen privatwirtschaftlichen wie sozialpolitischen Regeln verteilt wird bzw. werden soll und wie es

zu beschaffen und zu verwalten ist.

- Eine weitere Lernchance ergibt sich dadurch, dass die Sozialtätigen realisieren, dass sie sich angewöhnt haben, ihre Forderungen nur an die Politik und den Staat und nicht mehr, wie zu Beginn ihrer Professionalisierung vor hundert Jahren, auch an die Wirtschaft zu richten.

Risiken eines Seitenwechsels aus der Sicht der Sozialen Arbeit?

Ein Seitenwechsel birgt aber auch Risiken, so u.a.:

- Chancen, Einblicke in die Soziale Arbeit können auch zu Risiken werden: Sie führen oft zu kritischen Rückfragen an die Wirksamkeit und Qualität Sozialer Arbeit oder gar der Aufdeckung von unwirksamer Hilfe, oder im negativsten Fall zur Einleitung professionell nicht legitimierbarer Sparmassnahmen.
- Aus der Sicht sozialstaatlich orientierter Kreise der Sozialen Arbeit werden Sozialarbeitende, die sich einem Dialog mit Fachleuten aus der Wirtschaft stellen, beargwöhnt und streng daraufhin beobachtet, ab wann sie von der Gegenseite kooptiert und mithin zu Verrätern werden.
- In einem vergleichbaren Sinn begegnet man Managementlehrgängen von feministischer Seite her immer noch mit grosser Skepsis: Inwiefern dienen all die gelehrten und eingeübten Denkweisen und Instrumente nur der Konsolidierung und Expansion von Männerherrschaft, so dass man als Frau, die an der Umgestaltung des Geschlechterverhältnisses interessiert ist, das Risiko eingeht, ebenfalls zur Verräterin an diesem Ziel zu werden?
- Und wie gross ist schliesslich das Risiko, dass Bestrebungen ausgelöst und verstärkt werden, die kritisierte staatliche *Verwaltung* sozialer Probleme zum effizienten *Management* sozialer Probleme umzufunktionieren, das alle Risikoklienten abstösst und die pflegeleichte, zahlungsfähige Klientel abrahmt („creaming the poor“) und die Billiglohn- und Ehrenamtsarbeit den Frauen zuweist?

Lernchancen eines Seitenwechsels aus der Sicht der Wirtschaft

Aus der Perspektive der Wirtschaftskader lässt sich auf Folgendes verweisen:

- Es ist zunächst die von den ProjektleiterInnen erwähnte Chance eines korrigierten Bildes derjenigen, die man sich als „schlechte – im Unterschied zur guten – Gesellschaft“ vorstellt: gemeint ist die Zurückdrängung der moralischen Verurteilung, des Unverständnisses

wie des Nichtwissens durch die Fragen nach dem Warum und Wohin von gescheiterten Lebensläufen, aber auch nach den fehlenden wie erforderlichen Ressourcen, die allenfalls zu einem neuen Gelingen beitragen könnten.

- Der von den Wirtschaftsleuten oftmals erwähnte „Hungerlohn“ von Sozialarbeitenden könnte dazu führen, das betriebswirtschaftliche Problem des Zusammenhanges zwischen intrinsischer und extrinsischer Motivation zu überdenken. Kleine Nebenfrage: Wie müsste man den Minimallohn der Wirtschaft oder den Sozialhilfebetrag bezeichnen, wenn schon ein Sozialarbeiterlohn ein Hungerlohn ist?
- Dazu kommt auch hier die Chance der Überwindung eines bestimmten Typus von Analphabetismus, diesmal des sozialen Analphabetismus. Dazu gehört als erstes die Verabschiedung der in der Wirtschaftssprache beliebten physikalischen und biologischen Metaphern für soziale Sachverhalte oder der beliebten sexuell-erotischen Bilder wie „Hochzeiten“ zwischen „reizvollen“ Wirtschaftsgiganten, die, bewusst oder nicht, den enormen, für Angestellte wie Regierungen unkontrollierbaren Machtgewinn bis zur Unkenntlichkeit verharmlosen.
- Im weitem müsste im Rahmen dieses Austausches die Erkenntnis dazukommen, dass das „Soziale“ keine Unterabteilung oder gar eine Restkategorie des Ökonomischen ist, sondern Oberbegriff für ökonomische, politische, familiäre wie bildungsbezogene Strukturen und Prozesse. Entsprechend sind die Begriffe Markt, Produktionsfaktoren, unsichtbare Hand, Konsum, Nutzen-Kosten, Gewinn, Kunden usw. im Rahmen bestimmter ökonomischer Theorien Begriffe, die ihrer sozialen Dimension beraubt wurden. So ist „Markt“ ein Unterbegriff für den allgemeineren Begriff des zwischenmenschlichen Austausches, „Produktionsfaktoren“ ein ökonomisch verkürzter Begriff für menschliche Denk- und Arbeitsleistungen sowie materielle Ressourcen, „unsichtbare Hand“ ein Begriff sowohl für unbeabsichtigte und unerwartete Wirkungen der aggregierten, individuellen Entscheide von MarktteilnehmerInnen auf gesellschaftliche Prozesse als auch für über Macht hergestellte Sachzwänge und tabuisierte Machtstrukturen, die tatsächlich nicht von blossem Auge sichtbar sind. Konsumzahlen wären dann Indikatoren für die kargen oder reichen Möglichkeiten der Existenzsicherung, der Lebensfreude wie des Genusses. Nutzen, Kosten und Gewinn sind Konkretisierungen für menschliche Belohnungen und Bestrafungen und Kunden beziehen sich auf die Rollen von Marktteilnehmern mit vertraglich geregelten Kaufrechten und Zahlungs-

pflichten, die im gesamtgesellschaftlichen Bereich durch die Rollen der zivilen und sozialen Bürgerschaft zu ergänzen wären.

Risiken eines Seitenwechsels aus der Perspektive der Wirtschaft

Sofern sich Soziale Arbeit nicht nur für das soziale und psychische Befinden ihrer Klientel, sondern auch für gesamtgesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenhänge interessiert, könnten sich folgende Risiken ergeben:

- Wie die Auswertung des oben dargestellten Experimentes zeigt, führt eine einzige Woche im Sozialbereich dazu, dass viele Kaderleute ein ganzes Jahr daran zu „kauen“ haben. Man ist beunruhigt, vom Erfahrenen umgetrieben, ohne dass man gleich wüsste, was zu tun wäre – hier also ein psychisches Risiko.
- Ein weiteres Risiko könnte die Entdeckung sein, dass das Spektrum menschlicher Bedürfnisse wesentlich breiter ist als das in den betriebswirtschaftlichen und ökonomischen Theorien angenommene, die sich auf vermarktbarere Wünsche von zahlungsfähigen und zahlungswilligen MarktteilnehmerInnen begrenzen.
- Ferner: Der seitens der Mitglieder des Sozialwesens geforderte Einblick in die Wirtschaftswelt könnte dazu führen, dass Soziale Arbeit zu durchschauen beginnt, was reale Zwänge und was von den Unternehmen ideologisch herbeigeredete Zwänge der Globalisierung sind. Es könnte sein, dass Soziale Arbeit aufzuzeigen und nachzurechnen vermag, wieviel Sozialhilfe in Form von Subventionen wie Exportrisikogarantien, Steuersenkungen und -rabatten, Abschaffung von Stempelsteuern, Infrastrukturförderung die Wirtschaft vom Staat unter dem Titel „wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen“ erhält, und wie unbedeutend die Sozialhilfe, die FürsorgeklientInnen erhalten, im Verhältnis zu diesen Beiträgen ist. Und ebenso liesse sich fragen, was es heisst, wenn man die beklagte Inflation der Ansprüche der unteren Schichten mit der Unersättlichkeit der wirtschaftlichen Expansion und der Aktionäre in Verbindung bringt.
- Im Zusammenhang mit der Sozialhilfe-Missbrauchsdebatte müsste auch diskutiert werden, in welchem Ausmass Wirtschaftsunternehmen Staatsgelder für die (Wieder)Einstellung von Personal mit Arbeitslosenunterstützung bzw. für Kurzarbeit missbrauchen – oder: welcher Deliktsumme sich ein kleiner Krimineller im Vergleich mit einem Wirtschaftskriminellen, Steuerhinterzieher oder -flüchtling u.ä. schuldig macht.

- Ein in der Auswertung aufscheinendes Risiko ist im weitern, dass sich die Kaderleute nach der Sozialerfahrung allen Ernstes einen Ausstieg aus dem Unternehmen überlegen. Ein solches Evaluationsergebnis korrigiert das Cliché des gefühlkalten, sozial stumpfen, verantwortungslosen Managers und zeigt zugleich die Bedingungen auf, unter denen Sinn- und Motivationskrisen entstehen können. Ein Ausstieg ist allerdings kein erwünschtes Ergebnis, geht es doch darum, dass die neu gewonnenen Einsichten im Bereich der Wirtschaft umgesetzt werden!

Wenn verhindert werden soll, dass die gemachten Erfahrungen im Alltag verblassen, die Übertragung der neuen Einsichten ins Stocken gerät oder trotz allem neue Vorurteile entstehen und zur gegenseitigen Abschottung zwischen Geschäfts- und Sozialwelt führen, dann braucht es einen gemeinsamen Raum „ennet“ der Grenze. Abschliessend sollen deshalb drei Themen skizziert werden, die in diesem gemeinsamen Raum zur Sprache kommen sollten.

III. Forderungen der Sozialen Arbeit an die Wirtschaft

Wünschbar wäre also, dass nicht nur Grenzen überschritten, sondern auch ein gemeinsamer Denk- und eventuell auch Handlungsraum betreten wird. Voraussetzung dazu wäre die geteilte Sorge um das zur Zeit beschleunigte Auseinanderdriften von Arm und Reich, um den Abstieg der Mittelklasse in den westlichen Gesellschaften wie der Weltgesellschaft, um den Ausschluss von immer mehr Menschen aus der Grundsicherung und auch den Grundrechten sowie umgekehrt um die Verweigerung dieser Sozialrechte (so u.a. bei Asylbewerbern, Landlosen, Kindern, Frauen in Freihandelszonen u.v.m.), um die explosive Mischung zwischen zunehmender Erwerbslosigkeit, Migration, sozialer Ausgrenzung und Ethnisierung der Politik. Dies erfordert die minimal geteilte Überzeugung, dass an der Schwelle des dritten Jahrtausends *Management- und Verwaltungsreformen nicht die einzigen Reformen sein können*, auch wenn sie in vielen Bereichen notwendig sind. So denke ich an folgende drei *Sozialreformen*, bei denen sowohl Sozialökonomie und Betriebswirtschaftslehre als auch Soziale Arbeit und ihre Theorie einen Beitrag leisten könnten:

(1) Wirtschaftlichkeit der Sozialen Arbeit und Sozialverträglichkeit der Wirtschaft

Im geschilderten Erfahrungs- und Lernfeld hat Soziale Arbeit die Forderung nach Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Sozialen Arbeit gewiss

ernstzunehmen. Darob dürfte aber eine ebenso dringliche Reformidee, nämlich die Forderung nach *Sozialverträglichkeit der Wirtschaft* nicht vergessen gehen. Dabei handelt es sich nicht nur um die Aneignung von Sozialkompetenzen für ein besseres internes Funktionieren, einen sensibleren Umgang mit den Kunden wie dem Personal oder um die Ausarbeitung von akzeptablen Sozialplänen bei Entlassungen. Es ginge vielmehr um ein Verständnis von Wirtschaft als Teilsystem der Gesellschaft, das die Aufgabe hat, *allen* und nicht nur privilegierten Menschen zu ermöglichen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen und – wo dies die ökonomischen Ressourcen erlauben – ihre Wünsche zu stillen. Eine sozialverträgliche und sozial effiziente Wirtschaft sorgt entsprechend dafür, dass die Produktionsfaktoren und Konsumgüter nicht nur dorthin fließen, wo sich die billigsten Arbeitskräfte und zahlungskräftigsten Kunden befinden, sondern dorthin, wo der grösste Bedarf dafür ist.

Eigentlich ginge es um nichts anderes als um die Einlösung dessen, was jeweils auf der ersten Seite der Einführungen zur Ökonomie und Betriebswirtschaftslehre steht, aber heute zur Sozialutopie geworden ist. – Denn gemäss Ilse Arlt bestimmt sich der Entwicklungsstand einer Gesellschaft nicht nur durch seine wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Höchstleistungen, sondern auch durch seine Grenznot, und das ist die tiefste, in einer Gesellschaft geduldete Entbehrung (1958). Die Wirtschaft hat mittlerweile gelernt, dass sie einen Teil der ökologischen Kosten reinternalisieren muss. Da sie den Abbau des Sozialstaates fordert, müsste sie auch einen Teil der durch sie produzierten sozialen Kosten reinternalisieren (Staub-Bernasconi 1995: 365-412). Zur Programmatik von Sozialverträglichkeit würde schliesslich der Verzicht auf die Produktion wert-, menschen- und naturzerstörender Güter und Dienstleistungen gehören. Und ebenso ginge es um einen Führungsstil nach innen, der Mitbestimmung, Innovation, Konflikte, Widerrede und individuelle Entwicklung zulässt.

Ein Projekt, das solche Forderungen aufnimmt, ist die *Aushandlung und Durchsetzung eines Soziallabels*, das menschen- bzw. sozialverträgliche Beziehungen der Unternehmung zu den KundInnen, Angestellten, Lieferanten, Aktionären, zum Staat, zur Zivilgesellschaft und zu den nachfolgenden Generationen normativ festlegt und so eine möglichst transparente Einstufung und Bewertung sowohl durch die Kundschaft, Angestellten als auch durch die AnlegerInnen bietet.

(2) Ein gesichertes Grundeinkommen für alle

Als zweites ginge es um ein nationales, europa-, ja weltweites *Grundeinkommen und zwar für alle diejenigen, die aus dem Erwerbsprozess herausfallen oder noch nicht drin sind*. Es ist – und das muss klar festgehalten werden, eine den Menschen von der gesellschaftlichen Entwicklung aufgezwungene Lösung und mithin keine eigentliche Sozialreform, eher eine Art Abfindungssumme oder gar modernes Almosen für den Ausschluss aus dem dynamischen Sektor der Gesellschaft. Wichtige Beiträge hierzu wären alte und neue Forschungsergebnisse über die Probleme der Bedürfnisbefriedigung am und unter dem Existenzminimum; Beiträge über unterschiedliche Finanzierungsmodalitäten und Machbarkeitsstudien unter Berücksichtigung unterschiedlicher politischer Macht- und Rechtsverhältnisse.

Zur Sozialreform würde die Grundeinkommensidee dann, wenn von möglichst vielen Menschen eingesehen würde, dass nicht nur die Natur „zurückschlägt“, wo ihre Ressourcen geplündert werden, wo menschlicher, wirtschaftlicher und technologischer Fortschritt gegen grundlegende Bedingungen der Natur verstösst, sondern dass es auch einen Zusammenhang zwischen bedrohter oder verweigerter Bedürfnisbefriedigung und den mannigfaltigen Formen des „Zurück- und Umsichschlagens“ von Menschen gibt. So wie sich wirtschaftliche Ziele, wenn auch zögerlich, an die Bedingungen der Natur anpassen müssen, könnte nur das als gesellschaftlicher Fortschritt bezeichnet werden, was von den Bedingungen menschlicher Bedürfnisbefriedigung mitgetragen wird (vgl. Rat der Sachverständigen: Umweltgutachten 1994).

Auch hier gibt es bereits *Projektvorschläge, nämlich die Verbreitung der Idee der Besteuerung der internationalen Finanztransaktionen* (bekannt unter dem Titel „Tobin-Steuer“). Tobin, Wirtschaftsnobelpreisträger und andere haben aufgezeigt, dass die Besteuerung solcher Finanzströme um ein halbes oder ein Prozent genügend Ressourcen für das Auffangen der externalisierten Sozialkosten durch die Einführung eines weltweiten Grundeinkommens genügen würde.

(3) Gleichgewicht zwischen Freiheits-, BürgerInnen- und Sozialrechten

Und schliesslich: die wohl weitreichendste Sozialreform in diesem gemeinsamen Raum zwischen Wirtschaft und Sozialer Arbeit wäre die Überwindung der klassischen Arbeitsteilung zwischen *erstens* produktions- und profitorientiertem, wirtschaftlichem Vertrags- und *zweitens* bedürfnis- und hilfebezogenem Fürsorge-Denken – d.h. die Überwindung der Ausdifferenzierung von sogenannt „harter Männer- bzw. Geschäfts- und Gewinnwelt“ und sogenannt „weicher Frauen- bzw. Sozialwelt“, die uns

seit Jahrhunderten begleitet. Ich erinnere an den Beginn meiner Ausführungen.

Zu konkretisieren wäre dieses Ziel mit einem anzustrebenden *Gleichgewicht zwischen Freiheits-, BürgerInnen- und Sozialrechten*. Historisch müssen nämlich beide Versuche, einklagbare Freiheits-, insbesondere Eigentums- und Bürgerrechte ohne Sozialrechte und auch die Verwirklichung von Sozialrechten auf Kosten der Freiheitsrechte zu institutionalisieren, als gescheitert betrachtet werden.³

Dass eine solche Gleichgewichtsvorstellung nicht nur verwegen oder gar naiv ist, davon zeugt die Forderung eines George Soros nach Berücksichtigung der Menschenrechte durch die Wirtschaft. Wie ernst sie auch immer gemeint ist, so steht sie doch als Forderung in diesem Zwischenraum. Davon zeugt aber auch der programmatische Vorschlag seitens der UNO und der internationalen, professionellen Vereinigungen, Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession zu definieren (Staub-Bernasconi 1998, 1999). Dazu kommen ganz konkrete Pläne, in Großstädten Sozialbürgerhäuser einzurichten (Staub-Bernasconi 1997).

Und seitens der Wirtschaft gibt es Bestrebungen, z.B. zusammen mit dem Institut für Menschenrechte der Universität Freiburg, eine „*Charta der Verantwortlichkeiten in bezug auf ökonomische Aktivitäten*“ zu entwickeln und von Befürwortern aus der Wirtschaft unterzeichnen zu lassen. Sie hält fest, dass sich Unternehmen „keine Ziele setzen können, die nur ihnen dienen“ und auch dass die „unternehmerischen Codices nur insoweit Allgemeinheit beanspruchen können, als sie sich auf eine Verantwortlichkeit und Werte beziehen, die für alle gelten.“ Die Charta macht auch keine Unterschiede zwischen Freiheits-, Bürger- und Sozialrechten. Angesichts dessen, dass heute weder eine religiöse, politische oder andere Autorität den Gang der ökonomischen bzw. gesellschaftlichen oder kulturellen Entwicklung beeinflussen könne, sei es nicht nur die Sache der Juristen, sondern Pflicht eines jeden, einer jeden demokratischen BürgerIn, Menschenrechtsdiskurse zu führen und Verletzungen einzuklagen. Auch die Organisationen der Bildung, Wirtschaft, Kultur hätten zur Kenntnis zu nehmen, dass sie Teil der Gesellschaft sind und sich als solche zur Verwirklichung der Menschen- und Sozialrechte zu verpflichten hätten.

Wer angesichts dieser Zukunftsvisionen fragt, wer das alles bezahlen soll, sei daran erinnert, dass weder die Sklaven, noch die Arbeiter, noch die Frauen, noch die Schwarzen in den USA, noch die Menschen aus den Ostblockstaaten zu ihren Rechten gekommen wären, wäre diese Frage am Anfang ihrer Befreiungsbestrebungen gestanden.

Gewiss, in keiner anderen Sozialreform sind möglicherweise die Chancen des Gelingens mit den Risiken des Scheiterns so eng miteinander verknüpft. Aber: Ich meine verstanden zu haben, dass sich die Wirtschaft sehr intensiv mit objektiven Risiken, Wahrscheinlichkeiten und menschlicher Risikobereitschaft befasst. Warum sollten wir uns davor scheuen, auch schwer kalkulierbare Risiken einzugehen und darauf zu bauen, dass Menschen nie nur Geschäftsmänner, PolitikerInnen, SozialarbeiterInnen sind? Ich wünschte es mir, denn ohne riskante Träume verblassen die Chancen, irgendetwas, auch nur das Bescheidenste, in unserem Alltag zu bewegen.

Literatur

Addams, J. 1902: Democracy and Social Ethics, Macmillan, New York.

Addams, J. 1912: A New Conscience and an Ancient Evil, Macmillan, New York.

Arlt, I. 1958: Wege zu einer Fürsorgewissenschaft, Notring, Wien.

Badelt, Ch. 1991: Sozialmanagement. Die Gratwanderung zwischen Notwendigkeit und Missbrauch, In: Sozialarbeit, Juni, 32 f.

Glunk, F. R. et al. 1998: Das MAI und die Herrschaft der Konzerne. Die Veränderung der Welt durch das Multilaterale Abkommen über Investitionen, Deutscher Taschenbuch Verlag, München.

Institut interdisciplinaire d'éthique et des droits de l'homme 1997: Charte des Responsabilités dans l'Activité Economique, Université de Fribourg, Suisse.

Ehrenreich, B. 1992/1989: Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse, Kunstmann, München.

Heilbroner, R. 1994: Kapitalismus im 21. Jahrhundert, Hanser, München, Wien.

Klumker, J. Ch. 1918: Fürsorgewesen. Einführung in das Verständnis der Armen und Armenpflege, Leipzig.

Mahnkopf, B. 1998: Soziale Demokratie in Zeiten der Globalisierung? Zwischen Innovationsregime und Zähmung der Marktkräfte, In: Blätter für deutsche und internationale Politik, (11), 1318 ff.

Marshall, Th. H. 1992/1989: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, Campus, Frankfurt a.M./New York.

Rat der Sachverständigen für Umweltfragen. 1994: Umweltgutachten 1994. Für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung, Metzler-Poeschel, Stuttgart.

Ries, H. A. / S. Elsen / B. Steinmetz / H. G. Homfeldt (Hg.) 1997: Hoffnung Gemeinwesen. Innovative Gemeinwesenarbeit und Problemlösungen in den Bereichen lokaler Ökonomie, Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Benachteiligung, Luchterhand, Neuwied.

Salomon, A. 1909: Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Berlin.

Staub-Bernasconi, S. 1995: Weltgesellschaftliche Perspektiven: Sozialverträglichkeit der Wirtschaft - auf dem Weg zu einer mehrdimensionalen Konzeption von Umweltverträglichkeit, In: Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit. Oder: Vom Ende der Bescheidenheit, Haupt, Bern/Stuttgart/Wien: 365 ff.

Staub-Bernasconi, S. 1997: Handlungstheoretische Optionen in der Sozialen Arbeit in und mit Gemeinwesen, In: Ries H. /Elsen S. /Steinmetz B. u.a. (Hg.): 80 ff.

Staub-Bernasconi, S. 1998: Soziale Arbeit als „Menschenrechtsprofession“, In: Wöhrle, A. (Hg.): Profession und Wissenschaft Sozialer Arbeit. Positionen in einer Phase der generellen Neuverortung und Spezifika in den neuen Bundesländern, Centaurus, Pfaffenweiler: 305 ff (auch in: Hochstrasser, F. / H. K. von Mat / von Matter / S. Grossenbacher / Oetiker, H. (Hg.) 1997: Die Fachhochschule für Soziale Arbeit. Bildungspolitische Antwort auf soziale Entwicklungen, Haupt, Bern, Stuttgart & Wien: 313 ff.

Staub-Bernasconi, S. (1999): Sozialrechte - Restgröße der Menschenrechte, In: SozialAktuell, Z.d. Schweiz. Berufsverbandes Soziale Arbeit, (3), 18 f.

United Nations 1992: Human Rights, Teaching and Learning about Human Rights. A Manua for Schools of Social Work and the Social Work Profession. A publication of the U.N. Centre for Human Rights in cooperation with the Intern. Federation of Social Workers and the Intern. Association of Schools of Social Work, Geneva.

Artikel zum Projekt „SeitenWechsel“

Iselin, U. 1996: Der „SeitenWechsel“ – Ein Projekt der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft, Referatsmanuskript, Tagung des Rotary-Clubs auf Schloss Lenzburg.

Kronenberg, J. 1996: „Ich traf Menschen, keine Asylanten“, In: Beobachter, (21), 102 f.

Meier, H.-P. 1996: Seitenwechsel: Erfahrungen und Beurteilungen im Vergleich zwischen den Sozialen Institutionen und Beteiligten des Schweiz. Bankvereins, Manuskript, Mai und August.

Müller, P. 1997: Permanenter Seitenwechsel von der Privatwirtschaft ins Sozialwesen, In: Revue der Schweiz. Gemeinnützigen Gesellschaft, (1), 12 f.

Pressespiegel zum Projekt „Seitenwechsel“ für den Presseapéro vom 2.4.1996 in Zürich.

Projekt Seitenwechsel: Informationsblätter 1 und 2 des ProjektATeliers, Zürich.

Ramseier, L. 1996: „Über die Bank hinaus denken“. bz-Samstagsinterview mit Hans Staffelbach über das Sozialprojekt „Seitenwechsel“, In: Basler-Zeitung, 17.8.

SGG-Interview, 1997: Berührungsängste abbauen. Seitenwechsel aus der Sicht eines Teilnehmers, Revue der Schweiz. Gemeinnützigen Gesellschaft, (1), :5.

Spindler, Ch. 1996: Sozialkompetenz durch Gemüserüsten. „Seitenwechsel“: Einsätze in Gassenküche, Ferienlager oder Behindertenheim als Weiterbildung für Kader, Tages-Anzeiger v. 21.8., 65.

Schweizerischer Bankverein 1996: Der Seitenwechsel verändert den Standpunkt. Bankverein-Kaderleute machen mit dem Projekt Seitenwechsel ein Praktikum bei einer sozialen Institution. Eigene Werte, Einstellungen und Verhaltensmuster sollen neu positioniert werden, In: Die drei Schlüsse, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, (6), 6 ff.

Wienröder, H. 1997: Standortbestimmung. Kaderausbildung – Das Projekt Seitenwechsel schärft den Blick fürs Wesentliche. Unternehmen wie Bankverein, Winterthur-Versicherungen oder Migros sind die Wegbereiter dieser neuen Methode, In: Handelszeitung (8), 20.2.

Kontaktadresse Seitenwechsel: **ProjektATelier**

Lucie Hauser, Dipl. Sozialarbeiterin, Projektleiterin,

Stauffacherstr. 106, CH-8004 Zürich, Telefon: 0041 / 01 / 2 41 77 44

Anmerkungen

- 1) Vortrag anlässlich der Interdisziplinären Fachtagung „Soziale Verantwortung von kommerziellen Unternehmen. Wirtschaftliche Herausforderung an Sozialorganisationen“ der Wirtschaftsuniversität Wien, 3. März 1997, Wien; erscheint in: Susanne Elsen & Isidor Wallimann (Hg.): Soziale Arbeit und Ökonomie ...
- 2) Die Idee zu diesem Projekt geht auf die Feierlichkeiten der Schweiz im Jahr 1991 zu ihrem 700-jährigen Bestehen zurück. Damals hat eine Gruppe von Sozialtätigen unter der Leitung der heutigen Stadträtin und Vorsteherin des Sozialdepartementes von Zürich, der Sozialarbeiterin Monika Stocker, ein Pilotprojekt im Rahmen der Aktion „Begegnung“ durchgeführt. Die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft hat es übernommen, es weiterzuentwickeln und zu institutionalisieren (vgl. im folgenden Iselin 1996, Meier 1996 sowie Zeitungsberichte im Literaturverzeichnis).
- 3) Sowohl Olympe de Gouges vor 200 Jahren als auch in letzter Zeit Marshall (1992) oder Fraser & Gordon (1994) weisen darauf hin, dass die Abspaltung der Sozialrechte und der Bedürfnisse nach Existenzsicherung von den Freiheits- und Bürgerrechten auf ein geschlechtsbezogenes, kulturelles Grundmuster von zwei Sphären, der männlichen und weiblichen zurückgreift. Im ersten Fall haben wir das Grundmuster des besitzenden und deswegen auch für sich selbst denkenden, sorgenden, autonomen männlichen Individuums, das lediglich noch Eigentums-, Handels- und Gewerbefreiheit sowie Meinungsäusserungsfreiheit - und später noch ein System sozialer Sicherung benötigte, um sich auf einem Konkurrenzmarkt behaupten zu können. Im zweiten Fall haben wir das Muster des schutzbedürftigen weiblichen Individuums, und zwar nicht als Person, sondern in seiner Funktion als Mutter, das aber wegen seiner Unberechenbarkeit seine Bedürfnisse und Begehrlichkeiten, seine Bedürftigkeit ausweisen muss, bevor es überhaupt in den Genuss einer staatlichen Leistung kommen kann und dann auch über die korrekte Verwendung der Unterstützung kontrolliert werden muss.

Vgl. zu dieser Frage auch Robert Heilbroner: Kapitalismus im 21. Jahrhundert, 1994.

Teil III

Soziale Ökonomie und Gemeinwesenentwicklung

Chancen Ökonomischer Selbstorganisation? Économie Sociale in der europäischen Diskussion

Rudolph Bauer

Der Begriff „Économie Sociale“ hat im Verlauf der Entwicklung der Europäischen Union (EU) Eingang gefunden in den offiziellen politischen Sprachgebrauch Europas. Er ist auffindbar in einer Reihe von Entschlüssen des Europäischen Parlaments (1983, 1987 und 1988), als Tagungsgegenstand des Wirtschafts- und Sozialausschusses (1986), als Thema europäischer Konferenzen (1989 in Paris, 1990 in Rom, 1992 in Lissabon und 1993 in Brüssel) sowie verschiedener Dokumente und einer Mitteilung der EG-Kommission (BR-Drs. 33/90 vom 12.01.90), nicht zuletzt in der Bezeichnung eines 1989 geschaffenen Referats Unternehmenspolitik der Generaldirektion XXIII, zuständig für kleine und mittlere Unternehmen.

1. Begriff und Konzept der Économie Sociale

Das Wort selbst kommt aus dem Französischen und bezeichnet im romanischen Sprach- und Wirtschaftsraum sowohl einen besonderen Sektor der Ökonomie als auch dessen konzeptionellen Zuschnitt. Das Spezifische der Économie Sociale betrifft eine Reihe nicht unwesentlicher Differenzen zum herrschenden Wirtschaftsverständnis der gewinnorientierten Privaten Wettbewerbsökonomie. Die Économie Sociale unterscheidet sich von der Mainstream-Ökonomie des Konkurrenzkapitalismus in grundsätzlicher Weise, und zwar aus drei Gründen:

- *erstens* weil sie in Zielsetzung, Aufgabenstellung und interner Organisation gesellschaftliche Erfordernisse sozialverantwortlich berücksichtigt („Soziale Ökonomie“);
- *zweitens* weil sie der Bedürfnislogik einen höheren Stellenwert einräumt als dem Konkurrenzprinzip und der Gewinnmaximierung („Soziale Bedarfswirtschaft“);
- *drittens* weil sie – trotz der Verletzung „heiliger Grundsätze“ der privatkapitalistischen, rein marktwirtschaftlichen Konkurrenz- und Profitökonomie – für sich beansprucht, nicht als etwas Wirtschaftsneutrales, Wirtschaftsfremdes oder Andersgeartetes, sondern als unternehmerisches Wirtschaftshandeln („Soziale Ökonomie“) zu gelten.

Der Begriff der Sozialen Ökonomie im ursprünglichen und hier verstandenen Sinne hält fest an der Unterscheidung zwischen der formal-ökonomischen und der sachlich-materiellen Bedeutung des Wortes „wirtschaftlich“. In der Mainstream-Ökonomie dagegen hat die Formbedeutung des Wirtschaftlichen seine Sachbedeutung annektiert, obgleich beide wesentlich verschieden sind (Polanyi 1979, S. 210). Die von der sachlichen Notwendigkeit des materiellen Lebensunterhalts bestimmte Abhängigkeit des Menschen von naturhaften und gesellschaftlichen Gegebenheiten – beispielsweise von Luft, Wasser, Nahrung oder menschlicher Zuwendung – wird in der Lehre der herrschenden Ökonomie unter die Zweck-Mittel-Relation subsumiert.

Im privatwirtschaftlichen System, das sich durch preisbildende Märkte konstituiert, wird der/die einzelne darauf reduziert, als ausschließlich rational entscheidender *Homo oeconomicus* zu agieren. Anders handeln zu können, ist ausgeschlossen. „Unter einem derartigen System sind die Wirtschaftssubjekte durch ihre Tauschakte zwangsläufig zu Wahlhandlungen veranlaßt, die sich aus der Unzulänglichkeit ihrer Mittel ergeben. ... Unter der Vorherrschaft eines derartigen Systems mußten Formalbedeutung und Sachbedeutung grundsätzlich zusammenfallen“ (Polanyi 1979, S. 211).

Mit anderen Worten: Innerhalb des dominierenden ökonomischen Systems der kapitalistischen Privatwirtschaft sind Sachbedeutung und Formalbedeutung des wirtschaftlichen Handelns identisch. Der sachlich-materielle Zweck, der sich als eingerichteter, der materiellen Bedürfnisbefriedigung dienende Prozeß der gegenseitigen Einwirkungen von Menschen und Umwelt umschreiben läßt, erfolgt ausschließlich innerhalb einer formalen Zweck-Mittel-Logik, in der, was immer der Zweck sei, die Mittel entsprechend rational zu wählen sind. Um sich beispielsweise zu ernähren, müssen Lebensmittel gekauft (oder eine Gaststätte aufgesucht) werden, was zur Voraussetzung hat, an der Kasse (oder beim Kellner) bezahlen zu können, was zur Voraussetzung hat, über ein Einkommen (aus Vermögen, Lohnarbeit, Transferzahlungen oder einem Bankraub) zu verfügen, was zur Voraussetzung hat ... usw.

2. Widersprüchliche Rezeptionsweisen einer europaweiten Sozialen Ökonomie

Eine Soziale Ökonomie, die sich zwar als wirtschaftliche Tätigkeit begreift, die aber das rationale Formalkorsett nicht uneingeschränkt aner-

kennt (indem sie dem Gewinnprinzip keinen ausschließlichen Vorrang einräumt und statt der rationalen Konkurrenz-Logik eine Bedürfnis-Logik präferiert) – eine solche Ökonomie löst zum einen Irritationen aus, negative und positive, andererseits provoziert sie feindselige Attacken. Von diesen unterschiedlichen Reaktionsweisen ist im folgenden die Rede.

2.1 Die *Économie Sociale* - ein ebenso interessantes wie undefinierbares „Phänomen“

Durch die Aufnahme des vom Ursprung her französischen Begriffs der *Économie Sociale* in den europapolitischen Sprachschatz wurde in den nicht-romanischen EU-Ländern – nicht zuletzt auch in der Bundesrepublik – ein widersprüchlicher Diskussionsprozeß ausgelöst.

Auf der einen Seite führte die Rezeption des auf europäischer Ebene debattierten Konzepts der *Économie Sociale* zu einer Vielzahl von Versuchen, all diejenigen wirtschaftlichen Handlungskonzepte, die nicht mit der Mainstream-Ökonomie des jeweiligen Landes identisch sind, an den EU-Diskurs über die *Économie Sociale* anzukoppeln. Die Akkreditierung der *Économie Sociale* auf der Ebene der EU-Bürokratie hat den Ideen und Projekten des selbstorganisierten Wirtschaftens in vielen europäischen Ländern neue Schubkraft und Auftrieb gegeben.

In der Bundesrepublik handelt es sich um eine ganze Palette von wirtschaftsalternativen Entwürfen und Projekten des selbstorganisierten ökonomischen Handelns, die sich durch die europäische Debatte über die *Économie Sociale* bestätigt sahen oder eine Neubelebung erfahren haben. Zahlreiche alternative Begriffe und Konzepte werden mit der *Économie Sociale* in Verbindung gebracht, u.a. die „gemeinwesenorientierte Ökonomie“ (Höhn 1998), die „Solidarökonomie“ (Elsen 1998b), die „Wirtschaft von unten“ (Stiftung Bauhaus u.a. 1996), die „Lokale Ökonomie“ (Douthwaite 1996), der „Lokale Tauschhandel (LET)“ (Keller 1996) oder der „Sektor der sozialen Unternehmen“ (Technologie-Netzwerk u.a. 1997).

Im Rahmen der „Gemeinwesenökonomie“ wird argumentiert: „Die Philosophie und die Arbeitsorganisation der *Économie Sociale* in der Tradition der romanischen Länder könnten zur Verortung eines eigenständigen ökonomischen Sektors beitragen, der sich genossenschaftlich organisiert, an der Bedarfsdeckung in lokalen und regionalen Nahräumen orientiert und soziopolitischen Zielen folgt“ (Elsen 1998a, S. 22).

Auf der anderen Seite werden in den nicht-romanischen EU-Ländern Einwände erhoben und dezidierte Abgrenzungen vorgenommen. Nicht zuletzt in Deutschland wird hartnäckig darauf insistiert, daß es sich beim Begriff der *Économie Sociale* um eine „Vermischung genossenschaftlicher Ideen (Förderung der Mitglieder im Wege der Selbsthilfe und gegenseitiger Nutzen der aktiv Beteiligten) mit Ideen der Gemeinwirtschaft und der Gemeinnützigkeit (Leistungen zugunsten Dritter, passiv Begünstigter)“ handle (Beuthin 1995, S. 3).

Viele der Einwände betreffen das Sprach- und Definitionsproblem. „Eine einheitliche Begriffsbestimmung der ‚*Économie Sociale*‘ gibt es (bisher) nicht. Zudem ist der Begriff nicht in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaften gebräuchlich, eine eindeutige Übersetzung aber nur schwer möglich.“ (Seibel u.a. 1997, S. 13). Man habe es bei der *Économie Sociale* mit einem „sehr unscharfen Begriff“ zu tun (Münkner 1995, S. 37). Es mangle an begrifflicher Klarheit (Seibel u.a. 1997, S. 13). Die verwendete Terminologie sei ungenau, unklar und vage; sie erlaube keine klare Definition (Münkner 1995, S. 7). Die *Économie Sociale* sei „ein ebenso interessantes wie undefinierbares Konglomerat“ (Vienney 1983, S. 50), „ein schwer definierbares Phänomen, dessen Grenzen fließend bleiben“ (Münkner 1995, S. 3).

Die Bedenken, die sich auf das „begriffskonzeptionelle Defizit“ (Seibel u.a. 1997, S. 13) beziehen, sind nicht völlig von der Hand zu weisen. Ohne die Soziale Ökonomie genau zu definieren, spricht beispielsweise die „Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat über die Unternehmen der *Économie Sociale* und die Schaffung des europäischen Marktes ohne Grenzen“ (BR-Drs. 33/90 vom 12.01.90) einerseits allgemein von einem „Sektor“, andererseits von den „Organisationen“ oder den „Unternehmen“ der *Économie Sociale*. Die terminologische Unschärfe hat auch dazu geführt, daß *Économie Sociale* vielfach gleichgesetzt wird mit anderen Termini wie z.B. „Dritter Sektor“, „Drittes System“, „Nonprofit-Sektor“, „gemeinnütziger Sektor“, oder mit Begriffen wie „Sozialwirtschaft“ und „Gemeinwirtschaft“ (vgl. Seibel u.a. 1997, S. 16-28).

Ein weiterer Versuch, den Begriff der *Économie Sociale* auf europäischer Ebene zu definieren, erfolgte 1993 durch das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften: „Der Terminus der *Économie sociale* steht für die Gesamtheit der relevanten, komplexen und verschiedenartigen wirtschaftlichen Tätigkeiten, die weder unter den herkömmlichen privaten noch unter den öffentlichen Bereich im strengeren Sinne fallen“ (Eurostat 1993).

Bei dem Bemühen des Statistischen Amtes der EG, auf europäischer Ebene ein Datenprofil der *Économie Sociale* zu erstellen, war in der deutschen Übersetzung vom „statistischen Profil der Sozialwirtschaft und ihrer Organisationen“ die Rede.

In anderen europäischen Sprachen wurde im gleichen Zusammenhang von einem „statistical profile of the cooperative, mutual and non-profit sector and its organisations“ bzw. von einem „profil statistique des organisations coopératives, mutualistes et associatives“ gesprochen. Gemeint sind also unterschiedliche rechtliche Organisationsformen wie Kooperativen, Vereinigungen auf Gegenseitigkeit (z.B. Versicherungen) sowie gemeinnützige Vereine und Verbände bzw. – aus politikwissenschaftlicher und organisationssoziologischer Sicht – die genossenschaftlichen, die mutualistischen und die Nicht-Regierungs- oder Nonprofit-Organisationen bzw. -Sektoren.

In Deutschland mußte das europäische Sprachenbabylon – die Gleichsetzung nämlich von „Sozialwirtschaft“ einerseits sowie sowohl von „Genossenschaften“ als auch „Gegenseitigkeitsvereinen“ (z.B. Sparkassen und Versicherungen) mit gemeinnützigen Organisationen (z.B. den Wohlfahrtsverbänden) andererseits – erhebliche Verwirrungen auslösen. In der Bundesrepublik gilt die *Économie Sociale* deshalb als ein „Phänomen ..., das in deutscher Sprache oft nur unzulänglich mit ‚Sozialwirtschaft‘ oder ‚Gemeinwirtschaft‘ übersetzt und treffender mit dem Begriff ‚Solidarwirtschaft‘ umschrieben wird“ (Beuthin 1995, S. 1).

Der Begriff „Solidarwirtschaft“ wurde vorgeschlagen, weil „Solidarität in ihren unterschiedlichen Ausprägungen“ – sowohl mitgliederbezogen (wie bei den Genossenschaften) als auch bezogen auf hilfebedürftige Dritte (wie bei den Wohlfahrtsverbänden) – „die gemeinsame Klammer ist, die Genossenschaften, Vereinigungen auf Gegenseitigkeit und gemeinnützige Wirtschaftsvereine verbindet“ (Münkner 1995, S. 45 f.).

2.2 Die *Économie Sociale* – „ideologisch belastet“?

Die Irritationen, die in Deutschland durch die europäische Diskussion über die *Économie Sociale* ausgelöst wurden, sind nicht nur begrifflichen Problemen und den Schwierigkeiten der sprachlichen Übersetzung geschuldet. Sie sind zugleich Ausdruck einer politischen Verunsicherung, die u.a. in der Behauptung zum Ausdruck kommt, die *Économie Sociale* sei „keineswegs ideologisch unbelastet“ (Seibel u.a. 1997, S. 13).

Die Rede ist von einer unheiligen Allianz zwischen dem Sozialisten Mitterand und französischen Linkskatholiken: „In France, an unholy alliance in the 1980s between *Mitterandiste* opportunism and renescent social Catholic thought resulted in the revival of the late nineteenth century concept of the *économie sociale*, meaning the set of associations, foundations, cooperatives and mutuals“ (6 1994, S. 6). Aus deutscher Sicht erfuhr der verschwörerische Hintergrund folgende Beschreibung: „In den achtziger Jahren hat die sozialistische Regierung in Frankreich die Ideen einiger Aktivisten der *Économie Sociale* aufgegriffen, unterstützt und politische und gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen, um dieses Konzept zunächst in Frankreich anzuwenden, es dann aber auch in der Europäischen Union einzuführen ...“ (Münkner 1995, S. 3)

Der gegen die *Économie Sociale* gerichtete Ideologie-Vorwurf entpuppt sich als Sozialismus-Verdacht: „Als eine sozio-ökonomische Reformbewegung sieht sich die *Économie Sociale* als Dritter Weg zwischen zügellosem Kapitalismus und bürokratischem Sozialismus, mit dem Ziel, Antworten auf die wirtschaftlichen und geistigen Fragen der modernen Menschen zu finden, für die weder die herkömmlichen kommerziellen Unternehmen noch der Staat Lösungen bietet. Bei ihrem Kampf um die Durchsetzung ihres Programms bemühen sich die Vertreter der *Économie Sociale* um Mitstreiter. Deshalb ist eine gewisse Nähe zu politischen Gruppierungen sozialistischer Prägung fast unvermeidlich, obwohl die Führer der *Économie Sociale*-Bewegung darauf bestehen, daß ihre Bewegung von politischen Parteien und vom Staat unabhängig ist“ (Münkner 1995, 8).

Der Widerstand gegen die *Économie Sociale* reicht in der Bundesrepublik von der Genossenschaftswissenschaft bis hin zu den konservativen Verbänden und ihnen nahestehenden Politikern (Beywl / Flieger 1994, S. 196). Auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Raiffeisen-Verbandes 1991 erklärte der damalige Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann: „Es scheint mir, die Kommission will der Gemeinschaft das französische Modell der ‚*Économie Sociale*‘ als dritten Weg zwischen Unternehmensbereich und öffentlichem Sektor aufdrücken. In der Bundesrepublik gibt es keine ‚*Économie Sociale*‘ dieser Prägung“ (Zit. nach Beywl / Flieger 1994, S. 192).

Die mit der *Économie Sociale* verbundene gemeinnützige Genossenschaftsphilosophie habe sich als trügerische Vision des Marxismus-Leninismus erwiesen („entlarvt“), und es sei ein Irrweg zu glauben, „daß es mit kollektivnütziger Kooperation gelingen würde, das privatorientierte Geseinander der marktorientierten Individuen in ein kooperativistisches

Miteinander zu überführen“ (Jäger 1991, S. 6 f.). Für die geradezu feindliche Haltung gegenüber der „französischen“ *Économie Sociale* ist der deutsche Verdacht einer gewissen Nähe zu sozialistischen Gruppierungen ein durchgängiges, wenn auch nicht immer offen eingestandenes Motiv.

Die Kritik an der *Économie Sociale* bedient sich deshalb auch einer moderateren Mischung aus nationalen, rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Argumenten. Bernd-Otto Kuper (1992, S. 62), in Brüssel tätig als Vertreter des Deutschen Caritasverbandes und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, charakterisierte das „vorwiegend von Frankreich betriebene Konzept“ als eine „Art Zwischenweg in der Wirtschaft, der sozusagen am Staats- und am Privatkapitalismus vorbeiführen soll“ und „zu einem sozialen Unternehmertum“ hinführen würde. Dem entgegnete er mit der Behauptung: „Das Gebot des Sozialen Rechtsstaats läßt sich mit diesem Konzept jedenfalls nur schwer vereinbaren“ (Kuper 1992, S. 63)

Weitere Einwände, die aus deutscher Sicht gegen die *Économie Sociale* erhoben wurden, beriefen sich auf die Grundfesten des marktwirtschaftlichen Systems und der Sozialen Sicherung. So wurde beispielsweise das Argument ins Feld geführt, hierzulande fehle „der Boden für eine Philosophie der *Économie Sociale*, weil in Deutschland z. B. mit der Sozialgesetzgebung Bismarcks andere Wege beschritten worden sind, um soziale und wirtschaftliche Probleme zu lösen, für deren Lösung sich in Frankreich die Idee der *Économie Sociale* ausgebildet hat“ (Münkner 1995, S. 9).

Apodiktisch gegen jegliche kollektivwirtschaftliche Form der autonomen Selbstorganisation gerichtet, wurde behauptet: „Im Rahmen des deutschen Systems der ‚sozialen Marktwirtschaft‘, die gerade nicht mit ‚*Économie Sociale*‘ gleichgesetzt werden kann, sondern vielmehr eine gemäßigt liberale Marktwirtschaft ist, die auf der neoliberalen Wirtschaftstheorie aufbaut und in beschränktem Umfang Staatinterventionen zuläßt, sonst aber den freien Wettbewerb setzt, werden die Beziehungen zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Akteuren durch Rechtsregeln bestimmt, die auf eine Stärkung der Rechte und Pflichten des Bürgers und der Arbeitnehmer als Einzelperson ausgerichtet sind“ (Münkner 1995, S. 10).

Die *Économie Sociale* gilt in der Bundesrepublik bei den Repräsentanten der Freien Wohlfahrtspflege und der Genossenschaften als „französisch“, als „sozialistisch“, dem „deutschen“ System fremd und mit dem Rechtsstaat nicht vereinbar. Sämtliche der in der deutschen Diskussion vorgetragenen Einwände gegen die *Économie Sociale* machen deutlich, daß dieses

„Phänomen“ hierzulande als ein in jeder Hinsicht systemgefährdendes Konzept bewertet wird. Dabei fällt es gelegentlich schwer, zwischen begründeten Befürchtungen einerseits und phantasierten irrationalen Ängsten andererseits zu unterscheiden.

3. Europäische *Économie Sociale* und nationale Wirtschaftskulturen

Bei der deutsch-französischen Kontroverse, die sich an der Frage der *Économie Sociale* entzündet hat, handelt es sich um mehr als ein Sprachproblem. In ihrem Kern geht es bei dieser Auseinandersetzung um die Frage der grundsätzlichen Existenzberechtigung einer Form der ökonomischen Selbstorganisation (um ein *Sowohl-als-auch*, nicht aber, wie die Gegner behaupten, um die grundsätzliche Entscheidung eines *Entweder-oder*): Darf es neben dem herrschenden Wirtschaftsverständnis noch ein anderes geben, das sich dadurch auszeichnet, daß es festhält an der Unterscheidung zwischen der formalökonomischen und der sachlich-materiellen Bedeutung des Wortes „wirtschaftlich“? Konkreter gefragt: Duldet die deutsche Wirtschaftskultur mit ihrer spezifischen politisch-ökonomischen Einbettung von Genossenschaften und Wohlfahrtsverbänden die Existenz einer anderen europäischen Wirtschaftskultur, die den Stellenwert der ökonomischen Selbstorganisation anders gewichtet?

Der Terminus der *Économie Sociale* weist in seiner inhaltlichen Bedeutung einige Besonderheiten auf. Diese ergeben sich aus der Andersartigkeit der französischen Wirtschafts- und Unternehmenskultur im Vergleich zur deutschen. Deutlich werden die wirtschaftskulturellen Unterschiede zwischen Frankreich und der Bundesrepublik allerdings erst, wenn nicht nur die großbetriebliche Organisationsformen in die vergleichende Betrachtung einbezogen werden, sondern auch die klein- und mittelbetrieblichen Einheiten und hier insbesondere deren produktivgenossenschaftliche Ausprägungen (Jäger / Beywl 1994), d.h. die relevanten Formen der ökonomischen Selbstorganisation.

Der Begriff „Wirtschaftskultur“ bezieht sich in seiner analytischen Dimension auf diejenigen Normen und Werte, die innerhalb einer Gesellschaft von symbolischer und emotionaler Bedeutung sind, das wirtschaftliche Handeln in bestimmender Weise prägen (Beywl / Jäger 1994, S. 4) und die jeweils auch in der Mentalität der Handelnden eine Entsprechung finden. Bei der vergleichenden Gegenüberstellung von Wirtschaftskulturen sind neben den unterschiedlichen Betriebsgrößen, Unternehmenstypen und rechtlichen Organisationsformen also auch das Arbeitsverhältnis, seine

emotionale Besetzung, sowie das qualitative Arbeitsverständnis der Menschen zu berücksichtigen (z.B. Autonomie vs. Heteronomie, Selbstverantwortung vs. Fremdbestimmung, Eigeninitiative und Kreativität vs. Gefolgschaft und Anpassung).

Da sich die europäischen Gesellschaften aufgrund der geschichtlichen Entwicklung zu Nationalstaaten herausgebildet haben und infolgedessen auch spezifische nationale Identitäten aufweisen, können die für das wirtschaftliche Handeln relevanten kulturellen Werte und Normen auch als nationale Besonderheiten interpretiert werden. Diese sind sowohl historisches „Resultat als auch Spiegel und Regulativ ... für Prozesse der Produktion, des Austausches und der Konsumtion von Gütern und Leistungen“ (Beywl / Jäger 1994, S. 3). Es ist also notwendig, neben den Gemeinsamkeiten, die aufgrund der gleichen kapitalistischen Produktionsverhältnisse zwischen den nationalen Marktwirtschaften existieren, auf die nationalen Unterschiede und die andersartigen wirtschaftskulturellen Werte und Normen zu achten.

Im makroökonomischen Vergleich sind die Republik Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland zwar nahezu identische, im Prozeß der Vollendung des europäischen gemeinsamen Marktes einander sich angleichende privatkapitalistische Wirtschaftssysteme. Wirtschaftskulturell sowie auf der meso- und mikroökonomischen Ebene aber lassen sich Unterschiede erkennen. Konkret kommen diese in den Kontroversen über die *Économie Sociale* zum Vorschein sowie in der unterschiedlichen Antwort auf die Frage, welche wirtschaftliche Rolle Genossenschaften, Vereinigungen auf Gegenseitigkeit und die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege in Europa künftig einnehmen sollen.

Komponenten der *Économie Sociale* sind nach französischer Auffassung folgende Formtypen: die Vereinigung auf Gegenseitigkeit („Mutualité“), die Stiftung („Fondation“), die Genossenschaft („Coopérative“) sowie der Verband oder Verein („Association“) (Archambault 1997, S. 4 f.). Die wirtschaftlichen Aktivitäten der Organisationen der französischen *Économie Sociale* genießen keinen ökonomischen Sonderstatus, sondern werden grundsätzlich wie andere Betriebsformen als unternehmerische Tätigkeiten eingestuft. Aufgrund verschiedener Gesetzeswerke, öffentlicher Förderprogramme, Kapitalbeteiligungsgesellschaften zur Förderung der *Économie Sociale* und staatlich finanzierter Forschungsinstitute bewegen sie sich aber innerhalb einer Wirtschaftskultur, die als kooperativenfreundlich bezeichnet werden kann. Durch Maßnahmen der Öffentlichkeits-, Bildungs- und Lobbyarbeit wurde in einer Reihe von Regionen ein politisches und ge-

sellschaftliches Klima geschaffen, das für Genossenschaften und nicht zuletzt für ökonomische Selbstorganisationsansätze von Arbeitnehmern relativ günstig ist (Beywl / Flieger 1994, S. 194).

Ein einheitliches Dach, wie es die *Économie Sociale* in Frankreich darstellt, wird in Deutschland von den Genossenschaften ebenso wie von den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege strikt abgelehnt. Sie begründen ihre gegnerische Haltung mit dem Argument, daß es prinzipiell etwas anderes sei, ob Organisationen Dritte begünstigen (wie es die Wohlfahrtsverbände ihrem Selbstverständnis gemäß tun) oder nur ihre eigenen Mitglieder (wie dies bei den deutschen Genossenschaften der Fall ist); ob sie als eine Form privatwirtschaftlicher Unternehmen der Gewinnerzielung dienen (wie die deutschen Genossenschaften) oder ob sie gemeinnützig arbeiten (wie die deutschen Wohlfahrtsverbände). Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege genießen in Deutschland einen besonderen rechtlichen Status. Im Rahmen der staatlich anerkannten Gemeinnützigkeit gelten ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten nicht als unternehmerische Aktivitäten.

Der Unterschied zwischen den gemeinnützigen Wohlfahrtsverbänden der Fremdhilfe und den gewinnorientierten Genossenschaften der Eigenhilfe wird in der Bundesrepublik immer wieder mit Nachdruck betont: „Die Genossenschaften und Vereinigungen auf Gegenseitigkeit beschränken oder konzentrieren ihre Förderleistungen typischerweise auf ihren Mitgliederkreis, öffnen diesen aber für alle, die bereit und fähig sind, Beiträge zu leisten und Verantwortung mitzutragen. Demgegenüber messen Vereine dem Grundsatz der Identität von Trägern der Organisation und Empfängern der Förderungsleistungen keine überragende Bedeutung bei, sondern verfolgen häufig das Ziel, für Dritte tätig zu werden, die externe Hilfe benötigen. Es besteht ein Unterschied zwischen Solidarität im Kreise der Mitglieder (zum gegenseitigen Nutzen) und der Solidarität mit allen Hilfebedürftigen (im allgemeinen oder öffentlichen Interesse)“ (Münkner 1995, S. 42).

3.1 Wohlfahrtsverbände, das Subsidiaritätsprinzip und der tendenzbetriebliche Status

Der Hinweis, daß Wohlfahrtsverbände dem öffentlichen Interesse dienen, erschließt einen entscheidenden Zugang zur Beantwortung der Frage, aus welchen Gründen die Freie Wohlfahrtspflege sich weigert, unter die europäische Kategorie der *Économie Sociale* subsumiert zu werden und ihre Einrichtungen als wirtschaftliche Unternehmen einstufen zu lassen. Ein-

mal Bestandteil der *Économie Sociale* in der EU, würden sie nämlich Gefahr laufen, sowohl ihre politischen, finanziellen und steuerlichen Privilegien zu verlieren, die ihnen in Deutschland durch das Subsidiaritätsprinzip garantiert sind (Kuper 1998), als auch den Status als gewerkschaftsfreie „Tendenzbetriebe“ einzubüßen (Kendall / Anheier 1998, 16).

Historisch gesehen sind das Subsidiaritätsprinzip und der tendenzbetriebliche Sonderstatus der Freien Wohlfahrtspflege Zugeständnisse des Staates an die christlichen Kirchen und die kirchlich-konfessionellen Verbände, um sie für die von ihnen befürchtete gesellschaftliche Machteinbuße zu entschädigen, welche aufgrund der Weimarer Verfassung mit der Trennung von „Thron und Altar“ angeblich verbunden war.

Die Handhabung des Subsidiaritätsprinzips sichert zugleich aber auch den politischen Einfluß des deutschen Zentralstaats auf die Wohlfahrtsverbände mit ihren zahlreichen lokalen Niederlassungen. Die „goldenen Zügel“ der staatlichen Förderung bedeuten für die Wohlfahrtsverbände nicht nur finanzielle Vorteile, sondern auch eine große politische Abhängigkeit von den sozialstaatlichen Leistungsträgern (Kuper 1992, S. 63). Der die „Zügel“ steuernde Staatsapparat übt einen nicht unerheblichen Lenkungseinfluß auf die Verbände aus.

Es besteht deshalb auch auf Seiten der deutschen Politik und der Parteien kein gesteigertes Interesse, das korporatistische, historisch eingespielte Verhältnis zu den Verbänden – und damit auch die enge *Liaison* mit den christlichen Kirchen – in Frage zu stellen und daran grundsätzlich etwas ändern zu wollen. Im Interesse der konservativ-liberalen Politik liegt es außerdem, durch die Aufrechterhaltung des tendenzbetrieblichen Status in den Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens die Einflußnahme der Gewerkschaften zu verhindern. Was veranlaßt nun die deutschen Genossenschaften, die sich – anders als die Wohlfahrtsverbände – als Wirtschaftsunternehmen verstehen, zu ihrer ebenfalls vehementen Weigerung, als Organisationen der *Économie Sociale* betrachtet zu werden?

3.2 Genossenschaften, die Wettbewerbsfähigkeit und der unternehmerische Status

Die Genossenschaften in der Bundesrepublik begründen ihre ablehnende Haltung hauptsächlich mit der Befürchtung, als Bestandteil einer Sozialen Ökonomie weniger wettbewerbsfähig zu sein: „Aus deutscher Sicht sind die Genossenschaften Unternehmen, die aktiv im Wirtschaftsgeschehen

tätig sind und deren Auftrag es ist, die Wirtschaft ihrer Mitglieder zu fördern ohne sozialpolitische Aufgaben zu erfüllen. Sie arbeiten im vollen Wettbewerb mit kommerziellen Firmen und brauchen deshalb geeignete Rechts- und Finanzierungsinstrumente für ihre Tätigkeit.“ (Münkner 1995, S. 29). Die Hauptgefahr sehen die Genossenschaften also nicht in der unternehmerischen Dimension der *Économie Sociale*, sondern in ihrer sozialpolitischen bzw. moralökonomisch-sozialen („sozialistischen“) Ausrichtung.

Als Folge der unterschiedlichen Wirtschaftskulturen in Deutschland und Frankreich betonen Bezeichnungen wie „Freie Träger“, „Vereinswesen“, „Stiftungswesen“, „Genossenschaftswesen“ etc. hierzulande stärker die besondere Rechtsform des jeweiligen Trägers. Anders in Frankreich, wo der Terminus „*Économie Sociale*“ allgemeiner ist und abhebt auf die soziale und wirtschaftliche Bedeutung der Produkte und Dienstleistungen in den Betrieben unter Rechtsträgerschaft der betreffenden Organisationen.

Auf höchster europäischer Ebene, gleichsam hinter den Kulissen und in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, findet schon seit Jahren eine politisch brisante und folgenreiche Auseinandersetzung statt. Es geht dabei um die Frage, ob das Konzept der *Économie Sociale* in Europa verbindlich gelten soll oder nicht. In Deutschland wird die Soziale Ökonomie von der Regierung, von den Genossenschaften und von den Wohlfahrtsverbänden mehrheitlich abgelehnt: Von den Genossenschaften, weil sie in der Übernahme sozialpolitischer Aufgaben eine Gefahr für ihre Wettbewerbsfähigkeit sehen; von den Freien Trägern der Wohlfahrtspflege, weil sie, sobald sie nach europäischem Recht als Unternehmen gelten würden, um den Verlust des tendenzbetrieblichen Status und ihrer Privilegien aufgrund des Subsidiaritätsgrundsatzes fürchten müssen (Kuper 1998).

4. Chancen ökonomischer Selbstorganisation in Deutschland

Aufgrund der, im Vergleich zu Frankreich, andersgearteten Wirtschaftskultur in Deutschland erfuhr das Konzept einer europäischen *Économie Sociale* aus der Bundesrepublik und seitens der Bundesregierung keinerlei Unterstützung, sondern eine schroffe Ablehnung. Am Beispiel der Diskussion des Vereins- und des Genossenschaftswesens innerhalb der EU läßt sich aufzeigen, daß und in welcher Form sich die wirtschaftskulturellen Widersprüche zwischen Frankreich und der Bundesrepublik bisher europapolitisch zur Geltung gebracht haben. Die Resultate der deutschen Interventionen in Brüssel gehen zu Lasten des Konzepts der *Économie Sociale*

innerhalb der EU und stärken hauptsächlich die Position der deutschen Genossenschaften und Wohlfahrtsverbände im europäischen Kontext.

4.1 Deutsche Genossenschaften — erklärte Gegner der europäischen *Économie Sociale*

„Nach den Vorstellungen der Repräsentanten der deutschen Genossenschaftsbewegung bilden die Genossenschaften und ihre Verbundorganisationen keinen dritten oder alternativen Sektor der Wirtschaft, sondern gehören eindeutig zum privaten Sektor“ (Münkner 1995, S. 23). Dagegen ließe sich einwenden, daß in der Bundesrepublik durchaus auch „alternative Projekte“ und „neue Genossenschaften“ bestehen, die im Gegensatz zu den etablierten Alt-Genossenschaften das Ziel verfolgen, einen alternativen wirtschaftlichen Sektor aufzubauen.

Da die Bedeutung dieser produktivgenossenschaftlichen Neuansätze aber verhältnismäßig gering ist und „nach dem Urteil deutscher und europäischer Wissenschaftler zur Zeit nur als marginal betrachtet werden“ kann (Münkner 1995, S. 24), stellt sich im Streit um die Anerkennung und den Stellenwert der *Économie Sociale* folgende Machtfrage: „Können die deutschen ... Produktivgenossenschaften durch europäische Kooperationspartner gestützt werden, oder droht den Produktivgenossenschaften anderer Nationen aufgrund des antiproduktivgenossenschaftlichen Syndroms eines wirtschaftlich starken Deutschlands eine Schwächung?“ (Beywl / Flieger 1994, S. 188)

Letzteres wäre für die sozialen und gesellschaftspolitischen Anliegen der ökonomischen Selbstorganisation tödlich, scheint aber, realistisch gesehen, der Fall und in Zukunft genossenschaftspolitisch richtungsweisend zu sein. Ein „Anschauungsbeispiel“ für die deutsche Beharrlichkeit, den hegemonialen Anspruch auf die Definition einer europaweiten Wirtschaftskultur durchzusetzen, „bietet die Politik der großen deutschen Genossenschaftsverbände auf dem europäischen Parkett, insbesondere ihr Kampf gegen ‚moralische‘ oder sozialpolitische Elemente in Unternehmenszielen oder in der Betriebsführung“ (Beywl / Jäger 1994, S. 23).

Statt die Übertragung europäischer Strukturen auf die deutschen Verhältnisse – oder wenigstens ihre Tolerierung – zuzulassen, sprechen sich die Mitgliedsorganisationen des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbandes einhellig und offen gegen die europäische *Économie Sociale* aus. Sie bekundeten es als ihr Hauptinteresse, die bundesdeutschen Struk-

turen auf europäischer Ebene durchzusetzen (Herbert 1990, S. 50). Eine stärkere Rolle der selbstorganisierten Produktivgenossenschaften bei der Milderung der Folgeprobleme des europäischen Strukturwandels wurde und wird von den deutschen Verbänden kategorisch abgelehnt (Beywl / Flieger 1994, S. 198).

Der deutsche Zentralverband genossenschaftlicher Großhandels- und Dienstleistungsunternehmen setzte sich in seinem Geschäftsbericht 1989/90 ausdrücklich „dagegen zur Wehr, wenn den Genossenschaften eine Sonderrolle, etwa auch zur Erreichung sozialer Ziele wie Arbeitsplatzsicherung oder Umweltschutz zugewiesen wird“ (ZENTGENO 1990, S. 27). Auch der Gesamtverband der Wohnungswirtschaft und der Revisionsverband deutscher Konsumgenossenschaften weichen nicht von dieser Generallinie der deutschen Genossenschaftsverbände ab (Beywl / Flieger 1994, S. 198).

Nicht zuletzt mit Unterstützung der Bundesregierung ist es den deutschen genossenschaftlichen Verbänden bisher erfolgreich gelungen, aus den Bestimmungen über das Statut der Europäischen Genossenschaft (SCE) selbst die leisesten Anklänge an die *Économie Sociale* fernzuhalten (Behrens 1990). Eine andere Zusammensetzung der Bundesregierung unter Beteiligung der SPD würde daran wenig ändern. Jedenfalls haben sich weder die Sozialdemokratie noch die deutschen Gewerkschaften bisher dafür stark gemacht, Produktivgenossenschaften als ein Instrument zur Lösung der sozialen und Arbeitsmarktprobleme oder zur Reform des Wirtschafts- und Sozialsystems zu propagieren und zu fördern (Münkner 1995, S. 25-27).

4.2 Die Wohlfahrtsverbände – zwischen Blockadepolitik und Expansionskurs

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege versuchten in ähnlicher Weise wie die deutschen Genossenschaften, das demokratieleere System des Brüsseler Euro-Korporatismus und der Mehrebenen-Politik der Mitgliedstaaten (Pierson / Leibfried 1998) für ihre domänepolitischen und ideologischen Interessen zu nutzen. Sie taten dies in zweifacher Weise, indem sie europäische Entwicklungen einerseits blockierten und diese andererseits in der Weise und mit dem Ziel beeinflussten, daß sowohl das Subsidiaritätsprinzip als auch der tendenzbetriebliche Sonderstatus der konfessionellen Verbände im „Wege der Expansion“ (Blandow / Tangemann 1992, S. 132) europaweit zur Geltung gelangen. Als Folge ist zu befürchten, „daß sich gleiche Verbandsstrukturen wie die der Freien Träger in der Bundesrepu-

blik auch in den übrigen EG-Mitgliedsländern entwickeln werden“ (Bauer 1992b, S. 175).

Nachzuvollziehen ist die Interessen- und Domänenpolitik der Wohlfahrtsverbände an zwei Beispielen: Erstens an ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Europäischen Vereinsstatut und, damit verbunden, dem Konzept der *Économie Sociale*; zweitens an ihren erfolgreichen Bemühungen, mit Hilfe der Bundesregierung den Vertrag von Maastricht um eine Erklärung zu ergänzen, in der die Wichtigkeit einer Zusammenarbeit der EU mit den gemeinnützigen Vereinen und Stiftungen hervorgehoben wird.

Das Europäische Parlament in Straßburg befaßte sich im Jahre 1984 mit der Frage der Schaffung eines Europäischen Vereinsstatuts und beauftragte die Abgeordnete Nicole Fontaine mit der Erstellung eines Berichts. Dieser 1986 vorgelegte „Bericht zu den Vereinigungen ohne Erwerbszweck in der EG“ ersuchte die Brüsseler EG-Kommission, zwei Richtlinien auszuarbeiten: eine mit dem Ziel, den Rechtsstatus der auf europäischer Ebene errichteten Vereinigungen festzulegen; eine zweite mit dem Vorschlag, diejenigen Vereinigungen, deren statuarischer Sitz innerhalb eines der Mitgliedstaaten gesetzlich anerkannt ist, auch in den anderen Ländern der Gemeinschaft anzuerkennen. 1987 stimmte das Europäische Parlament dem Bericht und der Richtlinienempfehlung an die Kommission zu (veröffentlicht in: Bauer 1992a, S. 201-204). Der Vorstoß des Parlaments blieb allerdings ohne Ergebnis (Bauer 1992b, 171) und versandete unerledigt in der Brüsseler Bürokratie.

Anstelle eines Europäischen Vereinsstatuts wurde dem Europäischen Rat im Dezember 1989 die schon mehrfach erwähnte Mitteilung der EG-Kommission (BR-Drs. 33/90 vom 12.01.90) vorgelegt. Ihr Titel lautete: „Die Unternehmen der *Économie Sociale* und die Schaffung des europäischen Marktes ohne Grenzen“. 1992 überreichte die Kommission dem Rat einen Gesetzentwurf, in welchem die Fragen eines Europäischen Statuts erstmals mit Regelungsempfehlungen verknüpft wurden, die sich auch auf die Genossenschaften und Gegenseitigkeitsvereinigungen beziehen sollten. Der Gesetzentwurf wurde erneut 1993 in einer überarbeiteten Fassung dem Rat vorgelegt. Das Ergebnis war gleich Null; Entscheidungen wurden nicht getroffen (Kendall / Anheier 1998, 13).

Eine der äußeren Ursachen für den Stillstand lag im Eintreffen einer offiziellen Anfrage der deutschen Regierung, ob eine europäische Regelung überhaupt erforderlich sei. Mit der Auffassung, sie sei überflüssig, sympathisierte vor allem auch die europa-skeptische britische Major-Regierung.

Parallel zur Politik der Bundesregierung intervenierte die Lobby der Freien Wohlfahrtspflege bei verschiedenen EU-Repräsentanten. Die deutschen Wohlfahrtsverbände nahmen ferner Kontakte zu den weltanschaulich mit ihnen auf einer gemeinsamen Linie operierenden Verbänden in den anderen Mitgliedsländern auf. Es wurde argumentiert, das Europäische Vereinsstatut würde in der europäischen Verbändelandschaft irreparable Schäden hinterlassen. Da sich ein Großteil der Organisationen des Dritten Sektors in den übrigen Mitgliedsländern weitgehend indifferent verhielt und auch die Öffentlichkeit der Angelegenheit kaum Aufmerksamkeit schenkte, blieb die französische Politik bei der Durchsetzung des Konzepts der *Économie Sociale* weitgehend isoliert und ohne die notwendige Schubkraft.

Erfolgreicher als die französische Regierung im geschilderten Fall des Europäischen Vereinsstatuts und der *Économie Sociale* war in einem anderen, ebenfalls die Zukunft der Freien Wohlfahrtspflege betreffenden Fall das deutsche Vorgehen. Bundeskanzler Kohl erreichte bei den Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht die Verabschiedung einer wichtigen Zusatzklärung. Darin wurde unter Bezugnahme auf den Artikel 117 der Römischen Verträge die Bedeutung hervorgehoben, die im Rahmen der Erbringung Sozialer Dienstleistungen der Zusammenarbeit der EU mit den gemeinnützigen Vereinen und Stiftungen zukommen soll. Artikel 117 handelt von der „Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte“ (Nachdruck in: Bauer 1992a, S. 184).

Die Zusatzklärung ist zwar europarechtlich nicht verbindlich. Als politische Willensbekundung der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft stellt sie allerdings einen wichtigen Referenzpunkt künftiger Politik in dem angesprochenen Handlungsfeld der EU dar (Kendall / Anheier 1998, S. 23). Der Wortlaut der Zusatzklärung zum Vertrag von Maastricht läßt die Interpretation zu, daß der rechtliche Status der deutschen Wohlfahrtsverbände in der EU anerkannt ist, d.h. daß ihre tendenzbetrieblichen Privilegien und ihre subsidiaritätsrechtliche Stellung unangetastet bleiben. Faktisch bedeutet das eine Verbesserung der Ausgangslage der deutschen Freien Wohlfahrtspflege, insbesondere der konfessionellen Verbände innerhalb der EU.

5. Chancen ökonomischer Selbstorganisation? – Fazit und Perspektiven

Was folgt aus dem europapolitischen Scheitern der *Économie Sociale* für die Zukunft der ökonomischen Selbstorganisation in der EU-Ländern? Eine

erste, nüchterne Antwort lautet: Angesichts der mageren Chancen zur europaweiten Anerkennung der *Économie Sociale* einerseits und aufgrund der erfolgreichen Durchsetzung der hegemonialen Ansprüche des „deutschen Modells“ andererseits bestehen für Ansätze einer ökonomischen Selbstorganisation keine glänzenden Aussichten auf eine positiv vorherbestimmte Zukunft im Rahmen der EU.

In Anbetracht des politischen Stillstands, der auf europäischer Ebene in der Frage der *Économie Sociale* eingetreten ist, sind Hoffnungen, die von der demokratiefernen, korporatistisch verstrickten Euro-Bürokratie Fortschritte erwarten, mit großer Wahrscheinlichkeit zum Scheitern verurteilt. Brüssel bietet gegenwärtig keine rechtlichen Hebel und keine institutionellen Instrumente zur Belebung eines europäischen Konzepts der ökonomischen Selbstorganisation mit dem Ziel, daß in den EU-Ländern Menschen ermutigt und in die Lage versetzt werden (bzw. mit Hilfe der Sozialarbeit ermächtigt werden können), ihre wirtschaftlich prekäre Situation aus eigenen Kräften grundlegend zu ändern.

Auch in Zukunft sind kurzfristig keine Beschlüsse zu erwarten, die, von der EU-Ebene ausgehend, die ökonomische Selbstorganisation zu einem europapolitischen Programm machen. Falls sich die deutschen Vorstellungen europaweit durchsetzen – und dafür sprechen das ökonomische und politische Gewicht der Bundesrepublik ebenso wie das hegemoniale Vorgehen der deutschen Akteure – verringern sich, selbst in den romanischen Ländern, die Entwicklungschancen der bestehenden genossenschaftlichen Produktiv- und Sozialprojekte der ökonomischen Selbstorganisation.

Trotzdem wird sich innerhalb einer ganzen Reihe von EU-Ländern das Handlungskonzept der ökonomischen Selbstorganisation vorerst weiterhin am Leben halten. Die kooperativen Organisationen in Frankreich, Spanien, Portugal und Italien, aber auch in den anderen Ländern (einen umfassenden Überblick vermitteln Borgaza / Santuari 1998), stellen eine zwar schwache, aber ernstzunehmende „Antwort auf Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung“ dar (Elsen 1998a). Sie sind Zeichen einer nationalen bzw. regionalen und lokalen Alternativ-„Folklore“ (Arnold 1937), die sich insbesondere im traditionellen Rahmen kooperativenfreundlicher Wirtschaftskulturen entwickelt hat und Bestand haben wird. In vielfältigen Ansätzen, aber unter großen Belastungen arbeitend, verkörpern die selbstorganisierten Projekte und Initiativen symbolisch die Idee einer anderen, demokratischen und kapitalismuskritischen Wirtschaftsweise.

In Deutschland selbst sind die Voraussetzungen für selbstorganisiertes Wirtschaften denkbar ungünstig. Hier müßten grundlegende Änderungen – wie z. B. die Vereinfachung des Zugangs von Kooperativen in eine genossenschaftliche Rechtsform (Daviter u.a. 1987, S. 183 ff.), die Erleichterung der Kapitalbeschaffung und nicht zuletzt ein gesellschaftliches Klima staatsfreier Initiativen und selbstorganisierter Innovationen gesellschaftlich gewollt und politisch erst noch geschaffen werden. Solange die Genossenschaften – im Widerspruch zu der vom Grundgesetz vorgesehenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums – eine gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen ablehnen und die Wohlfahrtsverbände auf ihren angestammten Privilegien beharren und leugnen, daß in ihren Einrichtungen ein unternehmerisches Wirtschaftshandeln bestimmend ist, ist in der Bundesrepublik an eine Abkehr vom staatslastigen Korporatismus und eine Hinwendung zum gemeinschaftlichen Kooperativismus nicht recht zu denken.

Ob das Konzept der *Économie Sociale* in Europa damit letzten Endes gescheitert ist, bleibt offen. Ebenso die Beantwortung der Frage, ob die Idee der ökonomischen Selbstorganisation, falls sie nicht kurz- oder mittelfristig dem expansiven Hegemonismus der Deutschen in der EU zum Opfer fällt, die ihr innewohnende Sprengkraft zu entfalten vermag. Folgende Entwicklungspfade geben der Hoffnung auf Veränderung längerfristig Ausdruck:

- *Erstens* wird das traditionalistische Selbstverständnis der Freien Wohlfahrtspflege, die europapolitisch einen hegemonialen Kurs steuert, in Deutschland selbst konterkariert durch eine Sozial- und Wohlfahrtspolitik der zunehmenden Ökonomisierung und Kommerzialisierung (Bauer / Hansen 1998). Es ist eine Frage der Zeit, wie lange sich das Selbstverständnis der Freien Träger aufrecht erhalten läßt, daß ihre Einrichtungen keine Sozialen Dienstleistungsunternehmen sind.
- *Zweitens* werden sich die gesellschaftlichen Probleme der sozialen Ausgrenzung durch Massenarbeitslosigkeit und Armut sowie ihre Folgeprobleme nicht automatisch wie von selbst erledigen. Von der Gefahr des „reinen Horrors“ (Bauer 1998, S. 140) abgesehen, gibt es gegenwärtig keine andere Alternative als die der ökonomischen Selbstorganisation auf freiwillig-kollektiver Basis, die – verbunden mit politischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Zielsetzungen – als einzige demokratiegesellschaftliche Zukunftsoption denkbar ist.

Literatur

Archambault, E., 1997: The nonprofit sector in France. Manchester, New York: Manchester University Press

Arnold, T. W., 1937: The Folklore of Capitalismus. New Haven

Bauer, R., 1998: EUROpa – Ende des nationalen Sozialstaats? Antworten und Aussichten. In: Scherer / Sahler 1998, S. 129-141

Bauer, R. (Hrsg.), 1992a: Sozialpolitik in deutscher und europäischer Sicht. Rolle und Zukunft der Freien Wohlfahrtspflege zwischen EG-Binnenmarkt und Beitrittsländern. Weinheim: Deutscher Studien Verlag

Bauer, R., 1992b: Sozialstaat und Wohlfahrtsverbände zwischen EG-Binnenmarkt und Beitrittsländern. In: Bauer 1992a, S. 158-177

Bauer, R. / E. Hansen: Quality Assurance of Voluntary Welfare Organisations. A Question of Morals, Law, Contract or Participation? In: Flüßler / Otto 1998, S. 395-407

Behrens, G., 1990: Europäische Genossenschaft. Fortschreitender Rückschritt. In: Contraste Nr. 67, H. 4

Beuthin, V., 1995: Vorwort. In: Münkner 1995, S. 1 f.

Beywl, W. / B. Flieger, 1994: Produktionsgenossenschaften als Option einer europäischen Économie Sociale. In: Jäger / Beywl 1994, S. 183-203

Beywl, W. / W. Jäger, 1994: Großbetriebliche Wirtschaftskultur im Niedergang? Zum möglichen Beitrag der Genossenschaften in der Orientierungskrise. In: Jäger / Beywl 1994, S. 1-35

Blandow, J. / M. Tangemann, 1992: Von christlicher Liebestätigkeit zum Wohlfahrtsverband. Caritas und Diakonie der ehemaligen DDR in der Transformation: Beispiel aus Rostock. In: Bauer 1992a, S. 89-138

Borgaza, C. / A. Santuari (Hrsg.), 1998: Social enterprises and new employment in Europe. Trenton: Regione Autonoma Tentino - Alto Adige, Cooperation Department

Daviter, J. / V. Gessner / A. Höland, 1987: Selbstverwaltungswirtschaft. Gegen Wirtschaft und Recht? Rechtliche und ökonomische Problem-betrachtungen. Bielefeld: AJZ Verlag

Douthwaite, R., 1996: Lokale Ökonomie – lokale Währungen. In: Stiftung Bauhaus 1996, S. 198-200

Elsen, S., 1998a: Gemeinwesenökonomie – eine Antwort auf Arbeitslo-

sigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung? Neuwied, Kriftel: Hermann Luchterhand Verlag

Elsen, S., 1998b: Solidarökonomie gegen Kasinokapitalismus. Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenökonomie im Zeitalter der „entgrenzten Marktwirtschaft“. In: sozial eXtra, H. 1-2, S. 1-5

Eurostat (Hrsg.), 1993: Ein statistisches Profil der Sozialwirtschaft und ihrer Organisationen in der Europäischen Gemeinschaft. Themenkreis 7 – Dienstleistungen und Verkehr, Reihe B, Supplement 2. Brüssel, Luxemburg: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften

Flösser, G. / H.-U. Otto (Hrsg.), 1998: Towards More Democracy in Social Services. Models of Culture and Welfare. Berlin, New York: Walter de Gruyter

Herbert, G., 1990: Zukunft der Genossenschaften im Binnenmarkt der Europäischen Gemeinschaft. In: DGB Bildungswerk 1990, S. 48-52

Höhn, A., 1998: Selbsthilfe in Armutsquartieren. Ein praxisorientiertes Bildungskonzept. In: sozial eXtra, H. 1-2, S. 22-23

Jäger, W., 1991: Der Genossenschaftsbegriff in der Politik und in der Wirtschaft. In: ZfgG 41, S. 2-29

Jäger, W. / W. Beywl, 1994: Wirtschaftskulturen und Genossenschaften im vereinten Europa. Wiesbaden: Gabler Verlag, Deutscher Universitäts-Verlag

Jung, R. H. / H. M. Schäfer / F. W. Seibel (Hrsg.), 1997: Économie Sociale. Fakten und Standpunkte zu einem solidarwirtschaftlichen Konzept. Frankfurt am Main: IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation

Keller, T., 1996: Talente, Kreuzer und New Berries. Über LET-Systeme und Tauschringe. In: Stiftung Bauhaus u.a. 1996, S. 201-210

Kendall, J. / H. K. Anheier, 1998: The Third Sector and the European Union Policy Process: An Initial Evaluation. Paper for presentation at the 1998 ISTR conference, Geneva, 8 - 11 July, 1998

Kuper, B.-O., 1998: Der Status der Freien Wohlfahrtspflege in der Europäischen Union. In: Informationsdienst Europäisches Arbeits- und Sozialrecht, 6. Jg., H. 3, S. 22-25

Kuper, B.-O., 1992: Wohlfahrtsverbände und Europäische Gemeinschaft: Konfliktlinien und Perspektiven. In: Bauer 1992a, S. 50-64

Leibfried, S. / P. Pierson (Hrsg.), 1998: Standort Europa. Europäische Sozialpolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

Luhmann, N., 1997: Die Gesellschaft der Gesellschaft. 2 Bde. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

Münkner, H.-H., 1996: „Bedarfwirtschaft“ als genossenschaftliche Alternative für eine bessere und gerechtere Weltordnung. In: Contraste, 13. Jg., Nr. 136 (Januar 1996)

Münkner, H.-H., 1995: Économie Sociale aus deutscher Sicht. Marburg: Institut für Genossenschaftswesen

Pierson, P. / S. Leibfried, 1998: Mehrebenen-Politik und die Entwicklung des „Sozialen Europa“. In: Leibfried / Pierson 1998, S. 11-57

Polanyi, K., 1979: Ökonomie und Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

Scherer, H. / I. Sahler (Hrsg.), 1998: Einstürzende Sozialstaaten. Argumente gegen den Sozialabbau. Wiesbaden: sozialeXtra

Seibel, F. W. / R. H. Jung / H. M. Schäfer, 1997: Économie Sociale. Eine einführende Begriffserörterung. In: Jung / Schäfer / Seibel 1997, S. 11-37

6, Perry, 1994: Introduction. In: 6 / Vidal 1994, S. 1-17

6, Perry / I. Vidal (Hrsg.), 1994: Delivering Welfare: repositioning non-profit and co-operative action in western European welfare states. Barcelona: Centre d'Initiatives de l'Economia Social

Stiftung Bauhaus Dessau / Europäisches Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung (Hrsg.), 1996: Wirtschaft von unten. People's Economy. Beiträge für eine soziale Ökonomie in Europa. Dessau: Stiftung Bauhaus Dessau

Technologie-Netzwerk Berlin e.V. in Zusammenarbeit mit Europäisches Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung (Hrsg.), 1997: Ökonomische Gemeinwesenentwicklung und soziale Unternehmen. Erfahrungen, Instrumente und Empfehlungen. Berlin: Technologie-Netzwerk

Vienney, C., 1983: Concepts et champs d'économie sociale, conditions et enjeux d'une information statistique. In: Revue des Etudes Coopératives No. 9, 3re Trimester

ZENTGENO, 1990: Geschäftsbericht 1989/90 des Zentralverbandes genossenschaftlicher Großhandels- und Dienstleistungsunternehmen. Bonn

Über den Zusammenhang globaler und lokaler Entwicklungen und die Konsequenzen für die Gemeinwesenarbeit

Susanne Elsen

Gemeinwesenarbeit ist in ihrem Alltag ständig mit den sich verschärfenden Folgen globaler Entwicklungen konfrontiert. Die Erkenntnis dieser Zusammenhänge vor dem Hintergrund globaler Erfordernisse, die aus der demographischen Entwicklung und der deutlich werdenden Übernutzung und Zerstörung der Lebensgrundlagen resultieren, kann dazu beitragen, Gemeinwesenarbeit als eine global gültige lokale Strategie eigenständiger und nachhaltiger Entwicklung neu zu entdecken. Als Entwicklungsstrategie „von unten“, die in den engen Grenzen lokaler Gemeinwesen wirkt, gewinnt sie unter den Folgen ökonomischer, kultureller, sozialer, politischer und ökologischer Entgrenzungen an Bedeutung.

Dies hat verschiedene Gründe:

- Die Notwendigkeit der Stärkung zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation aufgrund der Schwäche politischer Steuerung, die aus der Abhängigkeit von den globalisierten Märkten resultiert
- Die Entbettung der globalisierten Märkte aus ihrer sozialen und ökologischen Einbettung, die Abkoppelung der mobilen Finanzmärkte und die Frage der Existenzsicherung der Menschen, die für die globalisierte Ökonomie „strukturell überflüssig“ werden
- Die Tatsache, dass die strukturelle Krise in vielfacher Weise entsolidarisierend wirkt und das soziale Kapital der Gesellschaften zerstört
- Die Tatsache, daß das westliche Wirtschaftsmodell aus ökologischen und demographischen Gründen keine Zukunft hat und weltweit Alternativen in Form kleinräumiger Versorgungskreisläufe entstehen müssen
- Die Tatsache, dass das wichtigste Potenzial zukunftsfähiger Gesellschaften in der Handlungsfähigkeit von Menschen besteht und nur solche Lösungen zukunftsfähig sind, die von der Bevölkerung getragen und verantwortet werden
- Die Tatsache, dass beteiligungsorientierte, spezifische und synergetische Lösungen nur im kleinräumigen Kontext entstehen können.

Lokale Strategien haben eine höchst begrenzte Reichweite. Doch sie sind die wichtigsten Bausteine einer nachhaltigen Entwicklung.

Die Entfesselung des Marktes, die Erpressung der Nationalstaaten und ihre willfährige Unterwerfung

Wir erleben heute das Finale dessen, was im 16. Jahrhundert mit der Ausplünderung der „neuen Welt“ durch die europäischen Kolonialmächte begann und seit der ersten industriellen Revolution seine kapitalistische Dynamik erhielt: Die Herausbildung eines Weltmarktes durch die Beseitigung der Grenzen für Kapital, Güter, Dienstleistungen und in geringerem Maße auch für Arbeit.¹ Die beschleunigten Entgrenzungen vollenden gleichzeitig den Prozeß, den Karl Polanyi als die große Transformation bezeichnete: Die vollkommene Entbettung der Ökonomie aus dem einbettenden und begrenzenden Kontext der Gemeinwesen. Im Verlauf der kapitalistischen Transformation werden alle Lebensbereiche dem ökonomischen Verwertungsinteresse einverleibt und das politische, soziale und kulturelle System wird zunehmend seinen Interessen nutzbar gemacht.² Der Prozeß der feindlichen Übernahme der Gemeinwesen scheint heute vollendet. Er ist freilich immer undurchschaubarer, erpresserischer und subtiler und trifft mit der Verschärfung seiner sozialen Folgeprobleme auf wachsendes Entgegenkommen. Da er durch seine höchst wirkungsvolle Ideologie auch unser Denken, Wahrnehmen und Wünschen beherrscht, erscheint er wie eine Naturgesetzlichkeit, die Antworten nur im Rahmen ihrer eigenen Logik zuläßt.

Es gibt viele deutliche Anzeichen einer neuen destruktiven Qualität der Machtentfaltung des entgrenzten Weltmarktes: So können beispielsweise die jeweiligen Regionen zur Einhaltung ihrer Versprechen gezwungen werden, mit denen sie sich als profitable Standorte profiliert haben. Jüngstes Beispiel eines ausgeklügelten Instrumentariums der Multinationalen Konzerne der westlichen Industriestaaten zur vollkommenen politischen Entmachtung ihrer Standorte und zur Sicherung der Rendite ist das (vorerst gekippte) MAI-Abkommen.

Die Gewalt, mit der die dominanten Interessen des internationalen Kapitals mancherorts durchgesetzt werden, hat gegenüber der blutigen Landnahme durch die europäischen Kolonialmächte nichts eingebüßt. Offizielle oder halboffizielle Vollstrecker sind militante Organe oder auch staatliches Militär oder Polizei. Erwähnt seien die zahlreichen Morde an Landlosen in Brasilien oder auch die willkürliche Inhaftierung von Arbeitern in

Südkorea, wo immer noch das Arbeitsrecht aus der Zeit der Militärdiktatur gilt. Subtiler und wirksamer sind Kriege, die aus wirtschaftlichen Interessen forciert oder initiiert werden, wie es sich für die Kriege der jüngsten Vergangenheit nachweisen läßt.

Verschärft hat sich auch das gesellschaftliche Klima in den westlichen Wohlfahrtsstaaten: Gesellschaftliche Teilhabe oder auch nur die materielle Existenzsicherung aller Menschen wird offensichtlich nicht länger als Ziel demokratisch verfaßter Gesellschaften angesehen. Auch politische Parteien mit Wurzeln in der Arbeiterbewegung distanzieren sich von der Idee des Sozialstaates so, als sprächen sie von Jugendsünden.

Es ist zu befürchten, daß nicht nur in Afrika die Menschen, die für die Aufrechterhaltung des Weltmarktes nicht nur überflüssig, sondern als Kostenfaktoren schädlich sind, ihr Existenzrecht einzubüßen drohen. Die im Juli 1997 in Kraft getretene „Sozialreform“ in den USA beispielsweise entzieht vielen Menschen auch die minimalste materielle Existenzbasis und legitimiert dies mit überwunden geglaubten Stigmatisierungen.³ Die „gefährliche Klasse“ ist wieder auferstanden und die private Gefängniswirtschaft boomt.

Rhetorisch sanfter kommt der Rückzug des wohltätigen Staates in Europa daher. Es wird von Bürgergesellschaft, Selbsthilfe und Selbstorganisation gesprochen. Gemeint ist nicht selten, dass die Armen sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen sollten. Alle ernsthaften Bemühungen jedoch, jenseits des Marktes Formen ökonomischer Selbsthilfe zu entwickeln, werden sowohl von der Marktlobby als auch von sozialpolitischer Seite massiv verhindert. Sie wären ein Versuch der Unterwanderung von Erpressbarkeit.

Die politischen Regulierungen in den westlichen Industriestaaten zielten darauf, die Wirkungskräfte des sich formierenden Weltmarktes durch die Organisation der Gesellschaften in ihren territorialen Einheiten abzufedern. Der Begriff Globalisierung bezeichnet den Prozeß der Überwindung dieser Grenzen mit ihren territorialen Schutz- und Orientierungsfunktionen.

Globalisierung ist nicht nur vielfach mißbrauchte Ideologie, sondern eine real beobachtbare Tendenz. Die Flexibilisierung des internationalen Kapitalverkehrs und die Liberalisierung der Waren- und Dienstleistungsmärkte erweist sich als wirksames Mittel, mit dem weltweit politische, soziale und ökonomische Restrukturierungsprozesse in Gang gesetzt werden, die neue Rationalisierungen und Ausbeutungsmöglichkeiten eröffnen.⁴

Über das Globalisierungs-Monopoly und wer mitspielen darf

Insbesondere zwei Aspekte werden mit Globalisierung in Verbindung gebracht: Die weltweite Verflechtung von Unternehmen, Handel und Produktion und die Entstehung des internationalen Finanzmarktes, der grenzenlos mobil ist und sowohl die nationalen Gesellschaften als auch die nationale und globale Ökonomie beherrscht.

Mit der Entwicklung des internationalen Finanzmarktes haben sich die Unternehmensziele der globalen Spieler von Produktion und Warenverkauf hin zur Erhöhung des Marktwertes an der Börse gewandelt (shareholder value). Damit sind sie nur noch den Interessen der Aktionäre verpflichtet. Akteure der Entfesselungskunst sind die Multinationals und Transnationalen Konzerne, die inzwischen rund ein Drittel der globalen Industrieproduktion und zwei Drittel des gesamten Welthandels kontrollieren. Als echte „global players“ gelten die 100 größten unter den Multinationalen Konzernen, deren Vermögen auf 3,4 Billionen US-Dollar beziffert wird.⁵

Der aktuell stattfindende Globalisierungsschub ist weder eine ökonomische Zwangsgesetzlichkeit noch die einfache Folge technischer Entwicklungen, die er erst richtig in Gang setzt.⁶ Er war und ist politisch gewollt und strategisch herbeigeführt. Der Abbau der Handelshemmnisse durch das GATT-Abkommen und die Deregulierungsoffensive der 70er Jahre verhalfen dem Freihandel zum Durchbruch und verstärkten den Globalisierungsprozeß und seine gesellschaftlichen Folgen. In seiner Studie zur Entwicklung der Armut in Europa weist Ernst Ulrich Huster den Anstieg von Armut seit dem Inkrafttreten des GATT nach. Nach seinen Schätzungen leben im reichen Europa bereits heute mehr als 150 Millionen Menschen in wachsender Armut.⁷

Das große Zocken – oder Nichts geht mehr

Die folgenschwerste Globalisierungstendenz besteht in der als Casinokapitalismus bezeichneten Zunahme globaler Finanztransfers, die aus dem realökonomischen Kontext entkoppelt sind und ein Vielfaches von deren Wert ausmachen. Der tägliche realökonomische Umsatz im Welthandel von Gütern und Dienstleistungen beläuft sich auf 45 Milliarden DM. Dem steht ein täglicher Umsatz der Finanzmärkte von 2250 Milliarden DM gegenüber. Das Budget der EU beträgt pro Jahr 160 Milliarden DM.⁸

Die Bewegungen auf den Finanzmärkten wirken sich unmittelbar auf die ökonomischen, politischen und sozialen Bedingungen von Nationalstaaten und Weltregionen aus. Sie diktieren Zinsen und Wechselkurse, und damit die Preise für Rohstoffe, Waren und Dienstleistungen, denn die Renditeerwartungen auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten hängen von Wechselkursen und Zinsen ab. Beschäftigungsniveaus, Arbeitsbedingungen, Sozial- und Umweltstandards werden unmittelbar beeinflusst. Durch die Flexibilisierung der Wechselkurse bestimmen sie die Spielräume nationaler Geld- und Zinspolitik. Durch Lohndumping und Arbeitsplatzabbau verursachen sie private Armut und Verelendung. Sie entziehen sich durch Mobilität der Zahlung von Steuern und fördern öffentliche Armut und politische Handlungsunfähigkeit.

Die Konzentration territorial ungebundenen Kapitals bedeutet eine historisch einzigartige Machtentfaltung, die sich in allen Weltregionen auswirkt und in den Händen einiger weniger diskreter Bankenkonsortien und weltweit agierender Unternehmensgruppen liegt. Die Steuerungsmacht hat sich von der Ebene der Einzelstaaten auf globale Ebene und aus dem öffentlichen Bereich in den privaten Bereich verlagert, der nur von den Gewinninteressen einiger weniger Finanzinstitute beherrscht ist.⁹

Angesichts einer solchen totalen und globalen Machtentfaltung scheint es müßig, über lokale Ansätze zur Lösung der Probleme zu sprechen. Und doch ist es gerade dieser Hintergrund, der dazu beitragen kann, die ideologischen Denkblockaden in unseren Köpfen durch Strategien zu überwinden, die aus den globalen Entwicklungen resultieren und auf lokaler Ebene möglich und notwendig werden: Ansätze zur Erhaltung und Schaffung von Handlungsoptionen und Förderung der Handlungsfähigkeit der lokalen Bevölkerung durch die Einleitung und Begleitung von Prozessen eigenständiger und nachhaltiger Entwicklung.

Jüngstes Beispiel für den Versuch der Überwindung der Erpressung durch einen multinationalen Konzern, welches international auf eine Welle der Sympathie stieß, ist der Kampf des französischen Hirten José Bové gegen den McDonalds Konzern. Seine Inhaftierung machte ihn zur Symbolfigur der französischen Bauern in ihrem Handelsstreit mit den USA.¹⁰

Standortpolitik und ihre Folgen

„Alle Standorte befinden sich in diesem Wettlauf, der nicht 100 Sieger, sondern vielleicht derer drei auf dem Siegertreppchen und 97 traurige Verlierer hervorbringt“ (Elmar Altvater)

Die nationale und lokale Politik der „Strukturanpassung“ begünstigt und verstärkt die ökonomischen Entwicklungen und ihre Folgen in den Gemeinwesen. Staaten und Regionen treten mit dem Versprechen hoher Zinsen und niedriger Inflation in den selbstdestruktiven Wettbewerb als profitable Standorte für das weltweit mobile Kapital. Das Repertoire der „Strukturanpassung“ ist dabei überall identisch: Deregulierung, insbesondere der Arbeitsmärkte, Privatisierung öffentlichen Eigentums, Stabilisierung der nationalen Währung, restriktive Haushaltspolitik und die Absicherung der Renditen auf produktive Investitionen.¹¹

Als Eingriffsvariablen der Standortpolitik bieten sich die Größen an, auf die die Akteure der jeweiligen Standorte einwirken können: Löhne, Lohnnebenkosten, Arbeitsbedingungen, Sozial- und Umweltstandards. Der Beitrag der Rentner, Arbeitslosen und Sozialhilfeberechtigten zur „Strukturanpassung“ wird in Deutschland im kommenden Jahr beispielsweise 1,8 und im Jahr 2001 4,47 Milliarden DM betragen.¹²

Das Kapital kann sich den Anforderungen nach Umverteilung zur Finanzierung von öffentlicher Infrastruktur und Sozialstaat entziehen. Die Einnahmen aus Unternehmenssteuern fielen beispielsweise in Deutschland im Zeitraum zwischen 1989 und 1993 um 18,9%.¹³ Mit der Austrocknung der Staatsfinanzen und dem Zwang zur Finanzierung der wachsenden öffentlichen Ausgaben durch Nettokreditaufnahmen (bei den Kapitaleignern), ist die weitestgehende politische Handlungsunfähigkeit der Standorte und ihre Erpreßbarkeit gesichert.

Da sich das mobile Kapital den Anforderungen nach Umverteilung entziehen kann, findet Umverteilung zunehmend nur noch innerhalb der kleiner und fragiler werdenden Erwerbsarbeitsgesellschaft statt. Die Entsolidarisierung und Spaltung zwischen Arbeitsplatzbesitzenden und Arbeitslosen, von Verelendung bedrohten working-poor und Sozialhilfeempfängern und dem wachsenden Bodensatz Verelendeter ist strukturell vorprogrammiert.

Was beispielsweise die als „Elastizität“ der Löhne bezeichnete Deregulierung der Arbeitsmärkte bewirkt, zeigt sich nach einer ca. 15-jährigen Strukturanpassung in den USA deutlich: Durch die Kombination von Strukturwandel, Abbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen, Lohndumping und Verwertungsdruck ist der Mittelstand, das Rückgrat der Gesellschaft, nicht nur existenziell gefährdet, sondern er verschwindet regelrecht. Das vielgelobte „Job-Wunder“ hat stattgefunden – auf Kosten des Mittelstandes, der deutliche Zerfallserscheinungen zeigt, und auf Kosten der Armen.¹⁴

Seit Ende der siebziger Jahre hat mehr als ein Drittel der Bevölkerung Einkommensverluste bis zu 20 Prozent und mehr hinnehmen müssen. Die Einkommen der amerikanischen Durchschnittsfamilie liegen unter denen von 1989, obwohl in jeder zweiten Familie beide Partner verdienen. Die realen Durchschnittslöhne sind von 8,6 auf 7,5 Dollar gesackt. Als minimales Überlebenseinkommen einer Familie gelten 25000 Dollar im Jahr. Ein Drittel aller Ganztagsjobs bringt weniger als 20000 Dollar jährlich ein.

Die vom Abstieg bedrohten Mittelschichten zeigen sich empfänglich für den angeheizten Sicherheitsdiskurs, restriktive Law-and-order-Maßnahmen und radikale Formen der Entsolidarisierung beispielsweise in gated communities, in denen alleine in Nordamerika mehr als 9 Millionen Menschen mit eigenen Gesetzen, Steuern und Polizei freiwillig hinter Gittern „leben“. Aber auch Rechtspopulismus und Fundamentalismus sind als Bewältigungsstrategien und als Versuche der Abgrenzung zu interpretieren.

Städte als Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen

Städte sind Spiegel der gesellschaftlichen Entwicklungen. Sie bilden den Strukturwandel sozialräumlich, sozialökonomisch und stadtpolitisch ab. Die Strategien des Strukturwandels erzeugen nicht nur neue Fragmentierungen und Spaltungen, sie beruhen vielmehr auf ihnen und setzen sie voraus. Gerade in den prosperierenden Städten lassen sich die neuen ökonomischen, räumlichen und sozialen Spaltungen nicht mehr übersehen. Jens Dangschat stellt die polarisierenden Auswirkungen des Strukturwandels und deren Verschärfung durch kommunale Standortpolitik dar: Sind für die Umstrukturierungen und doppelten Friktionen im Arbeitsmarkt die Städte die Orte der global angestoßenen Prozesse der Polarisierung, Verarmung und sozialen Ausgrenzung, so sind die kommunalen Politiker, ihre Wachstums-, Standort-, Wohnungs-, Kultur- und Bildungspolitik verantwortlich für weitere Verschärfungen der gesellschaftlichen Polarisierungen. Weite Politikbereiche werden der standortpolitischen Zielsetzung untergeordnet, insbesondere die Stadtplanung, die Wohnungsbau- und Stadterneuerungspolitik. In der Folge vergrößert sich einerseits die Armut durch die Forcierung der Umstrukturierung des regionalen Arbeitsmarktes. Andererseits bewirken Verknappungen im Wohnungsmarkt, insbesondere in den unteren Segmenten, soziale Ausgrenzungsrisiken. Die Folgen eines standortbezogenen Stadtmarketings sind gestylte Innenstädte, die mit ih-

ren Glitzerfassaden, Erlebnis-Architekturen und Einkaufslandschaften die Bühne für die Konsumstile der Erfolgreichen bieten.¹⁵

Der kausale Zusammenhang zwischen Umstrukturierung und Aufwertung der regionalen Ökonomie und der Stilisierung der Innenstädte einerseits und der Ausweitung und räumlichen Konzentration von Armut andererseits, ist weltweit in prosperierenden Städten beobachtbar. Viele Stadtbezirke Berlins beispielsweise (Tiergarten, Kreuzberg, Friedrichshain und Wedding) verelenden rasch durch die Stadtentwicklung im Zeitraffertempo. Der Senat hat sich der Herrichtung der Hauptstadtbühne verschrieben, dem öffentlichen Sektor riesige Summen entzogen und sie für den Ausbau des Zentrums zwischen Friedrichstraße und Potsdamer Platz eingesetzt. In der städtebaulichen Großphantasie sind die Verdrängten nicht vorgesehen. Die Hälfte der BewohnerInnen des Bezirkes Prenzlauer Berg hat innerhalb von fünf Jahren den Stadtteil verlassen.¹⁶ Im Wedding lebt bereits jeder Fünfte von Sozialhilfe, 40 Prozent davon sind jünger als sieben Jahre.¹⁷

Die sozialräumlichen Veränderungen werden verstärkt und flankiert durch die Kontrolle und Privatisierung öffentlicher Räume. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, Räume zu reglementieren und für die Kapitalinteressen zu kultivieren. Neben der Umwandlung öffentlicher in private Räume beispielsweise von Einkaufspassagen, Plätzen und Fußgängerzonen werden Straßenordnungen erlassen, die die Entfernung störender und lästiger Elemente aus den Eventzonen ermöglichen. Das Ordnungsmodell, welches prosperierenden Städten im Standortwettbewerb zugrunde liegt, hat nichts mehr mit bürgerlicher Freiheit zu tun.¹⁸ Die Kontrolle und Abschaffung des öffentlichen Raumes ebenso wie die Entfernung unpassender Personengruppen ist weltweit gängige Praxis, und auch in deutschen Städten bereits weitgehend Realität.

Weitere Konsequenzen folgen der gleichen Logik und sind im europäischen Raum erst tendenziell beobachtbar. Sie bahnen sich aber an oder sind in der Diskussion: Arme, Störende und Verelendete werden aus der Öffentlichkeit entsorgt und in segregierte Armutsmilieus verwiesen, mit privater Polizei in Schach gehalten und systematisch kriminalisiert, um sie dann in privatisierten und nach Wirtschaftlichkeitskriterien organisierten Gefängnissen zu inhaftieren.¹⁹ Mit dem wachsenden „Strom arbeits- und besitzloser Verurteilter, diesen menschlichen Störfaktoren, die zwischen Ghettos und Armutsquartieren und den Internierungsräumen hin- und herpendeln, steigt auch das Bedürfnis nach Sicherheit“²⁰ und die Verschärfung von Ausgrenzungsmassnahmen.

Die derzeitigen Entwicklungen in den Städten müssen nun noch betrachtet werden vor dem Hintergrund der globalen Tendenz zur Verstädterung. Überall in der Welt, insbesondere in den ärmeren Ländern, treiben die sinkenden Lebens- und Entwicklungschancen in den ländlichen Regionen Menschen in die Städte. Im Jahr 2005 wird die Hälfte, zwanzig Jahre später zwei Drittel der Weltbevölkerung in Städten leben. Kaum vorstellbar, wie diese Zusammenballungen steuerbar sein sollen.

Macht es vor diesem und vor dem im folgenden skizzierten Hintergrund Sinn, an der Idee der Integration sozial benachteiligter Wohngebiete in den Kontext des umfassenden Gemeinwesens festzuhalten,²¹ oder ist nicht nach Problemlösungsstrategien zu suchen, die die partielle Segregation von benachteiligten Quartieren als Ausgangspunkt von Schritten eigenständiger und nachhaltiger Entwicklung nimmt? Dies bedeutet nicht nur das teilweise Aufgeben der Zielsetzungen in nachholende Entwicklung und Integration in die städtische Gesellschaft, sondern auch eine konsequentere Orientierung an den Kulturen des Zusammenlebens, den Potenzialen und Normen lokaler Bevölkerungen und den globalen Entwicklungserfordernissen.

Globale Szenarien, die zum Umdenken zwingen

Der globale Wohlstand hat zwar in den vergangenen 50 Jahren um das Siebenfache zugenommen. Der Indikator für tatsächlichen Wohlstand (Genuine Progress Indicator) zeigt aber bereits heute stagnierende bzw. abnehmende Werte,²² und die Weltbevölkerung hat in sehr unterschiedlicher Weise Anteil an den Ressourcen: Ein Fünftel der Menschheit, überwiegend aus dem Norden – verfügt beispielsweise über vier Fünftel des Welteinkommens.

Bei einer rasant anwachsenden Weltbevölkerung und dem damit verbundenen gestiegenen Ressourcenbedarf zeigen sich deutlich Übernutzungen und irreparable Zerstörungen der wichtigsten Lebensgrundlagen. Das westliche Wachstumsmodell hat alleine deshalb keine Zukunft, denn wenn alle Menschen dieser Welt soviel Rohstoffe verbrauchen und Schadstoffe produzieren würden wie die Industrieländer, bräuchten wir heute bereits weitere 20 Planeten (Brot für die Welt 1996). Die Industrieländer sind von 25% der Weltbevölkerung bewohnt und verbrauchen 75% der Rohstoffe.

In diesem Jahr wird die Weltbevölkerung auf 6 Milliarden Menschen geschätzt. Bereits in 10 Jahren werden 10 bis 11 Milliarden Menschen die

Erde bevölkern. Kriegerische Verteilungskämpfe und drohender Genozid sind in verschiedenen Teilen der Welt bereits heute Realität.²³ Eine wachsende Weltbevölkerung wird ihr Anrecht auf Leben einfordern. Es zeichnet sich ab, dass die beschleunigte Umweltzerstörung und die Uebernutzung der natürlichen Lebensgrundlagen die Lebenschancen von Millionen von Menschen bedroht und sie in die Migration treibt. Der Bevölkerungsdruck trifft auf abnehmende Lebenschancen in ländlichen Gebieten. Immer mehr Menschen werden in die Armutsmilieus der ausufernden Städte getrieben.²⁴ Nach einer Studie der UNEP befinden sich beispielsweise 35% der weltweiten Landflächen in Wüstenbildung. Der Prozess bedroht insbesondere den Tropen- und Subtropengürtel, wo 850 Millionen Menschen leben.

Zum gleichen Zeitpunkt verschärfen sich weltweit die Beschäftigungsprobleme. Was als „Beschäftigungskrise“ verharmlost wird, ist ein Aspekt des vielschichtigen globalen Wandels. Es gibt immer weniger marktvermittelte Erwerbsarbeit. Die Arbeitsvolumina sind technologiebedingt weltweit deutlich rückläufig. Die Produktivität pro Arbeitsstunde hat sich im Zeitraum zwischen 1970 und 1995 beispielsweise in nahezu allen europäischen Ländern mehr als verdoppelt.²⁵ Prognosen führender WissenschaftlerInnen und Konzernchefs gehen dahin, daß zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch 1/5 der Weltbevölkerung gebraucht wird, um das Weltwirtschaftssystem aufrechtzuerhalten.²⁶ Erstmals in der Geschichte werden Menschen strukturell überflüssig. Dies ist eine gefährliche Situation.

Den Markt auf Knien um die Gewährung von Beschäftigung um jeden Preis anzuflehen ist nicht nur teuer, sondern geradezu absurd. Die Arbeit, die zur Gestaltung zukunftsfähiger Gesellschaften erforderlich ist, kann der Marktmechanismus nicht bieten, da sie außerhalb seiner Logik liegt. Zukunftsfähige sozialökonomische Alternativen rücken immer deutlicher ins Zentrum des gesellschaftlichen Entwicklungsbedarfs.

Der Schlüssel zur Nachhaltigkeit liegt im lokalen Kontext

Die Folgen der ökonomischen Entgrenzungen zerstören die sozialen, ökologischen und ökonomischen Lebensgrundlagen, zehren die Gemeinwesen aus und zerstören Menschen. Diese Zerstörungen erfordern nachhaltige Gegenmodelle, nicht nur die soziale Flankierung der destruktiven Praxis. Gemeinwesenarbeit muss dazu beitragen, ökosoziale Transformationsprozesse einzuleiten und zukunftsfähige Lösungen insbesondere mit den

Menschen zu realisieren, die auf das lokale Gemeinwesen als Ort der Lebensbewältigung am stärksten angewiesen sind.

Bemächtigung als Erfahrung gemeinsamer Handlungsfähigkeit, Kooperation als Gegenentwurf zu Konkurrenz und Entwicklungskern produktiven Handelns, Subsidiarität in kleinen Einheiten und kleinräumige, beteiligungsorientierte, lebensnahe Politik sind die Bausteine einer nachhaltigen Entwicklung, zu der Gemeinwesenarbeit beitragen kann. Ihr Kontext sind neue und alte Gemeinschaften, die primäre Beziehungen ermöglichen und fördern.

Was spricht dafür, Lösungen für die komplexen ökonomischen, kulturellen, sozialen ökologischen und politischen Fragen in den Grenzen lokaler Gemeinwesen zu suchen?

Der erste und für Professionelle im Sozialbereich offensichtlichste Grund ist der, dass viele Menschen mangels Alternative auf ihre Lebenswelt zurückverwiesen werden. Gemeinwesen sind insbesondere für die VerliererInnen des gesellschaftlichen Wandels zentrale Orte der Lebensbewältigung, der sozialen Integration und zunehmend auch wieder der Existenzsicherung. Neue Zugehörigkeiten und Kontexte der Alltagsolidarität zu stiften, in lokalen Gemeinwesen Optionen der Lebensbewältigung zu schaffen und gemeinsam mit den BewohnerInnen neue Formen der Existenzsicherung zu schaffen, wird zum zentralen Thema von Gemeinwesenarbeit. Um nicht mißverstanden zu werden: Es geht nicht um irgendwelche Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, sondern um die Gestaltung lokaler Gemeinwesen als zukunftsfähige Lebensorte. Potenzielle Arbeitsfelder liegen häufig buchstäblich vor der Tür, etwa im Wohn- und Wohnumfeldbereich.

Lokale Gemeinwesen könnten weltweit zu Entwicklungslabors nachhaltiger lokaler Lösungen in globaler Verantwortung werden. Auch wenn die Reichweite lokaler Lösungen sehr begrenzt ist, lassen sich nur in diesen Grenzen umfassende, spezifische und synergetische Modelle entwickeln, die unterschiedliche Zielebenen verfolgen (ökonomische, soziale politische, ökologische) an denen möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen lernend teilhaben können. Der Schlüssel zur Nachhaltigkeit liegt in kleinen, verantwortlich und vernetzt agierenden Einheiten. Suffizienz, die Frage des Genug-für-alle und Effizienz, die bestmögliche erhaltende Nutzung knapper Ressourcen stehen im Zentrum aller Bemühungen um nachhaltige Lösungen.

Ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit erfordern die Schaffung kleiner Wirtschaftskreisläufe und kurzer Handlungsketten, in denen Stoffkreisläufe enger geführt, Transporte reduziert, Entscheidungen effektiviert und die Nutzung der Ressourcen optimiert werden können. Durch intensive Kooperation sollen Synergien erzeugt, sinnvolle Arbeitsteilung gewährleistet und Produktionskräfte optimal genutzt werden. Im überschaubaren ökonomischen Kontext ist es möglich, dass die Beteiligten ihre Handlungsfolgen abschätzen können, die zentrale Frage nachhaltigen Handelns.

Soziale Nachhaltigkeit, die aktive und verantwortliche Teilhabe und Teilnahme aller Gesellschaftsmitglieder erfordert gelebte Subsidiarität, die Organisation der sozialen Belange in kleinen, überschaubaren Einheiten, in denen der eigene Einsatz nachvollziehbare Wirkungen zeitigen kann und in denen die Bedürfnisse, Sichtweisen und Kompetenzen der Beteiligten unmittelbar berücksichtigt werden.

Aus gesellschaftspolitischer Sicht sind lokale Gemeinwesen Hoffnungsträger gesellschaftlicher Innovation. Die Organisationsprinzipien der Lebenswelt,- interpersonale Beziehungen, Handlungsfolgenabschätzung, Gegenseitigkeit und Kooperation, sind der Logik des Marktes (Steuerung durch Geld) und der des Staates (Steuerung durch administrative Macht) entgegengesetzt. Die notwendige Stärkung der kollektiven Handlungsfähigkeit mache es, so Habermas, erforderlich, dass die gesellschaftlichen Steuerungsmittel in eine neue Balance gebracht würden: „Die sozialintegrative Gewalt der Solidarität müßte sich gegen die Gewalten der beiden anderen Steuerungsressourcen, Geld und administrative Macht, behaupten können.“²⁷

Welche Beiträge kann Gemeinwesenarbeit für eine nachhaltige Entwicklung leisten?

Gemeinwesenarbeit befasste sich stets mit den Problemlagen in den Städten, da hier die Interessengegensätze und sozialen Polarisierungen am stärksten aufeinanderprallen. Beispiele sind Programme der sozialen Stadterneuerung,²⁸ in denen Gemeinwesenarbeit als intermediäre Instanz agiert. Sie werden seit Mitte der 80er-Jahre als Antworten auf die kumulativen Problemlagen in „sozialen Brennpunkten“ und die sozialräumlichen Disparitäten entwickelt, die insbesondere aus dem ökonomischen Strukturwandel resultierten. Die relevanten Politikbereiche (Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Sozial-, Kultur-, Stadtentwicklungs- und Sozialpolitik) sind dabei angehalten, ressortübergreifend zu gebietsbezogenen Lösungen zu

kommen. Mittel der verschiedenen Ressorts werden so zusammengeführt, dass integrierte und gebietsbezogene Handlungsansätze möglich werden. Die Logik gewinnt in ganz Europa an Bedeutung und spiegelt sich in den unterschiedlichsten Programmen der Stadt- und Regionalentwicklung (URBAN, LEADER, Soziale Stadt). Gemeinwesenarbeit hat im Kraftfeld divergierender Interessen und unterschiedlichster Akteure aktivierende, informierende, koordinierende, befähigende und begleitende Funktionen. Sie agiert, so das Konzept, zwischen den gesellschaftlichen Bereichen Staat, Markt und Lebenswelt. Sie sitzt als „Intermediäre“ zwischen allen Stühlen, soll aber mittendrin und nicht zu eindeutig auf der Seite der Benachteiligten stehen. Für die Gemeinwesenarbeit vor Ort bieten die Programme durchaus eine Chance, Entwicklungsprozesse in Gang zu setzen und sinnvolle Projekte zu implementieren. Euphorie freilich ist nicht nur aufgrund der zeitlichen Begrenztheit und der vergleichsweise geringen zur Verfügung stehenden Mittel fehl am Platz. Nachhaltige Modelle benötigen Zeit und einen Nährboden, auf dem sie gedeihen, auf dem sie auch langfristig aufgehen können.

Der Bedarf an intermediären Brückeninstanzen wächst, je mehr sich der Staat und auch der Markt von den Belangen der Lebenswelt, insbesondere aber den Benachteiligten, entfernt. Voraussetzung dieser Ansätze ist aber eben der politische Wille, unterschiedlichen Interessen Geltung zu verschaffen, auch Benachteiligten gesellschaftliche Teilhabe zu gewähren, und hierfür Mittel bereit zu stellen. Die oben dargestellten Tendenzen geben Anlaß für die Befürchtung, das dies immer weniger selbstverständlich ist. Deshalb muß Gemeinwesenarbeit dazu beitragen, eigenständige, zivilgesellschaftlich getragene Ansätze zu entwickeln, die durchaus auch entsprechende Programme sinnvoll für Weiterentwicklungen nutzen, sich jedoch nicht allzusehr auf sie verlassen noch sich auf sie fixieren.

Den Kern der beiden skizzierten Ansätze sehe ich in der Abstimmung der politischen Ressorts und der Vernetzung von Akteuren vor Ort, die von den genannten Entwicklungen direkt oder indirekt betroffen sind. Dazu gehören auch die territorial gebundene Wirtschaft und insbesondere soziale Bewegungen. Hierdurch werden die Voraussetzungen für abgestimmte Problemlösungen, Projekte und die Verhinderung von Entwicklungen geschaffen, die dem Gemeinwesen und seiner Bevölkerung schaden wie beispielsweise Privatisierungen, Edelsanierungen oder Ansiedlungen.

Gemeinwesenarbeit war auch stets stark auf die Probleme der Erwerbsarbeitsgesellschaft bezogen. Sie stellte Artikulations- und Entfaltungsmöglichkeiten im Reproduktionsbereich zur Verfügung, die die durchrationa-

lisierte und monotone Arbeitswelt vorethielt. Gemeinschaftliche und nachhaltige Formen der Bewältigung von Erwerbsarbeitslosigkeit stehen heute aus sozialen, ökonomischen, kulturellen, politischen und ökologischen Gründen im Zentrum des Transformationsbedarfes. Die Fixierung auf marktvermittelte Erwerbsarbeit ist die wirksamste Denkblockade, die nachhaltige Entwicklungen verhindert. Ansätze der Gemeinwesenökonomie werden zunehmend auch im Kontext von Gemeinwesenarbeit diskutiert und im Rahmen der höchst bescheidenen Möglichkeiten in Deutschland realisiert. Um einen ernst zu nehmenden Durchbruch zu erzielen, bedarf es nicht nur des entsprechenden Know-hows in der Gemeinwesenarbeit (was sie sich freilich erwerben sollte), sondern insbesondere auch des politischen Willens, der in anderen Ländern Europas die Entwicklungen ermöglicht und fördert.²⁹

Was kann Gemeinwesenarbeit zur ökosozialen Transformation der Gesellschaften beitragen?

Erstens: Die Erschließung von Optionen produktiver Teilhabe und die Schaffung von Formen lebensdienlicher Ökonomien, die geeignet sind, die Handlungsfähigkeit der Menschen zu erhalten und in nachhaltiger Weise zur sozialen Integration und Existenzsicherung der lokalen Bevölkerung beizutragen. Nicht die Arbeit geht uns aus, sondern die an den Kriterien der Profitabilität im Weltmarkt orientierte Erwerbsarbeit. Im gleichen Zuge entsteht da, wo sich der Markt mangels Rentabilität zurückzieht, wo der Staat aufgrund wachsender öffentlicher Armut keine Handlungsmöglichkeiten bei steigendem Handlungsbedarf hat und da, wo dringende Zukunftsaufgaben organisiert werden müssen, ein wachsender Bedarf an Arbeit, die sich nach gesamtgesellschaftlichen, nicht nach einzelbetriebwirtschaftlichen Kosten und Nutzen bemißt. Diese Aufgaben erfordern Formen der kooperativen und wohnortnahen Arbeitsorganisation in einem gemeinwesenorientierten Basissektor. Die Anerkennung eines entsprechenden nicht-primär profitorientierten eigenständigen Sektors sind seit geraumer Zeit parteiübergreifend in der europäischen Diskussion.³⁰ Arbeitsfelder liegen im Wohn- und Wohnumfeldbereich, in der Produktinnovation, im vorsorgenden und nachsorgenden Umweltschutz und in der wohnortnahen Versorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs.

Die Erschließung gemeinwesenökonomischer Handlungsfelder, die Ermittlung von Bedarfen, die Nutzung von Potentialen, die Suche nach Ideen,

deren systematische Verfolgung, kooperatives Arbeiten und Lernen sind Aufgabenstellungen der Gemeinwesenarbeit. Neben vermittelnden Tätigkeiten im intermediären Kraftfeld besteht eine solche Arbeit in der Verknüpfung von Gruppen, Personen, Bedarfen und Potenzialen für neue Lösungen und kooperative Existenzgründungen, in der Erarbeitung von Bedarfsanalysen, der Schaffung von Qualifikations- und Begleitsystemen, der kreativen Suche nach Geschäftsideen, Zukunftsvisionen und Leitbildern für ein nachhaltiges Gemeinwesen.

Gemeinwesenökonomie kann weder vom Markt noch vom Staat erschlossen werden. Sie erfordert die spezifische Kenntnis, Nutzung, Kultivierung und Verknüpfung der endogenen Potenziale eines Gemeinwesens. Gemeinwesenökonomische Formen bilden sich bereits heute global als Gegentendenzen zur Globalisierung heraus. Sie existierten stets da, wo Menschen keine Chancen im Markt hatten und sie blühen weltweit neu auf den Brachen und in den Nischen, die die dominante Ökonomie mangels Rentabilität aufgegeben hat. Sie entstehen derzeit neu als ökonomische Selbsthilfe in kleinen Kooperativen oder Tauschsystemen oder als Folge von wirtschafts- und sozialpolitischen Förderprogrammen in städtischen und ländlichen Krisenregionen.³¹

Zweitens: Die aktive Einleitung und Begleitung des Prozesses der Herausbildung einer Tätigkeitsgesellschaft in den Gemeinwesen. Die Tatsache, dass marktvermittelte Erwerbsarbeit für eine wachsende Anzahl von Menschen als Existenzgrundlage und biographische Perspektive nicht mehr existent sein wird, verändert die Gewichtungen und Bedeutungen der Lebenszusammenhänge. Ziel ist die Relativierung von marktvermittelter Erwerbsarbeit als nur einem Teil gesellschaftlicher Tätigkeiten und die Aufwertung und aktive Erschließung politischer, ökologischer, sozialer und kultureller Aufgaben im Gemeinwesen. Wenn marktvermittelte Erwerbsarbeit für eine Vielzahl von Menschen nicht mehr Quelle der Existenzsicherung, der biographischen Perspektive und der sozialen Integration ist, kann die Vielfalt der sozialproduktiven Tätigkeiten an Bedeutung gewinnen, die stets die Grundlage des sozialen, kulturellen und ökonomischen Zusammenhangs der Gemeinwesen darstellte.

Es ist Aufgabe von Gemeinwesenarbeit, mit den BürgerInnen Optionen der Eigenarbeit, der Nachbarschaftshilfe, der sozialen und ökonomischen Selbsthilfe, politischer Aktivitäten etc. zu erschließen, und die Menschen zur eigenverantwortlichen Übernahme dieser Tätigkeitsfelder zu befähigen. Das Wohnumfeld als sozialproduktiven Bereich zu erschließen ist meist ein erster Schritt. Gemeinsame Spielmöglichkeiten, MieterInnen-gärten,

Nachbarschaftswerkstätten, Talenttausch und andere Formen sind denkbar. Die Diskussion um die Tätigkeitsgesellschaft impliziert auch die von Andre Gorz bereits Anfang der 80er-Jahre geforderte Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Einkommen.³²

Drittens: Die soziokulturelle Arbeit an Modellen, die das Leben im Gemeinwesen in zukunftsfähiger Weise neu organisieren. Es geht darum, die Zivilgesellschaft zu stärken, Öffentlichkeiten für das Leben und Zusammenleben im Gemeinwesen zu schaffen und die globale Perspektive einzubeziehen. Die Fragen: Wie wollen wir leben, arbeiten, wohnen, Probleme lösen, Aufgaben angehen usw., die handlungsorientierte Auseinandersetzung mit dem Zusammenleben unterschiedlicher Generationen und Kulturen, die gemeinsame Suche nach Visionen von einem wünschenswerten und zukunftsfähigen Leben im Gemeinwesen, kreatives Lernen in Projekten stehen in der Tradition soziokultureller Arbeit und sind heute unter Einbeziehung der unterschiedlichen Kulturen eines Gemeinwesens von hoher Aktualität und Bedeutung. Zukunftswerkstätten, Leitbildentwicklung, kultur- und altersspezifische Formen einer lebensnahen Suche nach Alternativen sind geeignet, Prozesse des Umdenkens im Gemeinwesen in Gang zu setzen.

Viertens: Die Konzeption und kooperative Realisierung integrierter Lösungs- und Entwicklungsmodelle der sozialen Stadt- und Regionalentwicklung. Für die zentralen Bereiche Arbeiten, Wohnen, Soziales sind in Zusammenarbeit mit Politik, Verwaltung, örtlicher Wirtschaft, Verbänden, Vereinen und sozialen Bewegungen unter Beteiligung der lokalen Bevölkerung nachhaltige und an der Logik des Gemeinwesens orientierte Formen zu entwickeln. Gemeinwesenarbeit darf dieses Feld keinesfalls aufgeben, impliziert es doch die Aufrechterhaltung und Einforderung des Anspruchs auf Teilhabe aller und auf Prioritätensetzungen für die Belange der örtlichen Bevölkerung. Sie muß m.E. wieder stärker und wohl auch in vielen Fällen konfliktorientiert die Interessen der Verlierer im Blick haben und diese zur Einforderung ihrer legitimen Rechte ermächtigen, denn deren Handlungsoptionen sind immer stärker im Schwinden begriffen. Ist dieser Anspruch nicht einzuhalten, müßte sie ihr Mandat zurückgeben. Deshalb stellt sich gerade in diesem komplexen Zusammenhang die Frage des Mandates und der institutionell-organisatorischen Anbindung.

Fünftens: Die aktive Auseinandersetzung mit der eigenen gesellschaftlichen Positionierung, das heißt: Repolitisierung der Gemeinwesenarbeit (wie Dieter Oelschlägel zu Recht nicht müde wird, es seit vielen Jahren zu fordern). Die Aneignung von Wissen im ökonomischen Bereich und/oder die

Suche nach PartnerInnen, die dieses Wissen in die Arbeit einbringen. Die Verfolgung der globalen Entwicklungen in den Bereichen Ökonomie, Ökologie, Politik und Kultur kann dazu beitragen, die Richtung der eigenen Arbeit zu erkennen, Normierungen zu hinterfragen, die sich an überkommenen Bildern und interessen geleiteten Ideologien orientieren, um so den notwendigen Vorsprung zu bekommen, zu erwartende Szenarien vorwegzunehmen. Vielleicht gelingt es dadurch, in der Gemeinwesenarbeit wieder proaktiv und nicht nur reaktiv zu arbeiten. Notwendig ist es auch, gesellschaftliche Strömungen zu erkennen, die vergleichbare Interessen aus anderen Perspektiven verfolgen (alternativökonomische, ökologische), und Verbindungen zu schaffen.

Was muß Gemeinwesenarbeit neu überdenken?

Ein Blick in die Geschichte der Gemeinwesenarbeit zeigt unabhängige Ansätze ohne Netz und sozialstaatlichen Boden, die vor dem Hintergrund der globalen Entwicklungen Aktualität gewinnen: Die Wurzeln der Gemeinwesenarbeit (community-development, community-organizing, Settlementbewegung) reichen in die Zeit der ersten industriellen Revolution und ihrer verheerenden Folgen für Menschen und ihre Gemeinwesen. Kulturelle Entwurzelung, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, gefährliche Arbeitsbedingungen, Massenarmut, chaotische Verhältnisse in den rasch wachsenden Industriestädten, extreme Ausbeutung, Willkür und strukturelle Gewalt waren die drängenden Fragen, auf die Community-Work umfassende Antworten suchte.

Die Verknüpfung sozialer, kultureller, politischer, ökologischer und ökonomischer Zielsetzungen und der Kampf um die Rechte der Unterprivilegierten gemeinsam mit der Bürgerrechtsbewegung ließ Community-Work im angloamerikanischen Raum zu einer wirkungsvollen Strategie sozialen Wandels werden.³³ Dies unterscheidet sie von Gemeinwesenarbeit im deutschsprachigen Raum als Anwendungsbereich Sozialer Arbeit und Bestandteil der Sozialpolitik.

Zentral für das ursprüngliche Verständnis von Community-Work ist radikal demokratiefördernde, sozialreformerische Arbeit und eine relative Eigenständigkeit gegenüber Staat und Markt. Die polarisierende Position erklärt sich auch aus dem amerikanischen Kapitalismus, der nicht oder nur in geringem Maße sozialpolitisch flankiert wurde und Selbsthilfe stets zur Notwendigkeit machte.³⁴

Vor ca. hundert Jahren entwickelte Jane Addams (geb. 1860), die bis heute richtungsweisende Soziologin, Gemeinwesenarbeiterin und lokal wie global wirkende Sozialreformerin drei Erklärungslinien für das Ausmaß sozialer Probleme: Die ökologisch-territoriale Aufspaltung der gesellschaftlichen Klassen in den Städten, die die soziale Ordnung zerstört, die männlich-militaristische Organisation der Städte, die der Kriegslogik folgt und auf die Abwehr gegen äußere und innere Feinde zielt, sowie das Geschäftsinteresse internationaler Konzerne, welches Menschen nur als Produktionsfaktoren wahrnimmt. Sowohl die Erklärungen als auch die umfassenden Antworten haben an Aktualität nichts eingebüßt. Sie reichen von Empowermentstrategien, Bildungs-, Politik- und Kulturarbeit über sozialreformerische Arbeit auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene bis hin zur Entwicklung von Gemeinwesenökonomien. Sie gehen aus von einem im Gemeinwesen verankerten Ort als öffentlichem Kristallisationspunkt für die Belange der lokalen Bevölkerung, als Brücke zwischen den sozialen Klassen und ethnischen Gruppen und als Öffentlichkeit, in der Demokratie als Lebensform praktiziert werden kann. Auch dies ist richtungsweisend, insbesondere in einer Zeit der Zerstörung von Öffentlichkeit und der sozialen Atomisierung.

So wie der Ansatz des *community organizing*, für den Saul Alinsky (geb. 1909) steht, ist der sozialreformerische und entwicklungsorientierte Ansatz für den Jane Addams steht, zivilgesellschaftlich getragen und verantwortet. In ihrer jeweils unterschiedlichen Radikalität wäre es kaum anders denkbar.

Die These Saul Alinsky's, dass die Einseitigkeit der Interessen, die sich in der Stadtentwicklung und der Stadtpolitik spiegeln, darauf zurück zu führen seien, dass die Interessen der Armen nicht organisiert sind, ist von großer Aktualität.³⁵ Der Kampf gegen die individuelle Ohnmacht, die Erhaltung der Handlungsfähigkeit der Menschen und der Handlungsmöglichkeiten im Gemeinwesen, der Aufbau von Bürgerorganisationen und die Ermächtigung der VerliererInnen des Globalisierungsprozesses, sich zur Wehr zu setzen, ihren Interessen Gehör zu verschaffen und eigene Belange selber in die Hand zu nehmen – diese Ziele und eine damit verbundene parteiliche und ggf. auch konfliktorientierte Praxis geben mehr denn je die Richtung von Gemeinwesenarbeit an. Dies hat seine Logik auch darin, dass sich unsere Gesellschaften mit dem Abbau der sozialen Flankierung des Marktes immer stärker dem Modell des amerikanischen Kapitalismus annähern.

Es ist zu befürchten, dass Gemeinwesenarbeit mit den Benachteiligten immer mehr marginalisiert wird. Für mich bedeutet die Konsequenz dieser Befürchtung die Suche nach alternativen, deutlich zivilgesellschaftlich verantworteten Anbindungen und Entwicklungsrichtungen. Eine Besinnung auf Gemeinwesenarbeit als Agentin der Lebenswelt und ihrer relativen Eigenständigkeit gegenüber Staat und Markt hat viele Gründe.

Aus den neuen Fragestellungen ergeben sich mindestens folgende Konsequenzen:

- die deutliche Parteilichkeit für die Belange der Lebenswelt, eine kritische und selbstbewusste Verortung gegenüber Markt und Staat und die Suche nach Trägerschaftsformen, die dem Rechnung tragen
- die Schaffung von Gegenöffentlichkeiten als Ansätze gegen das Verschwinden der Öffentlichkeit und die einseitige Machtkonzentration
- die bewußte Suche nach Kooperation mit sozialen Bewegungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und territorial verantwortlich agierender Ökonomie
- eine ökosoziale Orientierung und die Arbeit an sozial und ökologisch nachhaltigen Lösungen

Neben vielen Fragen, die in diesem Zusammenhang offen diskutiert werden müßten, stellt sich insbesondere die des Mandates und der institutionell-organisatorischen Anbindung von Gemeinwesenarbeit, die in der Lage ist, in relativer Unabhängigkeit von Staat und Markt parteilich für die Lebenswelten der VerliererInnen und für zukunftsfähige Formen des Zusammenlebens und -arbeitens zu agieren. Ich glaube, dass Ansätze u.a. in zivilen Stiftungsformen zu suchen sind, die von Netzwerken aus sozialen Bewegungen, lokaler Ökonomie, Kirchen, Gewerkschaften und BürgerInnen gebildet werden.

Explizit müssen sich PraktikerInnen und TheoretikerInnen vor dem veränderten gesellschaftlichen Szenario einige alte und auch neue Grundsatzfragen stellen oder sich zumindest der Positionen bewusst sein:

Mandat und institutionelle Anbindung: Staat oder nicht Staat, und wenn ja in welcher Position, mit welchem Auftrag und überhaupt - wie lange noch?

Arbeitsweisen: Kooperation und/oder Konflikt, warum, mit wem und gegen wen - wie heißen die neuen Gegner - wo sind die Kooperationspartner?

Ziele: Nachholende Entwicklung für und mit benachteiligten Quartieren und Integration in den gesamtstädtischen Kontext, oder bewußt reflektierte partielle Segregation und ansatzweise eigenständige Entwicklung?

Perspektiven: Ansätze zur Existenzsicherung: reines Beschäftigungsprogramm oder Entwicklungschance, Marktorientierung oder Alternative, nur Armutsökonomie oder Ansatz zukunftsfähiger Lösung?

Anmerkungen

- 1) *Mahnkopf, B. 1998: Soziale Demokratie in Zeiten der Globalisierung?*
In: Blätter für deutsche und internationale Politik, (11), 1321
- 2) *Polanyi, K. 1995: The Great Transformation*, 3. Aufl. Frankfurt a. M.
- 3) *Wacquant, L., J.D. 1997: Vom wohlthätigen Staat zum strafenden Staat*, in: Frankfurter Rundschau, 12.7.
- 4) *Hirsch, J. 1995: Globalisierung des Kapitals und die Transformation des „Sicherheitsstaats“*, in: Widersprüche (55), 25
- 5) *DGB Bildungswerke e.V. (Hrsg) 1997/98: Globalisierung , Schwerpunktthema , 53*
- 6) *Hirsch, J.: a.a.O., 25*
- 7) *Huster, E. U. 1996: Armut in Europa*, Opladen
- 8) *DGB Bildungswerk e.V. (Hrsg): a.a.O., 54*
- 9) *Passet, R. 1994: Die verpassten Chancen des Immateriellen*, in: Le Monde Diplomatique, Juli.
- 10) *Süddeutsche Zeitung vom 4.9.1999*
- 11) *Mahnkopf, B.: a.a.O., 1323*
- 12) *Süddeutsche Zeitung vom 1.9. 1999*
- 13) *Elsen, S. 1997: Gemeinwesenökonomie*, Neuried, 31
- 14) *Elsen, S. 1999: Kombilohnmodelle – vor Risiken und Nebenwirkungen wird gewarnt*, in: Rote Revue, 77, (3), 24 f.
- 15) *Dangschaff, J. S. 1995: „Soziale Brennpunkte“*, in: Widersprüche, (55), 37 f.
- 16) *Süddeutsche Zeitung vom 1.10. 99*
- 17) *Süddeutsche Zeitung vom 23.9. 1999*

- 18) *Beste, H. / Braum, S. 1995*: Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? In: *Widersprüche*, (55), 59
- 19) *Lindenberg, M. 1995*: Inhaftierung pur, in: *Widersprüche*, (55), 83 f.
- 20) Derselbe: 85
- 21) *Dangschat, J. S.*: a.a.O., 38
- 22) *Martin, H.-P. / Schumann, H. 1994*: Der Feind sind wir selbst, In: SPIEGEL SPEZIAL 4.
- 23) *Dobkowski, Michael, N./Wallimann, Isidor*: *The Coming Age of Scarcity*, Syracuse/New York 1998.
- 24) *DGB Bildungswerk (Hrsg)*: a.a.O. 19 f.
- 25) *Vergl.: Bonfl, W. 1998*: Das Ende der Normalität, in: *Politische Ökologie*, 16 (54), 35
- 26) *Vergl.: Martin, H.-P. / Schumann, H. 1996*: *Die Globalisierungsfalle*, Reinbek.
- 27) *Habermas, J. 1986*: *Die Erfindung des Politischen*, Frankfurt a. M., 158.
- 28) Insbesondere: *Froessler, R. / Lang, M. / Selle, K. / Staubach, R. (Hrsg.) 1994*: *Lokale Partnerschaften*, Basel/Boston/Berlin
- 29) *Elsen, S. 1997*: *Gemeinwesenökonomie*. Neuwied
- 30) ebenda
- 31) ebenda
- 32) *vergl: Gorz, A. 1991*: *Und jetzt, wohin? Nördlingen*
- 33) *Addams, J. 1913*: *Zwanzig Jahre soziale Frauenarbeit in Chicago*, München
- 34) *Benfer, W. / Froessle, R. / Karapin, R. u.a. 1991*: *Anleitung zur Selbsthilfe. Länderbericht USA: Der Beitrag intermediärer Organisationen zur Entwicklung städtischer Quartiere*, Teil 4, Dortmund/Darmstadt
- 35) *Reitzes, Do. C. / Reitzes D. C. 1984*: *Alinsky's Legacy*, in: *Research in Social Movement, Conflicts and Change*, Volume 6, Greenwich/London , 38.

Zeitinvestment Nachbarschaft

Ricarda Buch

Zeit ist Geld

Das wird zwar oft behauptet, aber stimmt das heute noch? Zweifellos arbeitet die Zeit für diejenigen, die mit Geld spekulieren und es geschickt anlegen. Sofern die Finanzmärkte nicht gerade zusammenbrechen, fließt ihnen weiteres Geld zu, ohne dass sie viel dafür tun müssten. Auch Großgrundbesitzer profitieren im Laufe der Zeit von steigenden Grundstückspreisen und Renditen aus Mieten und Pachten. Bei den Großunternehmen ist das nicht ganz so einfach. Ein großer Teil ihres Gewinns fließt bekanntlich in die Taschen von Aktionären.

Den öffentlichen Haushalten geht dagegen zur Zeit das Geld aus. Ihre Schuldenlast wächst mit der Zeit. Die Zeit arbeitet also gegen sie. Um ihr Haushaltsdefizit zu stopfen, greift die öffentliche Hand nun entweder in die Taschen der Steuerzahler und -zahlerinnen oder sie reduziert die Ausgaben. Das trifft diejenigen besonders hart, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind: Erwerbslose, Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, alte Menschen mit niedrigen Renten, Kinder und Alleinerziehende.

Erwerbsfähige ohne Arbeitsplatz haben zwar Zeit, aber kein Geld, und für Alleinerziehende ließe sich die Behauptung *Zeit ist Geld* treffender so formulieren: Wer keine Zeit hat, hat auch kein Geld. Wir sehen also, dass die Aussage *Zeit ist Geld* durchaus keine Allgemeingültigkeit hat, sondern nur für bestimmte Personen und Haushalte tatsächlich zutrifft. Andere hingegen werden im Laufe der Zeit immer ärmer.

Am Beispiel der Verteilung der Geldvermögen in der Bundesrepublik soll diese Entwicklung veranschaulicht werden.

Geld durch Zeit

1993 betrug das gesamte Geldvermögen¹ in der Bundesrepublik DM 5,829 Billionen. Davon entfielen DM 3,573 Billionen auf die privaten Haushalte, DM 1,796 Billionen auf die Unternehmen und nur DM 462 Milliarden auf die öffentliche Hand. Die privaten Haushalte hielten also mehr als 61%, die Unternehmen knapp 31% und die öffentliche Hand fast 8% am gesam-

ten Geldvermögen in der Bundesrepublik. Es befinden sich demnach enorme Reichtümer in privaten Händen. Allerdings waren und sind diese Geldvermögen äußerst ungleich verteilt. Nur 2,8% der privaten Haushalte besitzen den größten Teil des Geldvermögens. An sie fließt durch Renditen aus Grundbesitz, Aktien und anderen Geldanlagen immer mehr Geld – mehr als sie jemals für den täglichen Konsum ausgeben könnten.

Dagegen standen 1993 den Geldvermögen in der Bundesrepublik (die Zahlen beziehen sich auf die alten Bundesländer) Schulden in Höhe von DM 5,68 Billionen gegenüber. Davon entfielen DM 2,56 Billionen auf die Produktionsunternehmen, DM 1,232 Billionen auf die Wohnungswirtschaft, DM 1,55 Billionen auf die öffentlichen Haushalte und 338 Milliarden DM auf die privaten Haushalte. Den weitaus größten Anteil an der Gesamtverschuldung hatte die Industrie mit 45%, gefolgt von der Wohnungswirtschaft mit knapp 22%, der öffentlichen Hand mit 27% und der privaten Haushalte mit nur knapp 6%. Nicht nur in der Bundesrepublik, sondern weltweit verschlechtert sich die Vermögenssituation der Mehrheit kontinuierlich. Denn jede Verbraucherin und jeder Verbraucher zahlt über die Preise für Mieten, Dienstleistungen, Waren und Güter die Schulden der Wohnungswirtschaft und der Unternehmen ab. Schließlich setzen sich die Preise auch aus Schulden, bzw. aus dem Kapitaldienst für Investitionen zusammen. Wer Geld investiert hat, will es auch zurück und gibt die aufgenommenen Kredite an die Verbraucher weiter.

Diese Gegenüberstellung verdeutlicht: Die privaten Haushalte haben wesentlich mehr Vermögen als Schulden. Sie verfügten 1993 über 61% des gesamten Geldvermögens der Bundesrepublik und waren an den Schulden nur zu 6% beteiligt. Durch die ungleiche Verteilung der Geldvermögen in den Händen weniger fließen die Kapitalströme jedoch hauptsächlich wenigen Haushalten zu. 2,8% aller privaten Haushalte sind die eigentlichen Gewinner einer gigantischen Umverteilung weg von der Mehrheit der Menschen hin zu wenigen Superreichen. Diese Entwicklung findet nicht nur in der Bundesrepublik statt, sondern global. Sie wird begünstigt durch die Liberalisierung der Finanzmärkte. So stärkt z.B. das kürzlich getroffene Abkommen MAI (Multinational Agreement for Investment) der führenden westlichen Industrieländer durch den Abbau von Zollschränken die Rechte von multinationalen Unternehmen gegenüber nationalen Regierungen. Anlage suchendes Kapital kann heute weltweit angelegt werden, und die multinationalen Konzerne werden sich dort niederlassen, wo sie die günstigsten Bedingungen im Hinblick auf das Lohnniveau, die Sicherheit und niedrige Steuern vorfinden. Weltweit entstehen Wachstumsinseln, während andere Regionen ins Elend abrutschen.

Dort wird es zu einem rapiden Anstieg verschuldeter privater Haushalte kommen, zu Armut und Ausschluss. Schon jetzt haben Schuldnerberatungen auch in der reichen Bundesrepublik regen Zulauf. Besonders Frauen geraten leicht in eine solche Notsituation. Allzu leicht bürgen sie aus Liebe für ihre Partner.

Die Schraube nach unten erfasst immer mehr Menschen, denn weltweit geht die Finanzkrise einher mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Automation. Intelligente Roboter verdrängen Menschen aus vielen Berufen. Davon ist auch der Mittelstand betroffen. Die anhaltend hohe Dauerarbeitslosigkeit belastet die Mehrheit. Den meisten bleibt unter dem Strich immer weniger übrig. Wen wundert es, dass da die Kaufkraft sinkt und ein Run auf Billigprodukte aus Billiglohnländern einsetzt. Über den Konsum wandert das regional erwirtschaftete Kapital dann allerdings aus den Regionen jener geringen Anzahl von globalen Gewinnern zu.

Kein Geld für öffentliche Aufgaben

Fatale Folgen hat die hohe Verschuldung der öffentlichen Hand. Bund, Länder und Kommunen waren 1993 am gesamten Geldvermögen mit nur knapp 8% beteiligt, an der Verschuldung jedoch mit 27%! Heute wird von der SPD-Regierung das Staatsdefizit in Höhe von DM 1,5 Billionen als Bedrohung gesehen.² 1999 betragen allein die kommunalen Schulden der 16 deutschen Bundesländer DM 618,8 Milliarden. Das macht im Schnitt knapp DM 7700 pro Einwohner der Bundesrepublik aus. Die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg liegen dabei an der Spitze, da dort die kommunalen mit den Landesschulden zusammenfallen. So ist in Bremen jeder Einwohner mit DM 23500 statistisch verschuldet.³

Zum Vergleich: 1950, während des Wirtschaftswunders, hielten die privaten Haushalte nur 41% und die öffentlichen 25% am gesamten Geldvermögen. Generell war die Verteilung damals ausgeglichener.

Heute wächst das Staatsdefizit kontinuierlich, und die Steuerzahler und -zahlerinnen müssen immer mehr Mittel für den Schuldendienst aufbringen. Um zu sparen, zieht sich die öffentliche Hand zunehmend aus der Subventionierung des Versorgungsbereichs zurück und bürdet damit einen Teil der bisherigen Aufgaben den Privathaushalten auf. Gekürzt wird heute bei allen öffentlichen Ausgaben: im Bildungssektor wird gestrichen, Kindertagesstätten werden geschlossen, Lehrerinnen und Lehrer nicht mehr eingestellt, die Gehälter von Familienhelfern (Sozialarbeitern) werden gekürzt, Sporteinrichtungen privatisiert, Schwimmbäder geschlossen, Pflege-

dienste für alte Menschen an Angehörige für einen geringen Aufwand delegiert, Krankenhausbetten eingespart, die Instandhaltung öffentlicher Gebäude vertagt, Mitarbeiter von Behörden entlassen, Arbeitslose und Rentnerinnen und Rentner werden zur Kasse gebeten, staatliche Betriebe werden verkauft (privatisiert), etc. Dass der soziale und kommunikative Zusammenhalt trotzdem noch klappt, liegt zu einem nicht unerheblichen Teil an den unbezahlten Versorgungsdiensten von Frauen. Das zeigt folgende Erhebung zur Zeitverwendung der Bevölkerung in der Bundesrepublik.

Wie verbringen Frauen und Männer ihre Zeit?

1994 wurde vom Bundesministerium für Familie und Senioren und dem Statistischen Bundesamt eine Broschüre über die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland herausgegeben⁴. Aus dieser Broschüre geht hervor, dass in der Bundesrepublik pro Woche durchschnittlich 28 Stunden unbezahlt und 22 Stunden bezahlt gearbeitet wurde. Die unbezahlten Arbeiten im Haushalt und in der Familie waren demnach wesentlich zeitaufwändiger als die bezahlten. Frauen leisteten mit 35 Stunden deutlich mehr unbezahlte Arbeit als Männer, die wöchentlich nur 19,5 Stunden unbezahlt tätig waren. Bei der bezahlten Arbeit war das Verhältnis umgekehrt. Durchschnittlich arbeiteten Männer pro Woche 30,7 Stunden gegen Bezahlung, Frauen dagegen nur 15,1 Stunden⁵, also die Hälfte. Frauen arbeiteten vorwiegend unbezahlt, Männer bezahlt. Daran dürfte sich heute wenig geändert haben.

Wenn Frauen mehr arbeiten als Männer, haben sie auch weniger Freizeit: In den 12 Industrieländern kamen schon 1986 durchschnittlich auf 119 Stunden Freizeit von Männern 100 Stunden Freizeit von Frauen. In den 12 Industrienationen stand Frauen 1986 durchschnittlich 10% ihrer Zeit als freie Zeit zur Verfügung. Überhaupt keine Freizeit hatten Frauen in den sogenannten Dritt-Welt-Ländern. In den ländlichen Regionen Afrikas wandten Frauen durchschnittlich 33% ihrer Zeit für Selbsterhaltung und Schlaf auf und 67% für den Haushalt und die Familie. Darin enthalten waren allerdings 42% Zeit für Subsistenzproduktion.⁶

Leider gibt die vom Bundesministerium für Familie und Senioren 1994 herausgegebene Broschüre keine neueren Durchschnittswerte über die Freizeit von Frauen und Männern im Vergleich an. Wir erfahren jedoch, dass bei einer Familie mit Kindern, in der beide Partner erwerbstätig sind, die Ehemänner sonntags knapp 6 Stunden und die Ehefrauen 4 Stunden Medien- und Freizeit hatten.

Weder Zeit noch Geld

Die unbezahlte Familienarbeit bestand 1994 zu 76% aus hauswirtschaftlichen Tätigkeiten (Zubereitung von Mahlzeiten, Geschirreinigung, Wäschepflege, Haus- und Wohnungsreinigung, Pflanzen- und Tierpflege, Einkäufe, Behördengänge, Organisation und Management des Haushalts), zu 11% aus Pflege und Betreuung (Pflege und Betreuung von Erwachsenen, Kindern sowie Pflegebedürftigen; Fahrdienste), zu 9% aus handwerklichen Aktivitäten (Fahrzeugreparatur und -pflege, Reparatur und Herstellung von Möbeln bzw. anderen Gebrauchsgütern, Kunsthandwerk, Bauen, Renovieren, Einkäufe für den handwerklichen Bedarf) und zu durchschnittlich 4% aus Ehrenamt und sozialen Hilfeleistungen (Wahrnehmung von Ehrenämtern in Parteien, Vereinen etc. sowie unentgeltliche soziale Hilfeleistungen z.B. bei Wohlfahrtsverbänden)⁷. Da nicht alle Menschen im Sozialbereich tätig waren und sind, dürften die dort Tätigen jedoch erheblich mehr unbezahlte Zeit für die Betreuung und Pflege älterer Menschen, für Kranke und Kinder aufgebracht haben als 4% der unbezahlten Arbeitszeit insgesamt. Da im Sozialbereich auch bezahlt gearbeitet wird, wird beim Abbau sozialer Dienste der Anteil unbezahlter Pflege- und Betreuungsarbeit erheblich zunehmen – zu Lasten vieler Frauen. Denn Frauen arbeiten häufig im Sozialbereich.

Unbezahlte Frauenarbeitszeit im Wert von jährlich 1,1 Billionen DM

1991 wurde in den alten Bundesländern 77 Mrd. Stunden unbezahlt gearbeitet, die bezahlte Erwerbsarbeit (von Arbeitnehmern und Selbstständigen) betrug 47 Mrd. Stunden und die Wegzeiten für die Erwerbsarbeit 8 Mrd. Stunden. Wird der unbezahlten Arbeit der Nettolohn einer Hauswirtschafterin (1991) in Höhe von nur DM 11 je Stunde zugrunde gelegt, ergibt sich ein Wert der unbezahlten Arbeit in Höhe von 860 Mrd. DM. Davon entfielen 1991 auf hauswirtschaftliche Tätigkeiten 654 Mrd. DM, auf Pflege und Betreuung 97 Mrd. DM und auf handwerkliche Tätigkeiten 71 Mrd. DM.

In volkswirtschaftliche Berechnungen fließt der Wert und die Stundenzahl der unbezahlten Familienarbeit nicht ein, obwohl in diesem Sektor wesentlich länger gearbeitet wird.

Zum Vergleich: 1991 wurden im Produzierenden Gewerbe 537 Mrd. DM Bruttolöhne und Gehälter gezahlt. Der Wert der unbezahlten Arbeit überstieg die Bruttolohn- und Gehaltssumme des Produzierenden Gewerbes

um 60%. Hinzu kommt, dass ein Nettolohn von DM 11 pro Stunde für Arbeiten im privaten Haushalt eher niedrig angesetzt ist. Würden für diesen Bereich tatsächlich Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Krankheits- und Urlaubstage gezahlt, d.h. eine Hauswirtschafterin beschäftigt, wären pro Arbeitsstunde DM 24 zu zahlen. Die unbezahlte Arbeit würde dann doppelt so viel wie die Nettolöhne kosten, nämlich 1848 Mrd. DM. Davon würden auf Frauen ca. 1183 Mrd. DM und auf Männer ca. 665 Mrd. DM entfallen, da Frauen ja wöchentlich fast doppelt so viel (64%) unbezahlt arbeiten wie Männer (36%).

Zeiten ohne Geld

Angesichts dieser Zahlen mutet die Diskussion über eine andere Verteilung der Erwerbsarbeit – falls sie nicht wegrationalisiert oder in Billiglohnländer verlagert wird, geradezu grotesk an. Dass Frauen durch ihre unbezahlten Dienste in der Familie und Nachbarschaft einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Aufrechterhaltung von Wirtschaft, Gesellschaft und Gemeinwesen leisten, wird volkswirtschaftlich nicht berücksichtigt. Dringend notwendig wäre aber in die Diskussion über die Neudefinition von Arbeit auch die unbezahlten Schattendienste von Frauen bei der Versorgung nicht erwerbsfähiger Personen im Haushalt und in der Nachbarschaft einzubeziehen.

Hinzu kommt, dass der krisenbedingte Rückzug des Staates aus der Finanzierung sozialer Leistungen eine Ausweitung der unbezahlten Arbeit nach sich zieht. Wenn bisher subventionierte Betreuungs- und kommunikative Angebote, Bildungs- und Gesundheitsdienste, Freizeit- und Kulturangebote dem Rotstift zum Opfer fallen, werden die dort Beschäftigten – vielfach Frauen – entweder erwerbslos und in den Haushalt abgeschoben oder leisten aufgrund von Personalknappheit Mehrarbeit. Die Hilfsbedürftigen wiederum sind verstärkt auf Zuarbeit von Angehörigen und Nachbarinnen angewiesen, da sie sich privatisierte und damit teurere Dienste nicht leisten können. Frauen werden künftig auch bei uns weniger Freizeit haben. Isoliert im privaten Haushalt schwinden ihre Chancen auf eine Erwerbsarbeit und eigenständige Existenzsicherung.

Durch die Auslagerung von Pflege-, Bildungs- und Versorgungsangeboten aus dem öffentlichen in den privaten Haushalt wird zwar gespart, aber andererseits wachsen auch die Erwartungen an staatliche Hilfen jener Chancenlosen, die dauerhaft den Anschluss an eine sich ändernde Wissens- und Berufswelt verlieren. Betroffen hiervon sind nicht nur Frauen

und Kinder aus Familien mit geringem Einkommen, sondern vor allem Langzeit-Arbeitslose und Jugendliche ohne Aussicht auf einen Ausbildungsplatz. Werden diese Erwartungen nicht erfüllt, macht sich die Enttäuschung in Politikverdrossenheit, in zunehmender Gewalt bis hin zu rechtsfreien Räumen bemerkbar. Kein Wunder, dass die Jugendkriminalität wächst und rechtsradikale Einstellungen unter Jugendlichen zunehmen. In Krisenzeiten werden leicht Sündenböcke gesucht, um die eigene Unzufriedenheit mit den Verhältnissen abzureagieren und Ohnmachtsgefühle zu kompensieren. Opfer von Gewalt sind aber nicht nur Fremde, sondern in Krisenzeiten nimmt auch die Gewalt gegenüber Frauen zu. So stieg z.B. auch in den USA die Zahl der mißhandelten Frauen, die in Frauenhäusern Zuflucht suchten und die Zahl der weiblichen Opfer von Sexualdelikten und –morden ganz erheblich.⁸

Wenn heutzutage auch immer mehr Männer einen dauerhaften Arbeitsplatz verlieren, zu Gelegenheitsarbeitern oder in den Haushalt abgeschoben werden, kann das zu Problemen mit tradierten Rollenzuweisungen führen, mit denen einige nicht umgehen können.

Denn aufgrund neuer Unternehmensstrukturen erodieren auch die festen und gesicherten lebenslangen Arbeitsverhältnisse der Männer. „Die Erwerbsphase wird durch längere Schul- und Ausbildungszeiten sowie früheres (un)freiwilliges Ausscheiden aus dem bezahlten Beschäftigungsprozeß komprimiert. Ein Wechsel zwischen Arbeit und Weiterbildung, zwischen Anstellung und (Schein)Selbständigkeit, zwischen virtueller und tatsächlicher Einbindung in Betriebsstrukturen wird üblich werden. Einer EU-Statistik zufolge arbeiten schon heute 22 Prozent der britischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen generell oder gelegentlich zu Hause, etwa dreimal so viel wie hierzulande.“⁹ Bleibt die Aufteilung der unbezahlten Arbeit so wie sie ist, dann bilden sich die Männer in Zukunft auf ihr nächstes flexibles virtuelles Arbeitsverhältnis weiter, während die Frauen die Angehörigen betreuen und das Haus putzen. Die allgemein in Aussicht gestellte Freizeitgesellschaft wird wohl eher zum Privileg weniger Computerspezialisten und Börsenmakler, die als Gewinner aus dem Übergang in die Informationsgesellschaft hervorgehen. Die Verlierer dagegen sind Frauen, Kinder und Jugendliche sowie etliche ältere Frauen, die aufgrund der prekären Arbeitsmarktsituation, mangelnder Unterstützung kinderreicher Familien und typisch weiblicher Berufsbiografien keine angemessene Alterssicherung erzielen konnten.

Bekanntlich ist der Frauenanteil an den Erwerbslosen bei uns höher als der von Männern. Frauen arbeiten öfter auf schlechter bezahlten Arbeitsplät-

zen, haben weit häufiger Teilzeitarbeitsplätze und beziehen deshalb auch weniger Rente. In Konkurrenz um die schwindende Anzahl verbliebener Erwerbsarbeitsplätze ziehen sie meistens den Kürzeren. Vor der Zukunft kann Frau Angst und Bange werden, denn wo keine Möglichkeit auf den begehrten Erwerbsarbeitsplatz besteht und kein reicher Ehemann für die Existenzsicherung sorgt, geraten immer mehr Frauen in wirtschaftliche Not.

Das belegen Zahlen zur Sozialhilfe. So müssen Frauen in der Bundesrepublik häufiger von Sozialhilfe leben als Männer. Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes¹⁰ bezogen 1,28 Millionen Haushalte in der Bundesrepublik 1995 Sozialhilfe. Betroffen waren insgesamt 2,5 Millionen Menschen, davon fast eine Million Kinder. Unter den Empfängerhaushalten waren rund 512000 Einpersonenhaushalte, davon waren 288000 alleinstehende Frauen, die auch durchschnittlich am längsten Sozialhilfe bezogen. Wahrscheinlich handelt es sich um die vielen alten alleinstehenden Frauen, deren Rente häufig nicht zur Existenzsicherung ausreicht. Noch höher als der Anteil der alleinstehenden Frauen an den Sozialhilfeempfängern ist jedoch der Anteil der allein erziehenden Frauen. Er lag bei 289000. Inwieweit Wiedereingliederungsmaßnahmen ins Berufsleben diesem Personenkreis hilft, die Chancen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt zu verbessern, sei in Anbetracht der schrumpfenden Anzahl von Erwerbsarbeitsplätzen dahingestellt.

Welche Möglichkeiten bestehen, um jenseits von staatlicher Hilfe, fortschreitender Armut oder Ausschluss und der Zeitverknappung von Frauen entgegenzuwirken und in bescheidenem Rahmen die Lebensqualität durch den Aufbau von wohnbezogenen und sozialen Diensten zu verbessern, soll im Folgenden beschrieben werden.

Wo Zeit statt Geld zählt

Unter diesem Titel fand vor einigen Jahren ein bundesweites Treffen deutscher Tauschringe statt. Seit Anfang der 90er-Jahre bis heute sind in der Bundesrepublik mehr als 350 lokale Tauschringe in städtischen Ballungsräumen und ländlichen Gebieten entstanden. Ihre Mitgliederzahl schwankt zwischen 30 bis 1600.

Die Teilnehmer von Tauschringen tauschen untereinander auf der Basis der tatsächlich aufgewandten Arbeitszeit Wissen, Talente, Fähigkeiten, Hilfsdienste bei der Bewältigung des Alltags, Produkte und Gegenstände. Die einzelnen Tauschaktionen werden auf Konten der Mitglieder in einer

fiktiven Zeitwährung unter Einsatz von EDV gebucht. In der Regel entsprechen 20 Batzen, Kreuzer, DÖ-Mark, Diamant, Glitzer, u.ä. einer Stunde Arbeitszeit. Gesuche und Angebote werden in regelmäßigen Abständen in Tauschlisten für den Teilnehmerkreis veröffentlicht. Wer jemanden zum Fensterputzen sucht, findet ihn dort und kann selber etwas anbieten, was sie oder er gerne macht und gut kann.

Durch die Verrechnung mit einem Zeitpunktssystem ist ein indirekter Tausch wie in der bestehenden Geldwirtschaft möglich. Sowohl für das Überziehen der Konten als auch für Guthaben gibt es Obergrenzen, denn die Konten sollen möglichst innerhalb bestimmter Fristen ausgeglichen werden. Im Gegensatz zur bestehenden Geldwirtschaft ist es nicht möglich, Guthaben anzuhäufen. Mitglieder, die im Minus sind, laden häufig andere zum Essen ein. Um Missbrauch vorzubeugen, sind die Zeitkonten darüber hinaus für Mitglieder öffentlich. Dadurch entsteht Sozialkontrolle.

Getauscht wird Wissen (z.B. zur Stadtgeschichte), Fähigkeiten (z.B. Stricken), Talente (z.B. Musizieren), häusliche Dienste (z.B. Teppiche klopfen) und selbst hergestellte Produkte (z.B. Eingemachtes aus dem eigenen Garten). Hierzu ein Beispiel: A geht für B eine Stunde einkaufen und bekommt auf ihrem/seinem Zeitkonto 1 Stunde gutgeschrieben, mit welcher B belastet wird. B kann sein Konto mit C durch 1 Stunde Sprachunterricht ausgleichen. C wiederum betreut eine Stunde lang die Kinder von A, etc.

Auf der Basis einer Ökonomie der Zeit wird durch ein solches Instrument ein Ringtausch von gegenseitiger Hilfe ermöglicht. Die (Lebens-)Zeit, die ich für andere aufbringe, geben andere im Bedarfsfall wieder an mich zurück. Diese Form der verlässlichen Gegenseitigkeit schafft Kommunikationsanlässe, stärkt die Übernahme von Verantwortung und Entscheidungskompetenzen, fördert Selbstvertrauen, lässt Freundschaften entstehen und unterstützt soziales Handeln. In allen Tauschringen der Bundesrepublik wird immer wieder ihr sozialer Effekt hervorgehoben. So schwärmte jüngst ein stark sehbehinderter Teilnehmer des Kassler Tauschrings, dass er nun beim Anbringen von Regalen nicht mehr auf einseitige Hilfeleistung seiner Nachbarn angewiesen sei, sondern durch den Tauschring jederzeit jemanden für häusliche Reparaturen und Handgriffe fände. Im Gegenzug begleite er Mitglieder des Tauschrings zu Behörden. Durch den gegenseitigen Austausch sei sein Selbstbewußtsein enorm gestärkt worden und er sei nun nicht mehr nur Almosenempfänger.

Tauschringe entlasten Frauen

Ein kostenloser und ausgewogener Tausch von privaten Nachbarschaftsdiensten kann bestehende kommerzielle oder öffentliche soziale und ökologische Dienste, die zunehmend privatisiert werden sinnvoll ergänzen und Frauen entlasten. Denn die meisten der in Tauschringen angebotenen Leistungen gruppieren sich um den Privathaushalt, werden aber durch den Ringtausch aus dem Privathaushalt in die erweiterte Familie und Nachbarschaft verlagert. So sind auch viele Frauen Mitglieder von Tauschringen. Was sie zuvor privat, isoliert und unbemerkt verrichtet haben, macht der Tauschring sichtbar. Hausarbeit wird aufgewertet, bewertet und durch Gegenleistungen entgolten. Eine erste Untersuchung zum Wandel der Einstellung zur Arbeit im Bonner Tauschring ergab, „daß die angebotenen Leistungen dadurch, daß sie gleich bewertet werden, auch für alle gleichermaßen erschwinglich sind. Man kann ‚*sich auch mal was leisten, was man sich nicht leisten kann – eigentlich*‘, wie es Frau W. ausdrückt. Mit der gleichen Entlohnung der Arbeit findet auch eine Veränderung bei der Bewertung statt: die Arbeit wird nicht nur gleich bewertet, sondern auch als gleichwertig angesehen und behandelt.“¹¹ (Gemeint ist hier die Hausarbeit, d. Verf.) Es entsteht ein lokaler Markt örtlicher Talente und Fähigkeiten - ein Markt auch für unbezahlte Familienarbeit, der nicht auf Profitstreben, sondern auf Gegenseitigkeit basiert. „Von den Interviewten wird die gleiche Bewertung und ‚Bezahlung‘ der im Tauschring angebotenen Dienstleistungen sehr positiv gesehen. Die wertende Unterscheidung zwischen produktiver und reproduktiver Arbeit, wie sie innerhalb der Marktwirtschaft vorgenommen wird, wird zumindest innerhalb des Tauschrings von den Interviewten abgelehnt. Von einigen wird die Ansicht vertreten, daß dieses ‚*Prinzip der verwirklichten Gerechtigkeit*‘, wie es Herr F. nennt, nicht nur für den Tauschring verwirklicht werden sollte, sondern auch innerhalb des Wirtschaftssystems gelten sollte.“¹² Die Tauschringe sind anscheinend erste Schritte in eine frauenfreundliche Wirtschaft der Gegenseitigkeit, in der sonst unbezahlte Dienste als Arbeit anerkannt werden. Die weltweite Ausbeutung der Frauenarbeit wird durch Tauschringe zwar nicht beseitigt, sie zeigen aber erste Tendenzen auf, welche Richtung eingeschlagen werden könnte, um der Ausbeutung von Frauen in Bezug auf ihre unentgeltlichen Schattendienste entgegenzuwirken.

Tauschringe ermöglichen Partizipation bei der Gestaltung des Wohnumfelds und des Gemeinwesens

Tauschringe lassen sich auch gezielt zur Verbesserung des Wohnumfelds, zur Stärkung von Mieterpartizipation und zur Realisierung wohnbezogener Belange nutzen. Das setzt voraus, dass Wohnungsgenossenschaften oder gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften tatsächlich Mieterpartizipation fördern wollen und sich durch eigene Angebote, z.B. Bereitstellung von leerstehenden Räumen für Jugendliche o.ä. am Tauschring beteiligen.

Über Tauschringe lassen sich gemeinsame Grünanlagen anlegen und pflegen, Einkaufsdienste für ältere Nachbarn einrichten, Mitfahrzentralen organisieren, Kinder betreuen, Straßenfeste durchführen, Geräte und Maschinen ausleihen, Pfandflaschen recyceln, Kompostieren etc. Werden solche Dienste von Mietern und Mieterinnen gewünscht und erbracht, erwarten diese eine Gegenleistung und fühlen sich ernst genommen. Dadurch können Kosten gespart, die Identifikation mit dem Wohnumfeld kann gestärkt und die Kommunikation unter Nachbarn belebt werden.

In Hannover wurde z.B. von den Nutzerinnen und Nutzern eines sanierungsbedürftigen Mehrfamilienhauses der Selbsthilfeanteil, d.h. 25% der Instandsetzungskosten und -arbeiten über einen Tauschring organisiert. So konnten auch diejenigen etwas einbringen, die keine Bauarbeiten ausführen konnten.

Aber auch Kommunen und öffentliche Einrichtungen können von Tauschringen profitieren. Denn Tauschringe können jene Lücken schließen, die durch den Rückzug der öffentlichen Förderung in vielen Bereichen entstanden sind. Dieses Potential kann von Behörden genutzt werden. So stellen die Suche-Biete-Listen der Tauschringe eigentlich eine kontinuierliche Bürgerbefragung dar und können Behörden anregen, vorhandene Bedarfe bei der Wohnbevölkerung frühzeitig zu erkennen. Dadurch können Behörden vor Ort flexibel und Kosten sparend auf tatsächlich vorhandenen Bedarf reagieren.

Ein solcher Bedarf kann weitgehend durch Tauschringe über Nachbarschaftshilfe oder durch Vermittlung an zuständige freie Träger abgedeckt werden. Sofern das jedoch nicht möglich ist, sind Verwaltungen gefragt, Unterstützung anzubieten. Tauschringe bieten die Chance, die Ressourcen öffentlicher Einrichtungen und freier Träger besser auf vorhandenen Bedarf abzustimmen. In Großbritannien und Italien werden Tauschringe z.B. genutzt, um Parks länger offen zu halten oder Babysitting für alleinerziehende Mütter etc. anzubieten.

Zeiten ohne Geld sinnvoll nutzen – im Tauschring lernen

Tauschringe bieten auch die Möglichkeit, Wissen zu vermitteln und berufsrelevante Fähigkeiten zu erschließen. Frauen, die sich selbstständig machen wollen, können im Tauschring Geschäftsideen entwickeln und ausprobieren, Existenzgründungswissen und Geschäftsführungskennntnisse erwerben und kostengünstige Unterstützung beim Herrichten von Räumlichkeiten oder beim Erstellen von Werbeträgern etc. erhalten. Darüber hinaus fördert die Mitgliedschaft im Tauschring Unternehmensgeist, Verkaufstalent und Verhandlungsgeschick. Aber auch Frauen, die nach einer Phase der Kindererziehung wieder in ihren Beruf zurückkehren wollen, können über den Tauschring berufsrelevante Kenntnisse und Fähigkeiten auffrischen, bzw. neue erwerben. Mittlerweile werden z.B. PC-Kenntnisse in fast allen Tauschringen vermittelt.

Aber nicht nur Frauen können im Tauschring lernen, sondern auch Kinder, Jugendliche und alte Menschen: In Berlin haben wir einen kleinen Tauschring mit 11- bis 15-jährigen Schülern und Schülerinnen und Senioren und Seniorinnen aufgebaut. Wir konnten hierbei die Erfahrung machen, daß sich Tauschringe nur schwerlich innerhalb bestehender Institutionen (z.B. an Schulen) durchführen lassen, sondern sich aufgrund ihrer Offenheit, Freiwilligkeit und vielschichtigen Kommunikationsformen eher außerhalb von Bildungseinrichtungen, im „informellen Sektor“, realisiert werden können. Um die Schüler und Schülerinnen zur Teilnahme zu gewinnen, haben wir zunächst altersgemäßes Präsentationsmaterial entwickelt, Kontakte zu Schulen und Lehrerkollegien aufgenommen und mit interessierten Lehrern kooperiert. Das Vorhaben wurde an zwei Schulen mehrfach in 7. bis 10. Klassen vorgestellt, bis sich eine Gruppe von Schülern und Schülerinnen zum Mitmachen entschloss. Die Schüler und Schülerinnen der *Tauschbörse für Jung und Alt* nahmen eigenständig Kontakte zu einem Seniorenheim auf. Eine Seniorin, deren Sohn im Berliner Zoo angestellt ist und die über Freikarten für den Zoobesuch verfügt, bietet nun kostenlose Zoobesuche für einzelne Schüler und Schülerinnen an. Auch die Pflegestation des Seniorenheims wurde besucht. Dort unterstützen Schülerinnen die Beschäftigungstherapeutin bei Bastelarbeiten mit Pflegebedürftigen. Die ehemalige Sekretärin eines Bezirksbürgermeisters gab eine Schülerin anschaulichen Geschichtsunterricht über die Zeit des Wiederaufbaus. Die Heimbewohner und -bewohnerinnen waren begeistert über den neu entstandenen Kontakt zu den Jugendlichen, und die Schülerinnen profitierten von den Erlebnissen und Berichten der Senioren.

Die Mitglieder der *Tauschbörse für Jung und Alt* haben ein Plakat und eine Suche-Biete-Liste erstellt. Sie bieten hier u.a. an: Liebesgedichte verfassen, Babysitting, Krankenhausbesuche, Schach spielen, Gartenarbeit, Schwimmen und Basteln. Sie suchen Kochkurse für Jungen, Begleitung beim Joggen, Rezepte für alkoholfreie Getränke, EDV-Kenntnisse, Nachhilfe in unterschiedlichen Fächern und Kontakte zu Familien mit Kindern und Gärten. Die Senioren suchen Begleitung beim Spaziergang, sie bieten Gespräche und die Vermittlung lebensweltlicher Kenntnisse.

Diese ersten Erfahrungen an Schulen und freien Einrichtungen zeigen, daß die Mitarbeit eines engagierten Lehrerkollegiums bzw. motivierter Fachkräfte bei freien Trägern für den Aufbau eines solchen Tauschrings notwendig ist. Zudem ist eine zeit- und personalintensive Begleitung in der Startphase unerlässlich, da anfängliche Unsicherheiten zu überwinden sind. Sowohl Kindern und Jugendlichen als auch Senioren fällt es zunächst schwer, ihre Angebote und Gesuche zu formulieren. Hier benötigen sie eine beratende Unterstützung, um eine Sensibilität für eigene Möglichkeiten zu entwickeln. Es mussten beispielsweise erst etliche Tauschanlässe mit den Schülern organisiert und für sie geleitet werden, um sie zum „Mitmachen“ und „Dabeibleiben“ zu motivieren und Gruppenbildungen zu fördern. Wir haben z.B. gemeinsam gekocht und Naturkosmetik hergestellt. Initiativen entwickeln sich also nicht von selbst, sondern benötigen eine wegleitende Strukturierung und Unterstützung. Auch für Kinder und Jugendliche ergeben sich aus der nicht-monetarisierten Kooperation Anregung zur Erschließung berufsrelevanter Fähigkeiten. Im Tauschring haben sie gelernt, Telefongespräche vorzubereiten und durchzuführen, ihre Rechtschreibkenntnisse zu verbessern, Briefe und Werbematerial zu erstellen und ein Projekt zu planen und zu realisieren. Kindern und Jugendlichen aus Familien mit geringem Einkommen bietet ein Tauschring die Möglichkeit, Wissen außerhalb der Schule zu erwerben, das sie sich sonst nicht leisten könnten.

Anmerkungen

- 1) *Helmut, C.* 1995: Das Geldsyndrom, Frankfurt/M, Berlin, 208 ff
- 2) *Berliner Zeitung* 1999: 14.10., 5: „In seiner Rede verteidigte der Kanzler das Sparkonzept der Bundesregierung als sozial gerecht. Die Staatsverschuldung von 1,5 Billionen Mark sei eine ernste Bedrohung“
- 3) vgl. *Berliner Zeitung* 1999: 7.10., 33

- 4) Wo bleibt die Zeit? 1994: Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland, hrsg. v. Bundesministerium für Familie und Senioren und dem Statistischen Bundesamt, Wiesbaden.
- 5) Wo bleibt die Zeit, 9
- 6) Saeger, J. / Olson A. 1986: Der Frauenatlas, Frankf. a.M., Abb.13
- 7) Wo bleibt die Zeit, 10
- 8) Falludi, S. 1995: Backlash – Die Männer schlagen zurück, Reinbek bei Hamburg, 19 €. „Aber nicht nur im Beschäftigungsbereich herrscht eine alarmierende Situation. Während der 80er Jahre schrumpfte im politischen Bereich die ohnehin kleine Zahl der Frauen in Wahlämtern und politischen Ämtern noch mehr. Im privaten Bereich sank der durchschnittliche Unterhaltsbeitrag geschiedener Väter vom Ende der 70er Jahre bis Mitte der 80er Jahre um 25% (auf nur 140\$ pro Monat). Die Zahl der Mißhandelten, die in Häuser für geschlagene Frauen Zuflucht suchten, stieg zwischen 1983 und 1987 um über 100%. Und Regierungsberichte verzeichneten einen dramatischen Anstieg sexueller Gewalt gegen Frauen. Seit den frühen 70er Jahren hat sich die Zahl der zur Anzeige gebrachten Vergewaltigungen mehr als verdoppelt – sie übersteigt somit die Rate anderer Gewaltverbrechen um das Doppelte und die gesamte Kriminalitätsrate der Vereinigten Staaten um das Vierfache. Während die Mordrate insgesamt sank, steigerte sich die Zahl der Sexualmorde zwischen 1976 und 1984 um 160%. Und bei diesen Morden handelte es sich durchaus nicht um das zufällige gesichtslose Nebenprodukt einer gewalttätigen Gesellschaft. Vielmehr wurden ein Drittel der Frauen vom eigenen Ehemann oder Freund ermordet, und zwar die meisten kurz nachdem sie entschieden ihre Unabhängigkeit erklärt hatten – indem sie die Scheidung einreichten und aus der gemeinsamen Wohnung auszogen.“
- 9) Ballauf, H. 1997: Das feste Arbeitsverhältnis erodiert, in Der Tagespiegel, 12.10., 71
- 10) GLOBUS Kartendienst, 52.Jg., 30.06.97, Hamburg
- 11) Ladich, M.: „Man hat einfach ein besseres Lebensgefühl“ Zum Wandel der Einstellung zur Arbeit durch die Mitgliedschaft in einem Tauschring, Hausarbeit an der Universität Bonn, Philosophische Fakultät - Seminar für Soziologie, Bonn WS 96/97, S. 12
- 12) dies., a.a.O., 11ff

Der utopische Gehalt der sozialen Ökonomie

Rolf Schwendter

Ich will den möglicherweise scheiternden Versuch machen, das Utopie-thema auf alternative Ökonomie, soziale Ökonomie und Gemeinwesen-ökonomie zu beziehen. In diesem Sinne habe ich vor, zuerst einen außer-ordentlich gedrängten Abriss zur Utopie und ihrem Stellenwert für die Fra-gen des Alltagslebens zu geben, um anschließend auf die utopischen Mo-mente im Umfeld von alternativer Ökonomie und Gemeinwesenent-wicklung zu fokussieren.

Utopien, diese mehr oder minder systematisierten Vorstellungen vom Wünschbaren, von einem besseren Leben, beginnen, wie Ernst Bloch nicht müde geworden war auszuführen, schon beim einfachen Tagtraum. Das reale Alltagsleben neigte dazu, in den verschiedensten biographischen Phasen sich der Unerträglichkeit anzunähern – nicht zufällig können gleich-sam als Verwandte der Utopie die Religion und die Drogenabhängigkeit angesehen werden – und es gibt wohl seit Jahrhunderten kaum einen Men-schen, der nicht für Minuten, ja für Sekunden ideell aus diesem Alltags-leben heraustritt: der vorpubertäre Schuljunge als Indianerhäuptling, die Fließbandarbeiterin als Hollywoodstar, der Bauarbeiter als Lottomillionär, die Erwerbslose als Weltreisende.

Diesen Umstand betone ich nun fühlbar eine Spur mehr als sonst, als da-neben gelegtes Kopfwerkzeug gewissermaßen, es kann ja sein, daß es ge-rade im personellen Umfeld von alternativer Ökonomie und Gemeinwesen-entwicklung eine gewisse Rolle zu spielen vermag.

Utopien, oder auch schon die ihnen zu Grunde liegenden utopischen In-tentionen, weisen Zweigwellen ihres Zustandekommens auf. Zum einen entspringen sie aus einem Leiden an der jeweils bestehenden gesellschaf-tlichen Wirklichkeit - und, obwohl Allsätze in der Wissenschaft selten gut-tum, liesse sich als einigermaßen allgemeiner Satz formulieren: Sage mir, welche Utopien geschrieben worden sind, und ich sage Dir, wie die Ge-sellschaft ausgesehen hat, in der sie geschrieben worden sind.

Schon in Thomas Morus ausgebreiteter Metapher von den menschen-fressenden Schafen, aber auch bei Saint Simon, Fourier und Bahro wird zum einen jenes schlechte Bestehende skizziert, dem die utopische Ge-sellschaftsordnung dann entgegengestellt wird; zum anderen das, was der frühe Rudolf Bahro als „überschießendes Bewußtsein“ bezeichnet hat: In-

novative, gerne auch zuweilen skurrile Vorstellungen, wie es denn anders gehen könnte. So fällt Charles Fourier gegen die scharfsinnig erkannten Übel des frühen Kapitalismus nicht nur Großkommune, Feminismus oder Grundsicherung ein, sondern auch Antilöwen, die genetisch dazu mutiert sind, Wagen zu ziehen, und Meere, die sich in Fouriers Lieblingsgetränk, Zitronenlimonade nämlich, verwandeln. Dies macht gleichzeitig anschaulich, was den Unterschied zwischen einer konkreten und einer abstrakten Utopie ausmacht: Großkommune und Grundsicherung sind unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen (und erheblichen Mühen) zu verwirklichen - Antilöwen und Meerwasserzitrone nicht.

Utopien (und ihren Autoren und Autorinnen) ist häufig der Vorwurf gemacht worden, sie würden die zukünftige Wirklichkeit in ein starres Ordnungsschema pressen wollen, und dies führte zu Diktatur und Terror, ginge jemand daran, Utopien umzusetzen. Abgesehen davon, daß die Interessen derer mitreflektiert zu werden hätten, die dies äußern, nämlich, daß sich an der ihnen vorteilhaft erscheinenden gesellschaftlichen Wirklichkeit nichts ändern sollte (so wurde nach 1989 bekanntlich versucht, mit dem sich pulverisierenden Realsozialismus die Utopie gleich mitzuerledigen), trifft dies auf eine Reihe traditioneller Utopien tatsächlich zu. Nicht zufällig hatte Plato einen sizilianischen Tyrannen dazu auserkoren, seine „Politeia“ zu verwirklichen – und die Blaupausen von Campanellas „Sonnenstaat“, Gabets „Reise nach Ikarien“ oder Bellami's „Rückblick aus dem Jahre 2000“, eins zu eins umgesetzt, wären zu wenig anderem geeignet, als zur Legitimation von Diktatur.

Doch zeichnet sich gegenüber den Staatsromanen des 16. – 19. Jahrhunderts ein Formwandel der utopischen Intention ab. Die Utopie wird, wie Ernst Ulrich von Weizsäcker sagen würde, Antwortvielfältiger – bis hin zur Baukastenform bei James Robertson oder zur Bolovielfalt bei pm (Bolos sind ebenfalls Großkommunen). Die Utopie wird mikrologischer – sie muß sich nunmehr nicht mehr zwanghaft auf einen ganzen Staat beziehen: Es kann sich um eine kommunadische Lebensgemeinschaft handeln, um ein lokal eng begrenztes Gemeinwesen, um einen Betrieb usw. Die Utopie wird dynamischer – sie ist undogmatisch, Argumentationen zugänglich, abänderbar, prozessual. Der Weg in die neue Gesellschaftsordnung ist, wie bei Ernest Kallenbach, nicht weniger wichtig als diese selbst. Die Utopie wird fragmentarischer – fast könnte, wie um einen der Hauptgegner utopischen Denkens, Karl Popper zu travestieren, von Stückwerkutopien gesprochen werden, gesellschaftlichen Wunschvorstellungen also, die sich auf Teilgebiete, Branchen, Bruchstücke beziehen. Schließlich wird die

Utopie demokratischer – und dies ist auch ein Grund, warum von wenig informierten Leuten gerne von ihrem Schwinden gesprochen wird: Weniger treten einzelne Utopieautoren und -autorinnen hervor, wie dies etwa beim Staatsroman der Fall war. Vielmehr erarbeiten sich Woche für Woche mehrere hundert Personen in der zweiten Phase der Zukunftswerkstätten nach Robert Jungk ihre je spezifischen utopischen Intentionen, um ausschließlich zu versuchen, sie strategisch umzusetzen (was meistens im Gegensatz zu den blühenden Utopien kläglich scheitert).

Indes handelt es sich hier keineswegs um eine akademische Debatte, von wann bis wann es sich etwa um Utopie handle, und wann sich diese beispielsweise in Science-fiction auflöse, oder ob nach 1989 Utopie gefälligst tot zu sein habe, wie dies Raddaz und Reich-Ranitzki, Joachim Fest, Nolte und Enzensberger bekanntlich wünschten. Es handelt sich m. E. vielmehr um eine Fragestellung geradezu kritischen Pragmatismus⁴: Ohne Utopie keine soziale Innovation, und ohne soziale Innovation keine Reform (und selbst der zu seinem eigenen Schindluder gewordene Reformbegriff Rußlands und der europäischen Staaten läßt nicht vergessen, daß im 18. Jahrhundert auch Marktwirtschaft und Parlamentarismus als Utopien angetreten waren). Ohne Utopie als Vision eines noch so fragmentierten gesellschaftlichen Teilbereichs gibt es keine pragmatische Verdünnung derjenigen in Programmen, Stellungnahmen, Selbstverständnissen oder selbst in dem berühmten §2 der Vereinssatzungen; ohne utopische Intention kein Bild selbstverwalteter Betriebe, Tauschbörsen, Genossenschaften oder anderer Einheiten alternativer Ökonomie; ohne utopische Intention keine Aussicht, das Ensemble der Entrechteten, Geknechteten und Zerbrochenen in Stand zu setzen, sich auf ihre je eigene Kraft zu besinnen. Dazu freilich ist kein Staatsroman unverzichtbar, und auch keine Schilderung weiblicher Gemeinwesen, keine Social-fiction und keine Blaupause, kein prozessuales Konzept zum Neuen aus dem Widerwärtigen und keine theoretische Ableitung aus dem Ensemble des schlechten Bestehenden zu überleben – auch wenn alle diese vorgenannten selbstredend auf das Schärfste zu begrüßen sind –: Es reicht schon ein vermittelndes Netzwerk der Tagträume, eine transversale poststrukturalistische Wunschmaschine, eine gegliederte Ansammlung von Brainstormings, eine Aufeinanderfolge von inhaltlichen Schreibspielen, um Utopien zu generieren.

Das von Tilo Klöck 1998 herausgegebene Jahrbuch zur Gemeinwesenarbeit „Solidarische Ökonomie und Empowerment“⁵ *) regt dazu an, es auf die utopischen Intentionen der einzelnen Beiträge hin zu betrachten. Damit beginnt etwa der einleitende Aufsatz des Herausgebers, der (unter Ver-

weis auf Klaus Nowy, Burghard Flieger, Wolfgang Beywl und Susanne Elsen) die folgenden realutopischen Versatzstücke präsentiert: Personalisierung, Remoralisierung und Repolitisierung der Ökonomie – Produktivgenossenschaften als Ausgangspunkt einer kooperativen Infrastruktur, Solidarität wenigstens im Innenverhältnis, menschenorientierte Wirtschaftskultur, Abbau von Arbeitsteilung, Vernetzung. Dazu auch umgekehrt und spiegelverkehrt die negative Utopie der Ausgrenzung: „Wer erbringt Solidarität mit wem – wie und wodurch? Wer kommt dabei zum Zug und wem wird Solidarität verweigert?“. Isidor Wallimann formuliert seine Utopie der sozialen Ökonomie in Form der Vorstellung einer Förderung alternativer Einrichtungen, die auf vier zentralen Momenten fußt: Verhinderung des Mittelabflusses, Kreditschöpfung durch alternative Banken und Direktkreditvermittlungen, Förderung der sozio-kulturellen Integration. Allein schon die Schilderung der nötigen Schritte dazu bestätigt den Nachweis der Aussage, daß die zeitgenössischen Utopien dynamisch und prozessual geworden sind. Ich möchte mich auf das Fragment der Verhinderung des Mittelabflusses beschränken. Zum einen, weil ja diese Utopie nichts weniger beansprucht, als eine der Systemgrenzen alternativer Ökonomie außer Kraft zu setzen, zum anderen, weil gerade diese Vision eine ehrwürdige geschichtliche Tradition aufweist: explizit oder implizit finden wir sie bei Charles Fourier und bei Gustav Landauer, in Erörterungen des anthroposophischen „dritten Wegs“ bei den Gründungseltern des Netzwerks Selbsthilfe Berlin – um nur einiges unsystematisch und entfernt von nachschlagbaren Quellen zu nennen. In der Tat erinnert diese utopische Intention mich nicht nur an eigene Frustrationen (am Bemühen, einen Freundeskreis der sozialen Ökonomie, der diesen Namen verdient, zu inaugurierten, beiße ich mir seit über 20 Jahren die Zähne aus), sondern auch an eigene Versäumnisse (Isidor Wallimanns Idee, die in der Föderation tätigen Mitglieder nach ihren Konsumbedürfnissen zu befragen, um daraus Marktchancen herauszuentwickeln, ist goldrichtig). Ich hatte diese Idee auch schon einmal, bin aber nie dazu gekommen es dann auch zu machen – wahrscheinlich habe ich mich davor gescheut, schon wieder tausend Fragebogen einzuheften und zu adressieren. Privater Zwischenruf: Ein alternatives Restaurant vom Niveau des Münchener Café Ruffini könnte in Deutschland wahrscheinlich jede größere Stadt brauchen – das gäbe dann ca. tausend Arbeitsplätze.

Heiner Schulze, bei dem dies keineswegs selbstverständlich ist, greift bezüglich der utopischen Intention auf das Schlußdokument des Projektes „Für eine Option einer alternativen Entwicklung aus Costa Rica“ zurück: „Wir träumen gegen die Auswirkungen der vorherrschenden negativen

Entwicklung, die den Menschen versagt, Utopien eines gerechten Lebens zu entwickeln. Wir hoffen, daß es in anderen Ländern ebenfalls Menschen mit diesen Träumen gibt, und daß hier und dort die Träume sich in konkrete Projekte umsetzen“. Nicht nur der Weg von der Utopie zur sozialen Innovation, die hier als Projekt erscheint, ist an dieser Stelle exemplarisch nachvollzogen, sondern auch einige Seiten später idealtypisch der Weg von der utopischen Intention zum Empowerment: „Von Nahbereichen ausgehend, in denen wir täglich agieren und unsere Probleme und Träume haben, hier entwickelt sich unsere Mentalität und unsere Haltung“.

Nicht von Utopien, sondern von gemeinsamen Visionen schreibt Hans-Georg Rennert wenn er ausführt, es seien andersweitige Kooperationsformen, Arbeitsweisen und Instrumentarien erforderlich, um die Handlungsmöglichkeiten aller Akteure zu vergrößern. Was für Hans-Georg Rennert die gemeinsame Vision ist, erscheint bei Andrea Höhn als gesellschaftliche Phantasie. Häussermann und Seibel folgend: „Eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, eine Gleichverteilung formeller und informeller Arbeit zwischen Männern und Frauen und ein Aspekt dessen, was ich im Vorhergehenden als gesellschaftliche Phantasie bezeichnet habe. Das aber verlangt eine Abkehr von gewohnten Leistungs-, Karriere- und Konkurrenzprinzipien, setzt also andere Gütekriterien für ein gelungenes Leben voraus“.

Burghard Flieger wiederum hat bereits in seiner Dissertation die utopische Intention zum Ausdruck gebracht, als er die Grundwerte der Genossenschaftsbewegung zitierte, wie sie 1988 vom Internationalen Genossenschaftsverband in Kopenhagen festgelegt worden waren. Diese umfassen auf der Ebene der Selbsthilfe Aktivität, Kreativität, Verantwortlichkeit und do it yourself, auf der Ebene der gegenseitigen Selbsthilfe Zusammenarbeit, Einigkeit, gemeinsame Aktion, Solidarität und Frieden. Die nicht auf Gewinn bezogenen Werte beinhalten die Erhaltung von Naturschätzen, das Ausschalten des Gewinns als treibende Kraft, soziale Verantwortung, Uneigennützigkeit, das Nichtprofitieren von der Arbeit anderer. Die Wertegruppe der Freiwilligkeit umfaßt Engagement, kreative Kraft, Unabhängigkeit und Pluralismus. Auch unter schlechten Marktbedingungen Entscheidungs- und Handlungsspielräume wahrzunehmen, darin bestünde die Realisierung einer Utopie.

Das gibt uns den Anlaß, zum Komplex Utopie und alternative Ökonomie exemplarisch überzuleiten: Wie sehr die Grundlagen alternativer Ökonomie von utopischen Intentionen durchzogen sind, auf ihnen basieren, kann beispielsweise an den Grundsätzen des Genossenschaftsgedankens nach-

vollzogen werden. Nur kurz, und um Mißverständnisse zu vermeiden, wiederhole ich hier, daß aus rechtlichen und prüfungsverbandlichen Gründen die Genossenschaft in alternativökonomischem Kontext in Deutschland und Österreich eine nicht sehr oft praktizierte Rechtsform ist, daß indes idealtypisch ihre Normen durchaus als Moment eines anderen ökonomischen Paradigmas gelten können.

Das Förderprinzip gründet in der Vorstellung gegenseitiger Hilfe - hier der Genossenschaftsmitglieder. Es negiert die gesamtgesellschaftlichen Normen nach Fremdausbeutung, die die Erträge jeder Aktivität Außenstehenden zukommen lassen, nicht aber jene, die sich mit der Aktivität befaßt haben.

Das Identitätsprinzip gründet in einer vergleichbaren Weise in der Gleichzeitigkeit von Angestellten und Nutznießenden, setzt sich also ab von hegemonialen Vorstellungen, das von außen kommende Kapital solle das Sagen haben und die Früchte ernten. Das Demokratieprinzip besteht darin, daß jedem Mitglied ein gleicher Anteil an der Willensbildung zukomme - im Gegensatz zu den vorherrschenden Hierarchien in staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen und dem unmittelbaren Gegensatz zum Anteil der Willensbildung gemäß dem eingebrachten Kapital, wie dies bei den Kapitalgesellschaften Norm ist.

Das Solidaritätsprinzip basiert auf der Gemeinsamkeit grundlegender menschlicher Bedürfnisse, besteht entgegen dem weltumspannenden Konkurrenzprinzip des Brechtschen „... und wenn einer tritt, so bin ich es/und wird einer getreten, so bist Du es“. Gerade im Idealtypischen kommt die utopische Intention dieser exemplarischen alternativen Ökonomie gut zum Ausdruck: Hinlänglich bekannt sind etwa genossenschaftsinterne Hierarchien, Konkurrenzen bis hin zur Nichtanerkennung anderer Genossenschaften (Praxis der bestehenden Prüfverbände).

Alternative Ökonomie unterscheidet sich je nach ihrer Klassenströmungsbasis. Die alternative Ökonomie der privilegiert lohnabhängig Kopfarbeitenden wie auch der erwerbslosen Kopfarbeitenden unterscheidet sich, um nur das hier relevante Beispiel zu nennen, von der alternativen Ökonomie der Armutsbevölkerung. Das Bewußtsein, in 5 oder 10 Jahren erfolgreich zu sein, sich selbst einigermaßen verwirklicht zu haben - auch wenn es aus dem augenblicklichen Stand einer Unterabteilung der Armutsbevölkerung entsprungen sein mag - differiert notwendigerweise vom Bewusstsein derjenigen, die nicht wissen können, ob morgen ihre Hand noch in den Mund findet. Nun haben immer schon unterschiedliche Klassenstimmungen über unterschiedliche utopische Intentionen verfügt: War etwa im Mittelalter

den einen das Schlaraffenland die Utopie, so den anderen schon jener Griessbreiberg, durch den man auf dem Weg zum Schlaraffenland sich hindurch zu speisen hätte. Und so mag auch hinter den verschiedenen alternativen Ökonomien eine je unterschiedliche utopische Intention stecken: Das emphatische „gemeinsame Leben, Lernen, Arbeiten“, die Arbeit ohne Chef, die endlosen Vollversammlungen und Urabstimmungen zur Verminderung auch noch der letzten Hierarchien einerseits, die Sehnsucht, überhaupt noch einige Groschen zu verdienen oder dazu zu verdienen, die wunschgemäße Gleichgültigkeit gegenüber Selbstbestimmung - einschließlich entsprechender Freude über Verantwortungsentlastung - die denn Hierarchen und Hierarchien gern in Kauf nehmen, andererseits. Selbstbestimmte Kreativität versus Freiheit von der Plackerei, der die Selbstbestimmung umstandslos zugeschlagen zu werden pflegt - und mit Sicherheit alles Dazwischenliegende, was sich überhaupt vorstellen läßt. In der Praxis sind diese Differenzen etwa Beobachter zwischen den klassischen Betrieben in Selbstverwaltung und zum anderen Sozialgenossenschaften. Doch sind Übergänge schon bei jenen Genossenschaften feststellbar, die am ehesten als Betriebe in Arbeiternehmerhand zu umschreiben wären: Ein unübersehbar mächtiger Geschäftsführer, der seine Macht aus uneingeschränkten Interventionsmöglichkeiten bezieht - Alimentation der Macht durch die Machtlosen.

Nicht zufällig ist bei allen mir bekannten alternativen Einrichtungen die Dichotomie zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine zentrale Quelle vieler Konflikte gewesen, wobei der „Anspruch“ die realutopische Dimension, die „Wirklichkeit“ die vereinigte Hegemonie von Macht und Obrigkeit des schlechten Bestehenden zu repräsentieren hätten. Im ungünstigeren Falle, und auf diesen hat sich bereits Oppenheimer bezogen, hat die Wirklichkeit sang- und klanglos gewonnen, sei es vor dem Konkursrichter, sei es beim Gang zur Börse. Im günstigeren Falle - und dies macht schon das Wesen der Subkulturen und nicht erst ihre Ökonomie aus, gab und gibt es eine Gratwanderung zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Utopie und schlechtem Bestehenden, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, von runden Jubiläen zu runden Jubiläen. Diese Dichotomie zeigt indes noch etwas anderes: Dass ein und derselbe prozessuale Zusammenhang nicht nur als Träume nach vorwärts und als in die Zukunft verlagerte gemeinsame Wunschvorstellung fungiert, sondern auch als Norm, als Stern des Wertehimmels, als ideelle, teils verinnerlichte Handlungsanleitung bereits für die schlechte Gegenwart, als Entscheidungs- und Handlungsspielraum unter ungünstigen Bedingungen angesehen werden kann.

Diese Gemeinsamkeit von Utopie und Norm mitsamt dem eingebauten Widerspruch kommt bei Burghard Flieger zum Ausdruck, wenn der das Förderprinzip als Gleichwertigkeit von wirtschaftlicher Produktion und mitgliederorientierter Effektivität (etwa angenehme Arbeitsbedingungen, interessante Tätigkeiten, verkürzte Arbeitszeit – veritable Versatzstücke einer Utopie der Arbeit) bestimmt. Ebenso bei Isidor Wallimann, dem soziale Ökonomie gleichzeitig Existenzsicherung in Krisen, Selbsthilfe innerhalb des Weltkapitalismus, gleichzeitig aber auch Befreiung aus dem Griff der multinationalen Konzerne und Grundlage eines nachhaltigen Daseins (wie denn überhaupt die Nachhaltigkeit die größte Utopie unter den Bedingungen des Weltkapitalismus darstellt) bedeutet.

Am Begriff der Solidarität läßt sich dies exemplarisch darstellen. Gewiß ist Solidarität eine der hervorstechendsten Normen von Subkulturen, auch von jenen der alternativen Ökonomie und der Gemeinwesenarbeit - und gleichzeitig eine ihrer zentralen Utopien. Wobei dies, wie auch bei den Normen der Gesamtgesellschaft und des Establishments, idealtypisch zu verstehen ist: Nicht alles, was als Norm anzusehen ist, findet in der Wirklichkeit auch genau so statt. Indes bleibt die Frage, wie gegenwartsbezogene Norm und zukunftsbezogene Utopie gleichzeitig nebeneinander bestehen können. Meiner Auffassung nach kann dies deshalb der Fall sein, weil sich Solidarität strukturell in zwei Momente teilt, die miteinander zwar verbunden sind, gleichwohl aber voneinander erhebliche Differenzen aufweisen. Mit Sicherheit vergrößert möchte ich sie als Solidarität des Austauschs einerseits, als Solidarität der Verausgabung andererseits bezeichnen. In der Solidarität des Austauschs bestünde zum einen die Norm, die als subkulturelle oder allheilkulturelle den gesamtgesellschaftlich herrschenden Konkurrenznormen gegenüber stünde. Sie besagt, daß solidarische Handeln erforderlich ist, um im Falle je eigener Krisenhaftigkeit die Früchte des solidarischen Handelns anderer ernten zu können. Die Solidarität des Austauschs ist noch nicht warenförmig, stellt aber eine Vorform der Warenförmigkeit dar (etwa in ethnographisch aufweisbaren Formen von Geschenken auf Gegenseitigkeit). Sie ereignet sich in der gesamten „Kultur der Armut“ des Oskar Louis, in der von Norbert Preusser beschriebenen Obdachlosensiedlung (zu denken ist etwa an die vom Autor dargestellten Lotterien, die nur deshalb funktionieren, weil sie auf lange Sicht ein Nullsummenspiel aller Teilnehmenden gewährleisten), in der Nachbarschaftshilfe aller Gemeinwesen, die noch diesen Namen verdienen, in den Darlehenskassen alter alternativ ökonomischer Einrichtungen.

Die Solidarität als Utopie indes wäre eine Solidarität der Verausgabung. Es könnte auch von einer Solidarität der Entgrenzung, einer Solidarität der Abschaffung der Ökonomie gesprochen werden. Sie bestünde darin, daß solidarisches Handeln sich ereignet, ohne auf künftige eigene Inanspruchnahme von Solidarität zu reflektieren. Selbstredend wäre dies eine Solidarität, die aus ideeller oder materieller Fülle entspringe: Sie findet sich in der Vorstellung Sartre's von der „fusionierenden Gruppe“, die sich ohne nennenswerte Individuation zum Sturm auf die Bastille begibt, ebenso wie in Ideen vieler religiöser oder spiritueller Positionen, im utopischen Sozialismus – aber auch in Bildern subkultureller Feste, jener in sozialen Brennpunkten inklusive, oder in alternativökonomischen Konzeptionen und funktionellen Vorwegnahmen wie Rudolf Steiner's „Ökonomie des Geschenks“, in den Zuschüssen für soziale und kulturelle Projekte, in den Netzwerken als Selbsthilfe ebenso wie im Empowerment unfreiwilliger Subkulturen.

Freilich gibt es jede Menge Übergänge zwischen Solidarität der Verausgabung und Solidarität des Austauschs: Nicht nur in der Wirklichkeit, sondern schon bei Georg Bataille. Ich analysiere in unsystematischer Weise drei der Batailleschen Beispiele dahingehend: Der tibetanische Lamaismus wäre ein Ergebnis der Solidarität der Verausgabung, ohne jene des Austauschs (in Form der Rückgabe ideeller und sozialer Dienstleistungen) auszuschließen. Der Marshallplan beinhaltet zum einen durch seine Zweiteilung in Darlehen und Zuschüsse selbst die genannte Zweiteilung der Solidaritäten, erwartet freilich für die ökonomischen Verausgabungen Akte des politischen Austauschs. Schließlich, jenes Bataillesche Vorbild der Verausgabung, das sich mit relativ unbeholfenen Wörtern in Kürze als Verausgabung durch Güterüberschußvernichtung auf Gegenseitigkeit bezeichnen ließe, markiert in meiner Formulierung das Paradox einer Solidarität der Verausgabung zum Zwecke der Solidarität des Austauschs (wie denn auch umgekehrt gewerkschaftliches und genossenschaftliches Handeln als Solidarität des Austauschs zum Zwecke einer Solidarität der Verausgabung formuliert werden kann).

Eine Form der Solidarität der Verausgabung wäre eine Grundsicherung, die den Namen verdient. Dies ist, von Charles Fourier einmal abgesehen, seit Robert Theobald eine der authentischsten Utopien des sozialpolitischen Handelns - und gleichzeitig läßt sich an ihr auch zeigen, wie sie sich von der bloßen Norm unterscheidet. Schließlich gibt es, besonders in den Regierungsparteien Leute, denen bereits die realexistierende Sozialhilfe eine Grundsicherung darstellt, mit deren Hilfe es ihrer Meinung nach kei-

ne Armut gebe. Die Sozialhilfe als Pseudo-Grundsicherung wäre im Sinne meiner heutigen Sprachregelung eine Ausdrucksform der Solidarität des Austauschs, oder besser gesagt deren Restkategorie. Sie ist durchsetzt von Kontrollen, von Demütigungen, von Schikanen, von Abzügen, die auch noch diese Pseudo-Grundsicherung entsichern. Allein der Wegfall dieser Kontrollen würde ihren Ersatz durch eine Grundsicherung, die den Namen verdient, legitimieren – selbst wenn im schlimmsten Fall unter dem Strich keine wesentlich andere Summe herauskäme als heute. Selbstredend gibt es hier jede Menge Fallstricke, und nach mehr als 30 Jahren Diskussion kennen wir die meisten von ihnen. Wie in manchen Bürgergeldkonzeptionen, die aufgrund der permanenten Deregulierungen allmählich steigende Mietkosten nicht einrechnen, hieße dies analog, vom Hungern aufgrund der Sozialhilfe zum Verhungern überzugehen. Die Grundsicherung an den Status des Ehepartners zu binden, bedeutet eine Fortsetzung patriarchalischer Abhängigkeiten bis hin zu sklavenähnlichen Zuständen. Die Verbindung der Grundsicherung (und erst recht der Sozialhilfe als Pseudo-Grundsicherung) mit dem Kombilohn wäre ausschließlich dann akzeptabel, wenn im selben Akt das Lohnabstandsgebot ersatzlos wegfiel: Ansonsten wäre in Form eines Regelkreises die periodische Absenkung sowohl der Grundsicherung als auch der Mindestlöhne gleichsam vorprogrammiert. Dies veranschaulicht beredt, daß die Grundsicherung, die diesen Namen verdiente, einer Solidarität der Verausgabung zu entsprechen hätte. Zum andern macht dies klar, in welchem Bündel von sozialen Innovationen sie zu stehen hätte, bzw. welche sie zu legitimieren imstande wäre. Sie schließt die Gorz'sche Realutopie von der fundamentalen Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit ein: Je mehr dies der Fall wäre, um so leichter finanzierbar wäre sie. Zum anderen befreite sie die Beck'sche Bürgerarbeit von ihrer Phrasenhaftigkeit, die unter den gegenwärtigen Bedingungen der Sozialhilfe eher den Charakter einer Strafarbeit für schlechter Weggekommene hat.

Hier schließt sich der Kreis zur Gemeinwesenarbeit und zum Empowerment als ihrem prozessualen Ziel. Es wird viel an Empowerment bedürfen, um eine Grundsicherung, die den Namen verdient, durchzusetzen; und entsprechend viel an jenen utopischen Intentionen, in welchen Empowerment zu gründen hätte: Selbstorganisation, Eigensinn, Fehlertoleranz, Entscheidungsstrukturen gegen die erlernte Hilflosigkeit, Netzwerkarbeit, Einmischung, Fähigkeit eines jeden Individuums, in eigener Kraft Autonomie, Selbstverwirklichung und Lebenssouveränität zu erstreiten, schrittweise Wiedergewinnungen von Handlungsfähigkeit, Überlebenswissen, Res-

sourcesmobilisierung, nicht verwendete berufliche Qualifikationen, soziale Kompetenz, vorhandene Solidaritätsbeziehungen und Hilfe zur Mitgestaltung in der Gesellschaft. Allein diese Aufzählung zeigt –, vor allem, wenn ich an die mir bekannten Personenkreise aus den Klassenströmungen der Armutsbevölkerung denke –, wie sehr Empowerment und Gemeinwesenarbeit mit ihrer utopischen Intention verknüpft sind. Auch sie zielt, wie alles, was mit den Klassenströmungsdifferenzen zwischen den Armutsbevölkerungen und den hauptamtlichen Kräften zusammenhängt, auf jene Solidarität der Verausgabung hin, die sich nicht um Kosten-Nutzen-Rechnungen kümmert, jedoch in ihren zeitökonomischen Beschränkungen leidvoll zu spüren ist.

Anmerkungen

- *) Klöck, T. (Hg.), *Solidarische Ökonomie und Empowerment*, Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 6, Neu-Ulm 1998

Teil IV

Arbeitswelten, Arbeitsmärkte und Bürgergesellschaft

Umbau des Sozialstaates: Kann ehrenamtliche Arbeit Ersatz für Erwerbsarbeit sein?

Gisela Notz

Im Zuge der Globalisierung der Wirtschaft weisen Experten immer wieder darauf hin, dass es eine sozialpolitische Aufgabe ist, an der Gestaltung unseres Sozialstaats mitzuwirken. Die Menschen würden heute zu viel an sich und zu wenig an die anderen denken. Neue Begriffe, wie das „Bowling-alone-Phänomen“ werden geprägt. Immer mehr Menschen wollen (angeblich) ihre Kugel alleine schieben. Beklagt wird die Ellenbogen-gesellschaft und eine immer kälter werdende Welt.

Der zunehmenden Individualisierung steht die zunehmende Globalisierung gegenüber. Die Globalisierung der Wirtschaft wird begleitet von einer Globalisierung der Erwerbslosigkeit mit einhergehender Armut. Die Zahl derjenigen, die der Hilfe bedürfen, wächst ständig. Appelliert wird an die Hilfsbereitschaft derjenigen, denen es (noch) besser geht, sie sollen sich um die Armen und Herausgefallenen kümmern. Der Sozialstaat ist scheinbar unbezahlbar geworden. Soziale Versorgung wird großflächig reprivatisiert, staatliche Kürzungen zum Opfer fallende soziale Einrichtungen werden der Wohlfahrt überantwortet bzw. der ehrenamtlichen Arbeit und Selbsthilfe übergeben – und all dies wird mit dem ideologischen Mäntelchen des Vorteils menschlicher Wärme in kleinen sozialen Netzwerken im Vergleich zur Kälte der professionellen Hilfeexperten in den Betreuungseinrichtungen gnädig zugedeckt. Die Lage der ArbeitnehmerInnen ist durch zunehmende ökonomische und soziale Unsicherheit zu charakterisieren. Erwerbslosigkeit und Armut nehmen erschreckenden Umfang an. Damit wächst auch die Zahl der Hilfsbedürftigen. Es finden sich immer wieder Argumente wie die folgenden: Soll die gesamte Soziale Arbeit von professionellen HelferInnen erbracht werden, ist sie nicht mehr bezahlbar; deshalb ist ergänzend zum institutionell und professionell organisierten Hilfesystem ehrenamtliches Engagement erforderlich. Zudem könnten und wollten sich nicht alle Menschen im Beruf verwirklichen, sondern würden ihre Zufriedenheit in der Familie, beim bürgerschaftlichen Engagement und in der Nächstenhilfe finden. Angeprangert werden die verkrusteten Strukturen der Wohlfahrtsverbände und anderen Organisationen, die die ehrenamtliche Arbeit für zu wenige attraktiv machen. Wenn es gelänge, weitere ehrenamtliche „Potenziale“ – vor allem unter den jüngeren Menschen – zu gewinnen, könnte man zwei Fliegen mit ei-

ner Klappe schlagen: der Arbeitsmarkt würde entlastet und noch mehr Hilfsbedürftige würden zum Nulltarif versorgt.

Für Frauen ist diese Diskussion nicht neu. Sie haben sich den Zugang zur bezahlten Erwerbsarbeit gerade erst erkämpft, nun werden sie aufgefordert, ihre ungezügelte „Erwerbsneigung“ aufzugeben zugunsten gesellschaftlich notwendiger Tätigkeiten im Bereich der unbezahlten Möglichkeiten. Tatsächlich „drängen“ europaweit immer mehr Frauen auf den Arbeitsmarkt – obwohl sie niemand gerufen hat. Sieht man sich die neugeschaffenen Arbeitsplätze der Frauen an, so stellt man schnell fest, dass der Zugewinn vor allem auf die Zunahme von nichtexistenzsichernden Teilzeitarbeitsplätzen, geringfügiger Beschäftigung und anderen „ungeschützten“ Arbeitsverhältnissen (Möller 1988) zurückzuführen ist.

Die neo-liberale Restrukturierung des Staates hat einen deutlichen Geschlechterbias: Subsidiarität als Privatisierung sozialer Risiken zielt auf eine Entlastung des Wohlfahrtsstaates und auf eine Entvergesellschaftung von Reproduktionsarbeiten ab. Der von Neoliberalen in Aussicht gestellte neue Gesellschaftsvertrag greift in Wirklichkeit auf einen uralten Geschlechtervertrag unbezahlter Arbeit von Frauen zurück.

Bevor Beschreibungen von Konzepten aus der „Krise der Arbeitsgesellschaft“ aufgezeigt werden, wird es notwendig, eine Begriffsbestimmung vom „Ehrenamt vorzunehmen. Danach werde ich fragen, ob die ehrenamtliche Arbeit eine Antwort auf die vielzitierte „Krise der Arbeitsgesellschaft“ sein kann und welche „neuen Konzepte“ als Lösung aus der „Krise des Sozialstaates“ angeboten werden. Abschliessend werde ich Perspektiven für die Zukunft der Arbeit entwickeln.

Das politische Ehrenamt umfasst die Arbeit in Vorständen, Aufsichtsräten, kulturellen, gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Gremien. Es wird vor allem von Männern neben der Berufarbeit ausgeführt. Meist werden sie unter Fortzahlung der Bezüge von der Arbeit freigestellt und bekommen oft noch zusätzlich zum Teil erhebliche Aufwandsentschädigungen. Invia ist eine reine Frauenorganisation. Wir können das Problem „Männer leisten – Frauen tragen die Kirche“ (Reihls 1995) heute einmal auslassen.

In der unbezahlten (ehrenamtlichen) Arbeit werden fürsorgerische Arbeiten unbezahlt, ohne jeden Schutz und ohne jede Sicherung der Arbeitsbedingungen geleistet (vgl. Notz 1989). Meist sind es helfende Funktionen in Form sozialer Dienstleistungen an Menschen, die weder durch Hausarbeitsverhältnisse noch durch Erwerbsarbeitsverhältnisse ausreichend

versorgt sind. *Ohne ehrenamtliche Arbeit würde das System der sozialen Dienste zusammenbrechen. Damit blieben viele der Sorge und Hilfe bedürftigen Menschen unversorgt.* Arbeit in Selbsthilfegruppen dient dazu, eigene Probleme aus eigener Kraft bzw. gemeinsame Probleme mit gemeinsamer Anstrengung zu lösen. Die Arbeit ist ebenfalls unbezahlt und ohne Arbeitsschutz.

In ungeschützten Arbeitsverhältnissen werden Arbeiten geleistet, die zwar materiell vergütet werden, aber zumindest langfristig die Reproduktion der eigenen Arbeitskraft und evtl. vorhandener Kinder nicht gewährleisten. Solche ungeschützten Arbeitsverhältnisse können sein: Leiharbeit, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, Aushilfsarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, freie Mitarbeiterverhältnisse, Werkverträge, Heimarbeit (auch „neue“ elektronische Heimarbeit), Schwarzarbeit (vgl. Möller 1988). Auch Löhne und Gehälter aus Teilzeitarbeit sind meist nur halbe Löhne und reichen selten zur eigenständigen Reproduktion.

Im tariflich abgesicherten Arbeitsverhältnis wird Arbeit geleistet, durch die die Beschäftigten materiell und sozial abgesichert sind. Einkommen aus selbständiger Arbeit bedeutet heute, zumindest für Frauen, keinesfalls Reichtum.

Die verschiedenen Arbeitsverhältnisse beruhen auf der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, die die Trennung von unbezahlter und bezahlter Arbeit und ihre geschlechtliche Zuordnung bestimmt und die geschlechtshierarchischen Beziehungen zwischen Männern und Frauen spiegelt.

Sieht man von einigen Hausmännern ab, sind in den Hausarbeitsverhältnissen ausschliesslich Frauen zu finden. In ehrenamtlichen Arbeitsverhältnissen arbeiten Frauen meist in den unmittelbaren sozialen Diensten, mit oder für sogenannte soziale Problemgruppen. Die ehrenamtlichen sozialen Dienstleistungen erbringen zu ungefähr 80% Frauen (Notz 1989, S. 41). Frauen, die Erwerbsarbeitsverhältnisse ausüben, sind dort meist mit Tätigkeiten befasst, die in hohem Masse partialisiert, niedrig entlohnt, und auf den unteren hierarchischen Ebenen angesiedelt sind.

Es ist die Konzeptionierung der Frau als Hausarbeiterin, die dazu führt, dass viele Frauen in ökonomischer Abhängigkeit leben müssen. Die Notwendigkeit für diese Abhängigkeit wird oftmals mit der Doppelorientierung der Frauen auf Kind und Beruf begründet. Tatsächlich lassen sich für die meisten Frauen die Arbeitsbereiche Erwerbsarbeit und Hausarbeit nicht auseinander reißen, weil sie über weite Strecken ihres Lebens den physi-

schen und psychischen Anforderungen in beiden Bereichen ausgesetzt sind und diese ausbalancieren müssen (vgl. Becker-Schmidt u. a. 1982, Notz 1991). Die immensen Benachteiligungen, die sich für Frauen aus der „Doppelorientierung“ ergeben, setzen jedoch vor der Mutterschaft an, wirken weit über diese hinaus und betreffen auch Frauen, die niemals Mütter waren oder werden wollen.

Die Tatsache, dass sich für die meisten Frauen noch andere Arbeitsbereiche als die bezahlten Tätigkeiten eröffnen, führen nicht selten dazu, dass vermutet wird, Frauen würden unter Erwerbslosigkeit weniger leiden als Männer das tun. Das hat Marie Jahoda u. a. mit ihrer berühmt gewordenen empirischen Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ bereits 1933 gründlich widerlegt (Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1975). Für erwerbslose Frauen ist der Hinweis auf die „andere Arbeit“, in der sie im Haushalt, in der Nachbarschaft und in der Freizeit Erfüllung finden können, eine Verhöhnung.

Geht der Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus?

„Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Gesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?“ hat Hannah Arendt bereits 1958 geschrieben. Sie meinte sicher die existenzsichernd bezahlte Arbeit, orientiert an spezifisch männlichen Lebensmustern und Wertvorstellungen. Schliesslich sind Arbeit und Arbeitsgesellschaft nicht deshalb in der „Krise“, weil es nicht genügend zu tun gäbe, sondern weil unter Arbeit vorwiegend industrielle Arbeit, die der Herstellung und Umgestaltung von Waren dient, verstanden wird und weil die Verteilung dieser Arbeit und der Einfluss an der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen wesentlich auf ein Geschlecht begrenzt bleibt.

Die entscheidende Frage lautet also nicht, ob es genug Arbeit gibt, um allen Menschen die eigenständige Existenzsicherung zu ermöglichen, sondern wie sie verteilt und bewertet wird.

Die Menschen der Zukunft werden immer weniger Zeit am (bezahlten) Erwerbsarbeitsplatz verbringen und über immer mehr „freie Zeit“ verfügen. Ob Freizeit durch unfreiwillige Teilzeitarbeit, ungeschützte Arbeit, Hausarbeit oder Erwerbslosigkeit und unbezahlte Arbeit erzwungen sein wird oder ob sie aus der Verteilung der Produktionszuwächse resultiert und mit kürzeren Arbeitszeiten im Bereich der „Normalarbeitsverhältnisse“

einhergehen wird, ist eine ungelöste politische Frage. Die Antwort wird auch davon abhängen, wie sich die Menschen zur Wehr setzen. Schliesslich sind sie nicht nur Opfer der Verhältnisse, sondern auch handelnde Subjekte.

Ehrenamt als Antwort auf die Krise?

In der aktuellen sozialpolitischen Diskussion hat das Thema „ehrenamtliche Arbeit“ Konjunktur. Soziale Versorgung wird grossflächig reprivatisiert, staatlichen Kürzungen zum Opfer fallende soziale Einrichtungen werden der Wohlfahrt überantwortet und der „freiwilligen“ ehrenamtlichen Arbeit und der Selbsthilfe übergeben. PolitikerInnen aller Couleur stimmen das hohe Lied des unverzichtbaren und unbezahlbaren Ehrenamtes an, und sie warnen vor der sozialen Kälte, die morgen regieren wird, wenn wir uns heute nicht ändern. Angeprangert werden die verkrusteten Strukturen der Wohlfahrtsverbände und anderer Organisationen, die die unbezahlte und scheinbar auch unbezahlbare Arbeit für zu wenige attraktiv machen. Wenn es endlich gelänge, weitere ehrenamtliche „Potenziale“ zu gewinnen, könnte man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Der Arbeitsmarkt würde entlastet und noch mehr Hilfsbedürftige würden zum Nulltarif versorgt. Was das für Frauen heisst, die einen überproportionalen Anteil an den Erwerbslosen und Langzeiterwerbslosen stellen, aber bereits heute über 80% der mit Sorge und Pflege verbundenen ehrenamtlichen Arbeiten ausführen, wird kaum diskutiert. Männer sind es, die 80% der mit Macht-Entscheidungsmöglichkeiten versehenen Posten ausüben, also über die ehrenamtlichen Arbeitsplätze der Frauen bestimmen. Das ist nur in reinen Frauenorganisationen anders.

Beklagt wird die Krise der Familie. Nicht nur, weil viele Frauen die angestammten Orte in Küche, Kirche und Kinderzimmer verlassen und weil Männer nicht bereit sind, die entstehenden Lücken zu füllen, sondern auch, weil der Wunsch nach Teilnahme an der ausserhäuslichen gesellschaftlichen organisierten Arbeit – selbst wenn er nicht sogleich realisiert werden kann – dazu führt, dass nicht mehr selbstverständlich davon ausgegangen werden kann, dass Haus- und Sorgearbeiten billig oder kostenlos, wie in der Vergangenheit, durch Frauen erledigt werden. Die „Ehrenamtlichen“ – wiederum meist Frauen – sind es, die diese Lücken schliessen sollen. Frauen, die ihre „natürlichen“ Aufgaben verweigern, werden für eine immer kälter werdende inhumane Gesellschaft verantwortlich gemacht. Es geht also bei der Propagierung des Ehrenamtes auch um eine Restauration des

alten Familienbildes. Familie soll wieder die kleinste Versorgungseinheit werden, als Institution rekonstruiert werden, in der Kinder (durch die hausarbeitende Mutter) erzogen werden und alte Menschen oder solche, die sich nicht selbst helfen können (durch die hausarbeitende Tochter) gepflegt werden. Die Sorgenden und Pflegenden sind die Frauen. Ganz selbstverständlich übernehmen sie Sorge- Pflege- und Kümmerarbeiten auch über den Bereich der Familie hinaus im sozialen Ehrenamt. Prestigebehaftete Begriffe wie Moral, Gerechtigkeit, Gemeinschaft, Nächstenliebe, Gemeinsinn sollen die Einengung oder Diskriminierung von Freiheiten Anderslebender bemänteln.

Das Ziel, „neue Wärme in die Gesellschaft“ zu bringen, kann so nicht erreicht werden. Es geht darum, Kosten zu sparen, Wunden, die das kapitalistisch-patriarchale System geschlagen hat, zu heilen und nicht darum, gleichzeitig die Missstände anzuprangern oder gar Handlungskonzepte zu deren Aufhebung zu entwickeln. Das Einrichten von „Tafeln“ mit aussortierten Lebensmitteln für Arme und Hilfsbedürftige mindert den Reichtum der Wohlhabenden ebensowenig, wie es das Verteilen von Armeensuppe der „besser gestellten Damen“ zu Beginn der Industrialisierung getan hat. Es ist aber geeignet, das soziale Prestige der Wohltätigen zu mehren und die Hungernden zu demütigen. Sie sind die BittstellerInnen und sie bleiben arm.

Was ist das „neue“ Ehrenamt?

„Dritter Sektor“, Selbsthilfe, neues Ehrenamt, freitägige Mitarbeit, Bürgerschaftliches Engagement, Volunteering, Arbeit non-for-profit, Kommunitarismus, Gemeinsinn, Bürgerarbeit sind „soziale Erfindungen“ der letzten Jahre, durch die der nach Ansicht vieler Ehrenamtlicher missglückte Begriff ersetzt werden soll. Sie erscheinen als soziale Innovationen, scheinbar befreit von Muff und Staub, die dem alten karitativen Ehrenamt, ausgeführt durch die ehrenwerten Damen (vgl. Notz 1989), anhaften. „Freiwillig, sozial und jung“ kommt das Freiwillige Soziale Jahr daher. Die grosse Nachfrage danach, die das Angebot weit übersteigt, zeigt, dass auch junge Menschen bereit sind, sich sozial zu engagieren. Obwohl die Plätze nicht ausreichen, wird immer wieder die Einführung eines sozialen oder ökologischen Pflichtjahres diskutiert. Auf Pflichtdienste komme ich weiter unten zurück.

Das neue Ehrenamt hat nicht nur vielfältige Bezeichnungen, sondern es wird auch situativ Verschiedenes darunter verstanden. Der Selbsthilfe-

bereich wurde in der Alt-BRD zuerst als „neues Ehrenamt“ bezeichnet. Dort war er zu Beginn der siebziger Jahre oft ein Stachel im Fleisch der etablierten Wohlfahrtsverbände und Sozialsysteme. Zum Selbsthilfebereich gehört sowohl die aktive Beteiligung in Selbsthilfegruppen als auch das darüber hinausgehende Engagement, das erforderlich ist, um Aktivitäten im Selbsthilfebereich ins Leben zu rufen, am Laufen zu halten und um insgesamt diesen Bereich zu unterstützen. SelbsthelferInnen treffen sich vor allem, um eigene Probleme aus eigener Kraft, bzw. gemeinsame Probleme und Notlagen mit gemeinsamer Anstrengung zu lösen, bzw. Lebensbedingungen gemeinsam und selbstbestimmt zu gestalten. In der Regel gibt es in einer Selbsthilfegruppe keine Hierarchien; alle Mitglieder sind gleichberechtigt.

Eine Trennung zwischen Selbsthilfe und Ehrenamt ist in vielen Fällen nur schwer vorzunehmen. Obwohl SelbsthelferInnen meist nicht mit Ehrenamtlichen verwechselt werden wollen, birgt ehrenamtliche Arbeit immer auch Selbsthilfeaspekte in sich, so wie eine Selbsthilfearbeit ohne Unterstützung durch Fremdhilfe nur schwer durchführbar ist.

Ein anderer Begriff, der für das „neue Ehrenamt“ verwendet wird, ist Bürgerschaftliches Engagement. Darunter werden meist Aktivitäten und das Engagement in unterschiedlichen selbstorganisierten Initiativen, auch im sozialen Bereich (z. B. autonomen Fraueninitiativen, Elterninitiativen) verstanden, aber auch im Umweltbereich, im Bereich von Internationalismus, Soziokultur usw. Bürgerschaftliches Engagement ist ebensowenig wie Selbsthilfe eine wirklich neue Erscheinung, sondern begleitet die Entstehung und Entwicklung der Moderne. In Westdeutschland fand es seinen Höhepunkt Ende der sechziger Jahre in der Bürgerinitiativbewegung, die sich in kommunale, staatliche und kommerzielle Planungsprozesse einmischte. Frauenprojektbewegungen und Bürgerinitiativbewegung waren politische Bewegungen.

In der sich seit den achtziger Jahren abzeichnenden Debatte um den Kommunitarismus, also den Versuch, auf der Theorieebene eine Konzeption von Partizipation aller an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens zu entwickeln, spielte bürgerschaftliches Engagement ebenfalls eine wichtige Rolle. Der Kommunitarismus betont, dass eine demokratische politische Gemeinschaft ein hohes Mass an von allen geteilten und getragenen Werten benötigt, um lebensfähig zu sein und die BürgerInnen zu politischer Partizipation und sozialer Solidarität zu motivieren.

Bürgerschaftliches Engagement ist ebenso wie die anderen Begriffe situativ vieldeutig. Wir kennen heute Bürgerinitiativen, zu denen sich Eltern zusammengeschlossen haben, um Kindertagesstätten und Kindergärten zu gründen, die ihnen die Kommune nicht zur Verfügung stellt. Solche Initiativen können über den Bereich der Selbsthilfe hinausgehen, indem sie die Misere, die mit der bürgerlichen Familienideologie verbunden ist und mit dem Primat der Hausversorgung einher geht, in Zweifel ziehen und sozialstaatliche Forderungen an pädagogische Betreuung stellen oder familienpolitische Vorstellungen zur Akzeptanz anderer Formen des (Zusammen-) Lebens entwickeln. Wir kennen auch Bürgerinitiativen gegen Autobahnen und Schnellbahnen, durch deren Bau die Gefahr gesehen wird, dass die natürliche Landschaft weiter zerstört wird, und der deshalb verhindert werden soll. Wir kennen aber auch Bürgerinitiativen, die Asylantenwohnungen und Behindertenheime in dem Stadtteil, in dem die dort Engagierten wohnen, verhindern wollen und die damit diskriminierend und ausgrenzend wirken.

Im folgenden können nur einige der „neuen“ Konzepte aufgezeigt werden. Sie füllen inzwischen Bücherregale und – dies sei vorweggenommen – sie gehen alle davon aus, dass die Gesellschaft der Zukunft (weiterhin) aus Menschen verschiedener Klassen oder Schichten bestehen wird und dass die soziale Ungleichheit und die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern fortbestehen wird bzw. zur „Lösung“ des Beschäftigungsproblems neue Unterschichtungen konstruiert und verfestigt werden müssen.

So wird die Verschlechterung des Status quo zum Zukunftsmodell stilisiert. Nicht übersehen werden darf, dass auf je drei bezahlte Arbeitsplätze im öffentlichen sozialen Sicherungssystem bereits zwei ehrenamtliche Arbeitsplätze kommen (Frankfurter Rundschau vom 16. 9. 1999).

Welche „Lösungsmodelle“ werden angeboten?

Ein Konzept in der Diskussion um Wege aus der Erwerbslosigkeit ist der „Dritte Sektor“, den z.B. Jeremy Rifkin (1995) oder Antony Giddens (1997) propagieren. Während in der Wirtschaftsterminologie der Begriff „dritter Sektor“ (tertiärer Sektor) den Dienstleistungssektor bezeichnet, meinen die Sozialforscher damit den „dritten Sektor“ jenseits von Markt und Staat. Tätigkeiten im „dritten Sektor“ sind nicht mit der Eigen- und Hausarbeit oder mit sog. „informellen Netzen“ gleichzusetzen.

Im „dritten Sektor“ oder „dritten System“ werden bisher nicht erschlossene Beschäftigungsmöglichkeiten vermutet. Durch noch unausgeschöpfte Potenziale sollen neue Arbeitsplätze geschaffen werden und das Problem der Massenerwerbslosigkeit gelöst oder zumindest in seinen Auswirkungen gemildert werden. Zudem weckt der „dritte Sektor“ Hoffnungen, die Probleme von schwindender Solidarität in der Gesellschaft zu bewältigen.

Jeremy Rifkin warnt in seinem Buch „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“ (1995) vor Verelendung und Gesetzlosigkeit, wenn wir den Erwerbslosen nichts Sinnvolles zu tun geben. Er warnt vor den Folgen sozialer Ausgrenzung, Kriminalisierung, Verwilderung und zunehmender Barbarei. Der „dritte Sektor“ soll als Auffangbecken für die Opfer der dritten industriellen Revolution, die im marktwirtschaftlichen Sinne „nichts wert“ sind, dienen. Sie sollen dort in Non-Profit-Organisationen, gemeinnützigen Projekten, freiwilliger Arbeit und Hilfsorganisationen zu Schattenlöhnen arbeiten. Die Arbeiten im dritten Sektor sind nach seiner Definition ganz überwiegend Reparaturarbeiten für die sozialen, gesundheitlichen, psychischen, kulturellen und ökologischen Schäden, die der erste Sektor produziert und die schon heute weit überwiegend unbezahlt durch Frauen geleistet werden.

Neben anderen, die für die Zukunft keine Hoffnung auf den kleiner werdenden Sektor der Erwerbswirtschaft setzen, sieht auch Ullrich (1993) einen wachsenden Sektor der Subsistenztätigkeit und der Hauswirtschaft und einen noch größeren Zwischensektor genossenschaftlicher, kommunaler Tätigkeit, den er Sektor für „*Gemeinwirtschaft*“, nennt. Dort wird wichtige Arbeit nicht über Geld entlohnt, sondern über Zeit verrechnet oder auch steuerfrei den Nachbarn geholfen. Tauschringe, die diesen Kriterien entsprechen, schießen in größeren und kleineren Städten wie Pilze aus dem Boden.

„Bürgerarbeit“ empfiehlt Beck, Mitglied der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, als Gegenferment zur schrumpfenden Erwerbsarbeit für „Jugendliche vor der Berufsausbildung, Mütter nach der Erziehungsphase, ältere Menschen im Übergang in den Rentenstand“. Ihnen unterstellt er eine Motivation für „Bürgerarbeit“, denn sie suchen sie nach „gezielten Einsatzfeldern für freiwilliges soziales Engagement“. Bürgerarbeit wird, wie die „alte“ Ehrenamtliche Arbeit auch, nicht entlohnt, sondern belohnt, und zwar immateriell durch „Favor Credits“. Eine Form von Bürgergeld, dessen Höhe etwa der Sozialhilfe entsprechen soll, sollen lediglich diejenigen erhalten, die existentiell hierauf angewiesen sind (Kommission, S. 146). Durch das Bürgergeld, das den neuen Hel-

fern ohnehin zustehen würde, soll bisher ehrenamtlich geleistete Arbeit für Menschen, die der Hilfe bedürfen, auch ökonomisch sichtbar werden. Dies wird betont, obwohl die neuen HelferInnen keine müde Mark zusätzlich dafür bekommen, die denjenigen, die gemeinnützige Arbeit als SozialhilfeempfängerInnen in Form von „Arbeitsgelegenheiten“ gemäss BSHG leisten, immerhin zusteht - wenn es sich auch nur um ein kleines, zusätzliches Taschengeld handelt.

Bürgerarbeiter jedoch dienen dem „Gemeinwohl“, anders als jene, die in individuelle Freizeitaktivitäten (S. 147) Vergnügen finden. Durch die Erschliessung „nicht-marktgängiger, gemeinwohlorientierter Tätigkeitsfelder“ (S. 146) soll in doppeltem Sinne geholfen werden: Die Zahl der Erwerbslosen kann verringert werden, denn gemeinnützig Tätige sind keine Arbeitslosen, sie stehen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, und die zunehmende Zahl der Hilfsbedürftigen kann zum Nulltarif versorgt werden. Und das ist das Faszinierende an dem Konzept: Arbeitslosenhilfe- und SozialhilfeempfängerInnen können sich selbst undefinieren. Sie stehen vor der Wahl, erwerbslos zu bleiben und langfristig Sozialhilfe zu beziehen oder im Freiwilligensektor für (gleich hohes) Bürgergeld öffentlich tätig zu werden. Wer um die Diskriminierung von SozialhilfeempfängerInnen weiss, kann sich ausmalen, wie verlockend eine solche Möglichkeit sein kann. „Ich bin Bürgerarbeiter“ klingt allemal besser als „ich bin Sozialhilfeempfänger“. Und der Bürgerarbeiter kann nicht des Sozialmissbrauchs bezichtigt werden.

Und das ist auch das neue an den Konzepten: Ehrenamtliche Arbeit wird nicht mehr vor allem den über den Ehemann versorgten „bessergestellten“ Frauen schmackhaft gemacht, sondern den Herausgefallenen und Hinausgestossenen selbst. Sie haben Zeit und nutzen diese sinnvoll, nicht selbstlos, sondern weil es ihnen Spass macht. Und sie geniessen eine höhere soziale Anerkennung. Sind sie sozialhilfeberechtigt, sind sie nicht Unterstützungs- sondern ZuwendungsempfängerInnen, sind sie es nicht, bleiben sie abhängig von einer anderen Person, meist vom (Ehe)mann.

Solidarität erfährt eine völlig neue Bedeutung. Offensichtlich ist die alte Bedeutung, sich solidarisch zusammenzufinden und gegen Unzumutbarkeiten zur Wehr zu setzen, einer neuen gewichen: Solidarität soll „durchgesetzt“ werden (Khol 1999, S. 182), die Bürger sollen sich gegenseitig helfen, Unzumutbarkeiten zu ertragen und nicht zu klagen.

Gänzlich unproblematisiert bleiben bei solchen Konzepten die Notwendigkeit der Qualifizierung für viele der angeführten Arbeiten und die lei-

digen Auseinandersetzungen um die schwierigen Beziehungen zwischen haupt- und ehrenamtlichen ArbeiterInnen.

Aus vielen Studien wissen wir, wie wichtig die Teilhabe an gesellschaftlich organisierter Arbeit für die Menschen ist (vgl. Notz 1989). Der Aspekt des höheren sozialen Status dürfte für viele, die aus der Rolle der BittstellerInnen heraus wollen, attraktiv sein.

Ulrich Beck, der als „Erfinder“ der Individualisierungsthese (Beck 1986) gilt, ist daher – was die zu gewinnenden Potenziale für „Bürgerarbeit“ angeht, zuversichtlich. Globalisierung und Individualisierung verdecken und verdrängen nach seiner Meinung lediglich das Ausmass und Potenzial für freiwilliges soziales Engagement. Bürgerarbeit käme den Individualisten zudem geradezu entgegen. Schliesslich wäre jeder in der Lage, das zu tun, was er gerade gerne möchte (Kommission, S. 153). Beck beobachtet ein neues Potenzial für Tätigkeiten ausserhalb der Erwerbsarbeit, dem auch nach seiner Analyse die „Sozialverbände“ noch nicht gerecht würden.

Über eine Million Menschen sind in Deutschland bereits im „Dritten Sektor“ beschäftigt. Jeder Fünfte neu geschaffene Arbeitsplatz entstand im Non-profit-Sektor. Nahezu jedes zweite Krankenhausbett, die Hälfte aller Plätze in Pflegeheimen und jeder dritte Kindergartenplatz werden vom Dritten Sektor getragen. Bei den sozialen Diensten kommt ein ehrenamtlicher Mitarbeiter(!) auf neun bezahlte Angestellte, auf dem Gebiet von Freizeit und Kultur hingegen stehen sechs „Freiwillige“ einem bezahlten Mitarbeiter(!) gegenüber.

Wenn im Dritten Sektor tatsächlich neue Arbeitsplätze in nennenswerter Zahl geschaffen werden sollen, müssten die Leistungen, zum Beispiel in den sozialen Diensten, regulär bezahlt werden. Die Arbeitsbedingungen müssten demokratisiert werden, so dass der Arbeitgeber nicht wie bisher aus „karitativen“ Gesichtspunkten unbezahlte Überstunden verlangen kann. Mittelkürzungen im sozialen Bereich weisen darauf hin, dass das nicht der Fall sein wird.

Von der Bürgerarbeit zur Pflichtarbeit

Ausdrücklich wird in dem Konzept der „Zukunftskommission“ von Sachsen und Bayern betont, dass die Arbeit freiwillig ist und für niemanden eine Verpflichtung zur Bürgerarbeit vorgesehen ist. Die „neuen Freiwilligen“ haben offensichtlich keine Sanktionen in Form von Leistungskürzungen zu erwarten, wenn sie es vorziehen, sich auch nach der Einfüh-

zung der Bürgerarbeit als Sozialhilfeempfängerinnen zu definieren. Andere Konzepte, wie zum Beispiel das „*Mehrschichtenmodell der Arbeit*“, wie es für den Club of Rome (Giarini/Liedtke 1998, S. 231 ff.) entwickelt worden ist, sprechen bereits offen über Arbeitspflicht. Diese Arbeitspflicht ist für die erste Schicht vorgesehen. Sie leistet produktive Tätigkeiten im Umfang von ca. 20 Stunden wöchentlich und man bekommt dafür einen Mindestlohn. Wer die Arbeit nicht annimmt, kann keine staatlichen Gelder erhalten. In der zweiten Schicht kann hingegen bezahlte Arbeit für die Privatwirtschaft geleistet werden. Dort kann arbeiten wer will (bzw. wer den Zugang erhält) und er kann arbeiten, solange er will. Die dritte Schicht umfasst Eigenarbeit und nicht bezahlte ehrenamtliche „freiwillige Tätigkeiten“. Das Konzept ist nicht neu. Konzepte zur Pflichtarbeit wurden auch durch die „Dualwissenschaftler“ der 80er-Jahre in die Diskussion gebracht. Sie forderten einen „Sozialdienst“, zu dem „alle BürgerInnen des Landes ... verpflichtet werden“ sollten (Opielka 1985, S. 307). Bereits damals wurden diejenigen, die dabei an faschistische Institutionen wie den Reichsarbeitsdienst dachten, der Begriffsstutzigkeit bezichtigt, denn der neue Sozialdienst sollte „dezentral, auf kommunaler Ebene, mit persönlicher Zeitgestaltung des Einsatzes“ organisiert sein und „auf soziale Arbeit begrenzt“ bleiben (S. 307).

SozialhilfeempfängerInnen werden bereits heute immer häufiger zur Aufnahme von Arbeit verpflichtet. Gemeinnützige zusätzliche Arbeit (GZA) soll die Arm-Gemachten in verschiedenen Regionen zur Arbeit bringen. Wer verweigert, hat zunächst erhebliche Kürzungen der sowieso schon knappen Sozialhilfe zu erwarten, bei mehrfacher Ablehnung gibt es dann gar nichts mehr. Die Verweigerungsquote ist offensichtlich gering.

Zwangsdienste sind für die Bundesrepublik jedoch nach Art. 12 des Grundgesetzes verboten. Danach haben alle Deutschen das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Arbeitsstrafen sind nur bei gerichtlich angeordneten Freiheitsstrafen zulässig. Arbeitsdienste sollte es in einer demokratischen BRD nach dem zweiten Weltkrieg nicht mehr geben. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes wüssten warum. Es gibt keinen Grund, daran etwas zu ändern.

Bürger für Bürger

Bemerkenswert ist bei allen Konzepten, dass stets von Frauen und Männern gesprochen wird und sich die Appelle ebenso an beide Geschlechter wenden. Das Konzept „Bürgerarbeit“ richtet sich sogar ausschliesslich an „Bürger“. Wer glaubt denn wirklich, dass Männer in grösserer Anzahl als

bisher für die mit Sorge und Pflege verbundenen unbezahlten Arbeiten im Sozial- und Gesundheitsbereich zu gewinnen sind? (Die meisten) Männer werden Pfadfinder, Feuerwehrleute oder Ärzte ohne Grenzen, Gemeinderäte oder Übungsleiter im Sport. Auch Weihnachtsmänner finden sich auf Broschüren über Ehrenamtlichkeit. Wie selbstverständlich besetzen Männer auch (weiterhin) die Führungspositionen der Wohlfahrtsverbände und der kirchlichen Gremien. Studien, wie z.B. die Zeitbudgeterhebung der Bundesregierung, die das Ergebnis haben, dass Männer mehr unbezahlte Arbeit im Ehrenamt leisten als Frauen, werfen diese Tätigkeiten, die meist neben der Berufsarbeit geleistet werden, in einen Topf mit den sozialen Ehrenämtern (Statistisches Bundesamt 1995).

Kann Ehrenamtliche Arbeit Ersatzarbeit sein?

Im Rahmen einer von April bis September 1997 durchgeführten quantitativ und qualitativ angelegten Pilotstudie wurden Ehrenamtliche ArbeiterInnen in Thüringen, unter Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Aspekten, untersucht (Zander/Notz 1997) und zwar aus drei unterschiedlichen Bereichen: aus traditionellen sozialen Einrichtungen, aus der Selbsthilfe und aus Initiativen bürgerschaftlichen Engagements. Die befragten Ehrenamtlichen waren berufstätig, erwerbslos oder durch (Vor)ruhestand aus dem Erwerbsleben ausgeschieden. Wir gingen von der Annahme aus, dass die – besonders in den neuen Bundesländern – hohe Erwerbslosigkeit, verbunden mit der immer wieder zitierten „ungebrochenen Erwerbsneigung“ der „Ost-Frauen“ auch zu veränderten Ansprüchen an ehrenamtliche Arbeit führt. Die Geschlechterrelation war bei der Fragebogenbefragung 86 Frauen und 35 Männer; interviewt wurden 22 Frauen und fünf Männer sowie neun ExpertInnen.

Um herauszufinden, ob Ehrenamtliche Arbeit – wie in den meisten der oben diskutierten Konzepte propagiert – Erwerbslosen als „Ersatzarbeit“ angeboten werden kann, habe ich die Ergebnisse der Studie mit den Kriterien zur psychologischen Bedeutung der Arbeit, die die österreichischen WissenschaftlerInnen Marie Jahoda, Paul Lazarsfeld und Hans Zeisel (1975) in ihrer berühmten Studie „die Arbeitslosen von Marienthal“ entwickelt haben (vgl. auch Jahoda 1993), mit den Ergebnissen der „Thüringer Studie“ kontrastiert. Sie sehen bezahlte Arbeit als den zentralen Ort der Identitätsfindung und Selbstverwirklichung an. Arbeit ist danach nicht allein die Quelle des Lebensunterhaltes, sondern des Lebenssinnes dazu; sie strukturiert die Zeit, ermöglicht eine Auseinandersetzung mit der Rea-

lität in regelmässiger Aktivität, bietet die Erfahrung der Eingebundenheit in einen überindividuellen Zusammenhang (kollektive Ziele), die Möglichkeit zu sozialen Kontakten sowie die Erfahrung erbrachter Leistung und weist den sozialen Status zu. Eine solche bezahlte Arbeit blieb genau der Hälfte der in die Fragebogenbefragung Einbezogenen verwehrt. Sie gaben an, ausschliesslich ehrenamtlich tätig zu sein. Keine der interviewten Frauen und nur drei der in die Fragebogenerhebung einbezogenen, definierten sich über den Hausfrauenstatus. Ihnen bleibt nur der Ausweg, konstruktive Aspekte der Arbeit ausserhalb der Lohnarbeit in der ehrenamtlichen Arbeit zu suchen. Legen wir die Kriterien zur psychologischen Bedeutung der Arbeit zugrunde, so wird deutlich, dass die ehrenamtliche Arbeit zwar einige Kriterien erfüllen kann und einen persönlichkeitsfördernden Charakter haben kann, jedoch nicht als Lebensaufgabe gesehen wird. Ehrenamtliche Arbeit erweist sich als zusätzliches Betätigungsfeld, nur 8 von 584 Nennungen beziehen sich auf „Ersatz für fehlende Berufsarbeit“. Ostdeutsche Frauen sind, ebenso wie ostdeutsche Männer auf ökonomische Unabhängigkeit und auf eine durchgehende Erwerbsbiographie hin sozialisiert worden.

Auch wenn sie erwerbslos sind, sehen die Frauen in ehrenamtlicher Arbeit keine „Ersatzberufsarbeit“, wie es Konzepte, die für Bürgerarbeit oder für den Dritten Sektor entwickelt worden sind, suggerieren, sondern allenfalls die Möglichkeit, daraus eine Erwerbsperspektive abzuleiten. Dies vor allem deshalb, weil das Kriterium „Arbeit als Quelle des Lebensunterhalts“ durch ehrenamtliche Arbeit nicht erfüllt wird. 57 von den 86 in die Fragebogenerhebung einbezogenen Frauen haben kein Einkommen oder ein Einkommen unter 1800 DM netto. Bei den Männern war nur einer ohne eigenes Einkommen und 14 hatten unter 1800 DM. Ganz deutlich wird das Bild der befragten Ehrenamtlichen dadurch geprägt, dass sie ehrenamtliche Tätigkeit neben der Berufstätigkeit und neben der Haus- und Sorgearbeit ausüben wollen, was ihnen angesichts der fortschreitenden Erwerbslosigkeit nicht immer gelingt.

Aus den Antworten geht hervor, dass ehrenamtliche Arbeit einen erheblichen Stellenwert für die Befriedigung mehr oder weniger tiefsitzender Bedürfnisse hat. Aus beiden Befragungen wird deutlich, dass Jahodas Kriterien zugleich jene sind, die die ehrenamtlich Arbeitenden zur Arbeit bewegen. Die meisten der durch Fragebogen Befragten messen der ehrenamtlichen Arbeit einen hohen und sehr hohen Stellenwert bezüglich Ansehen und Bedeutung zu. Daraus leiten sie schliesslich auch ihren sozialen Status ab. Dass Bedürfnis nach sinnvoller Beschäftigung oder sinnvoller

Lebensgestaltung „eine Tätigkeit ist, durch die man etwas bewegen kann“, wird auch aus den Interviews deutlich.

Eher in Frage gestellt wird die Zeitordnung der Erwerbsarbeit. Die flexible Gestaltung der Zeitvorgaben wurde von den weitaus meisten als Vorteil der ehrenamtlichen Arbeit angesehen. Es ist zu vermuten, dass es vor allem die weitgehende Selbstbestimmung der Arbeitszeit ist, die als Vorteil empfunden wird. „Flexible Arbeitszeitgestaltung“ wird auch in den Interviews immer wieder als Vorteil genannt.

Der Wunsch nach sozialer Erfahrung und Gemeinsamkeit wird ebenfalls als ein Hauptmotiv für die Ausübung unbezahlter Arbeiten im sozialen Bereich genannt. Eine wichtige Rolle spielt auch die Erfahrung erbrachter Leistung, „Selbstverwirklichung“ und „das Gefühl, gebraucht zu werden“. Die Verweise auf „Hingabe von Kraft, Zeit, von meiner ganzen Person“ und „selbst etwas tun ...aktiv sein“ in der mündlichen Befragung zeigen den Stellenwert dieser Arbeitsform für die regelmässige Aktivität. Für die meisten Befragten gilt, dass die Kontinuität der Arbeit eine grosse Rolle spielt. Vier Fünftel geben an, kontinuierlich ehrenamtlich tätig zu sein.

Eine wichtige Rolle spielt der Wunsch nach der Beteiligung an kollektiven Zielen: „Eine Tätigkeit, die man in Zusammenarbeit mit anderen ausführt und die Spass macht oder zumindest Spass machen soll“ oder eine Arbeit, die es ermöglicht, „aus dem Wohnbereich hinauszugehen“. Auch der Wunsch nach der Auseinandersetzung mit der Realität wird deutlich: „anderen helfen“ und ein „Interesse an der Sache“ sind häufig genannte Kriterien. Ehrenamtliche Arbeit bietet für viele die Möglichkeit, aus der häuslichen Isolation herauszukommen, sich nicht überflüssig zu fühlen und ihr Selbstwertgefühl zu stärken. Hilfe für andere ist so auch immer ein Stück Selbsthilfe.

Vor allem die Antworten auf die Frage nach den Motiven für die ehrenamtliche Arbeit machen deutlich, dass sie kein Mittel gegen Erwerbslosigkeit ist: Die befragten Ehrenamtlichen sind vor allem unbezahlt tätig, weil sie durch ihr Engagement einen Beitrag zum „Erhalt der Einrichtung oder Initiative“, die sie zum Teil selbst mit aufgebaut haben, bzw. deren Bestand ihnen wichtig erscheint, leisten wollen. Damit tritt ein Motiv in den Vordergrund, das bislang in Studien zu westlichem Ehrenamt lediglich im Bereich der Frauenprojekte Erwähnung gefunden hat, aber keineswegs vergleichbar mit der angetroffenen Gewichtung. Gefragt nach den Erwartungen, die sie mit Ehrenamtlicher Arbeit verbinden, erhält die Rubrik „Erhalt der Einrichtung/Initiative“ ebenfalls die meisten Antworten. Die be-

fragten Ehrenamtlichen äusserten aber auch die Hoffnung, gemeinwesenorientierte und soziale Anliegen zu realisieren. „Einsicht in soziale Probleme“ und „Hilfe bei eigenen Problemen“ wurden oft genannt, womit wiederum die enge Verschränkung von Selbst- und Fremdhilfe zum Ausdruck kommt.

„Eine gehörige Portion Egoismus ist gesund, besonders für Menschen in sozialen Berufen“, schreibt INVIA (1995, S. 21). Das gilt auch für Ehrenamtliche im Sozialbereich. Es spricht einiges dafür, dass diejenigen, die existenziell durch ihre Erwerbsarbeit abgesichert sind, am ehesten in der Lage sind, zusätzliches unbezahltes Engagement zu leisten. Wenn die Ehrenamtlichen in erster Linie erwarten, dass sie durch ihr Engagement einen Beitrag zum „Erhalt der Einrichtung oder Initiative“ leisten können, dann heisst das auch, dass sie sich erhoffen, damit ein bezahltes Tätigkeitsfeld zu erschliessen. Ehrenamtlich tätig ist Mann und Frau zusätzlich zur Erwerbsarbeit; das war für die „Ostmenschen“, Männer wie Frauen, keine Frage. Auch Erwerbslose sehen in ehrenamtlicher Arbeit keinen Ersatz, sondern allenfalls eine Möglichkeit, daraus eine Erwerbsspektive abzuleiten und ihre erworbenen Qualifikationen zu erhalten.

Der historische Blick auf die Entstehung der Sozialarbeit zeigt, dass viele der grossen Schwestern der Vergangenheit bereits davon überzeugt waren, dass jedes Mädchen ein Recht auf Ausbildung und Berufstätigkeit hat (vgl. INVIA 1995, S. 41).

Zukunft der (Frauen)Arbeit?

Es besteht kein Zweifel: ehrenamtliche Arbeit, Bürgerschaftliches Engagement oder Bürgerarbeit sind für jede zivile Gesellschaft ausserordentlich wichtig. Daher sollte sie auf mehr Menschen und auf Menschen beiderlei Geschlechts verteilt und nicht den Erwerbslosen als Ersatz angeboten werden. Eine demokratische Gesellschaft lebt davon, dass sich Menschen im politischen, gesellschaftlichen und auch im privaten Raum organisieren. Bei solchen Konzepten geht es jedoch ganz eindeutig um die Entlastung des Arbeitsmarktes von verschiedenen Gruppen, die dort (scheinbar) nicht mehr gebraucht werden und das sind in erster Linie Frauen.

Es besteht kein Zweifel darüber, „dass neue Fragen und Probleme neue Antworten verlangen“ (INVIA 1996, S. 16). Dennoch: „Ehrenamtlichkeit“ oder „Bürgerarbeit“ und Arbeit im „Dritten Sektor“ sind keine Antwort auf die hohe Erwerbslosigkeit, weder in den alten noch in den neuen Bundesländern. Und sie können weder Männern noch Frauen als „Ersatzarbeit“

angeboten werden. Vorhandene Studien zeigen, dass diejenigen, die existenziell durch ihre eigene Erwerbsarbeit abgesichert sind, am ehesten in der Lage sind, zusätzliches unbezahltes Engagement zu leisten. Wo innovative ehrenamtliche Projekte entstehen, erfordern sie in der Regel zudem zu ihrer Unterstützung auch eine Ausweitung der Tätigkeit von Professionellen. Sinnvoller als eine weitere Spaltung des Arbeitsmarktes erscheint eine Umverteilung von gesellschaftlich notwendiger und sinnvoller bezahlter Arbeit und eine Umverteilung der unbezahlt geleisteten Arbeit und der Verantwortung für die Mit- und Umwelt auf beide Geschlechter, damit alle – Frauen wie Männer – ihre eigene Existenz sichern und sich auf Gebieten jenseits der Erwerbsarbeit versuchen können. Auch die Frage der Verantwortung muss neu gestellt und Gemeinsinn, Gemeinschaft und Gesellschaft auch auf einen transnationalen Raum hin konzipiert werden.

Weltweit gibt es Ansätze dafür, dass sich Menschen in Initiativen zusammenfinden, die sich mit den Schäden der modernen Zivilisation auseinandersetzen, nach den Wurzeln der Übel fragen und für deren Veränderung kämpfen. Dafür werden sie allerdings keine Favor Credits zu erwarten haben (vgl. Notz 1998). Die Bewältigung der neuen Aufgaben, die die epochale Umbruchsituation der postmodernen Gesellschaft stellt, erlaubt jedenfalls keine wertneutrale Position, wenn die offensichtlichen Risiken von „Zukunftsmodellen“ oder „längerfristigen Visionen“ vermieden werden sollen.

Freilich brauchen wir eine Vorstellung vom viel zitierten „guten Leben“, wenn wir nicht auf der Stelle treten wollen, oder mit der Politik der kleinen Schritte plötzlich vor dem Abgrund stehen wollen. Weltweite Arbeit an konkreten Utopien ohne Unterdrückung von Menschen über Menschen ist eine Aufgabe für die Zukunft. Niemals wieder sollte jedoch eine äussere Autorität das Recht für sich beanspruchen, die für das Subjekt stimmigen und befriedigenden Konzepte des „richtigen und guten“ Lebens vorzugeben. Und niemals wieder sollte eine solche Autorität AnhängerInnen finden.

Lassen Sie mich daher mit einem Zitat von T. W. Adorno enden: „Alle Versuche, gegen die alles durchdringende Kälte anzugehen, sind zum Scheitern verurteilt, die nicht direkt an die gesellschaftlichen Wurzeln rühren, das heisst, an die gesellschaftliche Ordnung, die die Kälte produziert und reproduziert“.

Literatur

Beck, U. 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M.

Beck, U. 1997: Was heisst Globalisierung? Frankfurt/M.

Giarine, O. / Liedtke, P. M. 1998: Wie wir arbeiten werden. Hamburg

Jahoda, M. 1983: Wieviel Arbeit braucht der Mensch? Weinheim

Khol, A. 1999: Durchbruch zur Bürgergesellschaft, Wien

Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, 1997: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung Ursachen und Massnahmen - Teil III, Bonn

Möller, C. 1988: Flexibel in die Armut. Hamburg

Notz, G. 1989: Frauen im sozialen Ehrenamt. Ausgewählte Handlungsfelder: Rahmenbedingungen und Optionen. Freiburg

Notz, G. 1998: Die neuen Freiwilligen. Neu-Ulm

Opielka, M. 1985: Ökologische Sozialpolitik. Überlegungen zu einer ökologischen Sozialreform, in: *Opielka, M. (Hrsg.): Die ökosoziale Frage. Entwürfe zum Sozialstaat, Frankfurt/M., 282 ff.*

Reihs, S. 1995: Im Schatten von Freiheit und Erfüllung. Ehrenamtliche Arbeit in Bayern. Bochum

Rifkin, J. 1995: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Frankfurt/New York

Sengling, D. 1996: Die Vielfalt, Kreativität und sozialpolitischen Lösungen des Paritätischen werden gesellschaftlich dringend gebraucht. In: *Parität aktuell (4)*

Statistisches Bundesamt (Hrsg) 1995: Die Zeitverwendung der Bevölkerung. Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 1991/1992, Wiesbaden

Ullrich, O. 1993: Lebenserhaltende Tätigkeit jenseits der Lohnarbeit. In: *Fricke, W. (Hrsg.): Jahrbuch Arbeit und Technik, Bonn, 84 ff.*

Zander, M. / G. Notz 1997: Ehrenamtliche soziale Arbeit und Bürgerschaftliches Engagement in Thüringen. Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen, September

Wertigkeit und Wertschätzung der Arbeit

Hans Ruh

1. Die Bedeutung der Arbeit

Die Bedeutung der Arbeit liegt nicht einfach für alle Zeiten fest. Einmal finden sich in den verschiedenen Kulturen und Zeitepochen völlig unterschiedliche Konzepte der Arbeit. Die Bedeutung der Arbeit ist also keine anthropologische Grundkonstante; sie ist konstant veränderbar. Die Bedeutung der Arbeit unterliegt z. B. jeweiligen Machtverhältnissen oder herrschenden Trends. So hatte die Tatsache der Sklavengesellschaft natürlich einen starken Einfluss auf Theorie und Deutung der Arbeit. Weiter unterliegt das Verständnis der Arbeit langfristigen menschheitsgeschichtlichen Megatrends, deren wichtigste wohl sind: Zivilisatorische Erleichterung, Machtstreben, Autonomiestreben und Spiel.

Versuchen wir nun zunächst einen kurzen Gang durch die Geschichte des Arbeitsverständnisses in der europäisch-westlichen Kultur. Wohl im Anschluss an das Judentum sieht Paulus die menschliche Arbeit im Lichte des Auftrags Gottes (s. dazu 1. Mose, 2, 15: „Und Gott der Herr nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, dass er ihn bebaue und bewahre“). Arbeit im Dienst, zunächst Dienst an Gott, was im Hebräischen schon sprachlich zum Ausdruck kommt: Arbeit kommt von *abād* = dienen, vgl. *acbaed* = der Knecht. Sie ist Dienst am Werk Gottes, der Schöpfung.

Als Dienst hat sie aber auch eine mitmenschliche Funktion. Wir sollen anderen Menschen nicht zur Last fallen, aber wir sollen befähigt werden zur Unterstützung anderer: Gerade im Zusammenhang mit dem auch im Judentum hoch eingeschätzten Almosenwesen liegt die Würde der Arbeit.

Das paulinische Arbeitsverständnis hat auch eine Spitze gegen die gewinnstüchtige Geschäftstätigkeit (1. Thess. 2,5; 2. Kor. 7,2: 12, 14–18). Wie Paulus als Handwerker es selbst praktiziert hat, ist Arbeit auch schlichte Lebensnotwendigkeit: 2. Thess. 3,10: „Wenn jemand nicht arbeiten will, soll er auch nicht essen“ – eine weitere Spitze gegen die Faulheit. Gleichzeitig steckt hier wie anderswo die Erinnerung an Gen. 1,3,19: „Im Schweiße deines Angesichtes sollst du dein Brot essen“. Und trotzdem muss man Max Weber Recht geben, der es als Fabel bezeichnet hat, dass der Arbeit „im Neuen Testament irgend etwas an neuer Würde hinzugefügt wurde“ (Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1925, 800). Recht geben insofern,

dass Arbeit nie im Sinne eines sogenannten protestantischen Arbeitsethos hochstilisiert wurde, sondern eben eine schlichte Selbstverständlichkeit war. Das Sabbatgebot war dann auch das Signal für die Begrenzung der Arbeit und ihrer Intensität nach oben. Um das neutestamentarische Arbeitsethos mit einem modernen Begriff auszudrücken: es war ökologisch – einfach – solidarisch.

Damit war der Tenor für das christliche Verständnis der Arbeit gegeben, der in der Zeit der Kirchenväter bis ins Mittelalter, ja bis in die Reformationszeit, bestimmend blieb. So betonten die Kirchenväter die Würde der einfachen und körperlichen Arbeit stets im Sinne der Kritik an einer gewinn- und luxurorientierten Umwelt. Stärker betont als in der Bibel wurden allerdings beispielsweise asketische und hygienische Zielsetzungen der Arbeit: Arbeit ist Überwindung der Müßigganges. „Also pass auf, dass der Teufel dich immer beschäftigt antrifft“, so hiess es in einer kirchenväterlichen Ermahnung.

Für das Mittelalter soll hier zunächst Thomas exemplarisch herausgegriffen werden. Der Tenor bleibt: Arbeit ist da „primo ad otium tollendum, secundo ad corpus domandum, ... tertio ... ad quaerendum victum“ (Quaestiones quod libetales 7, art. 17). Aber wie auch sonst, wird der Einfluss der aristotelischen Philosophie wieder wirksam: Die körperliche Arbeit ist zwar nach wie vor gut und nötig, aber: „vita contemplativa simpliciter melior est quam vita activa“ (Summa, 2,2 qu.182, Art. 1.2).

Ein neues Blatt wurde durch die reformatorische Theologie aufgeschlagen. In die Gesamtperspektive der Reformation hinein gehört der Rückgriff auf die Bibel. Dieser Rückgriff, vor allem die Wiedergewinnung der Würde der körperlichen und profanen Arbeit, ermöglicht eine emanzipatorische Polemik gegen die geistliche Ideologisierung der Arbeit im katholischen Mittelalter. Die Arbeit wird zum Ort, wo der Ruf Gottes vernommen wird. Dadurch verändert sich manches zugleich. Die Arbeit wird der Unterordnung unter die geistliche Hierarchisierung durch die Kirche entzogen: Sie wird Ort der unmittelbaren Verantwortung vor Gott und gewinnt damit in ihrer profanen und einfachen Form ihre Würde zurück. Man muss allerdings sagen, dass vergleichbare Aussagen bereits in der deutschen Mystik zu finden sind. Von den Bauern, die den Mist ausführen, sagt Tauler: „Sie fahren besser, so sie folgen ihrem Ruf, denn die geistlichen Menschen, die auf ihren Ruf nicht acht haben“ (Die Predigten Taulers, hg. v. F. Vetter, Berlin 1910, S. 177). Arthur Rich sagt in einem Vortrag dazu: „Hier wird meines Wissens zum ersten Mal das mit dem Wort ‚Beruf‘ gleichbedeutende ‚Ruf‘ zur Qualifizierung der profanen Alltagsarbeit

angewendet“ (Arbeit als Beruf, M.S., S.7). Und A. Rich fährt, im Sinne der Zusammenfassung der reformatorischen Arbeitsverständnisses wie folgt fort: „Wem sich die Arbeit in dem so gemeinten Sinne als ‚Beruf‘ erschliesst, der erfährt sich in ihr nicht nur als ‚homo oeconomicus‘, sondern mehr noch als ‚homo socialis‘ und ... als ‚homo responsalis‘“ (a.a.O.S.8).

Die massgeblichen Ideen zur Arbeit seit dem 17. Jahrhundert werden mehr und mehr ausserhalb von Theologie und Kirche entwickelt. Für die konzeptionellen Neuschöpfungen zur Arbeit und Wirtschaft in der physiokratischen und klassischen Periode der Ökonomiegeschichte sind philosophisch-ethische Ansätze (A.Smith, D.Ricardo) massgebend, die Theologie steht abseits. Sie nimmt auch kaum Notiz von den wirtschaftsethischen Ansätzen der deutschen Klassik, der Romantik oder der Ethischen Schule, in denen, allerdings wirkungsgeschichtlich vergeblich, eine Gegenposition gegen den ökonomischen Rationalismus in England und Frankreich versucht wird.

Im 19. Jahrhundert entsteht die Industriegesellschaft mit einer sozial benachteiligten Arbeiterschaft. Diese war geprägt durch die Trennung von Arbeitsort und Wohnwelt und durch lange Arbeitszeiten. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts betrug die Arbeitszeit täglich 14 bis 15 Stunden. 1856 wurde in der deutschen Druckindustrie der 10-Stunden-Tag festgelegt. Die beginnende Arbeitsteilung führt zu einer Instrumentalisierung: der Arbeiter wird zum blossen „Zubehör der Maschine“ (K. Marx). Arbeitszeit und Freizeit werden immer schärfer getrennt. Erste Perioden der Arbeitslosigkeit verschärfen die Unterprivilegierung der Arbeiterklasse, die sich politisch zu Gegenbewegungen (Sozialismus, Gewerkschaften) organisiert.

Die Wahrnehmung dieser sozialen Problematik im Zusammenhang mit der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts war in Kirche und Theologie zunächst bescheiden. Im Gegenteil: von Schleiermacher über Rothe und A. Ritschl bis Herrmann wird die Arbeit als Mittel für die Herrschaft des Menschen über die Natur bzw. als Kulturarbeit positiv gedeutet. Insofern wird das bürgerliche Arbeitsverständnis gestützt. Erst in der Mitte des Jahrhunderts wird die soziale Not der Arbeiterschaft in Kirche und Theologie wenigstens punktuell wahrgenommen. Wichern begründete die „Innere Mission“ mit dem Ziel der Hilfe an die Opfer sowie der Hinführung der Selbsthilfe. Stöcker gründete später die christlich-soziale Arbeiterpartei. Todt, der sozialistisch orientierte Theologe, postulierte soziale Absicherungen für die Arbeiterschaft. Bedeutsam ist die erste prominente Stellungnahme der röm.-kath. Kirche zur Arbeit in der Neuzeit: in der Enzyklika „Rerum Novarum“ wird die soziale Frage aufgegriffen. Bereits hier steht die personale Würde der Arbeit im Vordergrund.

klika „Rerum Novarum“ wird die soziale Frage aufgegriffen. Bereits hier steht die personale Würde der Arbeit im Vordergrund.

Im 20. Jahrhundert entwickeln sich nochmals neue Fragestellungen, ausgehend von menschlichen, sozialen und politischen Defiziterfahrungen in der Arbeitswelt.

In den ethischen Entwürfen bedeutender Theologen wie G. Wünsch, E. Brunner, K. Barth und D. Bonhoeffer spielt das Thema Arbeit wieder eine wichtigere Rolle. Dabei stehen sich ordnungstheologische und christologische Begründungssätze gegenüber. So ist Arbeit für Brunner göttliche Schöpfungsordnung; sie wird entsprechend hoch gewertet. Bei Barth ist Arbeit tätiges Leben in der Entsprechung zum Tun Gottes. Er widerspricht aus der Sicht der Bibel der Übersteigerung des europäischen Arbeitsethos. Die Arbeit ist „Entsprechung zum Tun Gottes“ (KD III, 4, S.543). Sachlichkeit, Würde, Humanität, Besinnlichkeit und Begrenzung sind Zielbestimmungen der Arbeit (KD III, 4, S. 605ff). Für Bonhoeffer ist Arbeit ein Mandat Gottes, wobei er unter Mandat den „konkreten, in der Christusoffenbarung begründeten und durch die Schrift begrenzten göttlichen Auftrag“ (Ethik 1966, S.304) versteht.

Rückblickend insbesondere auf die christlich-theologischen Aspekte dieser Ideengeschichten kann man den spezifisch christlichen Beitrag zum Arbeitsverständnis auf folgende Punkte reduzieren:

- Die Arbeit hat die Aufgabe der Sicherung des Lebensunterhaltes
- Arbeit ist mit Mühe verbunden
- Arbeit ist Dienst am Menschen und an der Schöpfung
- Arbeit soll mitmenschlich gestaltet werden, hinsichtlich ihrer Organisation sowie der Verteilung
- Arbeit ist begrenzt; sie hat eine hohe Bedeutung, sie ist aber nicht das ganze Leben

Etwas ausführlicher lässt sich der christliche Eintrag in das Arbeitsverständnis in folgende Punkte fassen:

- Arbeit bedeutet immer die tätige Übernahme von Verantwortung für die Sicherung des Lebensunterhalts für sich selbst und für diejenigen Menschen, für die wir verantwortlich sind. Arbeit ist immer Anstrengung, manchmal mühselige, manchmal auch spielerische Anstrengung.
- Arbeit in christlicher Sicht ist ausgerichtet auf sinnvolle Zwecke. Was produziert wird, soll Sinn machen, zunächst für sich selbst, aber auch

für die anderen Menschen, für die Gesellschaft und die Erhaltung der Lebensgrundlagen. Arbeit ist der Versuch, diejenigen Probleme zu lösen, die wir wirklich haben, die zu lösen notwendige Voraussetzung für die sinnvolle Existenz ist.

- In der Arbeit soll Sinnerfahrung geschehen. Die Arbeit ist nicht zuletzt ein wichtiger Teil unserer Lebenszeit. In der Arbeit sollen wir Sinn und Selbstverwirklichung erfahren können.
- Arbeit ist eine soziale Tätigkeit, ja sie wird es immer mehr. Die Gesellschaft ist immer weniger eine Ansammlung von einzelnen Arbeitenden, sie wird mehr und mehr eine arbeitsteilige Arbeits- und Kooperationsgemeinschaft. Dabei ist gerade die Arbeitsteiligkeit je länger desto mehr unausweichlich. Die meisten Menschen können ihre Arbeit nicht ausserhalb dieser Arbeitsgesellschaft verrichten. Dieser Umstand hat zur Folge, dass die Chancen für die Arbeit gerecht verteilt werden müssen. Beim Ausschluss aus der Arbeitsgemeinschaft muss diese Gemeinschaft Anstrengungen für den Ausgleich nichtvorhandener Chancen machen.
- Das Ziel der Arbeit in der arbeitsteiligen Gesellschaft ist der gegenseitige Beistand der Arbeitenden. Das Produkt der eigenen Arbeit befähigt und verpflichtet zum Dienst an den Menschen, die keine Chance zur eigenen Lebenssicherung haben.
- Ebenso muss das Produkt der Arbeit gerecht verteilt werden. Dies gilt schon deshalb, weil in der arbeitsteiligen Gesellschaft prinzipiell alle Menschen in irgendeiner Form an der Herstellung des Produktes bzw. an den Voraussetzungen dazu beteiligt sind. In den meisten Fällen ist diese Beteiligung schwer zu identifizieren und zu quantifizieren. Umso mehr drängt sich die gerechte Verteilung des Arbeitsproduktes auf.
- Alle Arbeitenden haben ein Anrecht auf humane Arbeitsbedingungen.
- Aus christlicher Sicht gehört zur Arbeit auch die Fähigkeit zur Distanz. Das Ruhegebot in der Bibel ist auch gedacht als Damm gegen das Überborden der Arbeit sowie als Hinweis auf eine gewisse Relativierung der Arbeit. Die Arbeit ist nicht das ganze Leben.
- Endlich hat Arbeit ihre Bedeutung im Blick auf die Schöpfung und die Erhaltung der Lebensgrundlagen. Arbeit soll tätige Arbeit im Gedeihen der Schöpfung, an der Umgestaltung, der Bewahrung der Natur sein.

2. Das Problem von heute

Von der Arbeitsgesellschaft zur Tätigkeitsgesellschaft

Die Zukunft der Arbeit ist in Frage gestellt; wir sehen uns mit dem Phänomen der Arbeitslosigkeit konfrontiert. Selbst wenn in den wichtigsten Industriestaaten eine Senkung der Arbeitslosenquoten zu erwarten ist: das Problem der Arbeitslosigkeit wird uns noch sehr lange beschäftigen. Denken wir nur an die gigantischen Zahlen von Arbeitslosen in den Entwicklungsländern oder in China.

Es gibt ein paar Mechanismen, welche einen hohen Druck im Sinne der Verminderung der menschlichen Arbeitskraft ausüben. Da ist einmal die in der globalen Wirtschaft herrschende unerbittliche Konkurrenz zu benennen, welche radikal auf Erhöhung von Gewinnen und Senkung der Produktionskosten einwirkt. Die Folge ist tendenziell der Ersatz von menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen und Systeme. Diese Entwicklung wird nun technologisch begünstigt durch die modernen Möglichkeiten der Rationalisierung. Dabei ist heute das Rationalisierungspotenzial noch lange nicht ausgeschöpft.

Gleichzeitig stellt man fest, dass diese ökonomisch-technologische Entwicklung fast ohne ethische, soziale oder ökologische Kontrolle oder Ordnung vor sich geht, weil es im Raum der globalisierten Wirtschaft keine, auf jeden Fall *noch* keine Instanz gibt, welche verbindliche sozialpolitische Ordnungsvorstellungen durchsetzen kann. Wir haben die soziale und ethische Ordnung, mangels Instanzen, weitgehend dem Markt überlassen, wohl wissend, dass der Markt diese Ordnung nicht autonom herstellen kann. Es ist das Fazit europäischer ökonomischer Ideengeschichte und Theoriegeschichte, dass der Markt eine sozialpolitische Ordnung braucht, wenn er menschengerecht und sozial handeln soll. Diese Erkenntnis haben wir im Vorgang der Globalisierung der Wirtschaft über Bord geworfen.

Es ist so nicht absehbar, wie wir eine ethisch und sozial befriedigende Ordnung für die zukünftige Arbeitsgesellschaft erreichen können.

Andere Faktoren kommen hinzu, z.B. der teilweise Zerfall der Solidaritätsidee in der pluralistischen, individualisierten und multikulturellen Gesellschaft. Zur Moderne gehört die Auflösung von verschiedenen Solidaritätsstrukturen, auch der Grossfamilie oder der Nachbarschaft. In den modernen Städten leben in mehr als der Hälfte der Haushalte Singles.

Auf der anderen Seite gibt es heute die Bewegung des Kommunitarismus, welche vor allem in den USA die Gemeinschaftsidee fördert und auch

dazu geführt hat, dass die Freiwilligenarbeit in den USA quantitativ und qualitativ einen hohen Stellenwert genießt.

Ein wichtiges Moment ist auch die Wahrnehmung des Fehlens von zentralen Dienstleistungen. Wenn wir einmal prüfen, in welchen Bereichen in unseren Gesellschaften gespart wird, dann sind es oft Dienstleistungen von humaner, sozialer, ökologischer, sinnstiftender und kultureller Bedeutung. Offenbar fließen die Subventionen ungern in Bereiche, welche öffentliche oder soziale Güter bereitstellen, u.a. eben auch für Menschen, welche keine hohe Kaufkraft haben. Dies hat einerseits mit der stärkeren Gewinnorientierung zu tun – mehr Gewinn in kürzerer Zeit – aber auch mit der Tatsache, dass Investitionen tendenziell in gewinnträchtige und technologisch innovative Bereiche fließen. Die Folge ist ein fühlbarer Mangel an sozialen Dienstleistungen, was sich z.B. als Erhöhung der Sozialhilfekosten auswirkt. Zugleich wird dabei die Frage nach der freiwilligen Arbeit im Blick auf diese mangelnden Dienstleistungen gestellt.

Ein weiteres Moment ist die Wahrnehmung, dass wir an der Grenze der Leistungsfähigkeit des Staates angelangt sind. Der Staat kann nicht alles leisten. Die Frage ist dann, wer es denn sonst könnte. Auch hier liegt der Verweis auf die Freiwilligenarbeit auf der Hand.

Ich fahre fort mit einigen weiteren Wahrnehmungen. Unbestritten ist, dass der Bereich der freien Zeit in der Moderne anwächst. Allerdings, für viele ist diese freie Zeit Arbeitslosigkeit und damit, wie André Gorz einmal gesagt hat, eine perverse Form der freien Zeit. Aber so oder so gibt es sehr viel freie Zeit, die zu einem grossen Teil für das verwendet wird, was wir Freizeitaktivitäten nennen. Es gibt allerdings auch nicht wenige Menschen, die in ihrer freien Zeit gesellschaftlich bedeutsame Aufgaben suchen, z.B. fröhensionierte Spezialisten in z.T. hohen Funktionen.

Auf der anderen Seite nehmen wir auch wahr, dass wir Zeitknappheit haben. Nicht nur in den Betrieben, wo wir von der heutigen Hetzzeit sprechen. Auch in der freien Zeit wird oft ein Mangel an Zeit wahrgenommen, z.T. weil die freie Zeit gut ausgenützt werden soll, aber auch deshalb, weil die Alltagsaufwendungen z.T. kompliziert und zeitaufwendig geworden sind.

Ob wir nun zu viel Zeit oder zu wenig Zeit haben, diese Frage ist nicht so eindeutig zu beantworten.

Ich möchte nun, bevor ich einen Schritt weiter gehe, die wichtigsten Punkte stichwortartig zusammenfassen, die mir als relevant erscheinen für das Nachdenken über die Tätigkeitsgesellschaft der Zukunft. Es sind dies

- Arbeitslosigkeit
- Fehlende Dienstleistungen
- Zerfall bzw. Ambivalenz der Solidarität
- Neue Armut
- Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern bezüglich der unbezahlten und bezahlten Arbeit
- Ambivalenz bezüglich der Zeit: zuviel oder zuwenig
- Fehlendes Angebot an Aufgaben

Ich mache zunächst den Versuch, einige Grundprinzipien für eine Tätigkeitsgesellschaft zu formulieren, welche eben in der Lage wäre, die genannten Probleme zu lösen.

- Der erste Grundsatz besteht in der Idee, Tätigsein und monetarisierte Arbeit zu entkoppeln. Der Begriff der Tätigkeit soll nicht mehr so exklusiv für den Bereich der monetarisierten Arbeit gelten, sondern das Tätigsein soll andere Ausrichtungen bekommen.
- Tätigsein und freie Zeit sollen in ein neues Verhältnis gebracht werden. Wenn man so will: die Freiheit der freien Zeit soll mit dem Ernst des Tätigseins verbunden werden.
- Arbeit und Lohn sollen teilweise entkoppelt werden. Die ökonomische Sicherstellung des Lebensunterhalts soll nicht mehr ausschliesslich über die eigene monetarisierte Arbeit erfolgen.
- Monetarisierte Arbeit und unbezahlte Arbeit sollen in ihrer Beziehung und Gewichtung neu geordnet werden, insbesondere im Blick auf das Verhältnis der Geschlechter, aber auch im Blick auf individuelle Erwerbsbiographien.
- Die quantitative und z.T. qualitative Bedeutung der traditionellen Arbeit und der Freizeit sollen zurückgestuft werden. Zwischen einem zeitlich verminderten Bereich der Arbeitszeit und, am andern Ende, einem zeitlich verminderten Bereich der Freizeit soll ein grosser Bereich entstehen, der den Kern der zukünftigen Tätigkeitsgesellschaft ausmacht. Wir reden also zunächst von einer Dreiteilung der Zeit in Arbeitszeit, Tätigkeitszeit und Freizeit.
- Der zentrale Gedanke für den Bereich der Tätigkeitszeit besteht in der Nützlichkeit der Tätigkeit für die Gesellschaft und gleichzeitig in der Sinnerfahrung für das Individuum oder die Gruppe selbst.
- In der Tätigkeitszeit werden in freier Tätigkeit viele notwendige und für die Gesellschaft bedeutsame Leistungen erbracht, z.B. Umweltarbeit,

Beziehungsarbeit, Familienarbeit, Bildungsarbeit, Kulturarbeit, soziale Arbeit.

- Finanziert bzw. ökonomisch ermöglicht wird die Tätigkeitszeit einerseits durch einen arbeitsunabhängigen Grundlohn, andererseits durch die Früchte der Leistungen, die darin erbracht werden.

Wesentliche Elemente für ein solches Konzept sind die folgenden, zum Teil fundamentalen Veränderungen gegenüber den heute geltenden Konzepten:

- eine Neuaufteilung der menschlichen Tätigkeitszeit. Denkbar ist eine Dreiteilung: Freizeit, Arbeitszeit, Sozialzeit. Noch besser ist eine weitere Differenzierung in: Freizeit, monetarisierte Arbeitszeit, Eigenarbeitszeit, freiwillige Sozialzeit, obligatorische Sozialzeit, Ichzeit, Reproduktionszeit.
- eine teilweise Entkoppelung von Arbeit und Lohn
- die Förderung von sozialen, ökologischen, humanen und sinnstiftenden Leistungen durch die Förderung der freiwilligen und obligatorischen Sozialzeit
- die Installierung eines öffentlich geförderten Arbeitsmarktes, im Sinne eines zweiten oder Komplementärmarktes

1. Die Neuaufteilung der menschlichen Tätigkeitszeit

Diese Neuaufteilung der Tätigkeitszeit entsprechend der oben genannten sieben Zeiten ist eine absolute Voraussetzung für den Umbau der Arbeitsgesellschaft bzw. des Sozialstaates. Nur so ist eine Flexibilisierung am Arbeitsplatz möglich. Nur so kann eine Umverteilung der Arbeit gelingen. Die Meinung ist, dass die monetarisierte Arbeitszeit sich für Männer und Frauen bei 50% des bisherigen Volumens einpendelt.

2. Teilweise Entkoppelung von Arbeit und Lohn

Es gibt eine Menge von Gründen, die für eine solche Entkoppelung sprechen. Zunächst muss eine Gesellschaft, welche durch strukturelle Arbeitslosigkeit und Niedriglohnpolitik die Menschen an der Sicherung des Lebensunterhalts hindert, einen arbeitsunabhängigen Grundlohn, eine Bürgerrente für alle, ausbezahlen. Es gibt aber auch ethische Gründe für die Bürgerrente: Die positiven oder negativen Leistungen der Menschen lassen sich nicht vollständig identifizieren, weder innerbetrieblich noch gar gesellschaftlich. Hier müssen Ausgleich und eine soziale Absicherung geschaffen werden.

Hier wird an die Grössenordnung von ca. Fr. 1500 pro Monat und Person gedacht. Dies ist nicht existenzsichernd. Gedacht ist, dass im Normalfall die Menschen zusätzlich noch während ca. 50% der bisherigen Arbeitszeit einer Beschäftigung nachgehen. Der Grundlohn hat die Bedeutung, dass damit eine Grundsicherung für alle gegeben ist, und dass ebenso die Voraussetzung für die Flexibilisierung am Arbeitsplatz sowie für die Sozialzeit gelegt ist. Der Grundlohn ist so die unabdingbare Voraussetzung für eine Umverteilung der Arbeit, für die Sicherstellung notwendiger Dienstleistungen und für eine teilweise arbeitsunabhängige Sicherung der Lebensrisiken.

3. Die Einführung der Sozialzeit

Die durch den Grundlohn ermöglichte Sozialzeit zielt hin auf humane, soziale, ökologische Dienstleistungen, die am Markt nicht erhältlich, aber für Menschen und Gesellschaft sehr bedeutsam sind. Als Beispiele seien genannt: ökologische Landwirtschaft, Altlastensanierung, Bauschutt-sanierung, Kommunikation, Pflege und Sport bei älteren Menschen, Kultur, Sicherheit in den Zügen und auf Plätzen, Arbeit mit Behinderten. Vorzusehen ist einerseits ein obligatorischer Sozialdienst, z.B. von einem Jahr in der Jugend, als Wiederholungskurse durch das Leben, als Blöcke nach der Pensionierung. Andererseits soll die Freiwilligenarbeit gefördert werden.

Die Realisierung der Sozialzeit ist von hoher Bedeutung für die Neuverteilung der Tätigkeiten, für die Sicherstellung von gesellschaftlich bedeutsamen Leistungen, insbesondere für die nicht monetäre Sicherstellung von sozialstaatlichen Leistungen bei Lebensrisiken und im Alter. Weil die genannten Leistungen über den normalen Arbeitsmarkt nicht erhältlich sind, braucht es die Realisierung der Sozialzeit und zwar sowohl in Form eines obligatorischen Sozialdienstes wie in Form einer umfassenden Förderung und Organisation freiwilliger Dienste.

4. Die Installierung eines öffentlich geförderten Komplementärmarktes

Die bisher genannten Elemente sind die notwendigen Voraussetzungen für die Schaffung eines zweiten Arbeitsmarktes. Dieser ist notwendig, weil im normalen Arbeitsmarkt zu wenig Arbeit vorhanden ist, und weil gleichzeitig gesellschaftlich bedeutsame und notwendige Leistungen nicht erhältlich sind. Der zweite Arbeitsmarkt ist die Antwort auf das Faktum, dass die Welt voller ungelöster Probleme, also voller Arbeit ist, die Menschen aber daran gehindert werden, ihre Gaben und Kräfte für die Lösung dieser Pro-

bleme einzusetzen. Der zweite Arbeitsmarkt funktioniert projektbezogen. Die Kommunen sind dabei federführend, indem sie Projekte ausschreiben und fördern. Finanziert werden solche Projekte von Industrien, Kommunen, privaten und gemeinnützigen Gesellschaften.

Neben der Ermöglichung von notwendigen Dienstleistungen hat der zweite Arbeitsmarkt einen kostensenkenden Effekt für die gesellschaftlichen bzw. volkswirtschaftlichen Fixkosten. Er senkt z.B. die Umweltkosten, aber auch die Gesundheitskosten.

Wer arbeitet nun in Projekten des zweiten Arbeitsmarktes? Dies sind natürlich Arbeitslose, aber auch Frührentner, freiwillig Arbeitende, obligatorisch Dienstleistende, Behinderte und einige professionelle Spezialisten. Die Idee dabei ist, dass auf reine Arbeitsloseneinsätze verzichtet wird und dass stets gemischte Gruppen angesprochen werden. Einen besonderen Anreiz für den zweiten Arbeitsmarkt soll ein umfassendes und qualitativ hochstehendes Bildungsangebot darstellen. Dabei geht es um die Förderung von personalen und sozialen Kompetenzen, dann auch um fachliche Weiterbildung. Dieses Bildungsangebot muss höchst attraktiv sein, wird aber kostengünstig zu gestalten sein, wenn auch hier die Tätigkeiten der Frühpensionierten, der Freiwilligen und anderen Gruppen eingesetzt werden.

Diese Überlegungen zum zweiten Arbeitsmarkt basieren nicht zuletzt auf der Überzeugung, dass die Aktivierung von Millionen von Menschen sich positiv auswirken muss auf die gesellschaftlichen Fixkosten, vor allem aber auf die Lebensqualität einer Gesellschaft.

Transversale Ökonomien

Timm Kunstreich

Wenn Wissenschaftler Begriffe verwenden, die unverständlich oder ungewöhnlich klingen, besteht gemeinhin die Vermutung, daß da jemand seine soziale Überlegenheit demonstrieren oder seinen Marktwert steigern möchte. Viel seltener wird in solchen Fällen die an sich naheliegende Vermutung geäußert, der Autor möchte Bekanntes verfremden oder bisher unterbelichtete Sichtweisen hervorheben.

Ich möchte mit meinen Überlegungen zu transversalen Ökonomien natürlich die zweite Vermutung stärken. Es geht mir darum, auf der Basis der Einsichten des historischen Materialismus zu argumentieren, daß, wie Marx in seiner Kritik der politischen Ökonomie bisher unwiderlegt ausgeführt hat, in der kapitalistischen Produktionsweise alle gesellschaftlichen Beziehungen dahin tendieren, letztlich ökonomisch fundiert zu sein. Daß diese „letztliche Fundierung“ eine zu kritisierende Annahme ist, haben Marx und Engels immer wieder betont, denn die Hegemonie der kapitalistischen Ökonomie hindert gerade die gesellschaftliche Entwicklung „des Reichtums der menschlichen Natur als Selbstzweck“ (Marx). Mit anderen Worten: Mit der These, daß es eine Vielzahl von Ökonomien gibt, die quer zu den herrschenden Praxen und Vorstellungen von Ökonomie liegen (transversal = querliegend) soll versucht werden, das Ökonomische vom Sozialen aus zu verstehen und damit der umgekehrte Weg des allgemein Üblichen zu gehen.

Zunächst (Teil I) sollen kurz einige Aspekte der ökonomischen Diskussion um Wirtschaftssektoren umrissen werden, die in anderen Beiträgen dieses Bandes ausführlicher dargestellt werden. Mit der Einführung eines weiteren ungebräuchlichen Begriffes – Sozialitäten – möchte ich die These etwas ausführlicher begründen, daß das Ökonomische auch vom Sozialen her verstanden werden kann (Teil II). Im abschließenden Teil (Teil III) versuche ich einige Fragen zu formulieren, die die praktische Bedeutung transversaler Ökonomien unterstreichen sollen.

Diesen drei Argumentationsschritten unterliegt folgende Grundüberlegung: Es existieren millionenfache, gleichzeitige Ökonomien, die vielfältig aufeinander bezogen und miteinander verwoben sind, die sich bekämpfen oder unterstützen, die also in Konkurrenz oder in Kooperation zueinander stehen, in denen aber das Verhältnis von wechselseitiger Unterdrückung, von

Herrschaft, Ausbeutung und Profitmaximierung dominiert. Kurz: diese Unzahl von Ökonomien existieren zwar **gleichzeitig**, sie sind aber nicht **gleichwertig**.

I. Wirtschaftssektoren

Wenn in der Öffentlichkeit von Ökonomie die Rede ist – in den Zeitungen steht meist: „unsere Wirtschaft“ – dann ist heute unbestritten die Marktökonomie gemeint. Vom Weltmarkt bis zum Wochenmarkt. Unstrittig ist, daß es in dieser Ökonomie einen einzigen Motor gibt: die Profitmaximierung. Strittig ist höchstens die Bezeichnung: die Freunde der Globalisierung und des Kapitals nennen diesen Vorgang Wertschöpfung. Relativ unstrittig ist auch, daß „unsere Wirtschaft“ den Vorrang vor allen anderen ökonomischen Beziehungen hat und deshalb zu Recht der „erste Sektor“ genannt werden kann.

Spätestens seit Marx ist bekannt, daß diese Ökonomie nicht „rein“, sondern immer eine „politische Ökonomie“ ist, d.h. daß das Kapital seine eigene Gesellschaftlichkeit nicht aus sich heraus herstellen kann. Es braucht dazu die Arbeitskräfte/die Menschen als „wertproduzierende Waren“ (Besonderheit der Ware Arbeitskraft) und es braucht die Natur, die es aussaugen kann. Damit beides auf Dauer und ohne zu große Störung möglich ist, braucht der erste Sektor stabile, verlässliche Bedingungen: den Staat. Der Staat als Steuerstaat garantiert die Infrastruktur für den Warenverkehr, garantiert die Reproduktion der Arbeitskraft durch den Sozialstaat und bündelt als National- und Sicherheitsstaat das Gewaltmonopol, das als „Militärstaat“ die offensichtlich „notwendigen“ Kriege führt.

Ökonomisch betrachtet ist der Staat der zweite Sektor und erfüllt im wesentlichen zwei Funktionen. Er ist Kunde des ersten Sektors und garantiert über Transferleistungen und Subventionen eine gedeihliche Kapitalakkumulation. Die Frauenbewegung (und in ihr die feministische Wissenschaft) war die erste, die der Vorstellung, daß nur das, was in den beiden Sektoren wesentlich von Männern veranstaltet wird, Ökonomie sei, grundsätzlich widersprochen hat. Zum einen wiesen sie auf die Gratisreproduktion der Gattung Mensch durch die Gebärfähigkeit der Frau hin, zum anderen hoben sie die zweite Gratisleistung hervor: Hausarbeit als Erziehung, Ernährung und Versorgung der notwendigen Arbeitskräfte. Daß diese Gratisleistungen die Basis für die anderen beiden Sektoren ist, wird zwar heute allgemein anerkannt und ruft gelegentlich Betroffenheit hervor, hat ansonsten aber keine erkennbaren Konsequenzen.

Die Ökologiebewegung und die ihr verbundenen Wissenschaften waren die anderen, die diese Kritik vertieften. Die Zerstörung und Ausbeutung der natürlichen Grundlagen menschlicher Existenz würden diese über kurz oder lang selber in Frage stellen. Kurze Zeit schien es so, daß sich marxistische Einsicht mit feministischer und ökologischer Kritik verbinden könnte, um so gesellschaftliche Gegenbewegung praktisch und politisch wirksam zu machen. Alle drei Kritikpotenziale scheinen angesichts der neoliberalen Hegemonie momentan ziemlich sprachlos zu sein.

Allerdings sind einige Aspekte dieser Kritiken, die systemkonform zu adaptieren sind, inzwischen allgemein anerkannt. In der ökonomischen Theoriebildung finden sich Ablagerungen davon im sogenannten „dritten Sektor“, der häufig auch der soziale Sektor genannt wird. Im Unterschied zu den relativ eindeutigen Definitionen des ersten und zweiten Sektors sind die Zuordnungen zum dritten Sektor noch sehr unscharf und z.T. kontrovers. In der Regel werden nur die formellen Organisationen des dritten Sektors gezählt, in denen „normale“ Arbeits- und Betriebsverhältnisse herrschen. Manchmal allerdings werden auch Schattenwirtschaft und Subsistenzwirtschaften hinzugezählt. Damit überlappt sich die Definition mit der bisher dominierenden von formellem und informellem Sektor, die in der dualwirtschaftlichen Diskussion der 80er Jahre eine wichtige Rolle spielte. Auf diese Widersprüchlichkeiten und Ungereimtheiten einzugehen, ist hier nicht möglich. Folgt man aber dieser Dreiteilung, dann ist folgendes offensichtlich: Die Ökonomie im ersten Sektor agiert global, die im zweiten Sektor national (wenn sie sich nicht gerade auf Kriegspfad befindet), die im dritten Sektor agiert im wesentlichen lokal bzw. regional. Unter diesem Aspekt macht es Sinn, den informellen Sektor zum dritten zu zählen.

Über die Verbindungen und Abhängigkeiten der drei Sektoren untereinander gibt es viele, jedoch auch viele unterschiedliche Erörterungen. Nur zwei Tatsachen sind unbestritten: in allen drei Sektoren wird das Bruttoinlandsprodukt erarbeitet und in allen dreien arbeiten Menschen. Das heißt noch immer: sie verausgaben Zeit – nach Marx die letztlich einzig wichtige politisch-ökonomische Kategorie. Wie das folgende schematische Schaubild verdeutlicht, bezieht sich beides allerdings umgekehrt proportional zueinander. Wird der größte Teil des Wertes der Waren und der Dienstleistungen (deren Summe insgesamt das Bruttoinlandsprodukt ausmacht) im ersten Sektor erstellt, so werden zwei Drittel der gesellschaftlich notwendigen Gesamtarbeit als unbezahlte Arbeit geleistet, wenn man all die Tätigkeiten, die außerhalb eines Haushalts auch gegen Entgelt geleistet wer-

den, in die Gesamtarbeitszeit einbezieht (sogenanntes „Dritt-Personen-Kriterium“; vgl. Müller 1998, S. 473 ff.). Diese Tatsache bedeutet weiter, daß über zwei Drittel der gesellschaftlich notwendigen Gesamtarbeitszeit lokal bzw. regional erbracht wird. Beides ist Ausgangspunkt für die weiteren Überlegungen.

Wirtschaftssektoren ...

...nach dem Bruttoinlandsprodukt (schematisch)

1. Sektor „Wirtschaft“	2. Sektor „Staat“	3. Sek. „Soziales“	informeller Sektor
---------------------------	----------------------	-----------------------	-----------------------

...nach Arbeitszeiten (gesellschaftliche Gesamtarbeit)

1. Sektor	2. Sekt.	3. Sek.	informeller Sektor
-----------	----------	---------	--------------------

II. Das Ökonomische im Sozialen: Transversale Sozialitäten

Das Ökonomische vom Sozialen her zu denken widerspricht der herrschenden Auffassung. Deshalb ist es günstig, wenn man für eine derart abweichende Meinung einen prominenten Zeugen hat. Mein Zeuge ist Pierre Bourdieu (1995). Zunächst argumentiert Bourdieu ganz konventionell. Nach ihm ist Ökonomie eine bestimmte Logik, eine besondere Rationalität eines sozialen Feldes oder eines sozialen Raumes. Die ökonomischen Beziehungen von Akteuren in einem Feld lassen sich also von anderen durch ihre besondere Rationalität unterscheiden. Diese Rationalität ist die der Optimierung, d.h. mit möglichst geringen Kosten das bestmögliche Resultat zu erzielen. Im Unterschied zu den Ökonomen geht Bourdieu jedoch davon aus, daß das, was optimiert wird, nicht immer und nicht überall und nicht zu jeder Zeit Geld oder Kapital sein muß, sondern z.B. auch „Ehre“, d.h. jeder sozial-kulturelle Zusammenhang produziert unter diesem Aspekt sein eigenes „Ökonomisches“, sein eigenes Optimum. Entsprechend gibt es eine Vielzahl von Ökonomien. „Man muß jedes Mal die

besondere Ökonomie analysieren“ (a. a. O., S. 81). Konsequenterweise geht Bourdieu davon aus, daß „die Ökonomie ein Spezialfall der Soziologie ist“. Ich möchte diese Aussage dahingehend verallgemeinern, daß *das Ökonomische ein Spezialfall des Sozialen ist*.

Interpretiert man mit Bourdieu das Soziale als das aktuelle Beziehungsgeflecht (als den aktuellen sozialen Raum) in einer Gesellschaft, so läßt sich dieser soziale Raum unter vielen Aspekte „vermessen“. Um das Ökonomische vom Sozialen her zu interpretieren, möchte ich die praktisch wichtigste soziale Konfiguration des sozialen Raumes in den Mittelpunkt stellen: die Sozialität bzw. die Mitgliedschaft in Sozialitäten. Auch diesen Begriff habe ich von einem französischen Wissenschaftler entliehen, von Philippe Ariès (Der Geschichte der Kindheit, 1978). Ariès wählt den Begriff Sozialität für das Zusammenleben der Menschen im Mittelalter.

„Für gefühlsmäßige Bindungen und soziale Kontakte war außerhalb der Familie gesorgt; sie entwickelten sich in einem sehr dichten und warmen ‚Milieu‘, das sich aus Nachbarn, Freunden, Herren und Dienern, Kindern und Greisen, Männern und Frauen zusammensetzte und wo man seine Neigung einigermaßen ungezwungen sprechen lassen durfte. Die auf der Ehe basierende Familie ging darin auf. Die französischen Historiker bezeichnen diesen Hang der traditionellen Gemeinschaften zu Zusammenkünften, zu geselligen Besuchen und zu Festen heute als ‚Sozialität‘“ (S. 47).

Basis der Sozialität war die lokale Einheit von Produktion und Reproduktion und deren fast untrennbare Verwobenheit.

„Im Unterschied zur sozial-räumlichen Einheit von Produktion und Reproduktion historischer Sozialität ist jede/jeder von uns heute – entsprechend der vielfachen Ausdifferenzierung von Produktions- und Reproduktionsbereichen, der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit, der Separierung der Geschlechter und der Altersstufen – Mitglied in mehreren Sozialitäten, die sich z. T. überlappen, z. T. unterschiedlichen sozialen Räumen angehören (z. B. Betrieb und Verein; Hamburg und Bielefeld ...) oder z. T. nur zu gewissen Altersstufen (Disko, Kaffeekränzchen) ‚passen‘“ (Kunstreich 1997, S. 16).

Sozialitäten in diesem Sinne haben einige typische Charakteristika:

- Gedanklicher und empirischer Ausgangspunkt sind aktive, handelnde Subjekte, die sich ihrer Einmaligkeit dadurch versichern, daß sie Mitglied in Sozialitäten sind, oder wie Bruno Bettelheim formuliert: „Wir fühlen uns sicher in dem Maße, in dem wir für diejenigen wichtig sind, die Bedeutung für unser Leben haben“ (1978, S. 257).
- Nur wenige Sozialitäten dauern ein ganzes Leben lang. Im Gegenteil, die meisten sind auf biographische Phasen, räumliche Zusammenhänge (Ausbildung, Betriebszugehörigkeit) und kulturelle sowie politische Interessen beschränkt. Ändern sich Räume, Zeile und Interessen, ändern sich die Sozialitäten entsprechend. Sozialitäten existieren also nur in den sie realisierenden Aktivitäten.
- Sozialitäten haben für die einzelnen unterschiedliche Bedeutungen. Eine von ihnen wird in der Regel als die dominierende Sozialität betrachtet, als die ausschlaggebende für Struktur und Inhalt der andren. Diese Strukturierung bezeichnet Bourdieu mit dem Begriff *Habitus*.
- Sozialitäten sind immer transversal. Auch diesen Begriff habe ich aus der französischen Diskussion entliehen. Ursprünglich von Sartre eingebracht, um das aktivistische Moment der Wahl einer Mitgliedschaft in unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen zu betonen, wird er heute in der institutionskritischen Analyse genutzt, um der Fixierung auf Struktur oder auf systemfunktionale Ausrichtungen in der Organisationsanalyse ein kritisches Moment entgegenzusetzen (vgl. Weigand/Hess/Prein 1988, S. 251). Sozialitäten bilden sich also immer quer zu den hegemonialen Institutionen von Familie, Schule, Betrieb, Partei usw., sie sind aber auf formelle Mitgliedschaften bzw. Teilhabermöglichkeiten in diesen angewiesen – nicht nur wegen der Notwendigkeit der Re-Produktion, sondern auch, weil sich hier die wahrscheinlichsten Chancen der Kontaktaufnahme ergeben, d.h. die Aufnahme von Mitgliedschaften in neue Sozialitäten.

Jede Sozialität ist ein einmaliger historischer sozialer Raum, ein einmaliges Beziehungsgeflecht. Jede Sozialität hat nicht nur kulturelle, politische und habituelle Eigen- und Besonderheiten, sondern auch eine jeweils eigene Vorstellung und Praxis von Optimierung, also von „ökonomischen Kalkülen“. Diese werden sich zwar im Großen und Ganzen mit den dominierenden ökonomischen Kalkülen in Übereinstimmung befinden, haben jedoch in ihrer konkreten Ausprägung ein je Eigensinniges und Besonderes. Was das jeweils ist, welche Optimierungsstrategien die Mitglieder einer Sozialität tatsächlich verfolgen, läßt sich nicht von „außen“ festlegen,

sondern entsteht von „innen“ – durch Kommunikation und durch die Aktivitäten der Akteure selbst.

Bezogen auf die drei Wirtschaftssektoren läßt sich allerdings ein Gemeinsames dieser transversalen Ökonomien schon im Voraus feststellen: sie liegen quer zu ihnen, d.h. die ökonomischen Aktivitäten in Sozialitäten berühren immer alle drei Bereiche, wenn auch in unterschiedlichem Maße.

Was damit gemeint ist, soll an einem Beispiel verdeutlicht werden.

Aishe, Mehmet und Sinan Öser wohnen in Kirchdorf-Süd, einem Plattenbauquartier aus den 70er-Jahren in dem Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg.

Aishe ist 28 Jahre alt und wohnt seit acht Jahren in Hamburg. Mit ihrem Mann Mehmet hat sie drei Kinder im Alter von sieben, fünf und drei Jahren. Das älteste geht zur Schule, die beiden jüngeren gehen in das Kindertagesheim, denn beide Eltern legen Wert darauf, daß die Kinder gut deutsch sprechen können, da sie in Hamburg bleiben möchten. Neben den Kindern gilt Aishes ganze Aufmerksamkeit dem kleinen Schrebergarten unweit ihrer Wohnung. Hier baut sie Gemüse an und hält sich auch sonst viel in dem kleinen Häuschen auf, wo sie mit Freundinnen und Verwandten bastelt und Handarbeiten herstellt. Gemüse und Produkte verkauft sie an die türkischen Läden und Imbisse im Stadtteil. Manchmal ist sie unzufrieden mit ihrem Leben. In der Türkei hat sie Kauffrau gelernt und ärgert sich jetzt, daß ihr Wissen brach liegt.

Aishes Optimierungsvorstellung ist klar: ihre eigene Sozialität stärken, das Familienbudget entlasten.

Mehmet ist 33 Jahre alt, ist von Beruf Betonfachtarbeiter. Er ist im Winter viel arbeitslos – jedenfalls formell. In letzter Zeit ist er häufiger Subunternehmer für Bauarbeiten im Rahmen der Aufträge, die die Firma eines Verwandten bekommt. Ansonsten trifft er seine Freunde im Café, wo sie sich wechselseitig auch mit Arbeit versorgen, mal schwarz, mal „auf Karte“, mal als Subunternehmer. Mehmet und seine Freunde planen in diesem Winter einen Versuch: sie wollen Bier direkt aus der Türkei importieren. Sein großer Wunsch ist es, selbständig zu werden und mit Aishe zusammen einen eigenen Betrieb aufzubauen.

Auch Mehments Optimierung ist klar: neben der Versorgung der Familie die Hebung seines Ansehens in der türkischen Community.

Sinan ist der Bruder von Mehmet und 17 Jahre alt. Er ist Mitglied der Inter-Clique und ist – trotz guter mittlerer Reife – in einer Warteschleife

des Arbeitsamtes gelandet. Die Inter-Clique besteht im Kern aus sieben Jungen und zwei Mädchen aus fünf verschiedenen Nationalitäten, die sich gleichermaßen gegen die „Türken“ wie die „Deutschen“ in ihrem Quartier „wehren“. Es gehört zur „Ehre“ der Clique, ab und zu mal eine Palette Bier ohne zu bezahlen zu besorgen und bei den gemeinsamen Fahrten in die Innenstadt grundsätzlich nicht zu bezahlen. Von der Katz-und-Maus-Spielerei mit den „Kontrolleties“ kann Sinan viele lustige Geschichten erzählen. Gelegentlich macht er auch Hilfsarbeiten, die er von seinem Bruder bekommt. Natürlich schwarz, da er ja in der Warteschleife hängt. Aber immerhin sorgt er so wenigstens für einen großen Teil seines eigenen Lebensunterhaltes.

Auch Sinans momentane Optimierungsstrategie ist klar: den Status der Clique bzw. seinen eigenen innerhalb dieser Clique erhalten und erhöhen.

III. Transversale Ökonomien

Aishe, Mehmet und Sinan Öser stehen exemplarisch für die „Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens“ (Engels). Sie bzw. ihre Sozialitäten praktizieren transversale Ökonomien, die so in den Lehrbüchern der Ökonomie nicht vorkommen. Die Orientierung am je eigenen Optimum, das nicht in klassischer ökonomischer Rationalität aufgeht, aber auch nicht ohne diese hegemonialen Praxen denkbar ist, läßt erahnen, daß es eine Unzahl derartiger Ökonomien „des wirklichen Lebens“ gibt.

Mit dem Konzept der transversalen Ökonomien ist ein Perspektivenwechsel verbunden – von der institutionellen Beobachterperspektive „von oben“, die die „offiziellen“ Interpretationen verdoppelt, zur lebensweltlichen „von unten“, die virtuell die Teilnehmerperspektive einnimmt. Allgemeiner Bezugspunkt einer derartigen Perspektive „von unten“ könnte das individuelle, sozialitäre und gesellschaftliche Zeitbudget sein. Jedes dieser Budgets läßt sich auf die drei Wirtschaftssektoren beziehen, wie die Übersicht auf der folgenden Seite exemplarisch zeigt.

Während Männer, die einer Arbeit nachgehen (oder eine suchen) oder die sich qualifizieren, dafür (wenn sie beides zusammen machen) 10 Std. 48 Min. pro Tag verausgaben, tun Frauen dies deutlich weniger. Diesen Zeitanteil „investieren“ Männer und Frauen im wesentlichen im ersten und zweiten Sektor. Durch sie sind sie in die „richtige“, in die globale und nationale Ökonomie eingebunden.

Durchschnittlicher täglicher Zeitaufwand (durchschnittlicher Beteiligungsgrad, Personen über 12 Jahre)		
Zeitaufwendung für ausgewählte Aktivitäten (jeweils ausübende Personen)	Männer (Anteil)	Frauen (Anteil)
(1) – Erwerbsarbeit / Arbeitssuche – Unbezahlte Erwerbsarbeit – Qualifikation / Bildung	7:16 (60,6) 3:32 (16,6)	5:48 (37,6) 3:19 (15,5)
(2) – Hauswirtschaftliche Tätigkeiten – Pflege und Betreuung – Handwerkliche Tätigkeiten	1:55 (92,2) 0:55 (30,9) 1:08 (50,7)	4:10 (98,9) 1:33 (39,5) 0:32 (25,4)
(3) – Ehrenamtliche Tätigkeiten – Kontakte / Geselligkeit	1:46 (10,2) 1:40 (86,2)	1:22 (8,5) 1:41 (92,8)
(4) – Mediennutzung / Freizeitaktiv. – Physiologische Regeneration	3:58 (99,1) 10:45 (100,0)	3:28 (99,2) 11:12 (100,0)

(eigene Zusammenstellung nach Möller (S. 474/475, 1998), die sich auf eine repräsentative Zeitbudgetstudie des BMFSFJ (1996) bezieht)

Lesebeispiel: 60,6% aller Männer gehen einer Erwerbsarbeit nach, sind auf Arbeitssuche oder leisten unbezahlte Erwerbsarbeit; Männer, die dies tun, verwenden darauf 7 Std. 16 Min. Die einzelnen Zeitaufwendungen beziehen sich nur auf die jeweilige Aktivität; eine Aufsummierung ist deshalb nicht möglich.

Umgekehrt sieht das Geschlechterverhältnis – wie nicht anders zu erwarten – für den dritten Sektor aus. Hier verausgaben Frauen wesentlich mehr Zeit (wenn man – was nach dieser Tabelle eigentlich nicht zulässig ist – die Budget-Anteile zusammenrechnet): 9 Std. 18 Min. (Männer 6 Std. 24 Min.). Liegt die „geringe“ ökonomische Bedeutung des Lokalen auch daran, daß dies überwiegend ein „Frauen-Sektor“ ist? Oder ist es umgekehrt: Weil Frauen hier vor allem *unbezahlten* Tätigkeiten nachgehen, hat dieser Sektor für den Geld- und Warenverkehr eine geringere Bedeutung?

Aishe trägt jedenfalls in ungefähr gleichem Zeitaufwand zur gesellschaftlichen Gesamtarbeit bei wie Mehmet, allerdings „nur“ im dritten und informellen Sektor – also im wesentlichen unbezahlt. Nur durch das Geld, das sie durch den Gemüseanbau und den Verkauf ihrer Handarbeiten einnimmt, hat sie Kontakt mit dem ersten Sektor. Mehmet „wandert“ durch alle drei Sektoren – ein klassisches Beispiel für Transversalität – sein Hauptbezugspunkt ist aber eindeutig der erste Sektor. Sinans Versuche, im ersten Sektor Fuß zu fassen, sind bislang gescheitert. Die Warteschleife gehört zum zweiten Sektor. Sein Lebensmittelpunkt ist aber ganz sicherlich der dritte bzw. insbesondere der informelle Sektor.

Nach der Systemlogik der einzelnen Sektoren und der offiziellen Ökonomie sind die drei nicht allzu „brauchbar“. Denn diese Sektoren brauchen nur nach ihrer Logik verwertbare Menschen/Arbeitskräfte. Da diese drei Sektoren zweifellos die faktische und materielle Dominanz in unserer Gesellschaft haben, könnte und sollte man überlegen, wie die „Schnittstellen“ zwischen den Sektoren und den dazu querliegenden, transversalen Ökonomien der Sozialitäten verändert, erweitert bzw. wie neue „Schnittstellen“ geschaffen werden könnten.

So läßt sich unter anderem fragen:

- Wie können Aktivitäten – vor allem von Frauen – sinnvoll unterstützt werden? Ein Ansatz dazu liegt in dem Werkhof-Projekt vor, wie es Elisabeth Grundmann (1998) zusammen mit anderen konzipiert hat. Es sieht vor, aus den Kompetenzen, Fähigkeiten und Aktivitäten von Frauen im Stadtteil Kirchdorf-Süd durch entsprechende Unterstützung diese in den zweiten oder ersten Sektor zu „heben“ (z.B. Gemüseanbau, Schneidern, Kunsthandwerken).
- Wie lassen sich lokale Ressourcen für transversale Ökonomien gewinnen? Hier könnte es darum gehen, z.B. Räume in Schulen und Kindertagesstätten sinnvoller und multifunktionaler zu nutzen, damit insbesondere den Sozialitäten, die unter Raummangel leiden bzw. durch

Raummangel erst gar nicht richtig ihre Aktivitäten entfalten können, entsprechende Möglichkeiten zur Verfügung stehen.

- Welche Rahmenbedingungen könnten die eigensinnige Produktivität transversaler und lokaler Ökonomien verbessern? Hier könnte es darum gehen, die bislang bürokratisch parzellierten Ressourcen z.B. der Jugend- und Sozialhilfe, aber auch der Wirtschafts- und Arbeitsförderung in kommunalen Ressourcenfonds zu bündeln, um damit nicht zuletzt der Tatsache Rechnung zu tragen, daß – wie dargestellt – der weitest- aus größte Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit in lokalen und regionalen Zusammenhängen geleistet wird.

Gerade die letzte Frage macht deutlich, daß nicht einfach ein „Mehr-des-selben“ die Antwort sein kann, sondern daß es eine politisch zu bewegende Antwort gibt: Vorhandene Mittel von der globalen und nationalen Ökonomie (der Männer) in die lokalen Ökonomien (der Frauen) umzuschichten. Daß damit eine erweiterte Vorstellung von direkter Demokratie (statt „schlanker Bürokratie“) verbunden werden kann, sei abschließend nur angemerkt.

Literatur

Aries, P. 1978: Geschichte der Kindheit, München

Bettelheim, B. 1978: Der Weg aus dem Labyrinth. Leben lernen als Therapie, Frankfurt/M.

BMFSFJ (Hg.) 1996: Zeit im Blickfeld. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung, Stuttgart/Berlin/Köln

Bourdieu, P. 1997: Für einen anderen Begriff der Ökonomie, in: ders., Der Tote packt den Lebenden, Hamburg

Grundmann, E. 1998: Für einen Werkhof in Hamburg-Wilhelmsburg. Konzeptionelle Projektentwicklung zum Schwerpunkt Migrantinnen-Ökonomie, Hamburg

Kunstreich, T. 1997/1998: Grundkurs Soziale Arbeit, Bd. I und II, Hamburg

Müller, C. 1998: Die gesellschaftliche Gesamtarbeit neu gestalten, in: Das Argument (226), 469 ff.

Weigand, G. /Hess R. / Prein G. 1988: Institutionelle Analyse. Theorie und Praxis, Frankfurt/M.

Die Soziale Arbeit und der zweite Arbeitsmarkt: Nutzen nicht nachgewiesen, Mittel verschwendet, politisch repressiv.

Isidor Wallimann

In den letzten Jahren ist überall in Europa die Arbeitslosigkeit stark angestiegen. Als eine der „flankierenden“ Massnahmen wurde der zweite Arbeitsmarkt zu einer riesigen neuen Beschäftigungsindustrie ausgebaut, an der die Soziale Arbeit bedeutende Mittel für sich beansprucht. Inzwischen tritt diese „Industrie“ selbstbewusst auf, wenn es darum geht, ihre Lobby-Kraft einzusetzen. Sie versteht es bestens, ihre Interessen auch durchzusetzen und zu verteidigen. Dabei entsteht nicht nur die Frage, ob und wie der zweite Arbeitsmarkt von Nutzen ist. Im Zentrum steht auch die Frage, welche polit-ökonomische Rolle dabei die Soziale Arbeit spielt oder zu spielen hat.

Der zweite Arbeitsmarkt ist nicht loszulösen vom makroökonomischen Geschehen und von politökonomischen Machtverhältnissen im Kapitalismus, wo die VertreterInnen des Kapitals das Sagen haben. Der zweite Arbeitsmarkt ist auch nicht zu denken ohne die vom Kapitalismus gewollte Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit ist kein Naturereignis. Sie wird politökonomisch gewählt und gewollt. *Einerseits* wird die Marktwirtschaft noch mehr zur anonymen, wildwüchsigen Kraft, indem sie gewollt nicht mehr sozial eingebunden wird. Als Konsequenz entstehen noch mehr undurchsichtige, chaotische, gesellschaftlich ineffiziente und ökologisch vernichtende Marktverläufe. *Andererseits* wird die Arbeitslosigkeit bewusst gewählt, obwohl in Europa (ganz besonders in Nordeuropa) noch ein immenser Verteilungsspielraum zur Existenzsicherung durch Lohnarbeit für die ganze Bevölkerung vorhanden ist. Trotzdem werden Vorstösse in diese Richtung „vom Kapital“ auf volks- und betriebswirtschaftlicher Ebene systematisch bekämpft, und die gesellschaftlich viel teurere Lösung der Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung favorisiert.

„Das Kapital“ hat einen unersättlichen Appetit nach billiger Arbeitskraft und entwickelt unermüdlich Strategien, um diese Ware zu verbilligen. In den 90er-Jahren hat das Grosskapital in Herstellung und „Finanz“ vor allem zur Strategie des Kapitalexportes, des Arbeitsplatzexportes und der Arbeitsplatzvernichtung gegriffen. Dabei wurde die Gesamtnachfrage beeinträchtigt, Kleinbetriebe in Bedrängnis und Konkurs gebracht; sowohl

Einheimische als auch AusländerInnen wurden zu Tausenden in Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung der Allgemeinheit, den Versicherungswerken und der kommunalen Sozialhilfe zur „Anreicherung“, „Wiederaufbereitung“ oder „Endlagerung“ überlassen. Dies bei riesigen und rasant wachsenden Profiten, wobei die Börse beinahe jede Massenentlassung mit einem Kursgewinn honorierte, die Gewinne des Grosskapitals sich wiederum in einem wachsenden Ausmass aus Börsengewinnen ableiteten. Die Existenzbedroher – wie bei Umweltschäden üblich – nach dem Verursacherprinzip zu behaften, wurde nie in Betracht gezogen. Existenzbedrohung durch Abschieben von „Abfallmenschen“ in die Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung zwecks Profitsteigerung gehört eben immer noch zu den Tugenden.

Früher wäre diese Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung noch mehr den AusländerInnen aufgeladen worden, in dem man *sie* als Überschuss-Arbeitskraft-Ware in die „Homelands“ zurückverbannt oder „zurückmotiviert“ hätte. Heute ist dieser apartheidlogische Reflex etwas gehemmt. Früher wurde Existenzangst und Lohnkonkurrenz nationalistisch durch Export der „Überschussbevölkerung“ noch etwas begrenzt. Heute werden sie intensiviert – ersichtlich beim Gesetz gegen den Rassismus und bei „multi-kulturellen“ Soll-Normen für das flüssigere Funktionieren liberalisierter Arbeitsmärkte. Dennoch bleibt der Arbeitsmarkt rassistisch, sexistisch und „klassistisch“ gestaltet, werden disproportional einige und nicht andere als Überschussbevölkerung deklariert, als Opfer verschimpft, in die Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung abgedrängt und wie überschüssige Äpfel nach Makeln verlesen. Aber, wer unter uns Arbeitenden ist schon makellos?

Existenzbedrohung also „nur“ für Unglückliche, die von undurchsichtigen Entlassungs- und Ausgrenzungsmachenschaften und -verfahren erfasst (siehe die Diskussion zu Mobbing), von ArbeitgeberInnen und Politik als überschüssig und makelhaft definiert wurden, und von den Anreicherungs-, Wiederaufbereitungs- und Endlagerstationen der Sozialpolitik (inkl. des zweiten Arbeitsmarktes) als wenig oder sehr makelhaft behandelt, stigmatisiert, sozial kontrolliert und/oder verwaltet werden:

- Anreicherung mit Bildungs- und andern Qualifikationselementen;
- Wiederaufbereitung durch Behebung von Verschleiss und Schäden, die unter herrschenden Produktionsbedingungen vor der Entlassung beim Arbeiten und/oder danach aufgrund des Status und der Behandlung als Arbeitslose und Ausgrenzte entstanden sind;

- Verwaltung mittels Tagesstrukturen und anderen Angeboten zur Schadensbegrenzung in der Ausgrenzung;
- Vortäuschen von Wiedereingliederungschancen bei Vertiefung der Stigmatisierung und Stabilisierung der Ausgrenzung durch den zweiten Arbeitsmarkt.

Durch Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung wird die Pflege und Erneuerung des Humankapitals an die öffentliche Hand ausgelagert, die damit gewaltig überfordert ist. Für die Betriebe allerdings wird das Management ihrer Human Resources sofort günstiger. Die Alternative wäre, die Betriebe über eine existenzsichernde Verteilung der Lohnarbeit auch auf ein nachhaltiges Human Resources Management zu verpflichten. Anstelle dieser Alternative wird der Wohlfahrtsstaat zur sekundären, überbetrieblichen, ausgelagerten, nationalen und lokalen Abteilung für Human Resources gemacht. Dabei kann er aber in der Regel den Betroffenen keinen realistischen, direkten und wirksamen Arbeits- und Lernbezug zu einer früheren oder neuen Beschäftigung vermitteln.

Für die, die noch Zugang zum Arbeitsmarkt suchen oder sich zusätzlich qualifizieren, führt die Strategie der gewollten Arbeitslosigkeit ebenfalls zu Mehrauslagen für Bildung und Qualifikation auf individueller und staatlicher Ebene. Je überschüssiger das Humankapital erscheint, weil es als Überschuss deklariert und überschüssig gemacht wird, desto eher kann mit der Auslagerung der Qualifizierungs- und Bildungskosten auf Individuum und Öffentlichkeit vorangeschritten, Humankapital und Lohnarbeit beim Einkauf verbilligt, und Profite gesteigert werden.

Der zweite Arbeitsmarkt setzt ein, *nachdem* eine nachhaltige Beschäftigungspolitik vom Grosskapital (mit flankierender Unterstützung durch die Zentralbank und die Politik) trotz viel vorhandenem Spielraum bewusst abgeschlagen wurde. Dabei sind beide, das vom Grosskapital direkt und indirekt abhängige Gewerbe und die Zulieferer, unter Druck gekommen, und haben ihre Beschäftigung (auch mangels Bankkredite und Wirtschaftsförderung) auch nicht halten können. Weiter setzt der zweite Arbeitsmarkt erst dann ein, *nachdem* vor allem das Grosskapital eine existenzsichernde Verteilung der Lohnarbeit im ersten Arbeitsmarkt verhindert hat. Bei den wenigen Ausnahmen ist hier der VW-Konzern mit seinem Modell der Arbeitsverteilung zu nennen.

Der zweite Arbeitsmarkt setzt da ein, wo die Methode der Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit vorangeschritten, wo durch *Aussperrung* die ökonomische und soziokulturelle Existenzsicherung von Massen gefährdet ist.

Kurz, der zweite Arbeitsmarkt wird gefördert, *nachdem* vor allem VertreterInnen des Grosskapitals zu Massenentlassungen gegriffen, den ArbeitnehmerInnen gewaltig aufs Dach gegeben und durch „Arbeitsverbot“ Reservemassen zur intensiveren Lohnkonkurrenz erzwungen haben. Der zweite Arbeitsmarkt soll sich nun den Ausgesperrten annehmen und das Unmögliche ermöglichen. Bei einem riesigen, strukturellen Stellendefizit soll nun der zweite Arbeitsmarkt die betroffene Bevölkerung sozial kontrollieren, disziplinieren und für sie die Zirkulation zurück in den ersten Arbeitsmarkt gewähren. Dabei ergibt sich für den zweiten Arbeitsmarkt aber eine äusserst ungünstige ökonomische und politische Kosten-Nutzen-Rechnung:

- 1) Organisation und Betreuung des zweiten Arbeitsmarktes verschlingen Unsummen, die oft unter Handlungszwang, ohne genügend Überblick oder Kontrolle bei öffentlichen und – durch Outsourcing – bei privaten Projektanbietern versickern. Der zweite Arbeitsmarkt wird zum wirksamsten Beschäftigungsprogramm für die Anbieter, nicht für Arbeitslose und Ausgegrenzte.
- 2) Der zweite Arbeitsmarkt beteiligt sich am „creaming off the poor“. Nach undurchsichtigen Kriterien werden Arbeitslose und Ausgegrenzte in „förderungs-“ und „nicht förderungswürdig“ klassifiziert. Dabei werden Ressourcen und Wiedereingliederungschancen verteilt, auch nach Aspekten der sozialen Kontrolle. Die mit Ressourcen ausgestatteten Personen erhalten zusätzliche Ressourcen, die andern bleiben als Masse mit wenig Ressourcen zurück.
- 3) Der zweite Arbeitsmarkt kann einen allfälligen sozialpolitischen Beitrag nicht nachweisen. Der ohnehin geringe Wiedereingliederungserfolg ist auf das Herauspicken von „guten Risiken“ zurückzuführen. Das verhilft den Anbietern zum Leistungsnachweis. Ihr „Erfolg“ wird durch die Selektion gesteuert. Gleichzeitig bleiben viele auch vom zweiten Arbeitsmarkt ausgesperrt. Die selektionierten Personen aber hätten ohne den zweiten Arbeitsmarkt wahrscheinlich dieselbe Wiedereingliederungsquote.
- 4) Der zweite Arbeitsmarkt ist selten in der Lage, Arbeit und Ausbildung differenziert genug, biographie-angemessen und arbeitswelt-wirklichkeitsnah zu gestalten. Das dämpft die Motivation, und die Arbeit wird wie Militärdienst erlebt. Dabei kommt den Betroffenen im Einsatz aber viel Betreuung zu, und der Kontakt zu andern wird intensiviert. Personen und Hoffnungen werden aufgebaut, die meisten aber mangels Wiedereingliederungserfolg nach abgelaufener Einsatzfrist „hoffnungs-

los“ fallen gelassen. Dies trägt zur Desintegration der Persönlichkeit bei und erhöht den Fatalismus.

- 5) Als politisch verordnete Konkurrenz unterwandert der zweite Arbeitsmarkt die Lohnstruktur, erhöht die Anzahl der Working Poor und die Belastung der Gemeinden.
- 6) Aufgrund der Pflichtbestimmungen, Leistungs-/Gegenleistungsregeln und Belohnungsmuster wird der zweite Arbeitsmarkt zur neuen Institution für Zwangs- und Fronarbeit mit Staatsauftrag für Ausgesperrte, die sich zu den heutigen Markt-Machtbedingungen als LohnarbeiterInnen noch nicht „frei“ dem Diktat der ArbeitgeberInnen unterwerfen dürfen.

Angesichts des immer noch vorhandenen, grossen Spielraumes, mit einer Umverteilung von Lohnarbeit und Neugestaltung der Lohnstruktur die Existenz durch Arbeit zu sichern, könnten folgende Alternativen zum zweiten Arbeitsmarkt in Betracht gezogen werden:

- 1) Verschiedene Formen politischen Widerstandes mit dem Ziel, für alle die Existenz durch Arbeit sichern zu können.
- 2) Bei Aussperrung und „Arbeitsverbot“ das Recht auf ein existenzsicherndes Grundeinkommen ohne Gegenleistungspflicht mit Beträgen, die höher liegen als die Renten für Pensionierte. Die Altersrente wiederum, die ohne Gegenleistungspflicht abgegeben wird, ist für viele eine Entschädigung für das „Arbeitsverbot“, das sie durch die altersgebundene Zwangspensionierung erfahren.
- 3) Eine Bildungs- und Ausbildungsoffensive ohne Zwangsbeteiligung mit sehr tiefschwelligen Angeboten und Nischen, in denen Betroffene durch und anhand der Arbeit lernen können. Diese Angebote müssen einerseits losgelöst sein vom formalen Bildungssystem *und* andererseits trotzdem Übergänge ins formale Bildungssystem ermöglichen.
- 4) Eine Offensive zur soziokulturellen Integration in Verbindung mit der Förderung einer „Wirtschaft von unten für zukunftsfähige Arbeit“, besonders in Quartieren mit verdichteter Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung.
- 5) Die Förderung von „kollektiver Existenzgründung“ und Selbsthilfegenossenschaften (auch mit Teilzeitarbeitenden).

Biografien der Autorinnen und Autoren

Bauer, Rudolph, Prof. Dr. phil., Professor der Sozialarbeitswissenschaft an der Universität Bremen, Fachbereich 11 (Human- und Gesundheitswissenschaften). Er ist Sprecher des Instituts für Lokale Sozialpolitik und Nonprofit-Organisationen (i.l.s); seine Forschungsschwerpunkte: Dritter Sektor, Soziale Dienstleistungen, Lokale Sozialpolitik.

Buch, Ricarda, Studium der Fächer Germanistik, Anglistik/Amerikanistik und Skandinavistik an den Universitäten Basel, Freiburg im Brsg. und FU Berlin. Mitarbeit beim Aufbau der Ökobank e.G. Beratungstätigkeit beim AK autonomer Frauen- und Alternativprojekte in Berlin. Initiatorin und geschäftsführender Vorstand in der Startphase des Gründerinnenzentrums WeiberWirtschaft e.G. Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Beraterin bei REA (Regionale Entwicklungsagentur für Frauenbetriebe und -projekte. Frauenförderpreis der Stadt Nürnberg. 1992 bis 1995 im Bundesvorstand des Netzes für Selbstverwaltung und Selbstorganisation. Seit 1984 ehrenamtliche Redaktion bei CONTRASTE – Monatszeitschrift für Selbstorganisation. Seit mehreren Jahren aktiv in der deutschen und internationalen Tauschringbewegung. Zahlreiche Veröffentlichungen zu neuen Formen von Genossenschaften (Lexikon des DG-Verlags), zur feministischen und lokalen Ökonomie, zu Tauschringen und Gemeinwesenarbeit, in Publikationen der AG SPAK (Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise) sowie im europäischen Ausland.

Elsen, Susanne, Prof. Dr. , lehrt an der Staatlichen Fachhochschule München und an der Hochschule für Soziale Arbeit in Zürich. Langjährige Erfahrung in Praxis, Aus- und Weiterbildung sowie Projektplanung in der Gemeinwesenarbeit und Sozialen Ökonomie.

Flieger, Burghard, Dr., promovierter Diplomvolkswirt und Soziologe, Jahrgang 1952, ist seit zwanzig Jahren freiberuflich als Organisationsberater in sozialinnovatorischen Entwicklungsprozessen von Unternehmen, Sozialbetrieben und Verbänden engagiert. Arbeitsschwerpunkte sind Corporate Identity und Genossenschaften. Funktionen: Mitglied der Sozialpolitischen Gesellschaft, Aufsichtsratsvorsitzender der Wohnungsbaugenossenschaft GEBAU SÜD, Beirat der Ökobank e.G., stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens

Gaitanides, Stefan, Prof. Dr., ist hauptamtlich Lehrender im Fachbereich Sozialpädagogik der Fachhochschule Frankfurt am Main. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind: Soziologie, Multi-kulturelle Sozialarbeit und Migrationssozialarbeit.

Kunstreich, Timm, Prof. i. K., Studium der Sozialwissenschaften. Arbeitete als Studienberater an der Fachhochschule in Hamburg und war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Aufbau- und Kontaktstudium „Kriminologie“ der Universität Hamburg. Leiter des Referates Aus- und Fortbildung im Amt für Jugend in Hamburg. Seit 1992 an der Evangelischen Fachhochschule des Rauhen Hauses mit den Schwerpunkten Theorien und Methoden der Sozialen Arbeit. Erkenntnis- und Forschungsinteressen bei Giddens „doppelter Strukturierung“, die T. Kunstreich als Dialektik von Verhältnissen und Verhalten interpretiert. Interesse an den Schnittstellen von professionellem Handeln und hegemonialen Ordnungen.

Labonté-Roset, Christine, Prof. Dr., hat Soziologie, Pädagogik und Psychologie an den Universitäten FU Berlin, Göttingen und Florenz studiert. Seit 1977 Hochschullehrerin für Soziologie und Sozialpolitik an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin (ASFH), seit 1994 deren Rektorin. Seit 1999 präsidiert sie die European Association of Schools of Social Work (EASSW). Zahlreiche Veröffentlichungen über die Geschichte der Sozialen Arbeit, Rassismus, über Europäische Sozialpolitik und über Hochschulpolitik.

Lange, Dietrich, Prof. Dr., studierte Sozialarbeit in Berlin. Professor für Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit an der Evangelischen Fachhochschule Reutlingen-Ludwigsburg. Veröffentlichungen: *Solidarität und Selbsthilfe – kommunale Sozialpolitik und Gewerkschaften*, Marburg, SP-Verlag 1988; *Wider Sinn und Bedeutung*, Frankfurt am Main, edition suhrkamp 1989; *Politische Beteiligung im Sozialstaat*, Herausgeber mit H.U. Weth, Neuwied, Krefeld, Berlin, Luchterhand 1992; Aufsätze in Sammelbänden und Zeitschriften.

Notz, Gisela, Dr. phil., Sozialwissenschaftlerin, arbeitet als wissenschaftliche Referentin im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Forschungen zu bezahlt und unbezahlt geleisteter Arbeit, berufliche Bildung, historische Frauenforschung. Zahlreiche Buchveröffentlichungen zu diesen und anderen Themen, u.a.: *Du bist als Frau um einiges mehr gebunden als der Mann. Die Auswirkungen*

der Geburt des ersten Kindes auf die Lebens- und Arbeitsplanung von Müttern und Vätern. Bonn, Dietz-Verlag 1991. *Auf der Suche nach den neuen Vätern.* Frankfurt/M., Verlag für akademische Schriften 1995 (2. Auflage). *Verlorene Gewissheiten? Individualisierung, soziale Prozesse und Familie.* Frankfurt/M., Verlag für akademische Schriften 1996 (2. Auflage). *Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt als Antwort auf die Krise?* Neu-Ulm AG SPAK-Verlag 1998 (2. Auflage).

Preusser, Norbert, Dr. rer. pol., studierte Germanistik, Philosophie und kath. Theologie an der Universität Mainz, Pädagogik und Sozialarbeit an der Universität Frankfurt. Promotion zum Dr. rer. pol. an der Gesamthochschule Kassel. Seit 1985 Sachgebietsleiter im ASD Wiesbaden. Veröffentlichungen: *Empirie einer Subkultur*, AG SPAK 1975; Herausgeber der 4 Bände *Armut und Sozialstaat*, AG SPAK 1981; *Not macht erfinderisch. Überlebensstrategien der Armenbevölkerung in Deutschland seit 1807*, AG SPAK; *Obdach. Eine Einführung in Politik und Praxis sozialer Aussonderung*, Beltz 1993. Diverse Aufsätze in Sammelbänden und Zeitschriften.

Ruh, Hans, Prof. Dr., Studium der protestantischen Theologie in Zürich, Bonn und Basel. Dissertation bei Karl Barth. War von 1971 bis 1983 a.o. Professor für Sozialethik an der Evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Bern und Leiter des Instituts für Sozialethik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, Bern. Vor seiner Emeritierung 1998 ordentlicher Professor für systematische Theologie mit Schwerpunkt Sozialethik an der Theologischen Fakultät der Universität Zürich. Buchveröffentlichungen: *Argument Ethik*, TVZ Zürich 1993; *Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit* (zusammen mit Schaad, Schellenbauer, Ulich, Hrsg. Würzler), vdf Hochschulverlag an der ETH Zürich 1994; *Störfall Mensch*, Kaiser TB, Gütersloh 1995; *Anders, aber besser. Die Arbeit neu erfinden – für eine solidarische und überlebensfähige Welt*, Verlag Im Waldgut, Frauenfeld 1996

Schwendter, Rolf, Prof. Dr. Dr., Professor für Devianzforschung an der Gesamthochschule Kassel, zahlreiche Tätigkeiten und Projekte in der Alternativen Ökonomie, AG SPAK und der Sozialpolitischen Gesellschaft. Viele einschlägige Publikationen.

Staub-Bernasconi, Silvia, Prof. Dr., 1967-1997 Dozentin, Projektberaterin und Mitarbeiterin an der Hochschule für Soziale Arbeit in Zürich.

Dozentin und Leitungsmitglied des Interdisziplinären Universitätslehrgangs für Sozialwirtschaft, Management und Organisation Sozialer Dienst/MAS. Stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit. Projektleitung des Pilotprojekts über interkulturelle Konflikte und Gewalt SOS-Tikk. Langjährige Projektberatungs- und Supervisionspraxis in Gemeinwesenarbeits-, Erwerbslosigkeits-, Frauen-, MigrantInnen-/Flüchtlingsprojekten sowie zu Fragen der Sozialverträglichkeit der Wirtschaft im nationalen wie internationalen Bereich. Zahlreiche Veröffentlichungen.

Wallmann, Isidor, Prof. Dr., ist Soziologe (Ph.D.) und Ökonom (M.A.), unterrichtet Sozialpolitik an der Universität Fribourg und ist Faculty Associate an der School of Community Service, University of North Texas. Er ist Herausgeber von *Selbstverwaltung: Soziale Ökonomie in schwierigen Zeiten* (Genf: Heuwinkel Verlag 1996), von *The Coming Age of Scarcity: Preventing Mass Death and Genocide in the 21st Century*, von *Genocide and the Modern Age*, 2. Aufl. (beide Syracuse: Syracuse University Press 1998/2000; mit M. Dobkowski) und Mitautor der im Paul Haupt Verlag Bern erschienenen Bücher *Armut: Eingliederung als neue Herausforderung für die Sozialhilfe* (1999), *Armut: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“* (1998) und von *Entmündigung und Emanzipation durch die Soziale Arbeit* (1997).

Wendt, Wolf Rainer, Prof. Dr., studierte Philosophie, Psychologie, Soziologie und Kunstgeschichte an der Universität Tübingen und der TU Berlin und promovierte in Tübingen. Seit 1969 tätig in der Erziehungsberatung. Als Abteilungsleiter im Jugendamt Stuttgart für die Sozialpädagogischen Heime, das Adoptions- und das Pflegestellenwesen zuständig. Seit 1978 Professor und Leiter des Ausbildungsbereichs Sozialwesen der Berufsakademie Stuttgart. Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für Sozialarbeit und seit 1993 deren Vorsitzender. Zahlreiche Veröffentlichungen.

Durch die Beseitigung territorialer Grenzen für Kapital, Güter, Dienstleistungen und Arbeitsplätze, die als Globalisierung bezeichnet werden und den Abbau von Erwerbsarbeit infolge der „dritten industriellen Revolution“ geraten die Wohlfahrtsstaaten sowohl auf der Ausgaben- wie auch auf der Einnahmeseite unter Druck. Immer tiefere Einschnitte in das soziale Netz werden vollzogen und das Soziale scheint zur Restgröße zu verkommen. Der vorliegende Reader analysiert aus der Perspektive unterschiedlichster Disziplinen das sich verändernde Verhältnis zwischen Sozialpolitik, Sozialer Arbeit und Ökonomie, beschreibt Konsequenzen und zeigt innovative Handlungsansätze auf.

Mit Beiträgen von Rudolph Bauer, Ricarda Buch, Susanne Elsen, Burghard Flieger, Stefan Gaitanides, Timm Kunstreich, Christine Labonté-Roset, Dietrich Lange, Gisela Notz, Norbert Preusser, Hans Ruh, Rolf Schwendter, Silvia Staub-Bernasconi, Isidor Wallimann, Wolf Rainer Wendt.

ISBN 3-472-04369-5



9 783472 043690

www.luchterhand.de
